

Dissertation zur Erlangung des Grades
einer Doktorin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

„Frauen in politischen Machtpositionen“

von
Regina Richter

**Dissertation zur Erlangung des Grades
einer Doktorin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**

„Frauen in politischen Machtpositionen“

Verfasserin: Regina Richter, Diplom-Sozialökonomin
Erstgutachter: Prof. Dr. Lars Lambrecht
Zweitgutachter: Prof. Dr. Harry Friebel
Drittgutachterin: PD Dr. Angelina Topan (PD der Universität Hamburg)

Wissenschaftliches Gespräch am 30.10.2006

Weiteres Mitglied der Prüfungskommission: Prof. Dr. Stefanie Ernst
Weiteres Mitglied der Prüfungskommission: Prof. Dr. Ulrich Fritsche

Frauen in politischen Machtpositionen

I EINLEITUNG

- 1.1 Fragestellung
- 1.2 Forschungsstand
 - 1.2.1 Politik und Macht bei Max Weber und Michel Foucault
 - 1.2.2 Feministische Theoriebildung zu zentralen Kategorien
 - 1.2.2.1 Zum Verhältnis Körper und Geist
 - 1.2.2.2 Rational und irrational
 - 1.2.2.3 Zum Verhältnis öffentlich und privat
 - 1.2.3 Biographien und Studien (empirisches Material)
 - 1.2.3.1 Biographien über und von Politikerinnen
 - 1.2.3.2 Frauen an der politischen Macht: Studien
- 1.3 Methodisches Vorgehen

2 DER POLITIKBEGRIFF MAX WEBERS UND FOUCAULTS KATEGORIE DER BIO-MACHT

- 2.1 Macht und Herrschaft bei Max Weber
 - 2.1.1 Der Beruf zur Politik
 - 2.1.2 Politik und Rationalität
 - 2.1.3 Politik und Öffentlichkeit - die Rechte der Frauen
- 2.2 Geist und Körper im Verhältnis zur Macht
 - 2.2.1 Die Machtmechanismen und Politikkonzeptionen von Michel Foucault
 - 2.2.2 Zusammenfassung: Politik als (männlicher) Beruf und Bio-Macht

3 DAS KATEGORIALE RASTER FÜR DIE DISKUSSION UM DAS BILD DER FRAUEN UND KRITISCHE FEMINISTISCHE THEORIEBILDUNG

- 3.1 Produktionsverhältnisse und der (weibliche) Körper
- 3.2 Die Dichotomie von Rational und Irrational
- 3.3 Zum Verhältnis von Privat und Öffentlichkeit
- 3.4 Ergebnisse der feministischen Theoriediskussion um das kategoriale Raster

4 ZUM BILD VON FRAUEN AN DER POLITISCHEN MACHT

- 4.1 Veröffentlichungen von Politikerinnen und (Auto)Biographisches
 - 4.1.1 Die Politikerinnen und das Material
 - 4.1.2 Körper und Geist: Das (Un)Behagen in der Politik
 - 4.1.2.1 Das äußere Erscheinungsbild: Verhüllung des Körpers und Haarprobleme
 - 4.1.2.2 Die Rolle des eigenen Körpers
 - 4.1.2.3 Selbstverwirklichung und Zufriedenheit versus Angst, Wut und Trauer
 - 4.1.3 Rational und Irrational: Handeln in den Strukturen
 - 4.1.3.1 Strukturelle Blockaden und Chancen
 - 4.1.3.1.1 Erste Erfahrungen
 - 4.1.3.1.2 Karriere: Von Seilschaften, Hausmächten, Netzwerken und Quoten
 - 4.1.3.1.3 Der Umgang mit Krisen und Entscheidungen
 - 4.1.3.1.4 Eine andere Rationalität?
 - 4.1.3.2 Kompetenzen und Strategien: Eigenschaften, Fähigkeiten, Lernschritte
 - 4.1.3.3 Empfehlungen der Politikerinnen an ihre Kolleginnen
 - 4.1.3.3.1 Was von Männern in der Politik zu lernen ist
 - 4.1.3.3.2 Wie Frauen in der Politik sind und sein sollten
 - 4.1.4 Öffentlich | Privat - Selbstverständnis in den Bereichen Macht und Politik
 - 4.1.4.1 Machtverständnis und der Umgang mit Macht
 - 4.1.4.2 Vorstellungen von Öffentlichkeit
 - 4.1.4.2.1 Abgrenzung zum Privaten
 - 4.1.4.2.2 Themen auf der politischen Agenda
 - 4.1.4.3 Vorstellungen von Politik und Emanzipation: Mehr Frauen in die Politik - und dann?
 - 4.1.5 Resümee der Aussagen der Politikerinnen
- 4.2 Veröffentlichungen über Politikerinnen - politikwissenschaftliche Studien
 - 4.2.1 Über die Studien
 - 4.2.2 Macht-, Politik- und Öffentlichkeitsverständnis: Strukturelle Entwicklungen und Empfehlungen
 - 4.2.3 Resümee der politikwissenschaftlichen Studien
- 4.3 Vergleichendes Resümee zur Positionierung der Kategorien im analysierten Material
 - 4.3.1 Körper/Geist
 - 4.3.2 Rational/irrational
 - 4.3.3 Privat/ Öffentlich
 - 4.3.4 Die Studien

5 SCHLUSSBEMERKUNGEN UND AUSBLICK

EINLEITUNG

1.1 Fragestellung

Ausgangspunkt und Problemorientierung der Untersuchung ist einerseits eine evident quantitative Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Spitzenpositionen. Studien feministischer Forscherinnen weisen darauf hin, dass die Politik in modernen Gesellschaften, wie in der BRD, keine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zulässt, weil der vorherrschende politische Konsens und die vorhandenen Strukturen Frauen und deren häufig spezifische Lebenszusammenhänge nicht berücksichtigen. Diese Verhältnisse und die dadurch erwarteten Anforderungen scheinen für Frauen Grund zu sein, auf politische Karrieren und auf entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten zu verzichten.

Andererseits ist ebenso sichtbar, dass Frauen immer häufiger in politische Spitzenpositionen aufsteigen. Im aktuellen Bundesparlament sind von 614 Bundestagsabgeordneten 194 Frauen und 420 Männer (Stand: 03/2006, nach den Internet-Angaben des Deutschen Bundestages für die 16. Wahlperiode. Damit beträgt der Frauenanteil 31,6% ¹. Der Frauenanteil in der Politik der letzten Jahre ist relativ stabil. Ist damit das Ziel einiger feministischer Theoriepositionen erreicht und der Durchbruch von Frauen in der Politik bestätigt?

Thesen:

1. Die gesellschaftlichen Macht- und Politikkonzeptionen sind androzentrisch geprägt und folgen den männlichen tradierten Vorstellungen von Rationalität, Geist und Öffentlichkeit. Die vorhandenen Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit sind für Frauen immer noch hinderlich für die Erlangung von machtvollen Positionen und höherer Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

2. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Quantität von Frauen in politischen Spitzenpositionen nicht automatisch Garantie für eine auf Emanzipation gerichtete Veränderung von politischen Strukturen, die zum Beispiel partizipations-erleichternde Zugänge zu den politischen Institutionen zur Folge hätten.

Damit verbunden sind folgende Fragen, die in der Arbeit untersucht werden sollen: Reicht es aus, dass mehr Frauen in die Politik und in politische Machtpositionen kommen? Was ist damit gewonnen? Verändern sich die Konstellationen hin zu partizipatorischen bzw. emanzipatorischen Strukturen und Politikvorstellungen?

¹ Gegenüber 32,5% in 2002, in der vorangegangenen Legislaturperiode.

Positionierung:

Schlüsselbegriffe wie Emanzipation und Partizipation sind in dieser Arbeit bezogen auf demokratietheoretische Grundsätze und stehen im Kontext und Selbstverständnis der Aufklärung. Im Vordergrund steht das Erkenntnisinteresse, warum es trotz der scheinbar vielen Fortschritte auf dem Gebiet der Emanzipation im Kern keine Veränderungen im Sinne einer humanen (gerechten) Entwicklung gibt. Nach wie vor orientieren sich die gesellschaftlichen Entscheidungsgrundlagen an den Interessen, an den Vor- und Leitbildern einer dominierenden, männlichen Oberschicht. Damit werden Wertevorstellungen perpetuiert, die in Sackgassen führen und es werden keine der wirklich akuten gesellschaftlichen Probleme angegangen oder gar gelöst.

Da in dieser Arbeit auch auf feministische Theorien Bezug genommen wird, ist für die kommenden Ausführungen ebenso das folgende Verständnis von Feminismus relevant: Feminismus meint nicht Frauenforschung schlechthin. Vielmehr orientiert sich dieser Begriff an Theorieansätzen, die Frauen nicht nur als Forschungsgegenstand, sondern auch als handelnde Subjekte verstehen. Dabei wird Feminismus insbesondere als eine politische Position und Perspektive verstanden, die darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Institutionen zu verändern und jede Form von Unterdrückung zu überwinden. Feministische Politik versteht sich nicht nur als eine Politik, die das Interesse von Frauen, sondern aller Menschen vertritt (vgl. LIST 1989, S. 10).

Theoretische Konstruktionen bleiben häufig zu abstrakt. In dieser Arbeit werden deshalb bestimmte Theoriedebatten skizziert, um sie auf ihre Verwendbarkeit für praktische Handlungszusammenhänge und -möglichkeiten zu diskutieren. Damit verbunden ist eine methodische Herangehensweise an die Forschungsbereiche, die eine Orientierung der Theorie mit der Praxis verbinden soll. Theorieentwicklung ist an Lebenszusammenhänge gekoppelt, sie konstituieren und verändern sich reziprok.

Zum Aufbau und zur materiellen Grundlage der Arbeit

Diese Arbeit stellt hinsichtlich des theoretischen Bezugsrahmens auf drei Referenzen grundsätzlich ab a) Max Weber hinsichtlich des herrschenden (männlichen) Politikbegriffs, b) Michel Foucault bezüglich seiner oppositionell-kritischen Analysen zur Bio-Macht, beide im Kapitel zwei und c) feministische Theoretikerinnen, die wegen ihrer thematischen Relevanz in einem Extra-Kapitel - drei - behandelt werden. Dabei werden zentrale Kategorien (*Körper | Geist, Rational | Irrational, Öffentlich | Privat*) als theorieorientierte Raster herausgearbeitet, die sich historisch entwickelten und innerhalb feministischer Diskurse aufgenommen und diskutiert werden. Diese Kategorien entstanden bereits im Rahmen einer Studie zur feministischen Biographieforschung ¹, deren grundsätzlicher theoretischer Bezugsrahmen aus den Analysen Michel Foucaults erarbeitet wurde ².

Es werden die in beiden Theoriekapiteln herausgearbeiteten Kategorien differenziert und konkretisiert, um dann im vierten Kapitel den Bezug zu den Studien und Biographien über bzw. von Politikerinnen herzustellen. Dieses vierte Kapitel analysiert anhand von Selbstaussagen der Akteure, ob sich Frauen an das herrschende Politikverständnis anpassen oder ob sie eigene Strategie und Vorstellungen entwickeln. Dabei geht es um strukturelle Fragen und grundsätzliche Einstellungen, nicht um die jeweiligen parteipolitischen Programme und Inhalte.

Gegenstände der empirischen Analyse sind erstens Texte und (Auto)Biographien von fünf Frauen, die entweder aktuell in politischen Spitzenpositionen agieren (Angela Merkel), ihre Position unfreiwillig verloren (Antje Radcke und inzwischen Heide Simonis), sich nach langer Amtszeit neue Arbeitsfelder suchten (Rita Süssmuth) oder inzwischen "außer Dienst" und später - nach politischen Auseinandersetzungen - sogar aus der Partei ausgetreten sind (Hildegard Hamm-Brücher). Noch einmal ist zu betonen, dass es dabei nicht um parteipolitische Inhalte, sondern um strukturelle Analysen geht.

Zweitens wird die einschlägige Forschungsliteratur - exemplarische politikwissenschaftliche und soziologische Studien über Politikerinnen - analysiert. Auch für diese Untersuchungen fungieren die oben aufgeführten Kategorien.

Das fünfte Kapitel fasst die Ergebnisse der Untersuchung zusammen und bietet einen Ausblick auf mögliche zukünftige Forschungsfragen.

¹ RICHTER 1997; vgl. dazu ausführlicher in Kapitel 3

² RICHTER 1994; vgl. dazu ausführlicher in Kapitel 2

1.2 Forschungsstand

1.2.1 Politik und Macht bei Max Weber und Michel Foucault

Vor über 180 Jahren hielt Max Weber seinen Vortrag zum „Beruf der Politik“ (1919) im Kontext der Novemberrevolution von 1918. Seither hat sich in der Politik vieles verändert. Der Umgang miteinander ist ein anderer, die Medienöffentlichkeit spielt eine andere Rolle, Frauen sind in der Politik selbstverständlicher anzutreffen. Vieles ist jedoch auch unverändert. Es gibt immer noch Herrschaftsrituale und Machtgebaren innerhalb der politischen Strukturen. Es gibt Seilschaften und Interessenbündnisse. Und alles geschieht nach bestimmten Kriterien und Vorstellungen, auf die man sich einst geeinigt hat. Es gelten bestimmte Rahmenbedingungen und es soll das bessere vernünftige und rationale Argument zur Geltung kommen. Welches Argument freilich vernünftiger ist als ein anderes, wird traditionell in bestimmter Art und Weise definiert - von Männern in der Politik, von Männern in politischen Spitzenpositionen. Dass Frauen in diesen Sichtweisen zur politischen Tätigkeit nicht explizit oder selten auftauchen, ist gewissen Denktraditionen zuzurechnen, die hier aber nicht weiter untersucht werden sollen. Ob aber innerhalb dieser Denkmuster Frauen überhaupt einen Raum in der Politik haben könnten; ob also ihre Lebenszusammenhänge und ihre Lebensentwürfe ihnen überhaupt erlauben, *authentisch* in das politische Geschehen innerhalb der gesteckten Rahmenbedingungen einzugreifen, das ist hier die allein interessierende Frage.

Nur in Bezug auf diese Frage wird der Forschungsstand zum Politikbegriff auf die für diese Arbeit relevanten Kategorien vorgestellt. Dies betrifft zum einen den tradierten Politikbegriff Max Webers, dessen ungebrochene Bedeutung und Prägung durch zahlreiche wissenschaftliche Beiträge bestätigt wird¹. Dem entgegengestellt werden der Politik- und Machtbegriff von Michel Foucault, die für die hier zu leistende theoretische und empirische Analyse konstitutiv sind. Aus diesem Grund bezieht sich die Erörterung des Forschungsstands auf die Bedeutung der Machtkonzeptionen von Michel Foucault bzw. deren Rezeptionen.

¹ Auch der größte Teil feministischer Theorien und hier untersuchten Studien, die sich mit dem Politikbegriff und Politikerinnen auseinandersetzen, beziehen sich u.a. - meist abgrenzend - auf Max Weber (vgl. auch HOECKER, 1998; GEISSLER 1998; PENROSE 1993).

Das Verhältnis Max Webers zu den Macht- und Herrschaftsbegriffen, auch besonders in Bezug auf die Geschlechterfrage analysiert Stefan Breuer (BREUER 1991) in seinen Arbeiten zu „Max Webers Herrschaftssoziologie“. Für Weber ist die Trennung der öffentlichen und privaten Sphären intakt. Der reinste Typus traditioneller Herrschaft ist die patriarchalische Herrschaft - dies sowohl im Haus (Privat) als auch in der Politik (Öffentlichkeit). Webers geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen und die damit verbundenen Machtverhältnisse sind hinreichend belegt (vgl. Kapitel 2).

SCHÖLER-MACHER (1994, S. 23f) entdeckt jedoch zumindest in Webers Ausführungen zum „Beruf zur Politik“ keinen zwangsläufigen Widerspruch zu den kulturell konstruierten Weiblichkeitsvorstellungen und den entsprechenden Rollenverteilungen. Denn einige von Weber geforderte Fähigkeiten (wie sachorientierte Leidenschaft und Augenmaß) seien durchaus mit traditionellen weiblichen Rollenverständnissen vereinbar. Dagegen sei bei Weber das Verhältnis zur Macht ein strukturierendes Grundprinzip des symbolischen Ausdrucks der Geschlechterdifferenz (ebd.). Frauen haben mit Macht nichts zu tun. Das Weibliche ist demnach mit Machtinstinkten nicht in Verbindung zu bringen (vgl. Kapitel 4.2).

Jessica Benjamin kritisiert den Begriff der Rationalisierung, wie Weber ihn gebrauchte. Bei Weber verkörpere sich politische Herrschaft nicht mehr in persönlicher Autorität, sondern im System bürokratischer Rationalität (BENJAMIN 1993, S.179). Dieses abstrahiere von persönlichen Beziehungen und Interaktionen. Diese Art von Rationalität reduziert die soziale Welt auf Tauschobjekte, Kalkulationen und Kontrollen. Das sei keineswegs geschlechtsneutral - wie es zunächst den Anschein hat - sondern dies sei eine männliche Rationalität.

Einen Vergleich der unterschiedlichen Herangehensweisen von Max Weber und Michel Foucault an die Analysen „Über Macht und Herrschaft in der Moderne“ stellt PETRA NEUENHAUS (1993) an. Sie arbeitet die unterschiedlichen Positionen und Erkenntnisinteressen der beiden heraus: Foucault und Weber haben demnach unterschiedliche methodische Ansätze, an das Phänomen Macht und Herrschaft heranzugehen. Weber vertrat eine Auffassung, deren bestimmender Ausgang das subjektiv sinnhafte Handeln ist. Von diesem Ansatz her stellte er das politische Handeln als Machtausübung dem sinnentleerten Funktionieren der rationalen Herrschaft gegenüber. Während seine Überlegungen anfangs noch stark auf ökonomischen Zusammenhängen fußten und den Einfluss marxistischer Theorie erkennen lassen, verleiht er später dem ideellen Moment seiner Soziologie ungleich größeres Gewicht (vgl. NEUENHAUS 1993, S. 93f). Weber lehnt alle

philosophischen Theorien ab, die allgemeine Aussagen über das Verhältnis zwischen ökonomischen und kulturellen Phänomenen treffen, "*insbesondere das dialektische Denken Hegel'scher und Marx'scher Prägung.*" (ebd., S. 94)

Foucault sieht einen subjektiven Sinn als *Effekt ohne Erklärungswert* und grenzt ihn für die Entstehung und Formation von Macht und Herrschaftsverhältnissen methodisch aus. Er analysiert die gesellschaftlichen Praktiken, Strategien und Diskurse. Die Geschichte, die theoretische Darstellbarkeit historischer Entwicklung, ergäbe sich aus der Perspektive des Erkennenden, nicht aus der angenommenen Rationalität der Subjekte in der Geschichtsentwicklung; nicht aus dem historischen Prozess heraus. In Foucaults Analyse der Machtpraktiken ist stets mitgedacht, dass sie als "wertfreie" und "objektive" Theorie nicht möglich wäre, und er setzt voraus, dass diese gesellschaftlichen Praktiken auch ihn selber beeinflussen¹.

Wenn Macht nicht mit Ausschluss und Repression gleichgesetzt wird, ändert sich die Form, in der das Verhältnis von Macht und Wahrheit gedacht werden kann: Die Macht steht nicht im Gegensatz zur Wahrheit, sondern ist an ihrer Produktion beteiligt. Foucaults Verständnis von der produktiven Macht unterscheidet sich von der Webers durch sein kritisches, auf Veränderung gerichtetes Interesse an den Machtverhältnissen, die die moderne Gesellschaft organisieren (vgl. Neuenhaus S. 93 ff).

Ausgehend von Foucault wirft TOVE SOILAND (2003, 2005) kritische Blicke auf feministische Theorieansätze und setzt sich für einen differenzierteren Machtbegriff ein. Die Aufdeckung und die Dekonstruktion von Geschlechterverhältnisse sind eine machttheoretische Verkürzung. Nicht die Zuschreibungen von Geschlechterzuschreibungen seien das Problem, sondern die damit verbundenen Hierarchien. Es rücken so gesellschaftliche Macht- und Hierarchieverhältnisse in den Blick, die zu erkennen und zu benennen sind. Bei Foucault findet sie auf dessen „Gouvernementalitätsstudien“ hin, die im Kontext seiner Analysen zum Verhältnis von Individuum und Macht entstanden und eine grundlegende Erweiterung seiner Machtanalytik bedeute (vgl. auch FOUCAULT 2004). Es gelte, die Produktivität von Macht zu erfassen. Soiland weist dabei kritisch auf Subjektkonzepte hin, die aus dem Kontext des „neoliberalen Karnevals der Identitäten“ (SOILAND, ebd.) herrührten².

¹ vgl. CORNELL in dieser Arbeit, die dies bei Foucault als nicht vorhanden kritisiert.

² Weitere Untersuchungen und Auseinandersetzungen zu den Macht- und Herrschaftsvorstellungen von Michel Foucault werden u.a. von FRIGGA HAUG und KORNELIA HAUSER 1983 diskutiert.

Weber und Foucault bilden den theoretische Orientierungsrahmen, der das wissenschaftliche und „politische Feld“ (vgl. BOURDIEU 1998 und 2001) der vorliegenden Untersuchung markiert. Innerhalb dieses Rahmens sind aber die zur Diskussion stehenden Fragen zu differenzieren und zu verfeinern. Dies sei ein unerschöpfliches Forschungsfeld konstatiert Birgit Seemann (SEEMANN 1996), das nur durch eine Vielzahl feministisch-politischer Studien zu schließen sei¹. Seemann wirft u.a. die Frage auf, anhand welcher Kategorien sich Staat, also auch Politik, aus feministischer Sicht überhaupt theoretisch-analytisch fassen lassen (ebd., S. 21). Und sie fragt weiter, ob mangelnde feministische Zurkenntnisnahme hiesiger Staatstheorien nicht die Gefahr einer nicht beabsichtigten ideologischen Annäherung im Grunde abgelehnter Modelle von Politik zur Folge habe (ebd.). Zu diesem Zweck werden hier Gegensatzpaare aufgegriffen, die ex- oder implizit von den meisten Theorien transportiert und diskutiert werden.

Die feministische Kritik richtet sich maßgeblich auf konstruierte Dichotomien, wie sie aus den abendländischen, philosophisch- und gesellschaftstheoretisch tradierten Denkweisen entstanden sind und dort auch reproduziert und aktualisiert werden. *"Denn, die Kritik an den 'unsere' Wissenschaft und Gesellschaft konstituierenden Dualismen ist eine grundlegend feministische - was keinen Widerspruch dazu bedeutet, dass auch aufgrund anderer kritischer Haltungen ähnliche Überzeugungen geäußert werden! Alle sind daran gewöhnt, in entsprechenden Schwarz-Weiß-Bildern zu denken - Kultur versus Natur, reduktionistisch versus ganzheitlich, rational versus emotional, Geist versus Körper, objektiv versus subjektiv, aktiv versus passiv, Intellekt versus Liebe etc. - und reproduzieren damit die Ausgrenzung der Frauen, da in all diesen Dichotomien implizit die wertende Zuordnung von Männlichkeit versus Weiblichkeit mittransportiert wird."* (STURM 1994, S. 95)

Diese kategorialen Antinomien aus dominierenden Denkweisen werden in der vorliegenden Arbeit als kritisch-analytische Momente für die Untersuchungen der Fragen nach den Frauen an der Macht zu Grunde gelegt. Es sind dies die Dichotomien von „Körper und Geist“, „Irrational und Rational“ sowie „Privat und Öffentlich“. Herausgearbeitet wurden diese Kategorien aus dem Werk Michel Foucaults², die in kritischer Gegenüberstellung zu dem Denkansatz von Max Weber erkenntnisleitend sind. Alle drei Kategorien-Paare werden wegen ihrer tiefen Verwurzelung im abendländischen Denken in feministischen Theorien aufgenommen, verworfen oder weiterentwickelt. Das ist die Begründung für die Kategorien-

¹ Ausführliches zum Forschungsstand in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung ist bei SEEMANN 1996 nachzulesen.

² Für die theoretische Herleitung aus dem Werk Michel Foucaults und zur Diskussion in der Foucault-Rezeption und Forschung sowie zur Relevanz und zur Herausarbeitung der Kategorien vgl. RICHTER, Diplomarbeiten 1994 und 1997.

Auswahl, anhand derer dann auch geprüft werden soll, ob oder wie dieses (dualistische) Denken mit den entsprechenden Bedeutungszuschreibungen im Alltag der Politikerinnen gegenwärtig ist.

1.2.2 Feministische Theoriebildung zu zentralen Kategorien

1.2.2.1 Zum Verhältnis Körper und Geist

In der feministischen Theorierezeption gibt es eine Reihe von Wissenschaftlerinnen, die sich an Michel Foucault als Bezugstheoretiker orientieren. In diesem Kontext sind Rezeptionen der Ideen von Foucault relevant, die um Zusammenhänge von Macht und Körper kreisen. So schreibt Katharina Pühl in „Geschlechterverhältnisse und Politik“, dass allen neueren feministische Theorieansätzen gemeinsam sei, dass sie schon durch ihren theoretischen Zuschnitt vertraute politische Kategorien hinterfragten. Sie seien damit als Versuch zu verstehen, die begriffliche Neufassung des Politischen voranzutreiben. *„Vor allem die Rezeption der Schriften Foucaults bewirkte auch in feministischen Texten eine Perspektivänderung“* (PÜHL 1994, S. 9). *Geschlecht* werde in diesem Zusammenhang eher als *Produkt* verstanden und nicht als Ideologie, die soziale Verhältnisse überforme. *„Von Fragen, die unter anderem die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen und die Formen der Institutionalisierung ihrer politischen Anliegen untersuchten, verschob sich das Interesse hin zu Regulations- und Produktionsweisen politischer Identität und zur Untersuchung von Körperlichkeit und Geschlechtlichkeit in ihrer je konkreten, historisch-gesellschaftlichen Ausprägung“* (ebd.).

Mit Blick auf Foucault weist Donna Haraway vor allem darauf hin, welche Folgen es hat, wenn Wissenschaftler sich als geschlechtsneutral darstellen und die individuellen geschlechtsspezifischen, androzentrischen Sichtweisen darum nicht reflektieren können (vgl. HARAWAY 1996). Und kritisch setzt sich auch Nancy Fraser mit bestimmten Aspekten aus Foucaults Analysen auseinander. Fraser diskutiert ungeklärte philosophische Fragen, die von Foucault nicht hinreichend geklärt scheinen, wie z.B. die „Sprache des Körpers“ (FRASER U.A. 1994a, 1994b, 1995). Fraser stellt fest, dass durch die neutrale Sichtweise Foucaults auf Macht keine Differenzierung von annehmbarer und unannehmbare Macht erfolgt. Denn da es in modernen Gesellschaften keinen Ort, keine Praxis, kein Wissen, keine Lebensäußerung der Machtfreiheit gäbe, sei Macht demnach neutral (ebd.1995, S. 51ff). Dieses schränke die Möglichkeiten ein, seinen Hypothesen zu folgen, wenn es um die Entstehung von hierarchischen Geschlechterverhältnissen im Sinne sozialer Ungleichheitslagen und Chancen der subjektiven Entfaltung ginge (vgl. BECKER-SCHMIDT/KNAPP 2000). Als Beispiel führen Becker-Schmidt und Knapp an, dass das Thema

Körperpolitik für Foucault zentral sei, ohne das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern zu reflektieren. „*Die Produktion von genetischen oder reproduktionsmedizinischen Strategien und ihre Anwendung in der Praxis entsubjektivieren jedoch den weiblichen Körper in radikalerer Weise als den männlichen*“ (ebd., S 132). Und sie kommen zu dem Schluss, dass die Foucaultsche Theorie gerade da, wo sie für Frauen- und Geschlechterforschung unter dem Aspekt von Naturwissenschafts- und Technikentwicklung bedeutsam sei, feministisch revidiert werden müsse (ebd.).

Neben einer feministischen Kritik an Foucault im Kontext von Wissen, Macht, Diskurs und Subjekt, in der es vornehmlich um das Aufzeigen blinder Flecke geht (vor allem fehlt bei Foucault die ausdrückliche Thematisierung der Kategorie „Geschlecht“), versteht sich diese Kritik nicht als das Nachweisen falscher Behauptungen, sondern vielmehr als eine Ergänzung von Konstruktionsmechanismen, die in seinem Konzept nicht zur Sprache kamen (vgl. BÜHRMANN 1995, S. 25).

So geht im Anschluss an Foucault Frigga Haug der Frage nach, wie Frauenunterdrückung mit unterschiedlichen Produktionsweisen zusammenhängt. Sie möchte wissen, wie sich das kapitalistische Patriarchat reproduziert und bearbeitet dabei Fragen, die den Umgang mit den Körpern (Leben, Tod, Sexualität) behandeln. Dabei verknüpft sie theoretische Vorannahmen mit der Befragung nach weiblichen Lebensweisen (Empirie) und prüft ihre Nützlichkeit für die Entwicklung der Theorie.

1.2.2.2 *Rational und Irrational*

Im abendländischen Denken werden den Geschlechtern traditionell unterschiedliche Rollen in der Verteilung von Rationalität zugesprochen. Männer könnten besser abstrakt und systematisch denken. Sie seien besser in der Lage, einen Gerechtigkeitsinn zu entwickeln. Frauen hingegen seien eher geleitet von Gefühlen, Leidenschaft, Fürsorge und Begierden. Sie tendierten eher zu subjektiven Einschätzungen als zu objektiven Urteilen - im Gegensatz zum Mann. Rationalisierung bereite auf der gesellschaftlichen Ebene den Weg für eine Form von Dominanz, die geschlechtsneutral zu sein scheint (vgl. u.a. HARDING 1991).

Einerseits wird die Ansicht vertreten, dass es möglich sei, die Rationalitätsdefinition der Aufklärung zu akzeptieren, um sie lediglich zu erweitern, so dass die Perspektive der Frauen mit eingeschlossen wird. Andererseits wird vorgeschlagen, Feministinnen sollten die von der Aufklärung vorgegebene Definition der Dichotomie *Rational | Irrational* aufgreifen, denn sie würde die wahre Natur zwischen Frauen und Männern genau abbilden. Allerdings sollten Feministinnen die weibliche Seite der Dichotomie mit neuem Wert versehen. Schließlich

gibt es noch die Auffassung, die Rationalität der Aufklärung und ihre falschen Dichotomien von Subjekt | Objekt, *Rational* | *Irrational* solle insgesamt fallengelassen werden (vgl. MEYER 1997, S. 360f).

Diese Betrachtungsweisen führen zu zwei Gegenstrategien: Entweder wird eine alternative und unverwechselbar weibliche Erkenntnis entworfen (z. B. die französische feministische Strategie der *écriture féminine*) oder es wird versucht, sich von den geschlechtlich bestimmten Konnotationen der Erkenntnis im Ganzen zu befreien [der sog. "postmoderne" Feminismus] (vgl. ebd.).

Eine Theoretikerin, die diesen Ansatz vertritt, ist *Jessica Benjamin*, die sich dem Problem von einem sozialpsychologischen Ansatz her nähert. Sie wendet sich gegen ein Rationalitätsverständnis, das vorgibt, objektiv und autonom sein zu können. Damit gaukele sie eine zu erreichende Autonomie vor, die in den Bereich der Mystik gehöre (BENJAMIN 1993 [1988]). Auch Sandra Harding geht es darum nachzuweisen, warum der männliche Blick auf Rationalitätskonzepte kein neutraler ist, sondern aus dem männlichen Selbstverständnis erwächst, das sich aus der sozialisierten Geschlechteridentität entwickelt (HARDING 1991). Einen weiteren Argumentationsstrang eröffnet Elisabeth List. Ihre Ausgangspunkte sind „Wissenschaft, Weiblichkeit und die Krise der Moderne“. Sie vertritt eine Position aus dem postmodernen Spektrum, rekurriert u.a. auf Bataille und thematisiert „das Andere“. Das „Andere“ alles, was in ein öffentlich präsentiertes Bild von Rationalität nicht passt (Pflege, Zuwendung, Wahnsinn etc.), meint das, was im Binnenraum des Privaten stattfindet (LIST 1993).

Diese feministischen Kritikerinnen wenden sich vor allem gegen einen Neutralitäts- und Objektivitätsanspruch, der mit der rationalen Vernunft einhergeht. Die Positionen lassen sich in der Weiterführung beim Kampf um die Grenzziehung zwischen Öffentlich und Privat verfolgen. Sie zielen darauf ab, die Auseinandersetzung um Gleichheit in der politischen Öffentlichkeit auszutragen. Eine Neudefinition des Rationalitätsbegriffs ist die notwendige Voraussetzung für eine Debatte um soziale Gleichheit im öffentlichen Raum, in der Diskussion um Inhalte und Themen, die mit ‚vernünftigen Argumenten‘ stattfinden sollten.

1.2.2.3 Zum Verhältnis *Öffentlich* und *Privat*

Aufgegriffen und thematisiert wurde die Dichotomie von *Privat* und *Öffentlich* innerhalb der feministischen Theoriebildung von der Frauenbewegung, die - Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre von den USA ausgehend - das Postulat einführte: *Das Persönliche ist politisch*.

"Das Persönliche als politisch auszurufen heißt, Alltag als politischen Kampfplatz zu denken, aber Alltag auch als Quelle, aus der Wissen zu schöpfen ist für die vielfältig verschwiegenen Dimensionen weiblicher Sozialisation, der Herstellung von Weiblichkeit, des Wirkens von Ideologie, von Macht und Herrschaft und zugleich als Feld, von dem aus Rekonstruktionen zu machen sind, bis hin zu alternativen Methoden der Wissensgewinnung" (HAUG 1994, S. 647).

In der feministischen Diskussion um Privatheit und Öffentlichkeit sind (mindestens) zwei Pole auszumachen, von denen die eine (wie etwa die radikalen Vertreterinnen des Slogans „Das Private ist politisch“) davon ausgeht, dass die strikte Grenzziehung zwischen *Privat* und *Öffentlich* die herrschende Geschlechterhierarchie zementiere: Im herkömmlichen Geschlechterarrangement sei eine männliche und weibliche Arbeitsteilung vorgesehen, die die Frau tendenziell an das Haus, an das Private bindet. Der Austritt aus dem Privaten in die Öffentlichkeit sei für die Frau gleichbedeutend mit dem Austritt aus ihren Lebenszusammenhängen und den Eintritt in eine männliche, fremde symbolische Ordnung, in der das Private keinen Raum haben soll, an den sie sich nun anpassen müsse - bei drohender Strafe des Ausschlusses.

Die zweite Position (u.a. SCHMUCKLI 1996, KLAUS 1994) geht davon aus, dass ohne Grenzziehung zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen dauerhaft keine Demokratie möglich sei: Eine Auflösung der Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit führt zur Entdemokratisierung (vgl. auch SCHMUCKLI 1996).

Für diese zweite Position ist Hannah Arendt eine wichtige Referenztheoretikerin für feministische Wissenschaftlerinnen. Ihre Beschreibung der antiken *Polis* und ihr Plädoyer, Grundzüge dieser *Polis* für moderne Gesellschaften zu nutzen (oder abzulehnen), ist Ausgangspunkt vieler Positionen in der kontroversen Diskussion um *Öffentlich* und *Privat*.

Ebenfalls ausgehend von Hannah Arendt sucht Drucilla Cornell nach einer angemessenen Beziehung zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre. Cornell möchte die

Gleichberechtigung (ökonomisch und sozial) im öffentlichen Raum verankert sehen, um die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten (CORNELL 1996, S. 397-414).

Auch Carol C. Gould schlägt eine Verschiebung der Grenzziehung zwischen *Privat* und *Öffentlich* vor, ohne sie jedoch aufzuheben. Das Soziale und das Ökonomische verortet sie in den Bereich der Öffentlichkeit. Das Öffentliche wird damit erweitert, indem eine gesellschaftliche Auseinandersetzung unter dem Postulat der wechselseitigen Anerkennung und den entsprechenden Verhaltensweisen und Praktiken in Bezug auf die jeweiligen Handlungen der Akteure stattfinden soll (vgl. GOULD 1989, 66ff).

Dagegen spricht sich Barbara Holland-Cunz dafür aus, dass sich innerhalb der Theoriedebatte nicht so sehr an den Kategorien (*Privat* | *Öffentlich*) orientiert werden sollte. Würde der Begriff des Öffentlichen weniger auf feministische Persönlichkeitskonzepte abgestellt, sondern auf einen ausschließlich demokratietheoretischen Kontext gerichtet sein, könnte das Öffentliche umgestaltet werden, zu Räumen, die nicht androzentrisch gefasst sind. Stattdessen bewege sich die feministische Theorie in polarisierten Begrifflichkeiten, die lediglich ein Gegenbild entwerfen und damit Spiegelbild der herrschenden Verhältnisse blieben. Sie schlägt vor, die *Inhalte* der privaten Sphäre und Intimität und nicht die *Formen* ihrer Kommunikation im öffentlichen Raum zu verankern und mit distanzierten Redeweisen der öffentlichen Form zu verbinden (HOLLAND-CUNZ 1994, S. 659-674).

Benhabib schlägt schließlich vor, das Öffentliche in einen agonalen Raum¹ und in einen assoziativen Raum zu teilen. Wobei im agonalen Raum - das ist der antike Raum der Kampfstätten - der Arenen Identitäten gebildet werden und Kämpfe um Anerkennung stattfinden, während im assoziativen Raum (ein quasi vorpolitischer Raum), in dem es keine thematischen Ausgrenzungen gäbe, Angehöriger vieler Gruppierungen als Gleiche agieren können. So erweitere sich der öffentliche Raum mit dem Eintreten jeder neuen Gruppe, mit der Thematisierung der jeweils spezifischen Anliegen (z.B. Emanzipation der Arbeiter und der Frauen, Rassendiskriminierung, religiöse Differenzen). Für Benhabib ist der Kampf darum, was in die Tagesordnung der öffentlichen Debatte aufgenommen werde, gleichzusetzen mit dem Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit (BENHABIB 1992).

Die feministische Diskussion um Öffentlich und Privat ist seit etwa 30 Jahren Bestandteil der theoretischen Auseinandersetzung und der Kritik am patriarchal-kapitalistischen

¹ Zum agonalen Raum aus feministischer Sicht bei Hannah Arendt vgl. auch HONIG 1994

Gesellschaftsmodell. Wie fließen diese Theoriedebatten in die Wahrnehmung von Frauen in politischen Spitzenpositionen ein? Gibt es ein Bewusstsein darüber, dass diese Definitionen und die daraus resultierenden Strukturen Interessen und Machtverhältnissen unterliegen? Finden die Frauen in politischen Spitzenpositionen einen Weg, sich aus diesen Verstrickungen zu lösen? Finden sie ihrerseits Möglichkeiten Macht auszuüben, und welche Art von Macht ist das dann? Führen sie zu strukturellen Veränderungen? Unterscheiden sich diese Machteinflussnahmen von denen männlicher Politiker? Auf diese Fragen sollen hier (im Kapitel 4) Antworten gesucht werden.

1.2.3 Biographien und Studien (empirisches Material)

1.2.3.1 Biographien über und von Politikerinnen

Die Biographieforschung ist ein vornehmlicher Gegenstand im Bereich der Gesellschaftswissenschaften. Traditionell geht es dort vorwiegend um Männer. Biographien boomen - ganz allgemein und auch von oder über Politikerinnen. So gibt es inzwischen viele veröffentlichte Äußerungen in Interview- oder (Auto-)Biographieform von Frauen in politischen Machtpositionen. Dieser allgemeine Trend - seine Ursachen und Bedingungen - ist jedoch nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Eine Biographieforschung, die speziell Frauen in den Blick nimmt, hat keine große Tradition. Da das Forschungsinteresse dieser Arbeit jedoch im Schwerpunkt auf Frauen in politischen Führungspositionen liegt, sind Biographien vor allem als Sekundär-Quelle nützlich. Sie werden auf Sprache und Begriffe hin untersucht, die relevant für das Erkenntnisinteresse sind¹ (vgl. auch die Ausführungen zur Methode unter Kapitel 1.3)

Es geht also um biographische Konstruktionen von Frauen in politischen Spitzenpositionen unter bestimmten Aufmerksamkeitspunkten und nicht um die Analyse konstruktivistischer Theorieansätze oder um die Biographieforschung an sich und auch nicht um parteipolitische Interessen, sondern um die Untersuchung struktureller Verhältnisse in der Politik. Relevant ist hier eine bestimmte kategoriale Erfassung und nur in dieser Hinsicht wird hier der Forschungsstand diskutiert.

¹ Die Unsicherheit, ob die Biographien selbst geschrieben sind oder nicht, ist nicht weiter störend, weil die hier ausgewerteten Biographien zumindest von der Betreffenden autorisiert und damit Tendenzen erkennbar sind. Sollte das nicht der Fall sein, wird es ausdrücklich erwähnt, wie z.B. im Fall von JAQUELINE BOYSEN über Angela Merkel, 2001.

Das Thema *Frauen-Biographien* ist kein homogenes, abgrenzbares Forschungsgebiet sondern ist Gegenstand unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Bereiche (vgl. dazu auch DAUSIEN 1996, S. 13ff und 1994, S. 129f). Dausien führt im Anschluss an Bordieu aus, dass Subjekte ihre Biographien nicht frei entwickeln, sondern in bestimmten gesellschafts-historischen Grenzen, „die sich als Laufbahnen im sozialen Raum auch unabhängig von der Subjektperspektive beschreiben lassen“ (DAUSIEN 1996, 14).

Herlinde Koelbl gab 1998 ihren viel beachteten Band „Spuren der Macht“ heraus, in dem sie über einen Zeitraum von 8 Jahren kontinuierlich Interviews mit Politikerinnen und Politikern (u.a. Heide Simonis, Renate Schmidt, Monika Hohlmeier, Joschka Fischer, Gerhard Schröder) führte und die Interviewten fotografisch festhielt. So entstanden Bilder und Interviews auch von Angela Merkel und Heide Simonis von 1992 bis 1997.

Über Angela Merkel, CDU, Jahrgang 1955, sind im Jahr 2001 gleich zwei Biographien erschienen. Evelyn Roll spielt mit ihrem Titel „Das Mädchen und die Macht. Angela Merkels Demokratischer Aufbruch“ zum einen auf den von Helmut Kohl geprägten Begriff „*seines Mädchens*“ an, das er nicht lange nach dem Mauerfall 1991 in seine Ministerriege holte. Zum anderen kennzeichnet der „Demokratische Aufbruch“ als „Wende-Regierung“ der Übergangszeit die Anfänge der politischen Karriere von Angela Merkel. Ebenfalls 2001 beschreibt Jaqueline Boysen „Angela Merkel. Eine deutsch-deutsche Biographie“ (BOYSEN 2001). Mit Hugo Müller-Vogg führte Angela Merkel Gespräche, die im Jahre 2004 in Buchform erschienen: „Angela Merkel. Mein Weg“. Daneben sind unzählige Artikel und Einschätzungen über Angela Merkel erschienen. Als Ost-Frau und erste Parteivorsitzende der CDU regt sie die Gemüter der Medien an und auf. Sie spricht in Interviews über ihre Motive und Prinzipien innerhalb ihrer politischen Aktivitäten. Merkel verdeutlicht gern ihr Demokratieverständnis und sie ringt um ihre inhaltlichen Positionen. Im Klappentext ihrer Biographie (MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004) wird sie als Frau beschrieben, die 2006 Deutschlands erste Kanzlerin werden könnte. Sie ist es dann bereits im Jahre 2005 geworden.

Heide Simonis, SPD, Jahrgang 1943, war von 1993 bis 2005 Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein. Eine Frau als Ministerpräsidentin - ein Novum bis dato. Bis zum März 2005 war sie 12 Jahre lang die erste und einzige Ministerpräsidentin der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Landtagswahl im März 2005 konnte sie keine Mehrheit auf sich vereinen und sie trat - nach spektakulären vier Wahlgängen zu einer Bestätigung im Amt, deren Ausgänge im Patt endeten - enttäuscht von ihren politischen Ämtern zurück. Auch über sie wird viel und gern analysiert, geschrieben und gesendet. Sie selbst setzt sich mit politischen Inhalten in vielen Veröffentlichungen auseinander (z.B. „Kein Blatt vorm Mund. Für eine aktive

Bürgergesellschaft.“, 1997). Und sie schreibt und spricht auch über sich: z.B. in der schon erwähnten Studie von HERLINDE KOELBL (siehe auch ANGELA MERKEL) und in ihrer Biographie aus dem Jahr 2003: „Unter Männern. Mein Leben in der Politik“.

Antje Radcke (Die Grünen) ist für diese Arbeit interessant, weil sie zum einen mit ihrer Partei in einem Buch „abrechnet“ nach einer politischen Auseinandersetzung, die mit ihrem Rücktritt als Parteivorsitzende („Doppelspitze“) im Juni 2000 endet. Zum anderen gehört sie zu den „jüngeren Frauen“ (die nächste Generation) einer „jungen Partei“. Sie blickt zurück auf die Politikstrukturen bei den Grünen in einer Legislaturperiode der Rot-Grünen Koalition (RADCKE 2001).

Rita Süßmuth (CDU), Jahrgang 1937, ehemalige Bundestagspräsidentin während der Kohl-Regierung, hatte in ihrer Partei viele Kämpfe zu führen und erfreut sich besonderer Achtung und Beliebtheit bei bundesdeutschen Frauenvereinigungen und Frauen aus feministischen Zusammenhängen. Von ihr liegt die Biographie „Wer nicht kämpft hat schon verloren. Meine Erfahrungen in der Politik.“ (SÜSSMUTH 2000) vor, in der sie zu ihrem Politik- und Machtverständnis im Allgemeinen und als ehemalige Frauenministerin zu Frauenpolitik im Besonderen schreibt. Über Süßmuth und ihre „Affären und Skandale“ schreibt URBAN 2001. Er bleibt mit seiner Biographie jedoch enttäuschend oberflächlich und polemisch. Es ist dem Material nichts hier Relevantes abzugewinnen und es findet daher hier keine Beachtung.

Hildegard Hamm-Brücher, Jahrgang 1921, ehemals FDP (sie ist 2004 nach einer politischen, innerparteilichen Auseinandersetzung ausgetreten), ist schließlich die „Grand Dame“ der Politik. Niemand, der über sie schreibt oder spricht, vergisst diesen Titel. Frau Hamm-Brücher kann auf eine Vielzahl ihrer Veröffentlichungen zurückblicken, die sich hauptsächlich mit Sachfragen auseinandersetzen oder die sie als Herausgeberin begleitete. Hier interessant ist vor allem ihre Autobiographie „Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz“ (HAMM-BRÜCHER 1997), in der auch ihre politische Sozialisation und ihre Einstellung zur Politik, zur Macht, zur Demokratie deutlich wird. Hamm-Brücher ist eine populäre Politikerin und Autorin. Sie wird in den meisten Biographien ihrer (ehemaligen) Kolleginnen mindestens einmal sehr hochachtungsvoll erwähnt.

Mit den oben genannten Biographien setzt sich diese Arbeit exemplarisch auseinander. Die Auswahl richtete sich nach Parteienzugehörigkeit, Alter und Erfahrungshorizonten. Es fließen jedoch noch zahlreiche weitere Biographien, Analysen und Erfahrungen von Politikerinnen in die hier erarbeiteten Analysen im Kapitel 4 ein. Dabei sind nicht zuletzt

die Einschätzungen und Erfahrungen von ANKE MARTINY¹ (1986) von Interesse, die sich biographisch mit Struktur- und Machtverhältnissen und -einstellungen in der Politik auseinandersetzt und sich später vor allem auch mit praxisorientierten, demokratiethoretischen Fragen und den Postulaten der Aufklärung im Politik-Alltag beschäftigt und dabei Fragen nach den Wegen und Zielen der „Aufklärung“ und emanzipatorischen Ansprüchen stellt (MARTINY 1991). Ebenso fließen hier die Erinnerungen von EVA RÜHMKORF (1996) ein.

1.2.3.2 Frauen an der politischen Macht: Studien

Wie weiter oben erwähnt, fanden Frauen in der Politik und wissenschaftliche Fragen dazu selten Eingang in die Forschung von PolitikwissenschaftlerInnen². Der Forschungsstand dazu ist aus diesem Grunde übersichtlich. Auffällig ist zunächst, dass die meisten Studien Mitte bis Ende der 1990er Jahren erarbeitet wurden³. Seit dem Jahr 2000 ist - nach aktuellem Wissenstand - keine relevante Studie aus einem demokratiethoretischen Kontext heraus mehr über Frauen in der Politik erschienen⁴. Allerdings befragte Maybrit Illner kurz vor der Bundestagswahl 2005 erfolgreiche Frauen nach ihren Erfahrungen in Macht- und Ohnmachtsgeschichten, die von „Führungsfrauen“ aufgeschrieben wurden (Angela Merkel wurde interviewt) und die Illner dann herausgab (ILLNER 2005).

Eine weitere Untersuchung ist vom *Informationsdienst der Wissenschaft* der Universität Erlangen-Nürnberg angekündigt⁵. Hier soll von einer Forschergruppe der Karriereverlauf von Angela Merkel genauer beleuchtet und mit den Lebensverläufen anderer Politikerinnen verglichen werden. Dabei wird u.a. der These nachgegangen, dass Politikerinnen vor allem in Krisenzeiten Chancen zum Aufstieg in Spitzenpositionen wahrnehmen könnten⁶.

Die Tendenz in den Studien ist einheitlich: Frauen in politischen Spitzenpositionen sind selten und es sei wünschenswert, dass sich dies ändere. So lassen sich die Ergebnisse und Forderungen in der Forschung über Frauen an der Politikbeteiligung zusammenfassen. Gleichzeitig jedoch ist es evident, und es wird auch so wahrgenommen, dass der

¹ SPD, Jahrgang 1939, 1972 bis 1989 Bundestagsabgeordnete, anschließend bis 1990 Senatorin in Berlin.

² Die Gründe hierfür sind nicht Gegenstand der vorliegenden Analyse.

³ Auch diese Arbeit wurde Ende der 1998 Jahre begonnen.

⁴ Eine Ausnahme ist die medienanalytische Arbeit über die Darstellung von Politikerinnen in der Presse von PFANNES 2004

⁵ Die gesamte Pressemitteilung ist abrufbar unter: <http://idw-online.de/pages/de/news125864>

⁶ vgl. dazu auch THÜRMEER-ROHR 1987

Frauenanteil in politischen Ämtern steigt. Es sind dazu bereits aufschlussreiche Studien veröffentlicht¹.

Seit den 1970er Jahren steigt die Teilnahme von Frauen in der Politik. Es wird eine höhere Wahlbeteiligung registriert, die Eintritte von Frauen in die Parteien erhöhen sich merklich, ebenso die weiblichen Kandidaturen für politische Mandate (vgl. HOECKER 1987, 1995, 1999; MOLITOR 1992). In den Wissenschaften spiegelte sich diese Entwicklung jedoch nicht wider. Birgit Meyer stellt fest, dass *„die Diskrepanz zwischen der zunehmenden Bedeutung von Frauen und deren minimaler wissenschaftlicher Reflexion besonders ausgeprägt“* sei (MEYER 1997). Und sie bemerkte weiter, dass es bis Mitte der 1980er Jahre zum Thema „Frauen und Politik“ im bundesdeutschen Kontext nur wenige politikwissenschaftliche Studien gegeben habe. So wurden vorhandene Studien aus den 1950er und 1960er Jahren immer wieder zitierend herangezogen, obgleich sie sowohl vom theoretischen Ansatz her als auch von den Daten veraltet waren. Und es ging in dieser Zeit vor allem und immer wieder darum, welche Blockaden und Hindernisse es für Frauen gab, die sich in der Politik engagieren wollten.

„Diese Ansätze wurden allgemein mit dem Nachweis verbunden, welche Defizite (Hervorhebung MEYER) Frauen in ihrem politischen Engagement/ihrer politischen Partizipation aufwiesen“ (MEYER 1997).

In den 1990er Jahren wurden „Frauen in der Politik“ offenbar häufiger thematisiert. Die letzte mir bekannte und hier berücksichtigte Studie (die einzelnen Studien werden im Kapitel 4.2.1 vorgestellt) erschien 1999 (GEISSEL), die ersten 1993 (SCHÖLER-MACHER, PENROSE). Welchen Zufällen oder gesellschaftlichen Relevanzen das folgt, wird hier nicht thematisiert.

Dafür melden sich die Politikerinnen ab dem Jahr 2000 häufiger selbst in Form von (Auto-)Biographien zu Wort, wie schon weiter oben erläutert. Ob das Indikatoren für veränderte Interessenlagen sind oder ob es auf eine Verschiebung der Thematik hinweist, bleibt hier zunächst offen. Möglicherweise ist die feministische Politikwissenschaft in eine Sackgasse geraten oder es scheint alles gesagt, die Probleme von allen Seiten beleuchtet und nun sind die Praktikerinnen gefragt?

¹ Einige davon werden unter anderem Gegenstand dieser Arbeit sein und so noch im Einzelnen gewürdigt und analysiert.

Die vorliegenden Studien über Politikerinnen sind durch die jeweils aktuellen feministischen Theoriediskussionen ihrer Zeit geprägt. So ist Anfang der 1990er Jahre die Theoriedebatte stark von dem „Streit um Differenz“ (u.a. BENHABIB, BUTLER, CORNELL, FRASER, 1991-1993) geprägt. Das findet sich in den Fragestellungen der Studien von Schöler-Macher und Penrose wieder. Ihnen geht es vor allem darum herauszustellen, dass Frauen unter keine einheitliche Großgruppe zu fassen sind, sondern differenzierte Existenzweisen hätten und das dies Folgen habe.

Andere stellen Politikstrukturen, Politikstile und politische Inhalte in den Mittelpunkt ihres Erkenntnisinteresses (SCHWARTING 1995, MEYER 1997), um herauszubekommen, ob Frauen in der Politik sich „anders“ verhalten als Männer. Sie stellen Fragen nach der Qualität von Politik und fragen nach demokratietheoretischen und emanzipatorischen Ansätzen.

Welche Voraussetzungen und Kompetenzen Frauen mitbringen sollten bzw. welche Fähigkeiten gestärkt werden sollten, untersucht eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen um Barbara Schaeffer-Hegel (FOSTER, LUKOSCHAT, SCHAEFFER-HEGEL Hrsg, 1998). Neben einer postulierten „Geschlechterdemokratie“ (NEUSÜSS, LUKOSCHAT 1998) geht es ihnen dabei vor allem darum, Weiterbildungsbedarfe zu eruieren.

In der Studie von Schöler-Macher ist der Unterschied zu anderen Studien der bisherigen Forschung zur politische Partizipation von Frauen der, dass sie nicht die Frage nach dem *Warum* stellt (sozialisationsbedingte und/oder sozialstrukturelle Einflussfaktoren im Vorfeld), sondern sie untersucht Mechanismen und Strukturen, die innerhalb der politischen Institutionen möglicherweise ihre Wirkung entfalten - sie fragt nach dem *Wie*.

Bis zu dieser Studie, so Schöler-Macher selbst, seien die bisherigen Forschungsarbeiten zum Thema „*Frauen in der Politik*“ durch eine Defizit-Sicht auf die Frauen gekennzeichnet, mit Blick auf die männliche Norm, an denen sich Frauen messen. Abgelöst wurde diese Sicht dann in der Forschung, durch die Perspektive auf die Männlichkeit als "defizitäre Menschlichkeit".

Dieser Paradigmen-Wechsel vom Defizit zur Differenz fand Mitte der 70er Jahre statt. Gemeint sind zum einen die Differenz zwischen Mann und Frau im Allgemeinen, zum anderen aber auch die Besonderheiten der Frauen in ihrem Zugang zur Politik und in ihrem Verständnis von Politik, Macht und Führungsstilen (vgl. auch KNAPP 1992).

Auch Virginia Penroses Studie, die etwa zur gleichen Zeit erschien, folgt dieser neuen Sichtweise der Differenzierungen innerhalb der Großgruppe Frauen: *„Auf der Suche nach Erklärungen für die weibliche Unterrepräsentanz in der Politik tendieren auch Frauenforscherinnen zur Universalisierung der Kategorie ‚Frau‘ und lassen sich nicht selten zu weltumspannenden Aussagen über ‚die Frau‘ verleiten. Die politisch aktive Frau als Opfer frauenausschließender politischer Strukturen; die Frau als bessere Politikerin; die Frau als ‚Verweigerin‘ im patriarchalen politischen System (...)*“ (PENROSE 1994, S. 13) kritisiert Penrose und meint weiter, dass es bezeichnend für die BRD-Studien und Veröffentlichungen sei, dass es in diesem Forschungsbereich eine unreflektierte Zitationsweise und ein z.T. undifferenzierte Übernahme wissenschaftlicher Thesen aus dem westeuropäischen und nordamerikanischen Ausland (vgl. HAGEMANN-WHITE 1989; HOECKER 1987; MEYER 1992). Es fehle eine kritische Auseinandersetzung zum Problem der Übertragbarkeit theoretischer Diskussionen und empirischer Ergebnisse aus anderen Ländern auf die politische Realität der BRD. Das erwecke den trügerischen Eindruck, die Ursachen weiblicher Unterdrückung seien überall weitgehend gleich. Was natürlich nicht den Tatsachen entspricht. Vielmehr zeigen ausländische und interkulturelle Vergleiche *„ daß sich die Rolle und der Status von Frauen, deren sozialen Erwartungen, Privilegien und Verantwortungen sowie das gesellschaftliche Verständnis des ‚Weiblichen‘ zum Teil beträchtlich unterscheiden“* (PENROSE 1993, S.14). Globalisierungen seien hier wenig hilfreich, um theoretische Sackgassen zu vermeiden (vgl. ebd., S.15).

Nach dem defizitären Blick auf Frauen in der Politik geht es darum, Frauen und deren - ohnehin vorhandene - Fähigkeiten zu stärken. Es wird versucht zu klären, welche Bildungs- und Berufserfahrungen Politikerinnen für die Ausübung ihrer politischen Tätigkeiten nutzen können, welche Qualifizierungen sie brauchen, und welche Unterstützung sie sich insgesamt für ihre politische Karriere wünschen. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass der Erhöhung des Frauenanteils in der Politik (z.B. durch die Quote), eine Professionalisierung und eine parteiübergreifende Zusammenarbeit vonnöten sei (FOSTER/LUKOSCHAT/SCHAEFFER-HEGEL 1995).

Neben der Diskussion um Differenz und Gleichheit und nach der Entlarvung, dass Frauen in der Politik als defizitär gedacht sind, wenden sich feministische Politikwissenschaftlerinnen auch auf emanzipatorische Ziele¹, Gerechtigkeitskonzepte und strukturelle Rahmenbedingungen.

¹ Welchen emanzipatorischen Zielen sie folgen, welcher Vorstellung von Emanzipation, wird Gegenstand der Analyse im Kapitel 4.2 sein; vgl. auch den hier verfolgten Emanzipationsbegriff.

Für den überwiegend quantitativen Forschungsüberblick sorgt seit Mitte der 1980er Jahre Beate Hoecker (vgl. u.a. HOECKER 1987, 1995, 1998, 1999, 2003), die Studien, Hand- und Lehrbücher zur Entwicklung der Partizipation von Frauen in der Politik dokumentiert. Sie geht Fragen nach, warum die Feminisierung von Politik so langsam voran geht. Die Antworten findet sie in der politischen Kultur. Sie fordert neben einer bisherigen expliziten Frauenpolitik, eine Männerpolitik zu fördern. Nur so rücke die Vision einer gerechten Gesellschaft in greifbare Nähe (HOECKER 1998)¹.

Die Forderung „mehr Frauen in die Politik“ wird vor allem auch von der Hoffnung getragen, dass, wenn mehr Frauen in politischen Verantwortungspositionen sind, sich der Politikstil ändere. So stellt Gesine Schwan (SCHWAN 1997) die These auf, dass eine *„radikale Veränderung der politischen Kommunikation im Sinne emphatischer Gegenseitigkeit und der Stärkung vertrauenswürdiger Beziehungen zur Bekräftigung sozialer Integration“* gelingen möge, um massive und sich verstärkende Blockierungen in der gegenwärtigen Politik zu überwinden. Dabei könne man auf „Erfahrungs- und Kompetenzpotentiale“ zurückgreifen, die vornehmlich aus weiblicher Sozialisation erwachsen. Erforderlich ist daher die *„Integration traditioneller, eher männlich geprägter liberaler Freiheits- und Autonomieverständnisse und - praktiken mit weiblichen, die emphatischen Ausgleich und persönlichen Beziehungen einen höheren Stellenwert einräumen“* (ebd., S. 69ff).

Dass Frauen eigene, geschlechtsspezifische Politikstile und ein spezielles Politikverständnis entwickelt hätten, konnte Birgit Meyer in ihren Untersuchungen (MEYER 1997) nicht nachweisen. Gleichwohl konnte sie auch das Gegenteil nicht erkennen, nämlich dass es *kein* ‚anderes‘ Politikverständnis gäbe. Das resultiert daraus, dass Frauen eine auf Stil und Inhalt bezogene größere Nähe zur Alltagspolitik haben. So werden Fragen der weiblichen Alltags- und Berufspraxis vorrangig von Frauen aufgegriffen. Das politische Selbstverständnis von Frauen ist zwiespältig. Die (von Meyer untersuchten) Politikerinnen der Nachkriegszeit bestreiten die Legitimität von Frauenpolitik (Frauen in die Politik = Quoten) überhaupt, obwohl sie sich gleichzeitig für die bessere Lebensqualität von Frauen eingesetzt haben. Die Politikerinnen der Gegenwart zählen Frauenthemen nicht zu ihren speziellen Interessengebieten. Frauenspezifische Betroffenheit war für sie nicht der Anlass in die Politik zu gehen. In der Ablehnung eine „Quotenfrau“ zu sein stimmen sie überein. Die

¹ Tatsächlich die Zahl der sozialwissenschaftlichen Forscher, die sich mit geschlechtsspezifischen Problemstellungen innerhalb gesellschaftspolitischer Bedingungen und Strukturen auseinandersetzen. Vgl. z.B. KAUFMANN 1995; HÖYNG/PUCHERT 1998; CORNELL 1999; BLAZEK 2001; KREISSL 2000, um nur einige zu nennen.

kontrovers diskutierte Frage in der Frauenbewegung, ob Frauen in politischen Spitzenpositionen vor allem durch eine höhere Präsenz die männliche Strukturen und Männerbünde aufbrechen können oder ob sie diese lediglich modernisieren und damit stabilisieren, bleibt offen¹ .

Den Analysen von Birgit Meyer kommt ein besonderes Verdienst für die Vorarbeiten für diese Arbeit zu. Sie arbeitete schon sehr präzise heraus, wie die Handlungsweisen und -möglichkeiten von Frauen in der Politik aussehen; hier jedoch wird mit Foucault und den feministischen Theoretikerinnen ein originärer Bezugsrahmen hergestellt und mit den Biographien der Politikerinnen auf Selbstaussagen im Original abgestellt.

Im Folgenden werden hier zunächst die angewandten Methoden und Vorgehensweisen erläutert.

¹ Gerade die Studie von Birgit Meyer macht die komplexen Zusammenhänge zwischen Rahmenbedingungen, Selbstverständnissen und Zielen der Politikerinnen deutlich.

1.3 Methodisches Vorgehen

Dass Biographien von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft strukturell unterschiedlich verlaufen, wird hier vorausgesetzt. Dabei sieht sich die Autorin in *diesem* Kontext dem (postmodernen) theoretischen Verständnis nah, in dem *Geschlecht* als soziale Strukturkategorie¹ (Struktur) im makrotheoretischem Sinn analysiert und als Prozesskategorie (Handeln) im mikrotheoretischen Sinn gedacht wird (vgl. HARDERS /KAHLERT/SCHINDLER 2005, S. 9f). „*Geschlecht als Strukturkategorie bezeichnet ein gesellschaftliches Gliederungsprinzip, das Männer und Frauen je verschieden in einem als hierarchisch verstandenen Geschlechterverhältnis positioniert: Frauen sind demnach in der sozialen Hierarchie ‚unten‘ und Männer in der Regel ‚oben‘ verortet. Das Geschlecht bestimmt folglich über das gesellschaftliche ‚Sein‘*“ (ebd., S. 10). Demgegenüber nehme aber das Verständnis als *Prozesskategorie* die sozialen Interaktionen von Individuen in den Blick, in denen ‚das Geschlecht‘ in alltäglichen Handlungen immer wieder neu hergestellt werde (*doing gender*). So sei *Geschlecht* also nicht eine bloße Zuschreibung oder eine sozialstrukturelle Variable „sondern eine sozial, politisch und wissenschaftlich bedeutsame Praxis“ (ebd.). In dem Band von HARDERS, KAHLERT, SCHINDLER wird der Begriff des ‚geschlechtskategorialen‘ Forschens verwandt. Er impliziere, so die Autorinnen, eine doppelte Perspektive, die sowohl struktur- als auch prozessorientierte Zugänge zum Forschungsfeld Politik beinhalten. „*Damit lassen sich die gegenwärtig hervorstechenden Merkmale des Geschlechterverhältnisses - das Nebeneinander von rasantem Wandel und erheblichen Beharrungsvermögen -, von oben‘, von unten‘ und in der Verknüpfung beider Perspektiven in den Blick nehmen*“ (ebd.).

In Bezug auf *das Material* wurde ein theoretisches Sampling gewählt. Die Untersuchungseinheiten sind hier Politikerinnen. Diese wurden danach ausgewählt, einen Fall zu finden, der das theoretische Konzept der Forschungsarbeit komplexer, differenzierter und profunder gestalten kann. Die Politikerinnen wurden gezielt aufgrund ihrer Eignung nach den Kriterien der Parteizugehörigkeit, Alter und Erfahrungshorizonte ausgewählt. Demnach spielt nicht die Quantität eine Rolle, sondern ein möglichst zutreffendes Set herauszufinden, da es nicht um Repräsentativität, sondern um typische Fälle geht.

¹ Dieser Terminus wird hier in dem Bewusstsein genannt, dass er aus der Diskussion um *sex* und *gender* (initiiert aus einer angloamerikanischen Theoriediskussion im Anschluss an Judith Butler in den 1980er Jahren) entstand in der Absicht, das biologische Geschlecht (*sex*) von dem sozialisierten Geschlecht (*gender*) analytisch zu trennen, dabei aber letztlich einen versteckten, unbewussten Biologismus transportiert und in der Folge die vorhandenen Strukturen festigt. GILDEMEISTER und WETTERER (1992) verlängern daher diese Argumentationslinie und arbeiten einen ‚sozialen Konstruktivismus‘ heraus (vgl. auch DAUSIEN 1996, KNAPP 1995).

Analysiert wurden

a) Texte der folgenden fünf Politikerinnen:

- Hildegard Hamm-Brücher (ehemals FDP)
- Rita Süßmuth (CDU)
- Heide Simonis (SPD)
- Antje Radtke (Bündnis 90/Grüne)
- Angela Merkel (CDU)

b) die folgenden sechs Studien:

1. Die Fremdheit in der Politik von Barbara Schöler-Macher
2. Orientierungsmuster des Karriereverhaltens deutscher Politikerinnen. Ein Ost-West-Vergleich von Virginia Penrose
3. Frauen, Männer und die Politik von Beate Hoecker
4. Die ganze Demokratie von Helga Foster, Helga Lukoschat, Barbara Schaeffer-Hegel (Hrsg.)
5. Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene von Brigitte Geißel
6. Frauen im Männerbund von Birgit Meyer

Die Materialsammlungen ergaben eine solche Fülle von Informationen, Daten, Texten und Bildern, dass das Material nicht im Rahmen einer Dissertation zu bewältigen war. Eine drastische Reduktion wurde sinnvoll. Dabei stellte sich heraus, dass für die Fragestellung maßgebliche Informationen in den Arbeiten von kompetenten Wissenschaftlerinnen bereits vorhanden waren und genutzt werden konnten. In deren Studien konnte sowohl auf biographische Daten und deren Auswertungen zurückgegriffen als auch die hier gestellten Forschungsfragen bearbeitet werden. Die Empfehlungen der Studien wurden daraufhin untersucht, ob sie geeignet sind, emanzipatorische und partizipatorische Ziele zu unterstützen (vgl. Kapitel 4.2).

Zudem erschien im Jahr des Forschungsbeginns der Band von Herlinde Koelbl, eine Langzeitstudie, die Spitzenpolitikerinnen über einen Zeitraum von 8 Jahren (1991 bis 1998) begleitete, indem sie die Probanden einmal im Jahr interviewte und fotografierte. Ihr Thema war „Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt“. Zwei ihrer Protagonistinnen (Simonis und Merkel) wurden auch für diese Arbeit ausgewählt. Wenn auch davon auszugehen ist, dass das Material von Koelbl selektiert wurde, so war es dennoch

ein Glücksfall, durch die auch filmisch aufgezeichneten Interviews Atmosphärisches und Körpersprachliches zum Text eindrücklich sehen zu können. Diese Filmbearbeitungen gingen nicht systematisch in die Auswertung ein, sie lieferten dieser jedoch wertvolle Anregungen. Die veröffentlichten Interviewtexte wurden hier systematisch in Bezug auf die Fragestellungen ausgewertet.

Den damals ausgewählten fünf Spitzenpolitikerinnen gemein war, dass von allen eine (Auto-)Biographie vorlag (Hildegard Hamm-Brücher, Rita Süßmuth) oder - wie bekannt - im Entstehen war (Antje Radcke, Heide Simonis, Angela Merkel). Von Angela Merkel sind inzwischen (Februar 2006) vier Biographien erschienen. Durch ihren Erfolg, als erste Kanzlerin an die Spitze der Bundesrepublik gekommen zu sein, werden noch zahlreiche Biographien hinzukommen - so ist zu vermuten. Sie ist auch die einzige, die im Laufe der Entstehungszeit dieser Arbeit gegenwärtig noch in einer Spitzenposition ist. Das ist zwar spannend und wird viele weitere Forschungsarbeiten provozieren, ist aber für das hier dargelegte Erkenntnisinteresse ebenso wenig ausschlaggebend wie der Rücktritt von Heide Simonis im Frühling des Jahres 2005 oder der Austritt Hildegard Hamm-Brüchers aus der FDP Ende 2004, zumal die „Grand Dame“ ohnehin nicht mehr aktiv in der Politik ist (Näheres zu den einzelnen Politikerinnen im Kapitel 4.1.1). Gesichtet, aber analytisch nicht explizit berücksichtigt wurden hier Neuerscheinungen, wie die von Maybritt Illner herausgegebenen Politikerinnen-Interviews (ILLNER [Hrsg.] 2005). Es brachte keine wesentlich neuen Erkenntnisse im Bezug auf das hier relevante Thema.

Die hier ausgewerteten Texte sind die wichtigsten Studien der 1990er Jahre zum Thema „Frauen in der Politik“. Die „Wichtigkeit“ orientiert sich hier an der Relevanz der jeweils im Kontext stehen Theoriediskussion und an den Referenz-Frequenzen. Alle Studien verweisen überwiegend positiv aufeinander (unter Berücksichtigung des Zeitfaktors - ob schon erschienen oder nicht). Darüber hinaus gibt es, wie bereits weiter oben erwähnt, bisher (Juni 2006 - soweit bekannt) keine weiteren veröffentlichten Studien zum Thema.

Zur Methodenauswahl:

Das Thema, der Aufbau (Theorie- und Praxisbezug), die Datenart und der handlungsorientierte Ansatz dieser Arbeit legen das Vorgehen nach dem Konzept der *Grounded Theory* (vgl. GLASER UND STRAUSS 1967) nahe. Die *Grounded Theory* wurde Ende der 1970er Jahre von Glaser und Strauss als Gegenprogramm zur herrschenden soziologischen Forschung entwickelt. Sie wendet sich gegen eine prekäre Arbeitsteilung zwischen ‚großer Theorie‘ und empirischer Sozialforschung. Die empirische Forschung erledigt hauptsächlich Handlangerdienste für die Produzenten von ‚Großtheorien‘. Durch

ein deduktives Vorgehen würden die Theorien jedoch abstrakt und leer. Sie verlieren den Bezug zur Realität, die sie ja zu erklären beanspruchen, weil sie ohne systematischen Kontakt zur Empirie entstehen. Und umgekehrt seien auch große Teile der empirischen Forschung der sozialen Wirklichkeit fremd. Mit der *Grounded Theory* wird ein Konzept vorgelegt, das die Theorie mit der Empirie eng verzahnt. GLASER/ STRAUSS (1967) beschreiben den Forschungsprozess als spiralförmige Hin- und Herbewegung zwischen theoretisch angeleiteter Empirie und empirisch gewonnener Theorie. In der vorliegenden Arbeit wird dies als methodologisches Rahmenkonzept angewandt, ohne sich strikt an die idealtypisch entwickelten Prozesse¹, wie sie von Glaser/Strauß entwickelt wurden, zu binden. Denn im konkreten Vorgehen werden nach der *Grounded Theory* keine Vorannahmen getroffen. Es werden weder Hypothesen noch Kategorien gebildet. Die Aussagen erschließen sich - induktiv - aus dem jeweiligen Material².

Hier werden allerdings Hypothesen gebildet, da es zum Gegenstand dieser Arbeit bereits einschlägige Forschungsergebnisse gibt, so dass an einem entwickelten Punkt der Praxis-Empirie-Spirale anzusetzen ist. Darüber hinaus werden die Kategorien (die dichotomischen Begriffspaare *Körper|Geist; Rational|Irrational* und *Öffentlich|Privat*) nicht vollständig aus den Theorien entwickelt, sondern sie wurden von den jeweiligen Autorinnen vorgegeben und ausgewählt. Sie werden induktiv im Kapitel 4 differenziert.

Die Fülle des vorhandenen Materials machte es notwendig, eine Auswertungsmethode zu wählen, die nachvollziehbare Analyse- und Strukturierungsinstrumente zur Verfügung stellt.

Es werden im Folgenden zwei *Auswertungsverfahren* von Texten vorgestellt, mit Hilfe derer Inhalte kodiert und kategorisiert werden können. Es handelt sich um Globalauswertung und um die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring. Welche Auswertungsverfahren angewendet wird, hängt vom Material, der Fragestellung, von der Phase des Forschungsprozesses und vom persönlichem Stil des Interpretieren ab. In allen Auswertungsverfahren wird kodierend vorgegangen. In den Texten werden Belege für die Kategorien gesucht und ihnen zugeordnet. Auf diese Weise wird die Struktur des Textes aufgelöst und neu strukturiert. In den hier benutzten Auswertungsverfahren wird ein fallübergreifendes

¹ Vgl. dazu auch DAUSIEN 1996, S. 93f, die darauf hinweist, dass die *Grounded-Theory* vor allem dort nützlich angewandt wird, wo Forschung auf dem „Nullpunkt“ beginnt. Dies ist in der vorliegenden Arbeit nicht der Fall.

² Dabei handelt sich um eine induktive Vorgehensweise, die in der Literatur keineswegs unumstritten ist, weil es sich bei der *Grounded Theory* um ein „induktivistisches Selbstmißverständnis“ (KELLE 1992, S. 253-304) handele. Vgl. dazu auch DAUSIEN, ebd.

Kategoriensystem verwendet. Im Folgenden sollen die einzelnen Verfahren detaillierter erläutert werden.

Ziel der eher pragmatisch orientierten Technik ist es, einen Überblick über die thematische Breite des Textes zu erlangen. Die *Globalauswertung* kann in sechs Schritten unterteilt werden. Zuerst wird in einer Vorphase der eigene Wissenshintergrund geklärt und eine Fragestellung entworfen. Im nächsten Schritt wird eine grobe Gliederung ganzer Textpassagen vorgenommen, indem Stichworte am Rande des Textes (Transkript, Dokument etc.) geschrieben werden. Im nächsten Schritt werden zentrale Begriffe markiert und die Grobgliederung verfeinert.

Im Anschluss daran werden Einfälle bzw. Ideen beim Lesen notiert. In Folge wird ein Inhaltsverzeichnis erstellt. Abschließend wird der Text zusammengefasst und einer ersten Bewertung unterzogen, inwieweit der Text für die Analyse herangezogen werden sollte.

Die Vorteile der Globalauswertung liegen in der Möglichkeit, sich in relativ kurzer Zeit einen Überblick über das gesamte Material verschaffen zu können. Zudem erleichtert diese Auswertungstechnik die Orientierung und die Entscheidung darüber, ob weiteres Material hinzugezogen werden oder aufgrund der begrenzten Ressourcen unterbleiben sollte. Sie kann jedoch nicht allein für sich genommen als Auswertungsmethode stehen, sondern sollte mit anderen Auswertungstechniken kombiniert werden, wie beispielsweise mit der qualitativen Inhaltsanalyse.

Im qualitativen Paradigma dient die *Qualitative Inhaltsanalyse* der Auswertung des bereits erhobenen Materials. Dabei kann es sich um Interviews, Filmsequenzen, schriftliche Darstellungen oder bildliche Darstellungen handeln. Die qualitative Inhaltsanalyse unterstützt vor allem die Interpretation der kommunikativ vermittelten Interaktion, um theoretische Aussagen über Regelmäßigkeiten von Interaktion machen zu können. Sie kann jedoch auch zur Analyse von schriftlichen Darstellungen genutzt werden. Im Vorfeld der Untersuchung können Hypothesen formuliert werden, müssen aber nicht. Werden keine Hypothesen formuliert, werden sie während der Analyse generiert. In diesem Fall erfolgt die Generierung von Hypothesen auf dem Wege der Interpretation des vorhandenen Materials. Es spricht jedoch nichts dagegen, eine für Modifikationen offene Forschungsfrage bzw. Hypothese zu entwickeln, basierend auf einem theoretischen Gerüst, wie dies hier der Fall ist.

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring geht reduktiv vor (vgl. HÖLZL 1994a, S. 59 sowie zur näheren Erläuterung SCHUSTER 1994, S. 101). Das in Schriftform vorliegende Material wird zuerst gesichtet, um dann ein Kategoriensystem festzulegen. Das Material wird im Folgenden auf das Kategoriensystem hin untersucht. Äußerungen werden zusammengefasst und strukturiert. Danach werden sie dem Kategoriensystem zugeordnet. Die Einzelfalldarstellungen werden im letzten Schritt fallübergreifend generalisiert. Im Folgenden soll der Auswertungsprozess in mehreren Stufen dargestellt werden.

Im ersten Stadium werden Textstellen ausgewählt, in denen sich der Befragte oder hier der Text zum Gegenstand äußert und wird die formale Charakterisierung des Materials vorgenommen. Danach wird zweitens festgelegt, was aus dem Material herausgestellt werden soll. Damit eng verbunden ist der dritte Schritt, die auf einer Theorie basierenden Forschungsfragen zu nennen. Daraufhin wird im vierten Stadium die Analyseeinheit bestimmt (z.B. Textstelle, Phrase etc.). Im fünften Stadium wird das Material analysiert (vgl. HÜFFEL 1994, S. 140)¹. Die Texte dieser Arbeit wurden mit Hilfe der Strukturierungstechnik analysiert.

Die Technik der Strukturierung kann grundsätzlich nach einer formalen (Herausfiltern einer inneren Struktur) oder inhaltlichen Strukturierung erfolgen. Eine Strukturierung kann auch typisierend erfolgen, indem das Material nach zu spezifizierenden einzelnen Ausprägungen sortiert wird. Hierzu werden Strukturierungsdimensionen erstellt, die dann in ein Kategoriensystem differenziert werden, nach dem strukturiert werden soll. Alle Textbestandteile, die zu den Kategorien passen, werden extrahiert. Anschließend wird ein Materialdurchlauf mit Fundstellenbezeichnung durchgeführt. Danach werden die Fundstellen extrahiert und schließlich aufbereitet (ebd., S. 145). Im sechsten Stadium der qualitativen Inhaltsanalyse werden die Darstellungen der Einzelfälle fallübergreifend generalisiert, mit dem Ziel, eine Gesamtdarstellung typischer Fälle zu erreichen. Im siebten Schritt schließlich muss eine Überprüfung des Kategoriensystems mit dem Ausgangsmaterial stattfinden (ebd., S. 140). Vorteile der Methode nach Mayring ist, dass größere Mengen von Material bewältigt werden können und die Vorgehensweise transparent wird. Ebenso wird die Vergleichbarkeit erhöht. Von Puristen der qualitativen Sozialforschung wird die Technik des Strukturierens als zu quantitativ abgelehnt. Kritiker

¹ Grundsätzlich stehen drei gleichberechtigte Techniken zur Verfügung: Zusammenfassung, Strukturierung und Explikation (vgl. dazu MAYRING 1988, S. 68). Dort wird die Technik der Explikation ausführlich beschrieben. Gegen die Methode der Explikation sprach die Möglichkeit der Interpretativität. Zu den Textstellen wird beispielsweise zusätzliches Material zur Erklärung herangezogen. Da die qualitative Inhaltsanalyse dem Vorwurf der mangelnden Wissenschaftlichkeit aufgrund von Interpretationsmöglichkeiten ausgesetzt ist, wurde diese Technik ebenfalls verworfen.

der qualitativen Inhaltsanalyse bemängeln die mangelnde Wissenschaftlichkeit der Analyse, weil sie erstens Interpretationen zulässt und damit einer gewissen Beliebigkeit Vorschub leistet. Damit ist der intersubjektive Vergleich erschwert. Zweitens wird das induktive Vorgehen bei der qualitativen Inhaltsanalyse bemängelt. Die induktive Vorgehensweise würde nicht garantieren, dass vom Einzelfall auf die Gesamtheit geschlossen werden kann (vgl. LAMNEK 1995, S. 204). Zudem kann, so Kritiker, eine qualitative Inhaltsanalyse zu einer bloßen Sammlung von Merkmalsausprägungen geraten (vgl. HÜFFEL 1994, S. 147). Schließlich handelt es sich um eine aufwendige, stark schematisierte Methode, deren Regeln erheblich von quantitativen Methoden geprägt sind. (vgl. FLICK 2000, S. 215).

Die Auswertungen und Interpretationen zu a) den Biographien und biographischen Texten von den Politikerinnen und zu b) den Studien von Wissenschaftlerinnen über Politikerinnen wurden dann an die feministischen Theorien rückgebunden, um mit dieser Rückkoppelung auf bestimmte strukturelle Mechanismen hinzuweisen, die in feministischen Theorien noch nicht ausreichend berücksichtigt sind und auf theoretische Erkenntnisse andererseits hinzuweisen, die Sackgassen, aber im Idealfall auch neue Strategien und Praktiken erkennen lassen. Darin liegt der Gewinn dieser Arbeit.

2. DER POLITIKBEGRIFF MAX WEBERS UND FOUCAULTS KATEGORIE DER BIO-MACHT

Es gibt bereits einige Untersuchungen und theoretische Nachweise, die belegen, dass das herrschende Politikverständnis eines ist, das Frauen und ihre Lebenszusammenhänge nicht berücksichtigt (vgl. auch KREISKY/SAUER 1992, SCHÖLER-MACHER 1994, SCHWARTING 1995, MEYER 1997). Ebenso ist fundierte feministische Kritik an den Politikwissenschaften¹ geübt worden. Das ist im Einzelnen sehr gut in der ausgewiesenen Literatur belegt. An dieser Stelle soll es darum gehen, mit Max Weber in Erinnerung zu rufen, welche Qualitäten in der (androzentrischen) Politik und in politischen Zusammenhängen gefragt sind.

Auf die Frage, ob der Beruf der Politik ein dezidiert männlicher ist, würde heute wahrscheinlich teils mit Unverständnis reagiert und teils mit einem empörten *Nein* geantwortet werden. Der Nachweis, dass der Bereich der Politik ein androzentrisch strukturierter ist und es immer schon war, soll hier jedoch nicht geführt werden; er wird als bekannt vorausgesetzt. Vielmehr soll es darum gehen zu zeigen, in wie weit die Normen,

¹ KREISKY / SAUER 1995

wie sie in den vorhandenen Strukturen von Vereinen, Verbänden und Parteien vorhanden sind, durch Männer und deren Vorstellungen definiert sind. Ihre Leitideen von Werten wie Vernunft und Rationalität beanspruchen Universalität und Objektivität und sind doch zunächst nichts anderes als männliche Sichtweisen in unserer Kultur (vgl. SCHÖLER-MACHER 1994, S. 18). Die Definitionsmacht von Werten und Normen in der politischen Öffentlichkeit lag und liegt bei Männern. Es geht um Zuschreibungen und die tiefe Verankerung von entsprechenden Bildern in den Köpfen der Akteure.

Im Folgenden sollen zunächst einige dieser begrifflichen Definitionen, wie sie von einem der einflussreichsten Gesellschaftsanalytiker - Max Weber - mit bis in die Gegenwart reichender Wirkungsmacht geprägt wurden, untersucht werden. Dem gegenübergestellt werden dann machttheoretische Analysen von Michel Foucault.

2.1 Macht und Herrschaft bei Max Weber

Max Weber entwickelte seine Analyse bürokratischer Herrschaft vor dem Hintergrund des sich herausbildenden Wohlfahrtsstaates im wilhelminischen Kaiserreich. Es war eine Zeit, die geprägt war von den Strukturen im Militär und von den entstehenden Massenorganisationen. Diese Analyse der Herrschaft geht von einem handlungstheoretischen Verständnis aus. Für Weber gehen die soziologischen Phänomene *Macht* und *Herrschaft* nicht aus dem reaktiven Verhalten der Akteure hervor und nicht aus einer Orientierung an objektiv richtigen oder wahren Entscheidungen, sondern Macht und Herrschaft resultieren aus intentionalem, subjektiv sinnhaftem Handeln.

Nach Weber erleben Menschen Macht und Herrschaft zwar unterschiedlich, aber es bedarf eines bestimmten rationalen Verständnisses der Individuen, die Legitimität von Autoritäten anzuerkennen und um sich ihnen unterzuordnen. In heutigen Gesellschaftsordnungen setzt das den Glauben voraus, dass die Herrschaftsausübung "*in irgendeinem Sinn*" (WEBER 1956, S. 20) legitim sei. Sie beruht "*auf dem Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung von Herrschaft Berufenen*" (ebd., S. 124). Eine subjektive Begründung für diesen Glauben ist das Charisma einer Person oder die Achtung vor Traditionen. Und Weber verfolgt diesen Prozess der rationalen Anerkennung von Herrschaft weiter, bis zur Anerkennungsform der Disziplin: „*Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden; Disziplin soll heißen die Chance, kraft eingeübter Einstellung für einen Befehl prompten, automatischen und schematischen Gehorsam bei einer angebbaren Vielheit von Menschen zu finden*" (ebd., S. 42).

Für Weber ist Herrschaft etwas, was von den Beherrschten verinnerlicht wurde und was ihr Handeln bestimmt (NEUENHAUS 1993, S. 9f und S. 19ff). „Herrschaft“ heißt bei Weber die Chance, *„für spezifische (oder für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden. Nicht also jede Art von Chance, ‚Macht‘ und ‚Einfluß‘ auf andere Menschen auszuüben. Herrschaft (‚Autorität‘) in diesem Sinn kann im Einzelfall auf den verschiedenen Motiven der Fügsamkeit: von dumpfer Gewöhnung angefangen bis zu rein zweckrationalen Erwägungen, beruhen. Ein bestimmtes Minimum an Gerhorchenwollen, also: Interesse (äußerem oder innerem) am Gehorchen, gehört zu jedem echten Herrschaftsverhältnis“* (ebd., S. 122).¹

Mit dem Begriff Herrschaft wird bei Weber die Machtausübung bezeichnet, die auf Legitimation beruht. Eine Legitimation zur Herrschaft bekommt Macht nur durch die Zustimmung der betroffenen Menschen. Hingegen wird von einer Legitimation des mit „Macht“ bezeichneten Tuns und der Situation abgesehen.

„Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“

„Chance“ bedeutet hier eine bestimmte Situation oder Möglichkeit. So kann Macht ausgeübt werden, wenn die Umstände entsprechend sind (vgl. WEBER 1956).

Weber definiert das Politische durch aktuelle oder mögliche Gewaltausübung, nicht nur im Krieg zwischen Staaten, sondern auch innerhalb eines Herrschaftsverbandes. Vom Herrschaftsverband, dessen Mitglieder kraft geltender Ordnung Herrschaftsbeziehungen unterworfen sind, unterscheidet sich der politische Verband dadurch, dass *„sein Bestand und seine Ordnungen innerhalb eines angebbaren geographischen Gebiets kontinuierlich durch Anwendung und Androhung physischen Zwanges für die Durchführungen der Ordnungen seitens des Verwaltungsstabes garantiert werden“* (WEBER 1956, S. 29). So wird das Politische im Staat zur Sache des Verwaltungsstabes, der *„erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen“ in Anspruch nimmt“* (ebd.).²

¹ Zum Machtbegriff bei Weber vgl. auch KÄSLER 1987, S. 153

² Petra Neuenhaus, die sich mit dem Macht und Herrschaftsvorstellungen Webers auseinandersetzt, bezeichnet die Funktion des Politischen in dieser Sichtweise als paradox: *„indem es die Gewalt monopolisiert, besitzt es den größten Handlungsspielraum, weil es aber an die bürokratische Verwaltung gebunden ist, sind die Handlungsmöglichkeiten äußerst beschränkt.“* (NEUENHAUS 1993, S. 27) „Weber“, so schreibt Neuenhaus, *„erklärt die ‚gewaltsame Behauptung der geordneten Herrschaft über ein Gebiet und die Menschen auf demselben‘ zum begrifflichen Minimum einer politischen Gemeinschaft. Diese Konzeption war und ist provokant, weil sie es für ‚begrifflich gleichgültig‘ erklärt, auf welche Inhalte sich die Politik außer der gewaltsamen Beherrschung von Gebiet und Menschen richtet“* (ebd.). Der Unmöglichkeit, moderne Herrschaft durch verbindliche Inhalte zu legitimieren, entspräche der Ausschluss bestimmter Inhalte aus dem Begriff von Staat und Politik (vgl. ebd.).

Weber beklagt die mechanische Reduktion individueller Freiheiten in der modernen Massendemokratie und tritt für die Herrschaft verantwortungsvoller Führer ein. Damit hebt er sich zunächst kaum von der gängigen Kulturkritik der deutschen Soziologie vor dem ersten Weltkrieg ab. Im Unterschied zu diesen Kulturkritikern betrachtet Weber aber die Demokratie als bestgeeignetes Mittel, die Kontrolle der Verwaltung und die Auslese der politischen Führer letztlich in die Hand des ‚Volkes‘ zu legen. So schreibt Weber der ‚Demokratie‘ hohe, aber rein instrumentelle Bedeutung zum Zweck des Machtgewinns der Nation zu. In seinen Ausführungen zum demokratischen Legitimitätsverständnis wird deutlich, dass Weber am Ende nicht auf die politische Reife des Volkes, sondern auf kollektive Gefolgschaft gegenüber der Autorität und dem Charisma des politischen Führers setzt (vgl. ebd., S. 30f).

Wie solch eine Entscheidungsspitze oder ein Führer auszusehen hat bzw. welche Qualitäten und Voraussetzungen *er* mitbringen sollte, beschreibt Weber in seiner Rede „Der Beruf zur Politik“, auf die im Folgenden eingegangen wird.

2.1.1 Der Beruf zur Politik

Max Weber analysierte Macht und Herrschaft, und er hatte bestimmte Vorstellungen von den Qualitäten zum Beruf des Politikers seiner Zeit. Seine bis heute viel zitierte Rede¹ „Der Beruf zur Politik“, die er im Februar 1919, noch unter dem Eindruck der Novemberrevolution (1918) hielt, ist ein Appell, das Feld der Politik nicht „den anderen“² zu überlassen und er versuchte dem Bürgertum zu vermitteln, wie eine Beteiligung an der Politik aussehen könnte. Das Politische war für Weber ein unerbittlicher Machtkampf und er war der Überzeugung, dass nur große Führerpersönlichkeiten die Chance hätten, sich unabhängig zu machen von den Routinisierungszwängen des Alltags und den gruppenorientierten Eigeninteressen der entstehenden Parteimaschinen und der Bürokratien.

Weber versuchte zunächst, dem Beruf des Politikers die positiven Seiten abzugewinnen, ging es ihm doch auch darum, Lust auf Politik zu wecken. So bringt denn der Beruf der Politik innere Freuden, die vor allem ausgelöst werden durch Machtgefühle, indem der Berufspolitiker Einfluss auf Menschen hat und damit teilnimmt an der Macht über diese Menschen (WEBER 1956, S. 167). Welche Qualitäten vorauszusetzen seien, um diesen Machtbesitz zu rechtfertigen sei vor allem eine ethische Frage. Nach Weber sind es drei

¹ Auch von den Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen in dieser Untersuchung (vgl. Kapitel 4 in dieser Arbeit)

² Gemeint sind die politischen Gegner, die Bolschewisten und Spartakisten.

Merkmale, durch die sich ein Berufspolitiker auszeichnen sollte: Leidenschaftlichkeit (im Sinne von Sachlichkeit), Verantwortlichkeit und Augenmass. Wer darüber verfügt, könne „das Gefühl, einen Nervenstrang historisch wichtigen Geschehens mit in den Händen zu halten“ genießen und „seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte legen“ (ebd.). Daraus gewinne er eine Wichtigkeit der eigenen Person, die ihn über den Alltag hinaushebt (vgl. ebd.). Jedoch müsse der Berufspolitiker eben jene Qualitäten besitzen, um der Verantwortung, die Machtbesitz mit sich bringt, gerecht zu werden.

Ein Politiker müsse das Wissen um die Auswirkungen und Tragik alles politischen Tuns haben und die Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen. Und er benötige eine Distanz zu den Dingen und zu den Menschen, denn: „Politik wird mit dem Kopf gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele“ (ebd., S. 168). Distanzlosigkeit sei eine Todsünde für jeden Politiker, aber dennoch fordere die Politik Hingabe und Leidenschaft, „wenn sie nicht ein frivoles intellektuelles Spiel, sondern menschlich echtes Handeln sein soll“ (ebd.).

Der Machtinstinkt gehöre zu den normalen Qualitäten eines Politikers. Jedoch darf Machtstreben nicht ursächlich oder eigennützig sein, sondern müsse immer im Dienste einer Sache stehen. Eine Todsünde des Politikers sei Unsachlichkeit und Verantwortungslosigkeit, wobei Eitelkeit dabei die stärkste Versuchung darstelle (vgl. ebd., S. 169).¹ Und Politik sei ein langsames Bohren von starken Brettern. Hier wird eine Politik der kleinen Schritte beschrieben - keine Revolution.

¹ In dieser Rede zum Beruf des Politikers geht Weber vor allem auch auf die ethischen Probleme ein, die sich aus seiner Definition des Politischen durch seine spezifischen Mittel Macht und Gewaltsamkeit, ergeben. „Macht (ist) das unvermeidliche Mittel (...) der Politik“ (WEBER 1921, S. 437) Er ergänzt dann, dass Politik mit dem sehr spezifischen Mittel „Macht, hinter der Gewaltsamkeit steht, arbeitet“ (ebd., S. 439). Nach seiner Argumentation gegen die „Gesinnungsethik“ wird die Äquivalenz von Macht und Gewaltsamkeit explizit. Für die Politik ist das entscheidende Mittel die Gewaltsamkeit (vgl. ebd., S. 176, vgl. auch NEUENHAUS 1993, S. 31, Fußnote).

Ethik und Politik > protestantische Ethik gegen „eine Beliebige“ der bolschewistischen oder spartakistischen. (WEBER 1921, S. 172)

- Wahrheitspflicht ist für die absolute Ethik unabdingbar. (ebd., S. 173)

Unterschied zwischen Gesinnungsethik (= Bolschewismus + Spartakismus = revolutionärer Sozialismus) und Verantwortungsethik s.o. (ebd., S. 175ff)

Gesinnungsethiker = wankelmütig. Er „erträgt die ethische Irrationalität der Welt nicht.“

Gesinnungsethik und Verantwortungsethik sind nicht unter einen Hut zu bringen. Welcher Zweck heiligt welches Mittel? (ebd., S. 177)

„ Die Erfahrung von der Irrationalität der Welt war die treibende Kraft aller Religionsentwicklung. (ebd., S. 178)

„Wer die absolute Gerechtigkeit auf Erden mit Gewalt herstellen will, der bedarf dazu der Gefolgschaft: des menschlichen „Apparates“. Diesem muss er die nötigen inneren und äußeren Prämien – himmlischen oder irdischen Lohn – in Aussicht stellen, sonst funktioniert er nicht. (ebd., S. 180)

Der Formulierung einer „Demokratiethorie“, so DIRK KÄSLER (1987, S.151) im Sinne der antiken politischen Philosophie, der Naturrechts-Lehren oder eines aufklärerischen Idealismus, habe Max Weber schroff ablehnend gegenüber gestanden. Alle ethischen und normativen Herleitungen bzw. Rechtfertigungen demokratischer Ordnungen des Gemeinwesens habe er als utopisch oder als rein irrational abgelehnt. Für Weber habe Demokratie nicht mehr als eine Organisationsform bedeutet, deren mögliche Effizienz bei der Herstellung eines Maximums politischer Führung, bei optimaler Kontrolle der Bürokratie und plebiszitärer Legitimation, für ihn unbestritten war.

In außenpolitischer wie in innenpolitischer Hinsicht habe er Politik als Machtpolitik betrachtet, die in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis zu den Forderungen jedweder absoluten Ethik stehen müssen. *„Die für den Bereich der (Macht)Politik gültige Verantwortungsethik kann und darf nicht versöhnt werden mit Gesinnungsethik, welcher Provenienz auch immer“* (ebd., S. 152).

Jedenfalls solle „die Leitung der Staatsgeschäfte in den Händen von optimal – demagogisch, verantwortungsethisch und charismatisch – qualifizierten Führern“ liegen und die Herrschaftsausübung muss sich mittels legaler Institutionen an die legalen Spielregeln halten „vor allem an Kollegialität und Gewaltenteilung“ (ebd., S. 152f). Vom Berufspolitiker wird rationales Handeln gefordert. Politisches Handeln wird in der herrschenden Politik durch rationale Argumente legitimiert. Welchen Vorstellungen von Rationalität folgte Max Weber?

2.1.2 Politik und Rationalität

Intention Max Webers war es, eine spezielle Konzeption der Rationalität zu untersuchen, die auf der Kant'schen Tradition gründet. Die rein bürokratische aktenmäßige Verwaltung ist für Max Weber die formal rationalste Form der Herrschaftsausübung, *„die Keimzelle des modernen okzidentalen Staats“* (WEBER 1956, S. 126). Sie ist in unserem gesamten Alltagsleben gegenwärtig und darum kann man ihr nicht entrinnen (vgl. ebd.). Sie ist demnach auch in der Politik präsent.

Gesinnungsethik und Verantwortungsethik gehören in gewisser Weise sich ergänzend zusammen. Sie machen erst den echten Menschen aus, den „zum Beruf der Politik“ geeigneten.

Weber begründet diesen rationalen Grundcharakter damit, dass sie ‚Herrschaft kraft Wissen‘ sei (vgl. NEUENHAUS 1993, S. 14). *„Über die durch das Fachwissen bedingte gewaltige Machtstellung hinaus hat die Bürokratie (oder der Herr, der sich ihrer bedient), die Tendenz, ihre Macht noch weiter zu steigern durch das Dienstwissen: die durch den Dienstverkehr erworbenen ‚aktenkundigen‘ Tatsachenkenntnisse“* (WEBER 1956, S. 128). Diesem Machtstreben entstammt der bürokratische Begriff des „Amtsgeheimnisses“ (vgl. NEUENHAUS 1993, ebd.).

Um sich zu erhalten, benötigt rationale Herrschaft eine Fachschulung, die Funktionäre produziert, die lediglich zur Ausführung von Befehlen und zur Anwendung von Regeln geeignet sind. Das sind „Ordnungsmenschen“, die zum politischen Handeln, zur Initiative und zum Kampf nicht fähig sind (vgl. ebd.). Diese Entwicklung ist Weber nicht geheuer: *“Diese Leidenschaft für die Bureaukratisierung, wie wir sie sich hier äußern hörten, ist zum Verzweifeln. Es ist, als wenn in der Politik der Scheuerteufel, mit deren Horizont der Deutsche ohnehin schon am besten zurechtzukommen versteht, ganz allein das Ruder führen dürfte, als ob wir mit Wissen und Willen Menschen werden sollten, die Ordnung brauchen und nichts als Ordnung, die nervös und feige werden, wenn diese Ordnung einen Augenblick wankt, und hilflos, wenn sie aus ihrer ausschließlichen Angepasstheit an diese Ordnung herausgerissen werden. Das die Welt nichts weiter als Ordnungsmenschen kennt – in dieser Entwicklung sind wir ohnedies begriffen, und die zentrale Frage ist also nicht, wie wir das noch weiter fördern und beschleunigen, sondern was wir dieser Maschinerie entgegenzusetzen haben, um einen Rest des Menschentums freizuhalten von dieser Parzellierung der Seele, von dieser Alleinherrschaft bürokratischer Lebensideale“* (zitiert nach NEUENHAUS¹ 1991, S. 15).

Wegen ihres streng rationalen Funktionierens nennt Weber die ‚lebende Maschine‘ der bürokratischen Herrschaft ‚geronnenen Geist‘. Materiale Gerechtigkeitserwägungen ordnet der Geist der rationalen Bürokratie dem Zweck unter, die Gesellschaft mit den Mitteln technischer Kalkulation so zu organisieren, dass die bestehenden Herrschaftsverhältnisse erhalten bleiben (vgl. NEUENHAUS, S. 15).

„Die rationale Herrschaft ist sich selbst höchster Zweck. Sie sieht innerhalb ihrer Grenzen keine sinnhafte Orientierung vor, die über effiziente Verwaltung hinausginge. Sie verlangt auch vom legalen Herrn, dem ‚Vorgesetzten‘, Gehorsam. Der Platz des Souveräns bleibt unbesetzt.“ (ebd., S. 16) Als Folgen dieser Herrschaftsform sieht Weber eine „Tendenz zur

¹ Debattenrede auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1909 zu den Verhandlungen über „Die wirtschaftlichen Unternehmungen in den Gemeinden“ in: WEBER 1924, S. 414)

Nivellierung des Sozialen“ und eine „formalistische Unpersönlichkeit“, die ohne Leidenschaft und Hass und daher auch ohne Liebe und ohne Enthusiasmus funktioniert. Unter dem Druck schlichter Pflichtbegriffe: „Ohne Ansehen der Person“, formal gleich für „jedermann ... waltet der Beamte seines Amtes.“ (WEBER 1956, S. 835). Diese prognostizierte Entwicklung beunruhigt Weber und er stellt die dringliche Frage danach, wer denn diesen bürokratischen Apparat noch beherrschen könne (ebd., S. 128).

Eine weitere Voraussetzung der rationalen Herrschaft – neben dem Fachwissen – ist die *Disziplin*. Disziplin sei „inhaltlich nichts anderes als die konsequent rationalisierte, d.h. planvoll eingeschulte, präzise, alle eigenen Kritik bedingungslos zurückstellende, Ausführung des empfangenen Befehls, und die unablässige innere Eingestelltheit ausschließlich auf diesen Zweck“ (ebd., S. 681).

Als massenhafte Einübung uniformen Gehorsams stellt sich die Disziplin sachlich jeder Macht zur Verfügung (vgl. ebd., S. 682, NEUENHAUS, S. 17).

Wäre die Disziplin allgegenwärtig, so würde es in einer solch strengen, nach Regeln lebenden Gesellschaft keine Machtkämpfe mehr geben. Das wäre eine „*erschreckende Verkümmern des Daseins*“, eine „*Parzellierung der Seelen*“. Zur Rettung individualistischer Bewegungsfreiheit muss die Macht des staatlichen Beamtentums beschränkt und kontrolliert werden (vgl. NEUENHAUS, S. 18).

Die von Weber geforderte Trennung von Moral und Rationalität kann nicht funktionieren, weil die Bürokratie (Ratio) der Politik (und damit bestimmten politischen Werten) untersteht. Somit entsteht ein Diskurs um moralische Werte und nicht eine Politik um Konsensbildung („Sieg des besseren Argumentes“ in einem herrschaftsfreien Raum wie sie z.B. von Jürgen Habermas als ideale Vorstellung verfolgt wird).¹

In den Ausführungen zur Politik, zur Bürokratie und zu den Voraussetzungen, das eine wie das andere als Beruf auszufüllen, sind Frauen bei Weber nicht explizit erwähnt. Sie sind damit nicht per se aus diesen Berufsfeldern ausgeschlossen, durch die Beschreibungen und

1 Zur Diskussion: Mindestens ein Problem ergibt sich aus der Sichtweise Webers: Wenn er auf der einen Seite eine bestimmte Ethikvorstellung der beteiligten Politiker fordert, andererseits aber ein bürokratisches System als „Überbau“ und darin rationales Handeln als Notwendigkeit sieht, stellt sich die Frage, ob diese komplizierte Trennung von Moral und Rationalität a) überhaupt möglich ist und b) ob sie (wenn es nicht möglich ist) unbewusst und indirekt einen subjektiven moralisierenden Zugriff in der Politik zulässt, damit also der Beteiligte (hier der Politiker) eine Stütze der herrschenden Moral ist und dann Dogmen und ideenpolitischen Zielen folgt. Die Folgefrage stellt sich dann, ob eine Eingriffsmöglichkeit in politische Verhältnisse überhaupt besteht, oder ob so der Bürokratismus siegt bzw. dominiert, sich eine „Experten-Kultur“ entwickelt und damit das Individuum als handelndes Wesen nicht mehr vorkommt.

durch das Wissen um die Arbeitsteilung, auch jener Zeit, sind sie jedoch tendenziell ausgeschlossen. Welches Frauenbild hatte Max Weber? Konnte er sie sich in der Öffentlichkeit agierend vorstellen?

2.1.3 Politik und Öffentlichkeit - die Rechte der Frauen

Zu Lebzeiten Webers, also ausgehend 19. / Anfang 20. Jahrhundert, war die Trennung zwischen der öffentlichen Sphäre des Politischen und der des privaten Bereichs strikt und intakt. Dem Bereich des Politischen steht – auch von Weber scharf abgegrenzt – ein Bereich des Privaten gegenüber. Der Begriff des Staates wird von Weber durch den Begriff des Politischen ersetzt (vgl. BREUER 1991, S. 91). In seiner Herrschaftssoziologie strukturiert Weber den Staat als Patriarchat¹ bzw. als patrimonial (zur Abgrenzung und Begriffsklärung vgl. BREUER 1991, S. 76ff).

Der Kontext: Die Agrarprobleme im deutschen Osten standen im Mittelpunkt einer durchgeführten „Enquete“, die Weber im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik durchführte. Patriarchale Verhältnisse entdeckte Weber vor allem auf den großen Gutsherrschaften Ostelbiens, in denen er eine spezifisch patriarchalische Wirtschaftsverfassung erkannte, die er vor allem im traditionellen Instverhältnis² repräsentiert sah; dieses erschien ihm zugleich als ‚patriarchales Herrschaftsverhältnis‘, das auf der persönlichen Unterwerfung des Arbeiters unter den Herrn beruhte (vgl. WEBER 1956, I/3, S. 738ff, S. 813f, S. 903, S. 924 ff). Daneben gab es den Bereich der Frauenemanzipation, die Weber interessierte – wie Marianne Weber berichtete. Er setzte sich für die Gleichstellung der Frau in der Ehe ein, für den bürgerlichen Gleichheitsstatus und für gleiche Bildungschancen (vgl. BREUER 1991, S. 83 und ROTH 1989, S. XVI). So ging von ihm auch die Anregung an seine Frau aus, eine „*voluminösen Studie*“ (BREUER 1991, S. 83) über die „Ehefrau und Mutter in der Rechtsentwicklung“ zu publizieren. Dieses 1907 erschienene Buch ist so stark von den

¹ „Mit diesem Einwand soll Weber nicht zu einem Anhänger der ‚Patriarchal theory‘ gestempelt werden. Weber hatte eine tiefe Abneigung gegen die allzu simplen Entwicklungskonstruktionen, die zu seiner Zeit verbreitet waren; und er wußte zu viel von den komplizierten Beziehungen zwischen Wohnfolge-, Abstammungs-, Heirats- und Erbregegnen, als daß er den Mythen vom Matriarchat die nicht minder mythische Behauptung vom Patriarchat als dem allgemeinen Anfangs- und Urgrund der Geschichte entgegengestellt hätte. Auch wenn vieles von dem, was er über Vater- und Mutterrecht, über die geschlechtliche Arbeitsteilung oder die verschiedenen Vergemeinschaftungsformen der Geschlechter in primitiven Gesellschaften schrieb, aus heutiger Sicht korrekturbedürftig erscheint, so zeichnet es sich doch dadurch aus, daß weder vorschnell allgemeine Entwicklungsstufen postuliert noch einfache Kausalzusammenhänge zwischen ökonomischer Entwicklung und der Geschichte der Geschlechterbeziehungen und Familienformen behauptet werden.“ (BREUER 1991, S. 97)

² Ein Instmann ist in Ostdeutschland bis ins 19. Jahrhundert ein landwirtschaftlicher Arbeiter, der sich in einer Gutsherrschaft auf dem Dorfe oder dem Gute einmietete, Vieh hielt und Land pachtete und daneben den Taglohn auf dem Gute arbeitete (Instverhältnis).

Vorstellungen Max Webers geprägt, „*daß man es getrost auf weite Strecken als eine Gemeinschaftsarbeit ansehen kann; wofür im übrigen auch spricht, daß wesentliche Motive daraus in späteren Schriften Webers wieder auftauchen*“ (BREUER, ebd.)

Entgegen anderen Theorien (Bachofens und Morgans) zeigt Marianne Weber dort, dass die Hypothese eines ursprünglich allgemeinen Matriarchats unhaltbar ist, wohingegen jedoch der Patriarchalismus zwar keinem Naturgesetz entspringe, aber „*auf allen Stufen der Kultur nachweisbar und grade auf der primitivsten vorherrschend*“ sei (WEBER, MARIANNE 1907, S. 42f). Dort wird das Prinzip des Patriarchalismus definiert als „*faktische und rechtliche Unterordnung der Frau als Gattin und Mutter*“ (BREUER zit. WEBER, MARIANNE, ebd., S. 181), als reines Besitzverhältnis, bei welchem die Frau – ebenso wie die Kinder und andere Hausangehörige – als Besitzobjekt des Mannes figuriert und ohne irgendeine Rechtssphäre ist (vgl. ebd. S. 50, BREUER 1991, S. 83).

Die von der Sache her durchaus gegebene Möglichkeit, eine begriffliche Verbindung zwischen der Hausgewalt, der Herrschaft im Oikos und derjenigen des königlichen Oikos über den Staat herzustellen, wird, so Breuer, nicht genutzt. Von dem Rang, den Weber nur wenige Jahre später der ‚patriarchalen Struktur der Herrschaft‘ zumessen wird, ist noch 1909 nichts zu ahnen (vgl. BREUER 1991, S. 84 f). Später erscheint als reinster Typus der traditionellen Herrschaft die patriarchalische Herrschaft, „*und zwar in doppelter Form: einmal als Herrschaft im Haus bzw. Hausverband (...), dann als Herrschaft im politischen Verband, wo sie als rein patriarchale Struktur der Verwaltung auftritt*“ (ebd., S. 86).

Die geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen Max Webers scheinen damit hinreichend belegt.¹ Damit nimmt er eine Trennung vor zwischen den Sphäre Ehe, Bildung und bürgerlicher Status einerseits und andererseits der Politik, also dem Bereich, in dem gesellschaftliche Handlungs- und Entscheidungsprozesse stattfinden.

Politik ist bei Weber eine rein geistige Angelegenheit, denn „*Politik wird mit dem Kopf gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele*“ (WEBER 1956, S. 168). In anderen Kontexten als denen seiner Arbeit in Wissenschaft und Politik beansprucht der Körper allerdings seinen Raum. Weber diskutiert Sexualität – vor allem die der Frauen – in seinen privaten Gesprächskreisen, den „Salons“. Seine Frau Marianne war Vorsitzende des BDF

¹ Er gesteht den Frauen einen bürgerlichen Gleichheitsstatus zu und äußert sich positiv zu einer Gleichstellung im Bereich des ehelichen Zusammenlebens und für gleiche Bildungschancen. Der Bereich der Politik bleibt explizit ausgeklammert.

(Bund deutscher Frauen). Beide vertraten eine konservative Haltung in dem damaligen Kampf um eine „neue Ethik“, hinter der sich die Diskussion um freie Sexualität verbarg und um die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper (z.B. um den § 218 StGB). Diese Diskussionen wurden von den Webers als Angriff auf die Ehe gewertet, und sie wendeten sich beide vehement gegen Theorien wie sie z.B. von Engels im „Ursprung der Familie“ publiziert wurden. Marianne Weber verlangte in ihren Schriften (WEBER, MARIANNE, 1989 [1926]) deutlich eine Unterwerfung der Frau. So sollten, nach ihrer Vorstellung, junge Frauen die Ehe nicht als Versorgungsinstitut betrachten, sondern als natürlich sinnvolle Ordnung, die sie akzeptieren und der sie sich unterordnen sollte. Das folgte den Argumenten und Vorstellungen Max Webers von der „innerweltlichen Askese“ (vgl. auch in: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“).

Hierzu ist es interessant, dass das private Leben Max Webers zum einen geprägt war von der grenzenlosen Bewunderung und Unterstützung seiner Frau, zum anderen durch seine langwierige und schwere (Gemüts-)Krankheit, die ihn Jahre vom Arbeiten abhielt, und er unterhielt eine bis zu seinem Tod währende außereheliche sexuelle Beziehung und Freundschaft zu Else von Richthofen (vgl. ROTH 1989, S. IX ff). Marianne Weber bezeichnet ihn als „*frauenrechtlerischer*“ als sie selbst es sei (WEBER, MARIANNE 1989, S. 241). Weber stützte beispielsweise seine Frau, indem er einen Artikel von ihr veröffentlichte. Darüber hinaus unterstützte er Frauen in ihrer beruflichen Laufbahn, so Else von Richthofen, die seine erste Promovendin war und der er zu einem Posten verhalf, der sie zur ersten deutschen Beamtin (Fabrikinspektorin) machte.

Gleichwohl bleibt Weber konservativer Vertreter in frauenpolitischen Fragen. Frauen in der Politik waren für ihn und zu seiner Zeit nicht denkbar.

Im Sommer 1897 beginnt ein langer Leidensweg, der durch psychosomatische Beschwerden begleitet wird. Welche Auswirkungen seine eigenen Ansprüche, den Primat des Geistes über den Körper zu setzen, haben können, erfährt Weber am eigenen Leibe. Im Mai 1898 fühlt Weber sich an einer Wende. „*Die so lange vergewaltigte Natur beginnt ihre Rache*“ (ebd., S. 248). 1903 tritt Max Weber schwer krank von seinem Amt zurück.

2.2 *Geist und Körper im Verhältnis zur Macht*

Frauen nehmen in der Gesellschaft einen Platz ein, der das 'Weibliche' als Gegensatz zur Kultur und zum Fortschritt erscheinen lässt. Das 'Weibliche' wird gesehen wie der Zyklus

der Natur, als immer wiederkehrendes Gleiches ohne Entwicklung und ohne Geschichte. Während sich das - männliche - Subjekt in modernen Gesellschaften (seit der Aufklärung) als souveränes, autonomes Individuum konstituiert. Es ist mit Selbstbewusstsein und der Definitionsmacht erkenntnistheoretischer Kompetenz ausgestattet und grenzt sich gegen Natur und Sinnlichkeit ab. Frauen hingegen werden auf ihre organische Ausstattung festgelegt und aus dem gesellschaftlich-kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritt sowie aus der Teilhabe an der Geschichte und an gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen ausgegrenzt.

Jede verstandesmäßige Betätigung von Frauen scheint ihrem "Arterhaltungszweck" zu widersprechen. Die (zyklischen) Unregelmäßigkeit des weiblichen Organismus und die Zuschreibungen von Eigenschaften wie Intuition, Liebes- und Leidenschaft, Passivität und Hingabe laufen den erforderlichen Eigenschaften zum Denken wie geistige Kraft, Verstand, Logik, Selbständigkeit, Sicherheit, Leistungsfähigkeit, die Fähigkeit Zusammenhänge zu erfassen, Klarheit des Urteils und Originalität, zuwider (vgl. HAUSEN 1986, S. 35).

Es erfolgt eine Generalisierung des Mannes zum Menschen und die Stilisierung der Frau zum Studienobjekt wissenschaftlicher Teildisziplinen. Definiert wird die Frau über die Gebärmutter, der Uterus wird zum Kern wissenschaftlicher Deutungen. Mit Hilfe der anthropologischen und medizinischen Wissenschaft wurden soziale Unterschiede von Männern und Frauen aus ihrer physischen Unterschiedlichkeit begründet. Aus dieser biologisch definierten Differenz wurde gleichzeitig eine Geschlechterhierarchie abgeleitet (Arbeitsteilung, Reproduktion), die die Frau von kulturellen, geistigen und wissenschaftlichen Fortschritt ausschloss (vgl. HONEGGER 1991, S. 141f).

2.2.1 Die Machtmechanismen und die Politikkonzeption von Michel Foucault

Foucault macht deutlich, welchen hohen Stellenwert der Körper und dessen "Funktionen" für eine Erhaltung gesellschaftlicher Hegemonialstrukturen haben. Dabei zeigt sich allerdings, dass in der Foucault'schen Konzeption der Kategorie „Geschlecht“ kein systematischer Ort zugewiesen wird. Dies wird in der feministischen Rezeption zwar kritisiert, jedoch versteht sich diese nicht als Kritik falscher Behauptungen oder eines falschen Bewusstseins Foucault'scher Analysen, sondern als eine Ergänzung von Konstruktionsmechanismen, die in seinem Konzept nicht thematisiert wurden (vgl. BÜHRMANN 1995, S. 25). Da der grundsätzlichen Analyse Foucaults nichts Originäres hinzugefügt wurde (selbstverständlich mit der Ausnahme der geschlechtskategorialen

Ergänzungen, vgl. auch unter Kapitel 3.2 in dieser Arbeit), werden hier zunächst die zentralen Aussagen Foucaults zum Körper und zur Sexualität im Zusammenspiel mit Macht skizziert.

In "Mikrophysik der Macht" (FOUCAULT 1976) schlägt Foucault vor, wie Macht und Herrschaft *nicht* zu analysieren seien: Macht lässt sich nicht lokalisieren. Sie erstreckt sich in alle Bereiche des Alltags. Nach Foucault ist Macht nicht zentral organisiert, sie hat keinen Mittelpunkt oder vielleicht nur einen, der leer ist, auf den sich die Blicke, das Denken, das Tun richten sollen¹. Sie ist nicht hierarchisch aufgebaut, sie geht durch die Individuen hindurch, die sie produzieren. Die Macht wird nicht besessen, sie wirkt durch die kleinsten Elemente der Gesellschaft. Sie ist nicht notwendig aus ökonomischen Verhältnissen abzuleiten, lässt sich nicht in der Alternative von Autonomie und Abhängigkeit begreifen.

Alles und alle bewegen sich innerhalb von Machtbeziehungen. Diese Machtstruktur ist beweglich. Statt Ideen-, Geistes- oder Wissenschaftsgeschichte mit teleologischem Schwerpunkt zu verfolgen, fragt Foucault nach den diskursiven Praktiken, die den Wissensäußerungen zugrunde liegen - und zwar unabhängig von dem Streit um das Verhältnis von Ideologie und Wissen, weil beiden ein Machtverhältnis unterliegt (vgl. ebd., S. 114 ff).

Um zu verstehen, an welchen Punkten Foucault mit der tradierten Auffassung von Macht bricht, muss das negative Machtverständnis (vgl. auch bei Weber) genauer definiert werden. Es kann dann dem Foucault'schen Ansatz, Macht positiv zu denken, gefolgt werden.

Der herkömmliche Machtbegriff hat einige Hauptmerkmale: Macht wird ausschließlich negativ gesehen. Sie verwirft, verweigert, versperrt, schließt aus. Macht praktiziert Untersagung; sie agiert durch das Verhängen strikter Verbote. Macht gibt Gesetze und Regeln vor, indem sie sie ausspricht. "*Die reine Form der Macht ist somit in der Funktion des Gesetzgebers zu finden.*" (FOUCAULT 1992 [1976], S. 105) Macht funktioniert als Zensur und

¹ Vgl. das „Panopticon“; es bezeichnet ein Modell der Disziplinarmacht, entwickelt von Jeremy Bentham aus dem Jahre 1787. Es stellt eine Überwachungs- und Einschließungsanstalt dar, in der Einzelzellen in konzentrischen Kreisen um einen zentralen Beobachtungsturm herum angelegt sind. Alle Eingeschlossenen können von zentralen Wächtern aus gesehen werden, die ihrerseits unsichtbar bleiben. Das Überwachungszentrum kann folglich unbesetzt bleiben, denn die Gefangenen müssen sich so verhalten, als seien sie ständiger Beobachtung ausgesetzt. Sie überwachen sich selbst (vgl. FINK-EITEL 1992, S. 76).

"Die Macht kann ihren Aufwand von früher aufgeben. Sie nimmt die hinterlistige, alltägliche Form der Norm an, so verbirgt sie sich als Macht und wird sich als Gesellschaft geben." (FOUCAULT 1976, S. 123)

setzt sich durch über Gesetze, die eine Nichtexistenz, Nichtkundgabe und ein Schweigenmüssen gebieten. Macht handelt (über die Einheit des Dispositivs) einheitlich, massiv und monoton, auf allen Ebenen in der gleichen Weise, produziert eine Hierarchie der Macht, ein Oben und ein Unten (vgl. ebd.).

Foucault selbst war zumindest bis zu seiner Inauguralvorlesung "Die Ordnung des Diskurses", die er einen Übergangstext nennt, genau diesem Machtbegriff verhaftet: *"Bis dahin, scheint mir, akzeptierte ich die traditionelle Konzeption der Macht als einen im wesentlichen juristischen Mechanismus, als das, was das Gesetz sagt, was untersagt, was nein sagt, mit einer ganzen Litanei negativer Wirkungen."* (FOUCAULT, 1978, S. 104).

Foucaults Theorie der Macht bedeutet zum einen, dass Macht sich nicht ausschließend und sichtbar manifestiert, sondern subtil bis in die kleinsten Details - vor allem dem Körper - Individuen umgestaltet, kontrolliert, erschafft. Auf der anderen Seite ist diese Form von Macht unmittelbar mit Wissen verbunden, das sie produziert und verwendet. Und ein weiteres Merkmal: Macht hat Ziele, um sich zu erhalten und Herrschaft zu manifestieren; dabei ist sie aber nicht gebunden an Subjekte, weder individuelle noch gesellschaftliche.

Foucault setzt sich (beispielhaft) zunächst mit der "Repressionshypothese" auseinander, die eine "befreite Sexualität" fordert: Nach Sigmund Freud ist der sexuelle Trieb (*Libido*) die Hauptenergiequelle des Lebens. Er sei von Geburt an das Bestimmende im Leben. Werde dieser Trieb unterdrückt und tabuisiert, behindere diese Versagung die reife Entwicklung des Individuums.

Freud und nach ihm u.a. Wilhelm Reich und Herbert Marcuse stellten die Hypothese auf, die Sexualität werde unterdrückt, weil sie mit dem sich entwickelnden Kapitalismus, mit der kapitalistischen Ordnung und der erforderten Arbeitsethik unvereinbar sei. Reich und Marcuse entwickelten nach Freuds Ansätzen eine Repressionshypothese, die von der 1968er Studentenbewegung aufgenommen wurde. Sie geht davon aus, dass der unterdrückte "archaische" Trieb Ausgangspunkt für den autoritären Charakter sei und dass eine Befreiung der Persönlichkeit die Kräfte mobilisiert, die im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendig seien.

Foucault will nachweisen, dass diese Vorstellung von der Befreiung aus der Repression zu kurz greife. Die einfache Negation des Problems der Macht- und Herrschaftsausübung übersehe die realen, produktiven und positiv wirkenden Aspekte der Macht und sei daher politisch gefährlich. Die Repressionshypothese verkenne, wie vollkommen diese Macht in

den Mikrokosmos der Körper eingreife, wie umfassend sie sich des Körpers auch biologisch bemächtige, indem sie alles, jede Lebensäußerung beobachte, kontrolliere und normalisiere. Diese Bio-Macht breite sich mittels des Urtriebes Sexualität bzw. der ihr verliehenen Bedeutung immer weiter aus (vgl. FOUCAULT 1992 [1976], S. 168f).

Um Widerstandsmöglichkeiten gegen die Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu finden, untersucht Foucault die Praktiken und Strategien näher, derer sich die Macht bedient. Er fasst die Diskurse und Praktiken, die den Körper bzw. dessen Sexualität betreffen, mit dem Begriff Sexualitätsdispositiv zusammen. Es stelle eine Vereinigung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken dar, die in Form einer Strategie zusammenhängen. Das Sexualitätsdispositiv ist nach Foucault das wichtigste Instrument, um die Kontrollinstanzen einer Bio-Macht zu nähren. Foucault behauptet, dass die Macht sich innerhalb von Dispositiven in Diskursen formiere. Die Diskurse, die aus Sprechakten bestehen, müssen genau analysiert werden, um deren Strategie und Intention zu bestimmen.

Das Geständnis privater Befindlichkeiten und besonders das Geständnis der eigenen Sexualität sieht Foucault als zentralen Bestandteil der sich ausdehnenden Technologien zur Disziplinierung und Kontrolle von Körpern, der Bevölkerung und der Gesellschaft selbst. Zum einen seien wissenschaftliche Formen und der Diskurs der unparteiischen wissenschaftlichen Analyse (besonders der medizinische Diskurs) in der abendländischen Gesellschaft so mächtig geworden, dass sie fast als heilig erscheinen. Zudem sei das Individuum zum Wissenschaftsobjekt geworden, zu einem Objekt, das die Wahrheit über sich sage, um sich zu erkennen und um erkannt zu werden, einem Objekt, das lerne, Veränderungen an sich selbst zu bewirken (Selbsttechnologie). Ein ähnlicher Prozess wie bei der Disziplinartechnologie, bei denen eine Autorität Veränderungen an stummen und gefügigen Körpern bewirke. Deutlicher Unterschied: Das moderne Subjekt ist nicht stumm, es muss sprechen.

Macht ist für Foucault weder nackte Gewalt noch bloßer Zwang, sondern das Zusammenspiel von Disziplinartechniken und weniger auffälligen Selbsttechnologien. Der Schlüssel der Selbsttechnologie liege in dem Glauben, man könne Wahrheit über sich selbst sagen und damit sich selbst "erkennen". Es sei nicht nur in den psychiatrischen Wissenschaften und in der Medizin so, sondern auch im Recht, in der Erziehung und in der Liebe zentrale Motivation. Die Unscheinbarkeit der Selbsttechnologie als Machtstrategie beruhe auf unserem Glauben an die Repressionshypothese: Wenn Wahrheit an sich der Macht entgegengesetzt sei, so werde uns ihre Aufdeckung sicher zur Befreiung führen (vgl. DREYFUS/RABINOW 1994, S. 206) Foucault kennzeichnet diese Entwicklung als ein zwingend

körperliches und seelisches Bedürfnis, Begehren in Diskurse zu verwandeln, zum Beispiel in Form der Beichte. *"Die christliche Seelsorge hat aus der Aufgabe, alles was sich auf den Sex bezieht, durch die endlose Mühle des Wortes zu drehen, eine fundamentale Pflicht gemacht."* (FOUCAULT 1992 [1976], S. 31)

Der Diskurs, der die Repression anklage und Befreiung fordere, beziehe sich auf die Natur der Individuen und fördere so doch immer nur ihre Normalisierung und Bindung an das verbietende, Begehren schaffende Gesetz. Diese Natur, jener "natürliche Körper", auf dessen Widerstandsrecht und -fähigkeit sich die Mehrzahl heutiger Emanzipationstheorien stütze, sei ein normierter Körper, den die intelligenten Strategien der Macht organisiert haben, und der von Anfang an in Serien von Raum und Zeit eingelassen sei, die seine theoretische Erfassung, seine ökonomische Ausnutzung und seine unablässige Überwachung ermöglichen. Der Körper sei vom ersten Augenblick seines Auftretens an, ein politischer Körper. Demgegenüber suggerieren die Konzeptionen des "unterdrückten Körpers" das Bild eines "reinen Körpers", dessen Unschuld oder dessen vergessene Weisheit es wiederzuentdecken gelte und den es gegenüber allen Mechanismen einer repressiven Kultur zu verteidigen gelte. Wenn sich aber zeigen ließe, dass zumindest seit dem Aufkommen der modernen Disziplinartechniken der Körper unmittelbar politischer Körper sei, definiert über die Bedingungen seiner Besetzung, dann liege der Verdacht nahe, dass gerade mit der Vorstellung von der Körperunterdrückung die Mystifikation beginne: Der politische Körper verschwindet zugunsten jenes angeblich subversiven Potentials von körperlicher Natur. *"Das Problem des Körpers ist schon auf eine Art und Weise gestellt, die auf die Verkennung seiner politischen Dimension abzielt"* (RAULF 1977, S. 49).

Die *Bio-Macht* - so nennt Foucault die normalisierenden und kontrollierenden Machtpraktiken, die sich auf den Körper richten - entwickle sich um zwei Pole. Einerseits würde sie von der Sorge um die menschliche Spezies getragen, in der es um konkrete Sachverhalte wie Fortpflanzung, Lebensdauer, Geburten- und Sterblichkeitsraten und ähnliches gehe. Die diesbezüglichen regulierenden Kontrollen und Maßnahmen fasst Foucault unter dem Begriff "Bio-Politik der Bevölkerung" (FOUCAULT 1985, S. 166; 1999 [1975/76]) zusammen. Der zweite Pol richte sich auf den Körper nicht so sehr als Mittel menschlicher Fortpflanzung, sondern als zu manipulierendes Objekt, als Maschine, deren Dressur eine Steigerung seiner Fähigkeiten und eine ökonomische Ausnutzung seiner Kräfte ermögliche. Diese beiden Pole, die sich im 18. Jahrhundert getrennt entwickelt hätten, werden in der Beschäftigung mit dem Körper des 19. Jahrhunderts mit dem Sex in Zusammenhang gebracht. Zusätzlich zum Staat seien andere Machtformen ins Spiel gekommen, und auch sie gebrauchten einen Diskurs über Sexualität und neue Taktiken zur

Kontrolle sexueller Praktiken. Sex sei zur Konstruktion geworden, durch die die Macht die Lebenskraft des Körpers mit der der Art verbunden habe.

Sexualität und die ihr verliehene Bedeutung seien zum entscheidenden Medium geworden, durch das sich die Bio-Macht verbreitet habe. Im interpretierbaren Raster der Bio-Macht habe die Entfaltung der Sexualität nicht zu einem verminderten Interesse an derselben geführt, vielmehr habe es eine enorme Explosion des Redens und Bemühens um die Lebenskraft des Körpers gegeben. Sex wurde zum Gegenstand mit großer Bedeutung im Zusammenhang mit Macht und Wissen. Sexualität als Bedeutung habe sich dann zum Sex unter administrativer Kontrolle ausgedehnt. Es seien innerhalb der Ausbreitung der Bio-Macht soziale Wohlfahrtsprogramme installiert und professionalisiert worden.

Erziehungsinstitutionen haben Inzestpraktiken und andere unentschuld bare Perversionen innerhalb der arbeitenden Klasse auszurotten versucht. Unzählige Berichte und Zeitungsartikel warnten die Öffentlichkeit vor diesen Verfehlungen. Es wurden städtische Ambulanzen zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten eingerichtet. Im Namen öffentlicher Hygiene und der Furcht vor rassischer Degeneration breitete sich dieses Disziplinarraster schnell aus.

Es dauerte nicht sehr lange, bis dann die Psychoanalyse konzipiert wurde. Mit der Psychoanalyse verbinde sich das Bürgertum. Sie sei die Krönung der Repressionshypothese, die reinste Verbindung von Begehren und Gesetz, sie habe eine geheime und wunderbare Bedeutung, sie sei Heilmittel der Repression - für einige. So könnten beispielsweise die Inzestwünsche, deren Unterdrückung alle Gesellschaften begründeten, per Psychoanalyse sicher in den Diskurs über Sex gelenkt werden. Obwohl durch Klassenanwendung unterschieden, würden sich Disziplinar- und Beichtkomponenten der Bio-Macht in ihren gemeinsamen Annahmen hinsichtlich der Bedeutung von Sex verbinden. Ein Foucault-Beispiel verdeutlicht dies: Um die Jahrhundertwende wird das Inzesttabu wissenschaftlich als das universale Gesetz aller Gesellschaften verkündet; zur gleichen Zeit suchte der Verwaltungsapparat den Inzest bei der ländlichen Bevölkerung und der Arbeiterklasse auszumerzen. Die Intellektuellen schließlich überzeugten sich mittels der psychiatrischen Wissenschaft selbst davon, dass sie, über dieses Tabu sprechend, der Unterdrückung widerstünden. Der Kreis habe sich geschlossen (vgl. FOUCAULT 1992 [1976], S. 130).

2.2.2 Zusammenfassung: Politik als (männlicher) Beruf und Bio-Macht

Zusammenfassend wird hier festgehalten, welchen zentralen Vorstellungen von Macht, Herrschaft und Politik Max Weber folgt:

Er hat demnach eine handlungstheoretische Herangehensweise an seine Analysen. Dabei orientieren sich die Phänomene Macht und Herrschaft nicht an Objektivität oder Wahrhaftigkeit, sondern sie sind zweckorientiert und subjektiv sinnvoll. Herrschaft beruht auf einem rationalen Verständnis, um die Legitimität von Autorität anzuerkennen, die wiederum auf dem Charisma des Einzelnen oder auf Traditionen beruhen kann. Macht entsteht nur durch die Zustimmung der beteiligten Menschen, wenn die Umstände entsprechend sind. Macht und Herrschaft bedürfen jedenfalls der Zustimmung und des Gehorsams. Die Demokratie ist für Weber das am besten geeignete Mittel, um die Verwaltung des Staates zu kontrollieren und die Auslese der politischen Führer in die Hand des Volkes zu legen.

Diese politischen Führer haben einige qualitative Voraussetzungen zu erfüllen. Dazu gehören eine ausgeprägte Persönlichkeit, Charisma und die Unabhängigkeit vom Routinezwang des Alltags und von Gruppeninteressen der Parteimaschinerie und der Bürokratie. Die politischen Führer sollen auf keinen Fall einer Gesinnungsethik folgen, aber eine ausgeprägte Verantwortungsethik soll vorhanden sein. Unabdingbar sind (sachliche) Leidenschaft, Verantwortlichkeit und ein geschultes Augenmaß. Dann bringe der Beruf zur Politik den Lustgewinn durch die Machtausübung über Menschen und der Berufspolitiker gewinne an Wichtigkeit über den Alltag hinaus. Weiter benötigt der Politiker eine Distanz zu den Dingen und zu den Menschen, denn Politik ist eine rein geistige Sache und klammert den Rest des Körpers und die Seele aus. Distanzlosigkeit ist eine Todsünde, jedoch fordere die Politik Hingabe und Leidenschaft. Ebenso gehöre ein ausgeprägter Machtinstinkt, der uneigennützig zu sein hat und immer im Dienste einer Sache zu stehen hat, zu den normalen Qualitäten eines Berufspolitikers. Unsachlichkeit, Verantwortungslosigkeit und Eitelkeit sind dabei Todsünden. Weber unterstützt zwar Frauen in ihrer beruflichen Laufbahn, bleibt aber ein konservativer Vertreter in frauenpolitischen Fragen.

Weber setzt Politik mit Machtpolitik (innen wie außen) gleich. Er befürwortet zwar die Demokratie als Instrument zum Machtgewinn. Er setzt jedoch letztlich nicht auf die politische Reife des Volkes, sondern auf die kollektive Gefolgschaft zu einem politischen Führer. Er war gegen die Demokratietheorie im Sinne einer antiken politischen Philosophie,

gegen die Naturrecht-Lehren, gegen aufklärerischen Idealismus, der als utopisch oder irrational von ihm abgelehnt wird.

Theorien – auch die von Max Weber – stehen in bestimmten Theorietraditionen, die sich über die Jahrhunderte entwickelten. Welche Theorien über die Jahrhunderte und Jahrtausende Bestand haben und weitergeführt werden, hängt nicht zuletzt auch von den Interessen der jeweiligen Gesellschaft ab bzw. von den Interessen deren herrschenden oder dominanten Gruppen ab. Gut ein halbes Jahrhundert später analysiert der französische Philosoph Michel Foucault Macht und Politik aus einem poststrukturalistischen Kontext heraus.

Mit Foucault konnte hier ein positiver Machtbegriff vorgestellt werden, der sich von den herkömmlichen Vorstellungen deutlich unterscheidet. Macht ist nicht repressiv unterdrückend. Macht ist positiv und produktiv, sie lässt sich nicht verorten und sie ist amorph, wird überall - an allen Punkten der Gesellschaft - ständig neu erschaffen, mitgetragen und akzeptiert. Es wurden für diese Arbeit relevante Aspekte der Machtkonzeption Michel Foucaults vorgestellt und dessen Kritik an den herrschenden Politik- und Rationalitätsvorstellungen. Sie werden nun in der Rezeption und Weiterentwicklung durch die feministischen Theorien verfolgt. Nützlich für diese Arbeit ist darüber hinaus seine Sichtweise, den Körper in den Zusammenhang von Macht und Machterhalt zu stellen. Mit dem Herausarbeiten der Sexualität als Konstruktion, die Macht und Herrschaftsverhältnisse stützt (Bio-Macht), wird diese Sichtweise interessant für die feministische Theoriebildung. Richtet sich doch das Interesse auf den Körper, auf die Sexualität in Verbindung mit Macht und Wissen und damit auf die alltäglichen weiblichen Lebenszusammenhänge.

In den kritischen feministischen Diskursen, die sich mit dem historisch entwickelten Verhältnis von *Körper* und *Geist* und dessen Bedeutung für geschlechtsspezifische Dominanzverhältnisse befassen, wird häufig auf *Michel Foucault* rekurriert¹, der sich dezidiert mit der Frage der Sexualität und ihrem Verhältnis zur Macht auseinandersetzt. In der feministischen Theoriebildung wird Foucault überwiegend historisch-analytisch genutzt, vor allem seine Analyse zur "Sexualität und Wahrheit", in der er die Verbindungen von Macht, Wissen, Körper und Politik erhellt.

¹ vgl. dazu: JUDITH BUTLER, 1991 / NANCY FRASER, 1994, 1995 / JESSICA BENJAMIN, 1995 / FRIGGA HAUG und KORNELIA HAUSER, 1983 u.v.a.

3 DAS KATEGORIALE RASTER FÜR DIE DISKUSSION UM DAS BILD DER FRAUEN UND KRITISCHE FEMINISTISCHE THEORIEBILDUNG

Die feministische Kritik richtet sich maßgeblich auf konstruierte Dichotomien, wie sie aus den abendländischen, philosophisch- und gesellschaftstheoretisch tradierten Denkweisen entstanden sind und dort auch reproduziert und aktualisiert werden.

Zu den für diese Arbeit ausgewählten Kategorien werden im Folgenden die kritischen Positionen verschiedener WissenschaftlerInnen vorgestellt. Frigga Haug konkretisiert im Anschluss an Foucault die „Eingelassenheit“ des weiblichen Körpers in gesellschaftliche Produktionsverhältnisse (Kapitel 3.1). Die feministische Kritik an den dichotomen Kategorien *Rational* und *Irrational* wird dann anhand feministischer Theoriepositionen vorgestellt, die unterschiedliche gesellschaftstheoretische Zusammenhänge und Sichtweisen einnehmen (Kapitel 3.2). Schließlich münden die beiden diskutierten Kategorienpaare (*Körper* | *Geist*, *Rational* | *Irrational*) in die Auseinandersetzung um die Trennung von *Öffentlich* und *Privat* (Kapitel 3.3).

Hier dienen die Ausführungen von Hannah Arendt zur Skizzierung des Problemfeldes als Orientierung und Maßstab in der feministischen Auseinandersetzung um *Öffentlich* und *Privat*. Dabei werden die Positionen von Schmuckli, Klaus, Gould und Cornell die Dimensionen innerhalb der feministischen Diskussionen zeigen. Anschließend wird ein möglicher Ausweg aus dem Disput mit den Positionen von Holland-Cunz (ergänzt durch Benhabib) dargelegt: Jenseits der Diskussion um *Öffentlich* und *Privat* wird es um inhaltliche Auseinandersetzungen, um demokratietheoretische Kontexte- und Emanzipationsbestrebungen gehen.

3.1 Produktionsverhältnisse und der (weibliche) Körper

Welche Funktionen und Prozesse der Ausgrenzung von Frauen aus der Politik zugrunde liegen und in welchem Zusammenhang die Körper damit stehen, zeigen Frigga Haugs Arbeiten. Wie schon mit Foucault vorgestellt, ist Sexualität und ihre Bedeutung Ausdruck gesellschaftlicher Praxen und Hegemonialverhältnisse. Frauen, so Haug, sind von diesen Zusammenhängen besonders betroffen. Sie greift dies auf und weist darauf hin, dass es sich dabei lediglich um *eine* Dimension und Praxis von Frauenunterdrückung handelt, die in gesamtgesellschaftliche Strukturen eingebettet zur "vollen Entfaltung" gelangen können. Haug stellt das Phänomen der patriarchalen Unterdrückungspraxen zur Erhaltung von

Hegemonieverhältnissen in den Kontext von Produktionsverhältnissen (Haug 1993). Die zentralen Fragestellungen bei Haug lauten: Wie hängt Frauenunterdrückung mit den unterschiedlichen Produktionsweisen zusammen? Wie reproduziert sich das „kapitalistische Patriarchat“?

Frauenunterdrückung versteht Haug als Tat beider Geschlechter in der Art, wie sie ihr Leben produzieren, also in Geschlechterverhältnissen als Produktionsverhältnisse. Diese durchzögen die gesamte Gesellschaft als gewordene Struktur und tägliche Praxis mit Widersprüchen und Ungleichzeitigkeiten. Die Basis dafür liefere die Arbeitsteilung bei der Produktion von Leben und Lebensmitteln. An diese Tätigkeiten hefteten sich historisch gewachsene soziale Bedeutungen, die mit den Personen verwachsen. Ein Netz kultureller Selbstverständlichkeiten verknüpfe die Produktions- und Geschlechterverhältnisse als Herrschaftsverhältnisse mit ihren überlieferten Über- und Unterordnungen. Frauenunterdrückung werde in den Bereichen der Ökonomie, Politik, Moral und Kultur von allen beteiligten Personen getragen und durch sie verändert (vgl. ebd., S. 128).

Haug skizziert das "kapitalistische Patriarchat als Zivilisationsmodell", in dem Geschlechterverhältnisse wirksam seien. Bei den westlichen Gesellschaften handele es sich um Systeme, in denen sich Männerherrschaft spezifisch und erfolgreich mit einer Wirtschaftsweise verbunden habe, die kapitalistisch genannt werde. Die Kritik solch einer Ökonomie müsse sich immer zugleich mit den Fragen der Geschlechterverhältnisse und damit verbunden mit Fragen nach Arbeit, Klassen, Wachstum und Ressourcen, Markt und Leistung, Profit und Ausbeutung beschäftigen. Diesen Gesamtzusammenhang bezeichnet Haug mit dem Begriff des Zivilisationsmodells. Damit ersetzt sie den Begriff der Produktionsweise (der sonst bei ihr an dieser Stelle steht), um den Bereich der menschlichen Reproduktion (Haus- und Familienarbeit) in den Blick zu nehmen, der bei der Diskussion um die "Produktionsweisen" vernachlässigt werden würde. Außerdem handele es sich bei dieser Über- und Unterordnung der Tätigkeiten nicht nur um eine ökonomische Frage des rationellen Produzierens, sondern auch um eine politische Frage (vgl. ebd., S. 129f).

Der Begriff *Zivilisationsmodell* scheint Haug geeignet für die Analyse der Produktionen von Leben und Lebensmitteln, um den Prozess der Zivilisation mit allen kulturellen Dimensionen und Verästelungen als spezifischen Entwicklungsprozess menschlichen Daseins erfassen zu können. Zugleich mache der Begriff ein anderes Modell von Zivilisation denkbar, lebbar, machbar und vor allem als ein für notwendig zu erachtendes Modell (vgl. ebd., S. 130).

Der Kapitalismus als herrschendes Marktmodell und zivilisatorischer Entwicklung schein weltweit das einzige Regulationsprinzip zu sein, welches die Ökonomie produktiv hält. Es sporne die einzelnen zu lohnender Leistung an. Nur wer in angemessener, gesellschaftlich durchschnittlicher Zeitspanne oder schneller seine Kräfte in produktives Tun umsetze, um dann die solcherart gefertigten Werke auf den Markt zu bringen, wo sie andere Produzenten als Käufer reizten, habe eine Chance am gesellschaftlichen Reichtum zu partizipieren. Dazwischen vermittele der Arbeitsmarkt, und die Kapitale lenkten die Kraftströme auf die günstigsten Felder (vgl. ebd., S. 135). Das Grundaxiom Leistungsfähigkeit und -willigkeit, stets rationeller, wirtschaftlicher, effektiver und produktiver Zeit zu verausgaben, bleibt. Dies bestimme das Zivilisationsmodell, seine Regelsysteme und seine Entwicklung und die Handlungsmaximen der einzelnen, soweit sie nicht durchs Netz fallen. Es bleibt bei der Beherrschung der Natur, Entwicklung der Produktivkräfte, Wettlauf.

Was geschieht nun aber mit all den Tätigkeiten, Bereichen, Notwendigkeiten, die solchem Kalkül nicht unterworfen werden können? Die Hege und Pflege der Menschen, der Umgang mit der Natur sei mit solch einer Zeitsparlogik und ihrer Berechnung nicht oder nur mit außerordentlich hohen Kosten regulierbar. In der Liebe, der Zärtlichkeit, in Erzählungen, im Zuhören, Lernen, Lehren einen Zeitraffer einzusetzen, müsse Mangel produzieren. Der Zusammenstoß zweier Zeitlogiken gehe für beide Geschlechter auf Kosten der Lebensqualität. Gesellschaftlich werde die Koexistenz von Zeitmodellen durch die Unterwerfung von Frauen lebbar gemacht. Alle Tätigkeiten, die nicht durch Zeiteinsparung produktiver erledigt werden können, würden entweder vernachlässigt oder einer gesellschaftlichen "Randgruppe" - den Frauen - überlassen. Diese Struktur, in der der gesellschaftlich dominante Bereich stets weiterentwickelt und nach Profitgesichtspunkten organisiert sei, würde stets ideologisch legitimiert durch Literatur, Moral und ideologische Kämpfe. Frauen würden mit beiden Anforderungen (der profitorientierten und der gesellschaftlich notwendigen Hausarbeit) konfrontiert. Dass Frauen diese Anforderungen für gleich bedeutsam halten, werde aufrechterhalten: nach innen gewendet als weibliche Sozialisation, abgesichert durch Moral und Werte; nach außen durch die tatsächliche Unerreichbarkeit befriedigender und gut bezahlter Arbeitsplätze für Frauen und auf der anderen Seite ihre Ergänzung, nämlich die Notwendigkeiten unerledigter Haus und Reproduktionsarbeiten.

Der feministische Standpunkt in diesem Gesellschaftssystem sei (laut Haug): Frauen agieren in einem wertemäßig abgesicherten Legitimationssystem, das für sie gültig ist, soweit sie sich allgemein als Menschen erfahren, und zugleich ungültig, wo es um sie als weibliche Gesellschaftsmitglieder gehe. Die zahlreichen Gesetze, die die Fragen von Leben, Körper

und ihrer privaten Organisation (Abtreibung, Familie, Ehe und Scheidung, Prostitution, Homosexualität, Sorge für Kinder, Renten) regeln sollten, seien verstehbar, weil im Übrigen die gesamte Gesellschaft nach Prinzipien von Markt und Profit geregelt sei und dieses als Prinzip allgemein menschliches Handeln Gültigkeit habe. Der Komplex der Reproduktion der Menschheit sei im Modell patriarchalisch-kapitalistischer Zivilisation gar nicht vorgesehen. Frauen müssten qua Gesetz gezwungen werden, sich solcher Fragen privat und unter Einsatz ihres Körpers und Lebens anzunehmen. Das Gesetz baue der Versuchung vor, sich nach den gesellschaftlich herrschenden Maximen von Produktivität, Leistung, Lohn und Profit zu verhalten. Kinder werden als Zeitvergeudung, als nicht lohnend, als ineffektiv betrachtet. Solch ein Zivilisationssystem, basierend auf der Frauenunterwerfung, gehe auf Kosten der Menschheitsentwicklung (vgl. ebd., S. 137).

Haug betritt das Feld der symbolischen Ordnung um Leben und Tod. Auch hier gäbe es Unterschiede zwischen den Praktiken der Geschlechter. Während Frauen das Leben bringen, jedoch dem Tötungsverbot unterliegen, sei es bei Männern gerade umgekehrt (vgl. die Debatten und Praktiken um Soldatinnen im Krieg). Dort, wo es um Fragen wie Sein oder Nichtsein gehe, toben die materiellen Kämpfe um Bedeutungen am heftigsten. Die Moral sei die Form, in der handlungsleitende Werte die einzelnen Menschen gesellschaftsverträglich halten, soweit Gesetze dies nicht tun. Sie trage die Unterscheidungen zwischen gut und böse und bewirke dadurch, dass jede/r diese Sittengesetze in sich trage. Gegeneinanderstehende ökonomische Interessen werden durch die herrschende Moral zur Anerkennung eines "Oben" und zum Verzicht geleitet. Tugend, Anstand, Ehre, Schande, Betrug, Tapferkeit etc. haben für die Geschlechter verschiedene Bedeutungen: Sie verweisen bei der männlichen Seite auf die Bereiche des Ökonomischen und des Politischen, auf der weiblichen Seite auf Körper und Sexualität.

Die moralische Orientierung des weiblichen Geschlechts drehe sich also um Körper und Sexualität, um den Bereich der menschlichen Fortpflanzung und der Konstruktion und Bedeutung des Sexuellen in der Reproduktion von Gesellschaft als kapitalistisches Patriarchat. Die Historisierung der Sexualität ermögliche, die Aggressivität und Gewalttätigkeit männlicher Sexualität in ihrer Funktion für den Gesellschaftszusammenhang und als Basis auch für Sozialtheorie in befreiender Absicht zur Kenntnis zu nehmen. Die männliche Sexualität z.B. werde als aggressiv, gewaltsam, einsam und gleichwohl oder gerade deshalb als etwas Subjekthaftes angenommen, dem komplementär ein Objekt oder der bloße weibliche Körper entspräche. Männliche Sexualität müsse selbst beherrscht sein, daher komme dem Mann das Primat an Menschlichkeit zu. Weibliche Sexualität sei als stete Bereitschaft und Gier ohne eigenen

Willen gedacht. In diesem Spannungsverhältnis entstehe das Weib als Nicht-Mensch und Körper, der Geist-Mann als Körperüberwinder/-unterwerfer. Dieses Natur-/Geist-Verhältnis bestimme die abendländische Philosophie und eine symbolische Ordnung, die Kriege subjektiv legitimiere und individuelle Kriegsbereitschaft ermögliche. Die "Männlichkeit" des Krieges bedürfe der friedfertigen, willens- und geistlosen Frau zu Hause wie draußen. Es gehe immer um die Überwindung des Todes, indem der Körper zuvor schon aus dem Leben gedacht werde. Der Mann also betrete die Weltbühne als Wille und Geist, der seine Körperlichkeit als Todesmöglichkeit bekämpft. Er sei Held und werktätig; Natur müsse schaffend unterworfen und beherrscht werden und er sei stets im Wettbewerb mit anderen (vgl. ebd., S. 147). Das Umgekehrte gelte für Frauen: Indem sie als bloße Körper konstruiert seien und als Natur, fänden sie sich auch in der Wirklichkeit in unzähligen natur- und körpernahen Praxen (vgl. ebd., S. 146).

So ist mit Haug festzuhalten: Es gibt einen historischen Hintergrund von Bedeutungen und Zuschreibungen der Geschlechter, die konstitutionell für die Produktionsverhältnisse im gegenwärtigen Zivilisationsmodell sind. Diese werden von allen gesellschaftlichen AkteurInnen alltäglich (re)produziert.

Bei aller Differenziertheit und Individualität des Einzelnen werden Frauen und Männern in diesem (gegenwärtigen hegemonialen) Modell der Zivilisation nach wie vor unterschiedliche aber generalisierte Werte und Tugenden zugeschrieben, die die Voraussetzung für eine Unterdrückung der Frau und des Weiblichen sind. Durch das körperliche Dasein der Frau kann der Mann seine Ziele (Organisation von Wachstum und Profit) verfolgen. Damit werden die Grundaxiome beibehalten, die sich auf Leistungsfähigkeit und -willigkeit, auf immer rationellere, wirtschaftlichere, effektivere und produktivere Zeitnutzung konzentrieren. Abgesichert werden diese Unterdrückungsverhältnisse durch tradierte scheinbar universalistische Werte und Moralvorstellungen.

Diese scheinbar universalistischen Werte und die oben beschriebenen unterschiedlichen Zeitlogiken verweisen auf bestimmte Auffassungen von Rationalität. Es gilt, diese Sichtweisen auf die herrschenden Rationalitätskonzeptionen näher zu betrachten.

3.2 Die Dichotomie von Rational und Irrational

Das Prinzip der Rationalität ist seit Max Weber von SozialtheoretikerInnen zum Merkmal der Moderne erklärt worden. Gemeint ist eine Rationalität, die die soziale Welt auf Tauschobjekte, Kalkulation und Kontrolle reduziert. Dieses sei, so meint Jessica Benjamin, in Wirklichkeit eine männliche Rationalität (vgl. BENJAMIN 1993, S. 178).

Der Begriff der Rationalisierung, wie Weber ihn gebrauchte, definiere einen Prozess, bei dem abstrakte, kalkulierbare und depersonalisierte Interaktionsweisen an die Stelle von Interaktionen treten, die auf persönlichen Beziehungen, traditionaler Autorität und überlieferten Überzeugungen beruhten. Formale Verfahren (z.B. das Recht) und abstrakte Zwecke (wie der Profit) ersetzen traditionelle Werte und Bräuche, die ein gemeinschaftliches Kulturleben ausmachen würden und der Legitimation von Autorität dienen. So verkörpere sich politische Herrschaft nicht mehr in persönlicher Autorität, sondern im System bürokratischer Rationalität (vgl. ebd., S. 179).

Die neuzeitlichen Rationalisierungsprozesse, die aus feministischer Sicht bzw. unter dem Gesichtspunkt der Kritik für die Geschlechterpolitik besonders wichtig sind, werden von Elisabeth List skizziert: Neuere Ansätze einer Theorie der Moderne hätten hervorgebracht, dass modernisierte, arbeitsteilige Industrie- und Marktgesellschaften nur entstehen und bestehen konnten, weil sie auf vor- und nichtkapitalistische Kulturbestände haben zurückgreifen können. Ein Beispiel dafür sei die im "bürgerlichen" Familienbegriff enthaltene Idee einer vorrechtlichen, sittlichen, natürlichen und organischen Wesensart der häuslichen Sphäre, die einhellig im weiblichen Geschlechtscharakter verankert werde. *"Die solchermaßen begründete Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern findet ihre Realisierung in einer Politik der 'getrennten Sphären'. Öffentlichkeit und Privatleben galten als Realisierungsbereiche jeweils spezifischer (öffentlicher) männlicher und (privater) weiblicher Lebensformen"* (LIST 1993, S. 195). Männliche Öffentlichkeit und weiblicher Lebenszusammenhang seien komplementär aufeinanderbezogen und bedingten ein hohes Maß an ungleichen Lebenschancen für Männer und Frauen. Aus feministischer Sicht manifestiere sich die Krise der Moderne als Krise dieses traditionellen Arrangements der Geschlechter. Diese Krise sei eine Folge des Aufeinanderprallens von Wertorientierungen, die für das Selbstverständnis der Moderne konstitutiv seien, aber als Folge ihres Strukturwandels zunehmend miteinander in Konflikt gerate. Die Gründe bestehen für List *"erstens [in der] Idee gleicher bürgerlicher Rechte auf Selbstbestimmung und Partizipation, die der Feminismus als politische Forderung auch für Frauen einklagt, zweitens [in dem] der Wunsch nach*

Erhaltung traditioneller bewährter, den Bedürfnissen nach Orientierungssicherheit, Zuwendung und Nähe entsprechender Lebensformen, vor allem der Familie, und drittens [in dem] Imperativ permanenter zweckrationaler Optimierung der Ökonomie und der politischen Steuerungssysteme" (ebd.). List sieht die historische Differenzierung und die damit genannten Wertsphären der Politik, der Ökonomie und der privaten Lebenswelt immer deutlicher im Zeichen des Sieges des Homogenen, im Zeichen einer sich zum universellen Maßstab erhebenden Zweckrationalität des kalkulierten Profits (vgl. ebd.).

Rationalisierung bereite auf der gesellschaftlichen Ebene den Weg für eine Form von Dominanz, die geschlechtsneutral zu sein scheine. Dass es keineswegs so ist, soll im Folgenden anhand von unterschiedlichen Theoriezugängen exemplarisch (von Jessica Benjamin - sozialpsychologisch, Sandra Harding - wissenschaftsmethodisch - und Elisabeth List - sozialphilosophisch) mittels einer kurzen Darstellung dieser drei unterschiedlichen Argumentationslinien feministischer Kritik am Rationalitätsbegriff vorgestellt werden.

Angeregt ist die feministische Kritik von historischen Verbindungen zwischen rationalistischen Ideen und dem Glauben an einen hierarchischen Gegensatz von "Geist" und "Natur". Dieser Gegensatz ist wiederum mit einer Verachtung für die körperliche Existenz verbunden, die als wesentlich weibliche Daseinsbedingung angesehen wird. Durch das Aufdecken dieser Assoziationskette haben feministische Forscherinnen gezeigt, dass vermeintlich objektive, unparteiliche Maßstäbe - wie z.B. die universelle Vernunft und Autonomie - kontingente Begriffe und oft eine Erweiterung männlicher Eigenschaften und Werte sind, die dazu dienen, eine vorwiegend männliche Kultur zu legitimieren und zu reproduzieren. *"Aus dieser Sicht erschafft und verewigt die Aufklärungsrhetorik von Autonomie und Objektivität eine männliche Definition der Wirklichkeit, die auf der Entwertung von Weiblichkeit und von allem, was in der Analogie damit verknüpft ist, basiert: Gefühle, Begehren Materialität usw."* (MCNAY 1996, S. 360).

Feministinnen sind sich zwar einig darüber, dass Rationalität in männlichen Begriffen definiert ist, darüber, wie mit diesem Problem nun aber umzugehen sei, gehen die Meinungen auseinander. Einerseits wird die Ansicht vertreten, dass es möglich sei, die Rationalitätsdefinition der Aufklärung zu akzeptieren, um sie lediglich zu erweitern, so dass die Perspektive der Frauen mit eingeschlossen wird. Andererseits wird vorgeschlagen, Feministinnen sollten die von der Aufklärung vorgegebene Definition der Dichotomie *Rational | Irrational* aufgreifen, denn sie würde die wahre Natur zwischen Frauen und Männern genau abbilden. Allerdings sollten Feministinnen die weibliche Seite der Dichotomie mit neuem Wert versehen. Schließlich gibt es noch die Auffassung, die

Rationalität der Aufklärung und ihre falschen Dichotomien von *Subjekt | Objekt, Rational | Irrational* solle insgesamt fallengelassen werden. Diese Betrachtungsweisen führen zu zwei Gegenstrategien: Entweder wird eine alternative und unverwechselbar weibliche Erkenntnis entworfen (z. B. die französische feministische Strategie der *écriture féminine*) oder es wird versucht, sich von den geschlechtlich bestimmten Konnotationen der Erkenntnis im Ganzen zu befreien (der "postmoderne" Feminismus - vgl. ebd., S. 360f). Eine Theoretikerin, die diesen Ansatz vertritt, ist z.B. Jessica Benjamin, die sich dem Problem von einem sozialpsychologischen Ansatz her nähert.

In den westlichen Kulturen finden die Geschlechter in sehr unterschiedlichem Maße geschlechtliche Identität. Für Benjamin ist die Frage nach der Rationalisierung Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zu der existierenden Geschlechterpolarisierung, die Macht und Herrschaft konsolidieren. Sie sieht deren Ursachen in sozialpsychologischen Zusammenhängen. Rationalisierung ist nach Benjamin eine Folge ödipaler Prozesse: Wenn davon ausgegangen würde, dass der Säugling sein Leben in einem Zustand ursprünglichen Einsseins (mit der Mutter) beginne, aus dem er sich allmählich befreien müsse, wird *"die Mutter zur Kraft der Irrationalität und Entdifferenzierung: eine Bedrohung und eine Verbeißung, die uns aus frühkindlicher Vergangenheit ruft"* (BENJAMIN 1993, S. 177). Das ödipale Begehren, zu dieser Mutter zurückzukehren, werde vom Vater abgewehrt, der somit Rationalität und Ablösung vertrete. Solch eine Struktur ließe nur irrationales Einssein und rationale Autonomie als Alternativen zu. Die Verknüpfung irrationale Mutter und rationaler Vater polarisiere den Geschlechterunterschied und lege ihn fest. *"Diese Polarität finde (...) ihre Analogie in den anderen tradierten Dualismen der westlichen Kultur: Rationalität und Irrationalität; Subjekt und Objekt; Autonomie und Abhängigkeit"* (ebd., S. 178).

Diese Spaltung, so Benjamin weiter, konstituiere die Polarisierung der Geschlechter und wiederhole sich im intellektuellen und sozialen Leben und sie eliminiere die Möglichkeit gegenseitiger Anerkennung in der Gesellschaft insgesamt. Gegenseitige Anerkennung sei jedoch unabdingbare Voraussetzung für herrschaftsfreie Strukturen.

Rationalisierung ebnet den Weg für eine Gesellschaft, die geschlechtsneutral zu sein scheine, die sogar überhaupt kein Subjekt zu haben scheine. Diese Logik sei mit der Nicht-Anerkennung des weiblichen Subjekts verbunden; ein Nichtanerkennen, das die andere Person zum Objekt reduziere. Die psychische Ablehnung der Weiblichkeit, und dazu gehört auch die Verneinung von Abhängigkeit und gegenseitiger Anerkennung, sei wesensverwandt mit der gesellschaftlichen Missachtung von Werten wie Fürsorglichkeit und Intersubjektivität, die in den häuslichen Bereich verwiesen werden.

Offensichtlich gäbe es einen Zusammenhang der gesellschaftlich getrennten privaten und öffentlichen Sphären, eine entscheidende Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die als Instrumente patriarchaler Herrschaftssicherung erkannt sei, eine Spaltung *"zwischen dem Vater der Autonomie und der Mutter der Abhängigkeit"* (ebd., 178). Diese Trennung verschärfe sich, je stärker sich die Rationalisierung in der Gesellschaft durchsetze.

Als Referenz zieht Benjamin die Theoretiker der 'Frankfurter Schule' heran. Für sie sind Individualität und Unabhängigkeit nur Schein. Autonomie ist nicht möglich, weil sie realen ökonomischen Abhängigkeiten widerspräche. Herrschaft gründet für sie auf den Prinzipien des Warentausches: Der Arbeiter verkaufe seine Arbeitskraft; der Lohn, den er dafür erhalte, ist geringer als der Wert, der von ihm in seiner Arbeitszeit geschaffen wurde. Die Differenz, den Mehrwert, eignet sich das Kapital an und setzt ihn wieder ein, um effektivere Produktionsweisen zu fördern (Arbeitsteilung). Dadurch verliere der Arbeiter die Kontrolle über das Produkt, das er herstelle und in dem er seine Arbeit wieder erkennen könne (vgl. ebd., S. 180). *"Das formale Prinzip äquivalenten Tausches ordnet sich also alle anderen Prinzipien gesellschaftlicher Anerkennung unter, und verschleiert die Herrschaft einer Klasse über die andere. In dem Maß wie Herrschaft unpersönlich wird, wird sie auch unsichtbar und erscheint als natürlich und notwendig"* (ebd., S. 180).

Für Benjamin verbindet der Begriff der Rationalisierung die Geistesgeschichte mit der Geschichte der sozialen und ökonomischen Beziehungen. Er bezeichnet laut Benjamin das Wesen moderner gesellschaftlicher Praxis und Theorie. Dies sei ein geschlechtsspezifischer Diskurs. Männliche Herrschaft ist dann nicht mehr eine Funktion persönlicher Machtbeziehungen, sondern etwas, was den sozialen und kulturellen Strukturen innewohne; nicht länger abhängig davon, was einzelne Männer und Frauen wollen. Auch wenn Frauen zunehmend am öffentlichen Gesellschaftsgeschehen teilnahmen, bliebe es eine in Praxis und Prinzip bestehende Männerwelt. Das Unpersönliche von Institutionen und Produktionsweisen erwecke den Anschein von Neutralität, von Geschlechtslosigkeit. Für Jessica Benjamin ist *"die scheinbare Geschlechtsneutralität (.) eine Mystifikation, ähnlich der Mystifikation, die Marx als Warenfetischismus bezeichnet: eine Illusion, erzeugt von den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst"* (ebd., S. 180). Das Ideal des autonomen Individuums sei dann eine Mystifikation, die sich auf das väterliche Ideal der Ablösung und auf die Leugnung der Abhängigkeit stütze. Die Verleugnung der Abhängigkeit bilde die Grundlage des bürgerlichen Ideals individueller Freiheit.

Die feministische Kritik habe, so Benjamin, gezeigt, dass Neutralität an sich ein Merkmal von Männlichkeit sei, eine Verbindung zwischen Rationalität und Objektivität. Für die feministische Kritik sei die Prämisse modernen Denkens nicht, dass Individualität und Rationalität allgemeingültige Kategorien seien, während Geschlecht sekundär und unwesentlich für Ansätze modernen Denkens sei. Diese Kritik ziele, so Benjamin weiter, nicht nur auf Vorurteile und Ausschluss der Frauen aus einer Welt, in die sie gerne eintreten möchten. Sie stelle vielmehr den männlichen Neutralitätsanspruch in Frage. Wenn das rationale, autonome Individuum nicht einfach ein menschliches, sondern ein männliches Wesen hat, könne es nicht universell sein. Folglich könne auch seine Art, Dinge zu tun, nicht die einzige unvermeidliche Art sein (vgl. ebd., S. 182).

Feministische Kritik weist, nach Benjamin, gleichzeitig nach, dass Rationalität und Individualität maskulin organisiert sind. Damit verweist sie auf die Ursprünge von Herrschaft und auf die Möglichkeit einer harmonischen Differenzierung des Selbst von der Welt. *"Die Behauptung, daß Rationalität durch Kontrolle kontaminiert wird, ist kein Plädoyer für einen romantischen Anti-Rationalismus, sie zielt auf eine neue Definition von Rationalität und eine Expansion ihrer Grenzen. Es geht nicht darum, alle moderne Wissenschaft rückgängig zu machen, sondern den Wert dessen anzuerkennen, was bislang als irrational und infantil geächtet war"* (ebd., S.186).

Benjamin wendet sich demnach vor allem gegen ein Rationalitätsverständnis, welches impliziert, dass die gesellschaftlichen Institutionen, die Wissenschaft und die Produktionsstätten depersonifiziert werden. Solch eine Rationalitätsauffassung lasse eben diese Rationalität als objektiv erscheinen, so dass sich Herrschaft als etwas Geschlechtsneutrales darstelle. Diese scheinbare objektive Rationalität leugne Abhängigkeiten und gaukele eine zu erreichende Autonomie des Individuums vor. Das jedoch sei nicht so. Benjamin möchte diese Macht- und Herrschaftsmechanismen von ihren Ursprüngen her, in der Aneignung des Rationalitätsverständnisses in der ödipalen Phase des Kleinkindes denken, um von dort aus Veränderungen der Macht- und Herrschaftsverhältnisse und damit der Geschlechterverhältnisse zu bewirken.

Sandra Harding geht aus einem wissenschaftstheoretischen Blickwinkel der geschlechtsspezifischen Verteilung von Rationalitätskonzeptionen nach. Sie fragt nach den unterschiedlichen "maskulinen" und "femininen" Normen zur Bestimmung einer idealen rationalen Person. Harding geht von der These aus, *"daß die spezifisch männliche Perspektive, welche bislang den Begriff der 'menschlichen Rationalität' definiert hat, nicht nur einseitig, sondern in gewisser Hinsicht pervers ist"* (HARDING 1989, S. 427). Dies erklärt sie mit dem spezifischen

männlichen Blick auf Wissen durch Erfahrung. Durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sei die männliche Erfahrung der Naturgesetzmäßigkeiten und ihrer kausalen Determinanten nicht nur notwendigerweise begrenzt, sondern auch ebenso verzerrend. So sei z.B. der Herr genötigt, seine Beziehung zum Sklaven als gut zu rechtfertigen, sie sei laut seinem Verständnis dem wahren Charakter seiner eigenen Natur und der seiner Sklaven angemessen. Da der Herr den Sklaven dominiere, kann er ihn zwingen, genau jene Eigenschaften zu entfalten, welche der Herr zur Rechtfertigung seiner Theorien benötige. Damit sei es für den Herrn unmöglich zu verstehen, dass seine politische Beziehung zu dem Sklaven ihm ein verfälschtes Verständnis der Gesetzmäßigkeiten und der zugrunde liegenden kausalen Determinanten ihrer beider "Natur" und ihrer sozialen Beziehungen vermittelt. Feministinnen seien der Meinung, dass, ausgehend von der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, eindeutig männliche Interessen das tägliche Leben von Frauen bestimmen und Männer nicht nur ein einseitiges, sondern auch ein pervertiertes Verständnis sowohl ihrer eigenen Natur, als auch des sozialen Lebens haben (vgl. ebd.).

Der Begriff Rationalität, so entwickelt Harding weiter, werde einerseits mit Bezug auf eine Reihe von menschlichen Eigenschaften und Charakterzügen verwendet, im allgemeinen gelte jedoch Rationalität als Eigenschaft aller menschlichen Wesen. Die Entwicklung von Ausdrucksformen rationaler Überzeugung und rationalen Handelns werde als allgemeine Entfaltung einer reifen Person angesehen, obwohl Letzteres in verschiedenen Kulturen unterschiedliche Bedeutungen habe. Für Frauen liege die Wertschätzung einer rationalen Persönlichkeit in ihrer Fähigkeit zum Mitgefühl und zur Bindung an andere. Sie möchten komplexere und befriedigende Möglichkeiten entdecken, um in Beziehungen die Rolle des "konkreten Anderen" zu übernehmen.

Eine für Männer als rational geltende Person bewerte ihre Fähigkeit, sich von anderen abzulösen und Entscheidungen - unabhängig davon, was andere denken - zu treffen (also Autonomie zu entwickeln) sehr hoch. Die sozial arrangierte und von Männern dominierte Arbeitsteilung bedinge die Entstehung der Geschlechtsidentität. In allen bekannten Kulturen (die dieser Arbeitsteilung unterliegen) übten Männer eine stärkere Kontrollfunktion als die Frauen aus, während Frauen im ungleich höheren Maße als Männer für die Betreuung kleiner Kinder und die tägliche Unterstützung anderer zuständig seien. Da die Ausübung von Macht sozial immer höher bewertet werde als Kleinkinderbetreuung und die Unterstützung anderer, werde Arbeit je nach Geschlecht bzw. Geschlechtsidentität unterschiedlich bewertet. Aber Geschlechtsidentität sei nicht biologisch, sondern sozial determiniert und könne daher durch politische Prozesse eliminiert werden (vgl. ebd., S. 438 ff).

Harding beschreibt also, warum der männliche Blick auf Rationalitätskonzepte kein "ungetrübter" sei, sondern aus dem männlichen Selbstverständnis erwachse, das sich aus der internalisierten Geschlechtsidentität entwickle. Rationalität jedoch habe jeder reife Mensch auf unterschiedliche Weise, mit geschlechtsspezifischen Schwerpunkten. Diese seien nicht biologisch determiniert, sondern durch politische Prozesse veränderbar und mit einer Veränderung könnten neue Rationalitätskonzepte einhergehen.

Elisabeth List blickt auf den Rationalitätsbegriff vom Ausgangspunkt der "*Wissenschaft, Weiblichkeit und (...) [der] Krise der Modern*" (LIST 1993, S. 194) aus einem postmodernen Selbstverständnis heraus. Nach List ist das Modell der bürgerlichen Herrschaft des 19. Jahrhunderts, das nur den männlichen Mitgliedern der besitzenden Klasse volle politische Bürgerrechte zugestanden habe, noch in der Lage, traditionelle Wertideen (die Idee gleicher bürgerlicher Rechte auf Selbstbestimmung, die Erhaltung traditioneller Orientierungssicherheit vor allem durch die Familie, der Imperativ ständiger zweckrationaler Optimierung der Ökonomie) in ein politisches Ordnungssystem zu fassen. Da diese Ordnung mit dem Appell an Einsicht nicht allein aufrechtzuerhalten gewesen sei, etablierte sie sich, indem alles, was oder wer sich nicht fügte (Arme, Geisteskranke und Frauen), gewaltsam aus der Gesellschaft ausgliedert oder an den Rand gedrängt wurde (vgl. ebd., S. 195). Dabei unterscheide sich das Schicksal der Frauen von denen der anderen Gruppen, weil sie in einem Prozess der Normalisierung und Zurichtung dem sozialen System einverleibt worden seien, jedoch nicht als autonome Subjekte. "*Je weitgehender jedenfalls Wirtschaft und staatliche Ordnung unter den Primat zweckrationaler Verhaltensweisen und Organisationsformen gerieten, um so mehr wurde der private Lebensraum zur exklusiven Sphäre der Realisierung traditioneller Werte, religiösen Lebens, des Gemeinschaftslebens, der Befriedigung elementarer Bedürfnisse und persönlicher Selbstverwirklichung ...*" (ebd., S. 196). Das Ideal der bürgerlichen Familie stellte so das Komplement und den Gegenpol der fortschreitenden Rationalisierung von Ökonomie und Staat dar. Das warf Probleme auf. Zum einen, weil die Aufrechterhaltung des traditionellen Familienverbandes von Frauen einen hohen Preis forderte (Verzicht auf wirtschaftliche Selbständigkeit und politische Autonomie im Sinne der Idee bürgerlicher Grundrechte), zum anderen sei dieses Ideal schon für die Zeit bis zum 19. Jahrhundert nur für eine kleine Schicht von Besitzbürgern realisierbar gewesen.

In der Gegenwart werden durch die Expansion der Märkte und der Konsumgüterindustrie immer mehr Frauen in das Erwerbsleben einbezogen. Dadurch und durch ein sich verdichtendes Netz staatlicher sozialpolitischer Maßnahmen werde die Autonomie der

familialen Lebensordnung in Frage gestellt. Darüber hinaus entstehen Konflikte zwischen traditionellen Gemeinschaftswerten und der Eigendynamik einer verwissenschaftlichten Ökonomie. List rekurriert auf Jürgen Habermas, der (in Anlehnung an Weber) drei Voraussetzungen für die historische Durchsetzung von Formen zweckrationalen Handelns beschreibt, die besonders für die Entstehung des Kapitalismus maßgeblich waren: "*(E)ine gesinnungsethische Verankerung zweckrationaler Verhaltensformen im Persönlichkeitssystem - diese Voraussetzung wurde durch die religiös motivierte Arbeitsethik des Protestantismus geschaffen, ein entsprechendes Subsystem der Reproduktion und Sozialisation - gegeben durch die Familie und die Glaubensgemeinschaften, und ein politisches Normensystem, das sich durch seine formale Struktur dazu eignet, zweckrationales Handeln als legal zu sanktionieren, d.h. ein formal rationales Recht, wie es in der bürgerlichen Verfassung verankert ist.*" (ebd., S. 197) Unter diesen Voraussetzungen habe sich der spezifisch moderne Code von Weiblichkeit entwickelt, der den Katalog weiblicher Tugenden definiere, die als "*gottgewollt und Ausfluss weiblicher Natur, im Binnenraum des Privaten für die Befriedigung leiblicher und sozialer Grundbedürfnisse*" (ebd.) sorgend, angesehen werden würden. Durch die philosophische Leitidee der Vernunft seien die in der Tradition der patriarchalen Herrschaft stehenden gesellschaftlichen Projekte und Ambitionen als human und vernünftig legitimiert worden.

List versucht eine andere Sicht auf die "*Inszenierung von Rationalität*", indem sie "*offene Kontexte*" thematisieren möchte (vgl. ebd., S. 203). Weil die Moderne ihre Kehrseiten (das Allzumenschliche, alles, was in ihr öffentlich präsentiertes Bild nicht passt) hinter den feierlichen Bekenntnissen des Humanum verschweige, erschienen die destruktiven, die unerwarteten negativen Konsequenzen der Rationalisierung paradox. Es werde verdrängt als etwas Anderes, als Heterogenes, das sich jeder Thematisierung entzieht.¹ Sie fragt danach, wie dieses "Anderere" thematisiert werden kann: "*Wie kann dieses Andere, von dem Bataille meint, daß es sich der Diskursivierung hartnäckig und unwiderruflich entzieht, zur Sprache gebracht werden? Vermutlich nicht allein durch eine theoretische 'Heterologie' wie Bataille selbst eingesehen hat. Denn eine solche würde ihrerseits dieselbe dichotomische Struktur reproduzieren, die adversarische Trennung zwischen 'Ich' und 'Nicht-Ich', zwischen dem 'Selben' und dem 'Anderen', die, wo immer sie am Werk sind Herrschaftsverhältnisse stiftet*"² (ebd., S. 203).

¹ "*Dieses Andere tritt in Zeiten des Umbruchs und der Krise, meist unerwartet und unerwünscht, wieder ans Tageslicht, so wie die geradezu eruptiven Ausbrüche des Rechtsradikalismus und des Nationalismus in Mittel- und Osteuropa.*" (ebd., S. 203)

² Die Wortschöpfung "Heterologie" ist etwas verwirrend und wird an der Stelle nicht entwickelt. Hier wird dieser Gedankengang so aufgefasst: Wenn "Heterologie" die Lehre der Heteronomie ist, kann sie verstanden werden als der Freiheit gegenübergesetzt: "*In ihrem philosophischen Gebrauch entspricht positive Freiheit der Autonomie und Selbstbestimmung, gerichtet gegen Heteronomie, gegen die Bestimmung des Anderen ...*" (SANDKÜHLER (Hrsg.) 1990, Stichwort: „Freiheit“)

List sieht das Verschwinden des "Anderen" (des "Allzumenschlichen") parallel zu den modernen Rationalisierungsprozessen. Dieses "Andere", im Binnenraum des Privaten, sei die Kehrseite der Moderne, und das Verschwinden des "Allzumenschlichen" aus dem öffentlichen Bild ließe die negativen Konsequenzen der Rationalisierung als paradox erscheinen. Sie möchte das "Andere" thematisieren, um es wieder sichtbar zu machen.

Die hier skizzierten Theorieansätze haben, unabhängig von ihren unterschiedlichen Lösungsvorschlägen und politischen Implikationen gemeinsam, dass sie einen Angriff auf die Vernunft bzw. auf den Rationalitätsbegriff darstellen, da er androzentrisch definiert ist und damit 'weibliche' Kategorien nicht erfasst. Sie führen Begriffe und Bereiche ins Feld, die traditionell den privaten Sphären zugeordnet werden: Fürsorglichkeit, Intersubjektivität (Benjamin), die Fähigkeit zum Mitgefühl und Bindung an andere (Harding), und die Befriedigung leiblicher und sozialer Grundbedürfnisse, das 'Allzumenschliche' (List). Diese Kategorien fehlen den männlich definierten Rationalitätsvorstellungen.

Die Kritik wendet sich vor allem auch gegen Neutralitäts- und Objektivitätsansprüche, die mit rationaler Vernunft einhergehen. Diese Positionen führen implizit den Kampf um die Grenzziehung zwischen *Öffentlich* und *Privat* weiter. Sie verfolgen das Ziel, den Kampf um Gleichheit in der politischen Öffentlichkeit auszutragen.

3.3 Zum Verhältnis von Privat und Öffentlichkeit

In der feministischen Theorie werden die androzentrische Vorurteile kritisiert, die Bereiche betreffen, die in vielen Wissenschaften als "Sphäre der Frau" beschrieben werden. *"Familie, Mutterschaft, Mütterlichkeit, Reproduktion, Altruismus, Heim, Hausarbeit, Privatheit, Wärme, Inneres, Expressivität, Liebe, Natur, informelle Beziehungen. Im Gegensatz zur 'Sphäre der Frau' wird die 'Männerwelt' üblicherweise konzipiert als Bereich von formalisierten Beziehungen, Instrumentalität, Aggressivität, Öffentlichkeit, Produktion, bezahlter Arbeit, Politik, Recht, Egoismus, Kultur, Macht, Gesellschaft, Prestige, Äußerlichkeit usw. Das Interesse historischer Frauenforschung richtet sich sowohl auf geschlechtliche Differenzierung, Asymmetrie oder Segregation dieser Bereiche bzw. Verhaltensweisen wie auf das Verhältnis zwischen ihnen (...) und damit auf das Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern"* (BOCK 1987, S. 37).

Eine Aufteilung in die entgegengesetzten Sphären der Privatheit und der Öffentlichkeit ermöglichte eine klare geschlechtsspezifische Raumzuweisung und Arbeitsteilung. Durch die Entdeckung einer vermeintlich natürlichen Bestimmung der Frau zu Ehe und

Mutterschaft erschien die Verhinderung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an der entstehenden bürgerlichen Öffentlichkeit nicht länger als ein Akt herrschaftlicher Gewalt. Indem die funktionalen Zusammenhänge von Hausökonomie und Gelderwerb aus den Blick gerieten, konnte der Mann den Ruf des Ernährers erhalten, entsprechende Löhne erzielen und - im Gegensatz zu seiner Hausfrau - politische Mündigkeit erlangen (vgl. HAUSEN 1987, S. 9).

Die feministische Kritik richtete (und richtet) sich auf dichotomische Theoriekonstrukte, die Frauen (wenn auch nicht zwingend, so doch in den realen Strukturen) aus der Politik und deren kulturellen-politischen Entwicklung ausschlossen und ausschließen. Die bisherigen Versuche, die Familie, die Hausarbeit, die Eheschließung und die Mutterschaft zum Fundament für Frauenunterdrückung zu erklären, beziehen sich auf die beschriebene Trennung von *Öffentlich* und *Privat*. Sie richten sich im Wesentlichen gegen ökonomische Verhältnisse, die durch patriarchale, rechtliche und "öffentlich-politische" Strukturen gefestigt werden.

In dieser Auseinandersetzung wird häufig auf den antiken Stadtstaat - die *Polis* - rekurriert, die jene Grenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit festschreibt. Der Raum des Privaten ist hier der Haushalt (*oikos*), der Ort des lebensnotwendigen, der Geburt, des Lebens, des Sterbens, der Intimität. Die Öffentlichkeit (*polis*) definiert sich über die Grenzziehung zum Privaten. Das Öffentliche ist der Raum der Freiheit, des Politischen, der politischen Auseinandersetzung und der Handlungsfähigkeit. Da die Frauen traditionell der privaten Sphäre zugeordnet sind, haben sie in dieser Rollenzuordnung (per Sozialisation) keine Chance auf Freiheit oder politische Beteiligung. Eine so definierte Öffentlichkeit, ihre theorie- und realgeschichtlichen Entstehungsbedingungen schloss den größten Teil der Menschen lange Zeit wirksam aus - nicht nur Frauen (vgl. HOLLAND-CUNZ 1994, S. 666). Diese Grenzziehung sei eine männlich definierte und orientiere sich an ebensolchen Kategorien und Maßstäben. Diese Ursprünge der griechischen Antike hätten sich in den heutigen, modernen Gesellschaften nicht wesentlich verändert (vgl. CAVARERO 1990, S. 100).

Die Auseinandersetzungen um die Definition von *Privat* und *Öffentlich* ist so verschwommen wie vielfältig. Es fällt nicht immer leicht, die Diskussionsebenen der jeweils Sprechenden zu erkennen, weil explizite Definitionen nicht gemacht werden und nicht immer auf bereits vorhandene Definitionen Bezug genommen wird. Einige Theoretikerinnen setzen alles das als „Öffentlichkeit“, was nicht im Haus der Familie oder in den intimen Räumen der AkteurInnen stattfindet. Zeitungsartikel und Talkshows bezeichnen hier ebenfalls eine Art Öffentlichkeit (vgl. dazu KLAUS 1994, S. 72). Bei anderen beginnt die

Öffentlichkeit am Arbeitsplatz (Ökonomie) und manifestiert sich innerhalb der gesellschaftlichen Institutionen (vgl. ebd.).

Um zu verdeutlichen, worum es in der Diskussion um diese Kategorien des Privaten und des Öffentlichen überhaupt geht, wird hier exemplarisch die Definition *Hannah Arendts* zugrunde gelegt. Mit Arendt und ihrem Politikverständnis haben sich inzwischen viele feministische Theoretikerinnen innerhalb des Diskurses um "Privatheit und Öffentlichkeit" auseinandergesetzt. Arendt hat sich ausführlich mit dem antiken Stadtstaat (Polis) beschäftigt und eben jene Kategorien des Privaten und des Öffentlichen in ihr politisch-philosophisches Selbstverständnis aufgenommen.

Öffentlichkeit und Politik bei Hannah Arendt

Um transparent zu machen, an welchen Punkten die feministische Kritik ansetzt, wird im folgenden Hannah Arendts Politikverständnis skizziert.

Es wird Arendt vorgeworfen¹, dass die Herkunft der Grundbegriffe ihrer politischen Theorie aus der Ideologie der griechischen Polis komme, was einerseits Probleme aufwirft, da die von ihr idealisierten Grundbegriffe für die Eignung einer Analyse der modernen Politik fragwürdig scheinen. Andererseits bietet ihre Definition den Vorteil einer Unabhängigkeit von den begrifflichen (Vor-)Urteilen einer Moderne, die sich selbst nicht mehr begreift.

Es scheint jedoch, als ob insbesondere Feministinnen ihre Schwierigkeiten mit Arendt haben. Carola Schirmer versucht einen Erklärungsansatz dafür zu finden: *"Die Arroganz, mit der Hannah Arendt sich gegen Feminismus sperrte, mag eine Nichtbeachtung ihres Werkes durch Feministinnen verständlich erscheinen lassen. Und doch scheint mir auch eine enttäuschte Erwartung hinter solcher Ablehnung zu stehen - die Erwartung an die theoretische Arbeit einer Frau, sie habe feministische oder zumindest frauenbezogenen Einsichten zu vermitteln. (...) In der Tat bin ich der Ansicht, daß es (uns) Feministinnen manchmal eher gelingt, männliche Theoretiker trotz deren Anti-Feminismus oder 'blinder Flecken' zu rezipieren, als eine Theoretikerin, die in derselben philosophischen Tradition steht."* (SCHIRMER 1996, S. 191)

Arendt kritisiert in ihren Ausführungen einen vorherrschenden beschränkten Politikbegriff. Bei der Beschäftigung mit der Frage 'Was ist Politik?' fragt sie nicht nach

¹ Vgl. SCHIRMER 1996, S. 191

² Trotz dieser Einschätzung stellt Schirmer dann fest, dass Arendt im feministischen Kontext zunehmend rezipiert wird und untersucht in ihrem Aufsatz drei unterschiedliche Auseinandersetzungen mit ihr (Seyla Benhabib, Bonnie Honig, Nancy Fraser).

Herrschaftsverhältnissen, sondern nach dem Prinzip öffentlichen Handelns einer Gesellschaft, um die Systeme zu beurteilen. Politik mit Herrschaft gleichzusetzen, greift ihrer Meinung nach zu kurz.

Arendt differenziert drei Grundformen menschlicher Tätigkeit: Arbeiten, Herstellen und Handeln. Sie entsprechen jeweiligen menschlichen Grundbedingtheiten:

Arbeit ist die Antwort auf die Notwendigkeiten des biologischen Lebensverhalts, auf Basis des Stoffwechsels Mensch-Natur. Herstellen antwortet auf das Bedürfnis des Menschen, gegen ihre Naturabhängigkeit eine gegenständliche Welt zu errichten, die ihr 'Ausgeliefertsein' an die Natur überwindet und ihre individuelle Vergänglichkeit überdauert. Handeln schließlich ist die Tätigkeit, die sich auf die Belange der Menschen untereinander richtet. Sie ist die Tätigkeit, die unvermittelt zwischen Menschen stattfindet. Das Handeln antwortet auf das Faktum Pluralität. Pluralität ist unabdingbare Voraussetzung von Handeln und darin liegt die besondere politische Qualität. Arbeiten und Herstellen sind aber nicht etwa politisch irrelevant und es handelt sich nicht um eine Hierarchie innerhalb verschiedener Tätigkeiten. Vielmehr geht es um die Abgrenzung in Form verschiedener Grundanliegen. Darum können die Maßstäbe und die Prinzipien des Handelns nicht von anderen Tätigkeiten, die anderen Grundaspekten menschlichen Lebens folgen, abgeleitet werden.

Arendt wendet sich gegen unklare Unterscheidungen von Schlüsselbegriffen wie Macht, Stärke, Kraft, Autorität und Gewalt in den politischen Wissenschaften (vgl. ARENDT 1993 [1970], S. 44). "...*(D)er korrekte Gebrauch dieser Wörter ist nicht nur eine Frage der Grammatik, sondern der geschichtlichen Perspektive*" (ebd.). Die Undeutlichkeit im Gebrauch dieser Begriffe, ihre synonyme Verwendung macht unfähig, Unterschiede zu hören und versperrt den Blick auf die Wirklichkeiten, auf die diese Worte ursprünglich hinweisen. Eine exakte Definition und Anwendung von Begriffen ist also notwendig.

Bei Arendts Entwicklung einer politischen Theorie kommt dem Begriff der Gewalt in Abgrenzung zur Macht große Bedeutung zu. "*Macht und Gewalt sind Gegensätze: wo die eine absolut herrscht, ist die andere nicht vorhanden*" (ebd., S. 57). Gewalt beruht auf natürlicher Kraft oder Stärke, die durch Werkzeuge (z.B. Waffen) verstärkt werden kann. Während Macht zum Wesen aller "*irgendwie organisierter Gruppen*" gehört, ist Gewalt "*ihrer Natur nach instrumental; wie alle Mittel und Werkzeuge bedarf sie immer eines Zwecks, der sie dirigiert und ihren Gebrauch rechtfertigt*" (ebd., S. 52). Macht bedarf einer Legitimität, jedoch keiner, die auf Ziele und Zwecke beruht, sondern "*...sie stammt aus dem Machtursprung, der mit der Gründung der Gruppe zusammenfällt*" (ebd., S. 53). Wenn Macht immer dann entsteht "*wann*

immer Menschen sich zusammentun und gemeinsam handeln" (ebd.), entsteht eine Handlungsfähigkeit, die gleichzeitig ein Eingreifpotential in politische Verhältnisse beinhaltet. *"Was einen Menschen zum politischen Wesen macht, ist seine Fähigkeit zu handeln; sie befähigt ihn, sich mit seinesgleichen zusammenzutun, gemeinsame Sache zu machen, sich Ziele zu setzen"* (ebd., S. 81). Diese gemeinsame Handlungsfähigkeit, die notwendig sei, um Macht zu realisieren, sei an die Existenz eines öffentlichen Raums gebunden, den sie zugleich konstituiert. Dabei rekurriert Arendt auf den antiken Stadtstaat der Polis. Die Polis ist der öffentliche, politische Raum. Dieser sei zwar in der Neuzeit in Unordnung geraten, aber wiederherstellbar. Eine Wiederherstellung hält sie nicht nur für möglich, sondern sie sei eine Notwendigkeit. Nur so sei politische Freiheit möglich, die Freiheit fortzugehen oder die Freiheit mit vielen zu kommunizieren.

Arendts Konzeption der politischen Öffentlichkeit hat drei zentrale Bestimmungsmomente:

- (1) Handeln ist eine politische Tätigkeit - vermittelt durch Natalität - durch das ständige neu Beginnen, eine Tätigkeit, die dem *"politischen Wesen des Menschen"* (ARENDE 1989, S. 196) vollständig entspricht.
- (2) Durch einen Begriff der Macht, der geradezu Voraussetzung des Öffentlichen ist, weil Macht *"den öffentlichen Bereich, den potentiellen Erscheinungsraum zwischen Handelnden und Sprechenden"* (ebd., S. 194) überhaupt ins Dasein ruft und am Dasein erhält.
- (3) Die Dazugehörigkeit des öffentlichen Raums zur Welt (der öffentliche Raum ist die Welt), das Gemeinsame der menschlichen Dingwelt wie das *"Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten"* (ebd., S. 171).

Handeln, Macht und Weltbezug stehen im Kontext verschiedener Merkmale, die ihrerseits einen spezifischen Begriff politischer Öffentlichkeit bezeugen. Das entscheidende Merkmal ist die scharfe Trennung der politischen Öffentlichkeit vom Privaten. Das Private ist der Bereich im *"Dunkel des Hauses"* (ebd., S. 38), die *"Sphäre der Intimität"* (ebd.), der *"Ort von Geburt und Tod"* (ebd., S. 61). Die wichtigste Funktion des Privaten in der Neuzeit ist die Gewährleistung von Intimität. Das Verborgene des Privaten und Intimen sieht Arendt ambivalent: Es schützt den unmittelbaren Lebensprozess (vgl. ebd., S. 68) und habe gleichzeitig die tierischen Seiten menschlicher Existenz: *"Nur ein Privatleben führen heißt in erster Linie, in einem Zustand leben, in dem man bestimmter, wesentlicher, menschlicher Dinge beraubt ist"* (ebd., S. 57). Realitätsverlust, Weltverlust und Verlassenheit seien Ausdruck dieser Beraubung. Im Kontext zum Dunkel des Privaten stehe die Helle der Öffentlichkeit (vgl. ebd., S. 201) Die Wirklichkeit und Welthaftigkeit dieses Raumes entstehe durch

Pluralität, die dennoch ein Gemeinsames präsentiere. Der öffentliche Raum müsse ein Platz der Dauerhaftigkeit sein, "*muß die Lebensspanne sterblicher Menschen übersteigen*" (ebd., S. 54).

Neben dieser Begrenzung nach außen steht das Merkmal der Binnenregulierung in Arendts Öffentlichkeitsbegriff. Binnenregulierung definiere sich durch spezifische menschliche Tätigkeiten des Sprechens, Handelns, frei vom Zwang für die Notwendigkeiten des Erhaltens und Erzeugens von Leben. Öffentlichkeit sei der Ort sich "*zu versammeln, das heißt, zu trennen und zu verbinden*" (ebd., S. 51).

Dieses Bild der politischen Öffentlichkeit (binnenstrukturiert und limitiert) sei heute in Gefahr. Die Massengesellschaft, die die Arbeit ins Licht der Öffentlichkeit stelle, wo sie nicht hingehöre, weil sie der Sphäre des Lebensnotwendigen angehöre, ist weltlos geworden. Diese moderne "*Weltlosigkeit*" (ebd., S. 54), die "*Weltentfremdung*" und der "*Weltverlust*" (ebd., S. 103) hätten ihre Gründe in den "*Phänomenen der Privatisierung*", der Zerstörung des öffentlichen Raumes (vgl. ebd., S. 58), der "*modernen Entdeckung der Intimität*" (ebd., S. 66). Es gäbe keine Grenzlinie mehr zwischen Haushalt und Polis. Dadurch dominiere heute Konformismus und ein "*Sich-Verhalten*" (ebd., S. 41 und S. 44). Das Gesellschaftliche dominiere das Politische. Die politische Tätigkeit des Handelns drohe gegenüber den unpolitischen Tätigkeiten des Arbeitens und Herstellens zu verschwinden. Durch die Veröffentlichung des Lebensprozesses werde ein dramatischer Weltverlust hergestellt. Die gemeinsame Welt werde zerstört und erlebe katastrophale Zusammenbrüche (Demokratieverlust, vgl. ebd., S. 57).

Hannah Arendt plädiert also für eine strikte Trennung von einem privaten Raum - zu dem sie auch die gesellschaftlichen Sphären zählt wie die Ökonomie, die Arbeit, Medien etc. - und einem öffentlichen Raum. Darunter versteht sie den politischen Raum, in dem es auch um persönliche Entwicklungsmöglichkeiten, aber vor allem um politische Entscheidungsprozesse geht. Dass es eine Trennung der beiden Sphären geben sollte, wird auch in der hier herangezogenen feministischen Theoriebildung nicht (mehr) bestritten. Die Frage stellt sich nach den Grenzverläufen.

Im Folgenden geht es erstens um unterschiedliche Vorstellungen in der feministischen Theorie von Öffentlichkeit. Zweitens werden die feministischen Positionen dahingehend untersucht, ob es einer Grenzziehung zwischen *Öffentlich* und *Privat* bedarf. Wenn ja, wo soll nach Meinung der Theoretikerinnen diese Grenze verlaufen? Damit wird drittens jene Position herauskristallisiert, die für diese Arbeit relevant ist.

LISA SCHMUCKLI (1996) konstatiert (im Anschluss an HABERMAS 1990 [1962]) einen *"Strukturwandel der Öffentlichkeit"* aus einer weiblichen Sichtweise heraus. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit verweise, so Schmuckli, kritisch auf eine Entdemokratisierungstendenz. Festmachen ließe sich diese Entdemokratisierung an einem grassierenden Populismus, der sich in Form von hemmungsloser und flächendeckender Kolonialisierung der Öffentlichkeit durch private Interessen durchsetze und der letztlich zum Verschwinden der öffentlichen Politik führt; politische Themen würden verdrängt durch Bettgeflüster. *"Nicht mehr Interessen, sondern private Befindlichkeiten ergießen sich über eine Öffentlichkeit, so daß sich Politik und die Gestaltung der public affairs immer mehr zu Bettgeflüster ihrer Machträger verkehren."* (ebd., S. 322). Dies eröffne Reden über Betroffenheiten, die ihrerseits auf ein Missverhältnis zwischen Beteiligungswünschen und Beteiligungsangeboten verweise. Im herrschenden Politikverständnis zeige sich betroffen, wer keine Handlungsalternativen mehr weiß.

"Diese flächendeckende Kolonialisierung privater, männlicher Interessen und die männlich inszenierten Betroffenheitskulte verschärfen zugleich die Dichotomie 'öffentlich/privat' und zementieren die Privatheit als Frauenraum." (ebd.) So würde auch hier das Private zum Politischen, allerdings nicht mit der Funktion einer Herstellung von Gleichberechtigung, sondern mit der Absicht einer Ablenkung und Kaschierung der eigentlichen politischen Ziele und Machtinteressen (vgl. ebd., S. 323).

Der Ansatz von Elisabeth Klaus erfolgt ebenfalls in Anlehnung an Habermas: Es entstehe seit dem 17. Jahrhundert eine *"repräsentative Öffentlichkeit"* als Diskurssphäre der Staatsbürger. Im 18. Jahrhundert (Beginn der bürgerlichen Demokratie) haben Frauen keine Anerkennung als Staatsbürgerinnen. Die konventionelle Öffentlichkeit, der öffentliche Raum wird als politischer Raum definiert. Dort aber haben Frauen keinen Raum, es entstehen Öffentlichkeiten für Frauen. Was aber sind Frauenöffentlichkeiten?

Frauenöffentlichkeit begreift sich als *"Gegenöffentlichkeit"*. Diese Öffentlichkeit ist auf das Engste mit der Frauen-Emanzipationsbewegung verbunden, z.B.

- in den Salons des 19. Jahrhunderts,
- in Organisationsformen der alten und neuen Frauenbewegung und
- in Frauen-Zeitungen und anderen (frauenbewegten) Publikationen.

Öffentlichkeit dürfe nicht statisch, sondern solle prozesshaft gesehen werden. Hier würden Regeln und Normen des gesellschaftlichen Miteinanders festgelegt.

An dieser Öffentlichkeit sind Frauen stark beteiligt, weil in Institutionen rechtlichen Veränderungen immer eine Diskussion in der Gesellschaft vorangeht. Regeln und Normen werden nicht in Institutionen gesetzt, sondern dort nur verfestigt. Am gesellschaftlichen Diskussionsprozess sind Frauen zu beteiligen.

Klaus unterscheidet zwischen feministischer und Frauen-Öffentlichkeit. Feministische Öffentlichkeit sind bei ihr Diskussionsformen und -foren, die aus der neuen Frauenbewegung hervorgingen. Sie ist ein Teil von Frauenöffentlichkeit, die sehr viel breiter gefasst sei. Diese Frauenöffentlichkeit sei eine *„heimliche Öffentlichkeit“* (KLAUS, S. 92), weil sie in der konventionellen Öffentlichkeit nicht anerkannt sei und wegen des Selbstverständnisses der Frauen, die ihre Äußerungen nicht als Öffentlichkeit erkennen. Auch Klatsch und Tratsch sei eine Form von Frauenöffentlichkeit. Frauenöffentlichkeiten sind ambivalent, enthalten aber konstitutive Momente einer Gegenöffentlichkeit. Möglicherweise ergibt sich daraus ein kollektives Handlungspotential, so hofft Klaus.

Feministische Öffentlichkeit tritt, nach Klaus, mit politischen Inhalten und Ansprüchen auf. Ihr Ziel ist die Veränderung jener sozialen Werte, die das Geschlechterverhältnis zementieren. Die Voraussetzung dafür ist die Einmischung und Grenzüberschreitung zwischen häuslichem und außerhäuslichem Bereich. *„Das Dilemma feministischer Öffentlichkeit besteht darin, daß sie Breitenwirkung erzielen muß, um die heimliche Frauen-Öffentlichkeit für Veränderungen zu gewinnen, der Erfolg dieser Bemühungen aber immer zugleich eine Verwässerung feministischer Ideen bedeutet.(...) Feministische Öffentlichkeit muß Frauen-Räume erobern und will diese in ihren Beschränkungen zugleich verlassen“* (ebd., S. 92).

Das Dilemma besteht also in der scheinbar gleichzeitigen Notwendigkeit der Abgrenzung und der Bezugnahme auf den vorhandenen, konventionellen öffentlichen Raum. Ausgangspunkt für feministische Theorien und Diskurse bleibt der Alltag der Betroffenen (vgl. ebd., S: 93).

Die amerikanische Rechtswissenschaftlerin Drucilla Cornell kritisiert in ihrer Auseinandersetzung mit der politischen Konzeption Arendts die Abkoppelung des Sozialen vom Politischen und bemerkt, *„dass ihr Verständnis der Polis ihr eigenes Ideal von Politik vereitelt, da es die Geschlechterhierarchie aufrecht erhält und eine Vorstellung von Politik entwickelt, die untrennbar an die Unterordnung von Frauen gebunden bleibt“* (CORNELL 1996, S. 397). Wenn - wie bei Arendt - die Polis eine Form menschlicher Interaktion sei, die in Sprechen und Handeln gründe und nicht bloß in einem Staatsgebiet, oder an einem Ort der offiziellen

Regierung, wären innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft viele Räume möglich, so Cornell, in denen politisches - nicht nur soziales Handeln - stattfinden könne.

Jedoch: *"Arendts Ideal von Politik verlangt - wenn es nicht berechtigterweise einer Voreingenommenheit zugunsten der Vormoderne bezichtigt werden soll -, dass wir uns erneut Gedanken darüber machen, wie ein 'Öffentlicher Raum' für wahre Verpflichtung zwischen Gleichgestellten gefunden oder geschaffen werden könnte. Obwohl eine moderne/postmoderne Neuinterpretation ihrer Arbeit uns zwingt zu überdenken, wie ein wirklich demokratischer Raum beschaffen sein müsste, und welche Bedingungen notwendig wären, um ihn zu garantieren, ist Arendt selbst aufgrund ihrer strikten Trennung zwischen dem Politischen und dem Sozialen nicht in der Lage, einsichtig zu machen, wie die bürgerliche Gesellschaft in eine Sphäre des politischen Handelns überführt werden könnte"* (ebd. S. 399).

Cornell kritisiert, dass Arendt zwar erkannt habe, dass die Ein-Mann-Herrschaft im Haushalt die patriarchale Grundlage für die Errichtung der Polis als Bereich der Freiheit bildete, dass sie aber gleichwohl an der Trennung zwischen den Bereichen der Notwendigkeit und der politischen Freiheit festhalte. *"Arendts These, daß Politik die Gleichberechtigung der jeweiligen Teilnehmer verlangt, kann nicht von ihrem eigenen Insistieren auf einer Trennung der Bereiche von Freiheit und Notwendigkeit losgelöst werden. Sie besteht darauf, dass der Bereich der Freiheit nur dann existieren kann, wenn jener der Notwendigkeit bezwungen wird. Sie geht aber auch davon aus, dass dieses Bezwingen - soll der Bereich der Freiheit nicht infiltriert werden - in der Privatsphäre, im Haushalt, stattfinden muss. Damit wird die Vorstellung davon, wie der Bereich der Notwendigkeit zu bezwingen ist, zu einem Gegenstand feministischer Kritik"* (ebd., S. 404).

Dieser Kritik vorausgesetzt sei das Prinzip, dass jede sinnvolle Konzeption von Gleichheit alle Frauen mit politischen, sozialen und ökonomischen Rechten ausstatten müsse. Die auf Mutterschutz, Kinderbetreuung, Formen kollektiver Altersversorgung gerichteten feministischen Kämpfe der späten 1970er Jahre wollten bestimmte Bereiche des bis dahin in das Private Verbannte in die Öffentlichkeit bringen. Wobei es, nach Cornell, darum gehe, dass Frauen sich die notwendigen Bedingungen für ihren Status als Staatsbürgerinnen sichern wollten. Ohne eine *"Verschiebung der Linie zwischen dem Politischen und dem Sozialen"* (ebd., S. 405) könnten Frauen keine vollwertigen Staatsbürgerinnen, keine politischen Akteurinnen sein. Die damaligen Errungenschaften verschwänden in den letzten zehn Jahren jedoch mehr und mehr, würden *"zum Verschwinden gebracht"* (ebd.). *"Das Ergebnis ist die bekannte 'Doppelbelastung' berufstätiger Frauen, ganz zu schweigen von jenen in der politischen Arena"* (ebd.).

Cornell kritisiert die androzentrische Strukturiertheit des öffentlichen Bereiches im allgemeinen und die, in ihren Augen, für feministische Kämpfe um Gleichberechtigung wenig hilfreiche Analyse der Polis mit ihrer strikten Trennung der Sphären Privatheit und Öffentlichkeit. Während Arendts Voraussetzung des Handelns in der Polis die Gleichheit ist, mit dem zu erkämpfenden Ziel der Anerkennung von Pluralität, möchte Cornell die Gleichheit/Gleichberechtigung (ökonomisch und sozial) im öffentlichen Raum verankert sehen, um die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten.

Ein ähnlicher Ansatz (nämlich den öffentlichen Bereich auf Soziales und Ökonomisches zu erweitern), jedoch schärfer gefasst als bei Cornell und darüber hinausgehend, findet sich bei einer weiteren Rezipientin Arendts.

Carol C. Gould setzt sich mit der Arendt'schen Konzeption der politischen Öffentlichkeit auseinander. Eines ihrer untersuchten Probleme ist die *"angemessene Beziehung zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre"* (GOULD 1989, S. 66). Dabei sind für sie in der feministischen Bewegung *"Freiheit, also Selbstverwirklichung"* (ebd., S. 67) die zentralen Kategorien. Freiheit entstehe durch Ausübung von Handlungsfähigkeit, aus der Ausübung der menschlichen Fähigkeit zur freien Entscheidung mit dem Ziel, durch eigene Aktivitäten eigene Bedürfnisse zu befriedigen. Um diese Freiheit zu erreichen, müsse eine Gleichheit der Individuen hergestellt werden, diese wiederum setze eine *"Kontrolle - oder Teilnahme an der Kontrolle - über die ökonomischen und sozialen Bedingungen ihres Lebens"* (ebd., S. 68f) voraus. Für Gould besteht *"Herrschaft in der Kontrolle, die einige Akteure über andere ausüben, indem sie ihre Handlungsbedingungen kontrollieren"* (ebd., S. 69). Dagegen stellt sie eine Reziprozität innerhalb der sozialen Beziehungen und Handlungen, die auf der Grundlage eines gemeinsamen Verstehens und einer freien Übereinkunft, einer Anerkennung des anderen, gefasst werde. Auf höchster Entwicklungsform führe diese wechselseitige Anerkennung dazu, dass jeder Akteur und jede Akteurin bewusst danach strebe, so zu handeln, dass die Handlungsfähigkeit der/des anderen gefördert werde.

Damit setzt Reziprozität Gleichheit voraus, weil jede Person die andere als gleich frei anerkenne. *"Doch Reziprozität geht insofern über Gleichheit hinaus, als sie die Anerkennung der Unterschiedlichkeiten des anderen durch den Akteur (...) einschließt."* (ebd., S. 69) Die Nützlichkeit dieser Idee für den Feminismus liegt darin, *"daß sie reziproke und herrschaftsfreie soziale Beziehungen für alle Individuen, ob männlich oder weiblich, als notwendig postuliert"* (ebd.).

Aus den so entwickelten Werten leitet Gould den Wert der Demokratie ab. Demokratie, das sei für sie *"das gleiche Recht, an Entscheidungen teilzunehmen, die sich auf die einen selbst betreffenden [die eigenen] Aktivitäten und deren Bedingungen beziehen"* (ebd., S. 70). Dieses Recht auf Teilnahme an Entscheidungen werde allgemein als politisches Recht bezeichnet; als Recht an den Entscheidungen der Regierungen teilzunehmen, was in der Regel bedeute, das Recht auf Wahlen zu haben. Gould vertritt die Auffassung, dies bedeute, dass sich die Entscheidungsteilnahme auch auf den ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich erstreckte. Die Idee der Reziprozität lege darüber hinaus den Schluss nahe, dass die Form der Willensbildung so partizipatorisch wie möglich sein solle. *"Die Herausbildung der Demokratie in all diesen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens würde zu einem radikalen Wandel im Status der Frauen beitragen, denn sie würde die Herrschaftsgrundlage der wenigen - hauptsächlich Männer - untergraben, die die Macht haben, über die Lebens- und Handlungsbedingungen von Frauen zu entscheiden"* (ebd.).

Obwohl Gould das feministische Postulat "das Persönliche ist politisch" und die dahinter stehenden (hier schon entwickelten) theoretischen Ansätze nicht als falsch verwirft, hat sie dagegen einige Bedenken. Sie ist zwar der Meinung, dass jede vollständige Demokratie in der öffentlichen Sphäre auf Reziprozität innerhalb der privaten Sphäre der persönlichen Beziehungen beruhe. Sie könne jedoch der Auffassung nicht zustimmen, dass der öffentliche Bereich als ein Konglomerat von persönlichen Beziehungen konstruiert werden solle. In öffentlichen Bereichen (das sind für sie der politische, der soziale und der ökonomische Bereich) bedürfe es Regeln und Praktiken, die über die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen umschreibenden moralischen Regeln hinausgingen. Um die Aktivitäten von großen Personengruppen zu koordinieren, sei dies unbedingt erforderlich. Und darüber hinaus lehne sie den Vorschlag ab, den persönlichen und den politischen Bereich zu verschmelzen. *"Eine Trennung zwischen ihnen ist notwendig, um die Privatsphäre von Individuen zu erhalten sowie ihre Freiheit, ihre persönlichen Beziehungen unabhängig von Eingriffen seitens der Institutionen oder des Staates zu gestalten"* (ebd., S. 75). Gould ist in gewisser Weise sogar für eine schärfere Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit: Sie plädiert für eine *"Entinstitutionalisierung persönlicher Beziehungen"*. Die beträchtlichen Einmischungen des Staates in die Angelegenheiten des persönlichen Lebens sollten von derzeitigen Praktiken, Kontrollen und Regelungen freigehalten werden (vgl. ebd.).¹

¹ Allerdings differenziert sie hier zwischen der Institution Ehe (die überflüssig scheint) und der Aufzucht der Kinder innerhalb einer Ehe, die schon mit Rechten und staatlichen Eingriffen reguliert sein sollte. (vgl. ebd., S. 75 ff)

Im Wesentlichen schlägt Gould hier, ebenso wie Cornell, eine Verschiebung der Grenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit vor, ohne sie aufzuheben. Das Soziale und damit das Ökonomische gehören demnach in den Bereich des Öffentlichen.¹ Er wird in einem Atemzug mit dem Politischen genannt. Somit erfährt das Öffentliche eine Erweiterung, in dem eine gesellschaftliche Auseinandersetzung unter dem Postulat der wechselseitigen Anerkennung und den entsprechenden Verhaltensweisen und Praktiken (Partizipation, Teilnahme an Entscheidungsfindungen) in Bezug auf die jeweiligen Handlungen der Akteure stattfinden sollte.

Auch Barbara Holland-Cunz lehnt zunächst das androzentrisch definierte Öffentliche als ein *"hochformalisiertes, reglementiertes und trennscharf gehaltenes androzentrisch strukturiertes politisches Terrain ab"* (HOLLAND-CUNZ 1994, S. 667). *"Das Bild vergesellschafteter Privatheit und das damit direkt vermittelte einer privatisierten Öffentlichkeit galten mir bislang dazu als Gegenbild. ... Der formalisierte Bereich des Öffentlichen sollte an den herrschaftlich zugeschriebenen sozial-weiblichen Fähigkeiten regenerieren, mein Bild war das einer Vergesellschaftung von Intuition, Empathie, Emotionalität, Assoziativität, Bindungsfähigkeit und -willigkeit, Hilfe, Fürsorge und Personenbezogenheit"* (ebd.). Gedacht war an eine *"Ent-Patriarchalisierung des Öffentlichen" durch "weibliche Tugenden (...) mit Empathie gegen Rituale, Intuition statt Konvention, personalisierte Bindung anstelle sachbezogener Verhandlung"* (ebd.).

Der Eintritt der Frauen und ihrer *"weiblichen Tugenden"* in die Sphäre des Öffentlichen habe jedoch nicht, so korrigiert Holland-Cunz ihre Utopie, zu einer Revision im erhofften Sinne beigetragen: *"Quotierung hat die Institutionen nicht verändern können, Frauen in Machtpositionen betreiben keine grundlegend 'andere', 'menschlichere' Politik. ... Im Gegenteil - der gleichsam ungeschützte Eintritt der Frauen in ein Terrain, dessen Rituale und Verfahren, dessen 'Helle und Leuchtkraft', dessen Handeln und Sprechen ihnen wenig vertraut sind, verführt allzu schnell dazu, auf die bekannten Muster und Tugenden der Intimität zurückzugreifen"* (ebd., S. 667f).

Diese gewissermaßen entkontextualisierten, "privaten Tugenden" könnten im Öffentlichen geradezu kontrafaktisch wirken. Das eigentliche Problem aller feministischen Theoriebildung zum Öffentlichen scheint Holland-Cunz die permanente Bezugnahme auf die Gegenkategorie, das Private, zu sein.

¹ Arendt jedoch wendet sich gegen jede theoretische Position, die ökonomische Fragen als politisch begreift. Bei ihr beginnt das Politische erst dann, wenn die ökonomische Basis der Teilhabenden gesichert ist. Daraus zieht sie die Konsequenz, soziale Themen aus der öffentlichen Sphäre auszugrenzen.

Der Begriff des Öffentlichen wäre zu lange und ausschließlich aus dem Blick des Privaten thematisiert. Das sei zwar politisch naheliegend, aber würde der Begriff des Öffentlichen in eine weniger enge Verbindung zum (emphatischen) feministischen Persönlichkeitskonzept gestellt, sondern im Gegenteil, *"in einen explizit und ausschließlich demokratietheoretischen Kontext gestellt, so würden die kühlen formalisierten Strukturen des Öffentlichen eine andere Bedeutung erhalten können"* (ebd., S. 668f). Damit eröffneten sich für sie dann neue Fragestellungen: In welcher Weise können die Regeln und Inhalte demokratischer politischer Öffentlichkeit die Artikulation der spezifischen Lebens- und Politikerfahrungen von Frauen behindern oder fördern? Wie wäre das Öffentliche umzugestalten, damit es nicht allein androzentrischer Ritualisierung Ausdruck verleiht?

Die gegenwärtige feministische Theorie kenne, nach Holland-Cunz, keine nicht polarisierte Begrifflichkeit des Öffentlichen, dies korreliere mit der gesellschaftswissenschaftlichen Ferne zu demokratietheoretischen Überlegungen. *"Es erscheint wie eine historische Ironie, daß zu dem Zeitpunkt, an dem Frauen machtvoll den 'Eintritt' ins Öffentliche und seine Umstrukturierung durch die 'weiblichen Tugenden' der Intimität begehren und fordern, die zur Rettung vorgesehene Struktur (-losigkeit) bereits das Öffentliche durchherrscht und zum demokratischen Problem geworden ist. Noch schärfer formuliert: Das wärmende feministische Gegenbild ist nur das unwillentliche Spiegelbild der herrschenden Verhältnisse. Falsche und falsch-plazierte Authentizität, betroffenheitsrhetorisches 'Sich-Verhalten', politisch folgenlose Gefühlsoffenbarungen, zu Repressivität (ver-)führende Intimisierungen sind die falschen Mittel gegen die zerfallende politische Öffentlichkeit, denn sie reproduzieren genau ihren heute herrschenden Modus. Emotionalität um der Gefühle willen, Persönlichkeitskultivierung ohne inhaltliche Handlungsbezüge, wechselseitige Selbstoffenbarungen zur hilflosen Erzeugung von Nähe und Wärme, ein Welt-Verhältnis, das vor allem ums eigene Selbst und deren differenten Tugenden zentriert ist, gehören nicht bzw. nicht länger in eine feministische Theorie und Praxis der Sphäre politischer Öffentlichkeit, zumal die politisch-positive Besetzung des weiblichen Lebenszusammenhangs und seiner zentralen Institutionen und Artikulationsformen die herrschaftlich konstituierten und herrschaftsreproduzierenden Seiten dieser Lebensrealitäten 'im Patriarchat' (Stichwort Mittäterschaft) unterschlägt"* (ebd.).

Holland-Cunz betont, dass es die Personen (männlichen wie weiblichen Geschlechts) seien, die politisch handeln, und nicht die Strukturen die verantwortlichen AkteurInnen seien. *"Das Ahrendt'sche 'Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten' ist ein gestalteter und gestaltbarer Rahmen, gleichsam eine nichtpersonale Struktur personaler Bezüge"* (ebd., S. 671). Solch eine Struktur brauche ein bewusstes Maß an Selbst-Distanzierung der in ihr Handelnden, jedoch

eine Selbst-Distanzierung ohne Selbst-Verlust im Arendt'schen Sinne. Es brauche ein öffentliches Handeln, das einen gewissen Abstand von der Person des Handelnden, deren Biographie, deren Lebensverhältnissen und Bedürfnissen wahrt (vgl. ebd.). Und schließlich schlägt Holland-Cunz vor, die Inhalte der privaten Sphäre und Intimität und nicht die Formen ihrer Kommunikation im Öffentlichen festzuschreiben und *"mit kühlen, distanzierten Redeweisen der öffentlichen Form zu verbinden"* (ebd., S. 672).

Auf die von den Feministinnen dringlich gestellten Fragen, wie denn nun ein öffentlicher Raum aussehen könnte, versucht Seyla Benhabib Antworten zu finden. Dazu unterscheidet sie in Arendts Modell von Öffentlichkeit zwei verschiedene Formen politischen Handelns. Zum einen beschreibe Arendt den öffentlichen Raum als Ort, an dem sich Gleiche zu einem gleichberechtigten Diskurs treffen, um sich auf Entscheidungen zu einigen, die für die von allen geteilte Welt das Beste sei. Dieses ist bei Benhabib der *"Assoziationsraum"* (BENHABIB 1992, S. 101), der einem *"agonalen Raum"* (ebd.) gegenübergestellt wird. Denn Arendt schildert das politische Handeln auch als Selbstdarstellung derer, die auf der politischen Bühne auftreten, dabei ihre Identität gewinnen und als AkteurInnen sich verändern würden. Was sich soweit entwickeln könne, dass sie durch den Wettstreit um Anerkennung unsterblichen Ruhm erwerben (vgl. ARENDT 1981, S. 70f). Elitäre Beteiligungsstrukturen und thematischer Ausschluss sind im agonalen Raum angesiedelt. Dieses Konzept von Öffentlichkeit als Assoziationsraum ermöglicht es Benhabib, Angehörige vieler Gruppierungen als Gleiche zuzulassen. Auch seien thematische Ausgrenzungen innerhalb dieses modern-aufklärerischen Modells von Öffentlichkeit nicht mehr legitimiert. Jedes Thema könne bei Bedarf im politischen Raum debattiert werden. Denn: *"Für die Menschen der Moderne [hingegen] ist der öffentliche Raum seinem Wesen nach durchlässig: weder lässt sich von vornherein aufgrund von Kriterien der moralischen und politischen Homogenität festlegen, wer zu ihm Zugang hat, noch welche Fragen in ihm zur Debatte gelangen. Mit dem Eintritt jeder neuen Gruppe in den öffentlichen Raum der Politik (nach der Französischen und der Amerikanischen Revolution) erweitert sich dieser Raum. Die Emanzipation der Arbeiter hat z.B. die Besitzverhältnisse zu einem öffentlichen politischen Thema gemacht; die Emanzipation der Frauen bedeutet, dass die Familie und die so genannte Privatsphäre zu politischen Themen werden; dass auch Nicht-Weiße und Nicht-Christen Rechte erlangten, hat kulturelle Fragen der Selbstdarstellung und der kollektiven Darstellung der anderen auf die Tagesordnung der öffentlichen Debatte gesetzt"* (ebd., S. 102). Der Streit jedoch darum, was in die Tagesordnung aufgenommen werde, sei selbst ein Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit.

Die Unterscheidung Arendts zwischen dem Gesellschaftlichen und dem Politischen hält Benhabib in der modernen Welt für sinnlos. Und dies nicht nur deswegen, weil die Politik

eine bloße Verwaltung, und das Ökonomische, die Wirtschaft das Öffentliche schlechthin geworden sei, "*sondern in erster Linie, weil der Kampf darum, etwas öffentlich zu machen, einen Kampf um Gerechtigkeit darstellt*" (ebd., S. 103). Benhabib hält Gerechtigkeit für eines der zentralen Themen der politischen Auseinandersetzung. Sie lässt sich durch Arendts Befürchtungen, der öffentliche Raum und das authentische politische Handeln könnten durch sie zerstört werden, nicht beeindrucken.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es bei dieser Auseinandersetzung für oder wider einer Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit offensichtlich nicht darum geht, ob es eine Grenzziehung gibt, sondern über welche Inhalte und Themen sich auseinandergesetzt werden soll.¹

Es lassen sich demnach zwei Diskussionsebenen unterscheiden: Gould und Cornell geht es um eine Neudefinition von Privatheit und Öffentlichkeit im Verhältnis zu den Postulaten der Freiheit und Gleichheit. Sie thematisieren also die Geschlechterdifferenz, indem sie danach fragen, wie sich die Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen in die herrschenden Kategorien aufnehmen lassen. Holland-Cunz und Benhabib hingegen stellen nicht die Frage nach den Prinzipien Freiheit und Gleichheit. Holland-Cunz möchte erfahren, in welcher Weise Regeln und Inhalte demokratischer politischer Öffentlichkeit die spezifischen Politik- und Lebenserfahrungen von Frauen berücksichtigen können, ohne dass sie nur androzentrische Ritualisierungen widerspiegelt. Benhabib sieht den Kampf um Themen, die im öffentlichen Raum verhandelt werden, als den eigentlichen Kampf an. Beide streben eine Frageverschiebung dahingehend an, wie Gesellschaft überhaupt gestaltet werden soll. Dabei geht es Holland-Cunz generell um demokratische Prinzipien und Benhabib präzisiert dies als das ethische Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und politischer Teilhabe im öffentlichen Raum.

¹ Das setzt immerhin das Vorhandensein des einen (öffentlichen) und des anderen (privaten) Raumes voraus. Arendt jedoch beklagt den Verlust des öffentlichen Raumes unter den Bedingungen der Moderne (s.o.), die Verdrängung des Politischen durch das Gesellschaftliche. So wird im politischen Öffentlichkeitsbereich nicht mehr gemeinsam gehandelt, sondern das Handeln wird ersetzt durch ein Sich-Verhalten, das die Akteure nicht zur Einigung fordert, sondern sie in die Unverbindlichkeit entlässt. Darüber hinaus bleibt zu fragen, ob nicht die feministischen Auseinandersetzungen, so wie sie geführt werden, an Arendts "idealtypischer Vorstellung der 'Polis' vorbeilaufen.

3.4 Ergebnisse der feministischen Theoriediskussion um das kategoriale Raster

Aus den soeben dargestellten Theorien werden folgende, für diese Untersuchung nützlich erscheinende Vorschläge festgehalten:

In Abgrenzung an den tradierten Politik- und Machtbegriff *Max Webers* wurde mit *Michel Foucault* Machtvorstellungen herausgearbeitet, der von Theoretikerinnen um feministische Sichtweisen erweitert wurde.

Foucault stellt einen positiven Machtbegriff zur Verfügung, der sich von den tradierten Machtauffassungen dahingehend unterscheidet, dass er Macht nicht als ausschließlich repressiv versteht, sondern als produktiv herstellend. Über Disziplinierungen einerseits und dem Anreiz über sein Innerstes zu sprechen andererseits (Technologien des Selbst) stellt sich ein totales Wissen her. Als zentrale Kategorie zur Machtherstellung und zum Machterhalt steht bei Foucault der Körper im Mittelpunkt seiner Analysen. Mit dem Herausarbeiten der Sexualität als Konstruktion, die Macht und Herrschaftsverhältnisse stützt, wird seine Sicht interessant für die feministische Theoriebildung.

Mit *Frigga Haug* ist vor allem festzuhalten: Es gibt einen historischen Hintergrund von Bedeutungen und Zuschreibungen für die Geschlechter, die konstitutionell für die Produktionsverhältnisse im gegenwärtigen Zivilisationsmodell sind. Diese werden von allen gesellschaftlichen AkteurInnen alltäglich (re)produziert. Es wird - wie bei Foucault - dieser aktive Teil betont, denn durch die Beteiligung aller an diesem Prozess sind weitere Entwicklungen gestaltbar.

Die Zuschreibungen an Frauen und Männer stehen für unterschiedliche Werte und Tugenden, die Voraussetzung für eine Unterdrückung der Frau und des Weiblichen sind. Dabei wird der Mann von den alltäglichen Reproduktionsarbeiten im Privaten freigehalten. Durch diese Trennung und die Abspaltung von Bedürfnissen kann der Mann vom konkreten Leid, von Bedürfnissen, von Schmerz abstrahieren und er kann sich dem eigentlich Wichtigen, dem „Regieren, Schweigen, Denken, Handeln...“ (Haug, 1993) zuwenden. Durch das körperliche Dasein der Frau kann der (besitzende) Mann seine Ziele (Organisation von Wachstum und Profit) verfolgen und kann ihn gleichgültig gegen das Leben lassen. Damit werden die Grundaxiome weiter verfolgt, die sich auf Leistungsfähigkeit und -willigkeit, auf immer rationellere, wirtschaftlichere, effektivere und produktivere Zeitnutzung konzentrieren. Das Ergebnis sind zwei unterschiedliche

Zeitlogiken. Liebe, Zärtlichkeit, Erzählen, Zuhören, Lernen, Lehren, Pflege: Alles, was nicht produktiver und ökonomisch lohnender zu gestalten ist, bleibt für gesellschaftlichen Randgruppen oder Frauen zu tun. Dabei werden Frauen mit beiden Welten konfrontiert. Abgesichert werden diese Unterdrückungsverhältnisse durch tradierte universalistisch daherkommende Werte und Moralvorstellungen und bestimmten Vorstellungen von männlicher Rationalität. Das Ergebnis ist die Konsolidierung herrschender Machtverhältnisse.

Diese Rationalitätsvorstellungen werden von *Jessica Benjamin* kritisiert. Dabei wendet sie sich gegen ein Rationalitätsverständnis, das gesellschaftliche Institutionen, die Wissenschaft und die Produktionsstätten ohne Personen und damit verbundene Interessen und Handlungsweisen denkt. Solch eine Rationalitätsauffassung soll eben diese Rationalität als objektiv erscheinen lassen. Ziel ist, dass sich Herrschaft als etwas Geschlechtsneutrales darstellt. Diese ‚objektive Rationalität‘ leugnet Abhängigkeiten und gaukelt eine zu erreichende Autonomie des Individuums vor, die in den Bereich der Mystifikation gehört. Das ist abzulehnen. Ein solches Verständnis von Rationalität verstellt den Blick auf herrschende Machtverhältnisse. Bleiben diese unsichtbar, können sie auch nicht in Frage gestellt und verändert werden.

Wir leben zunehmend in einer Logik innerhalb bestimmter Rationalitäten, die nicht nur entpersonalisiert, sondern auch entmenschlicht sind. Diese Rationalität nimmt die Bedürfnisse der von Menschen produzierten Verhältnisse wichtiger, als die Bedürfnisse der Menschen selbst. Benjamin denkt diese Macht- und Herrschaftsmechanismen in ihren Ursprüngen, in der Aneignung des Rationalitätsverständnisses in der ödipalen Phase des Kleinkindes, um von dort aus Veränderungen der Macht- und Herrschaftsverhältnisse und damit der Geschlechterverhältnisse zu denken.

Sandra Harding nahm männliche Rationalitätskonzepte in den Blick, die aus dem männlichen Selbstverständnis erwachsen, das sich wiederum aus der internalisierten Geschlechtsidentität entwickelt. Rationalität hat jeder reife Mensch auf unterschiedliche Weise, mit geschlechtsspezifischen Schwerpunkten. Diese sei nicht biologisch determiniert, sondern durch politische Prozesse veränderbar und mit einer Veränderung könnten neue Rationalitätskonzepte einhergehen.

Mit *Elisabeth List* ist für die weitere Diskussion und Analyse festzuhalten, dass sie das Verschwinden des "Anderen" (des "Allzumenschlichen") als gleichzeitig zu den modernen Rationalisierungsprozessen verortet. Dieses "Andere" sei die Kehrseite der Moderne, und das

Verschwinden des "Allzumenschlichen" aus dem öffentlichen Bild und es ließe die negativen Konsequenzen der Rationalisierung als paradox erscheinen. Sie möchte das "Andere" thematisieren, um es wieder sichtbar zu machen. Das „Andere“ meint das Private, das, was zwischen den Menschen passiert, das in unseren Rationalitätskonzeptionen zu kurz kommt, oder das gar keinen Raum hat.¹

Soweit werden ihre Anregungen für die weitere Analyse genutzt. Ihr Vorschlag allerdings, dieses „Andere“ nicht mit festen Zuschreibungen einer festgelegten Sprache, sondern als offenes System (Diskurs), mit offenen Kontexten, die nie vollständig beschreibbar sein sollen, zu behandeln, fällt ebenfalls in den Bereich des Mystischen und wird hier nicht weiter verfolgt.

Die Rationalitätskritik der feministischen Theoretikerinnen wendet sich vor allem gegen einen Neutralitäts- und Objektivitätsanspruch, der mit der rationalen Vernunft einhergeht. Diese Positionen münden in dem Kampf um die Grenzziehung zwischen *Öffentlich* und *Privat*. Sie verfolgen das Ziel, den Kampf um Gleichheit in der politischen Öffentlichkeit auszutragen. So wird die Neudefinition des Rationalitätsbegriffs eine notwendige Voraussetzung für eine soziale Gleichheit im öffentlichen Raum. Hier sollten Auseinandersetzungen um Inhalte und Themen mit 'vernünftigen Argumenten' stattfinden.

Ausgehend von *Hannah Arendt*, die in „Vita activa“ ihren Begriff der politischen Öffentlichkeit in Abgrenzung an das Private, den Oikos entwickelt und dabei - ebenso wie Michel Foucault in seiner Macht-Theorie - auf die antike Polis zurückgreift, setzen sich feministische Theoretikerinnen mit den Grenzen des privaten und öffentlichen Raumes auseinander.

Hannah Arendt plädiert für eine strikte Trennung zwischen dem privaten Raum, zu dem sie auch die gesellschaftlichen Sphären zählt wie die Ökonomie und die Arbeit, und einem öffentlichen Raum. In letzterem, dem politischen Raum geht es um persönliche Entwicklungsmöglichkeiten, aber vor allem um politische Entscheidungsprozesse. Diese

¹ Wie das in bestimmten politischen Konzeptionen eingebaut ist und wie alltäglich damit diese (Nicht-)Vorgänge in der herrschenden Logik verankert sind, zeigt das Beispiel aus einer Kapitalismuskritik am/im aktuell vorherrschenden Neoliberalismus. Dort verweist Jörg Reitzig auf neoliberale Positionen: „Ohne es zu benennen unterstellt der Neoliberalismus genau genommen, dass das unmittelbare Verhältnis der Menschen zueinander eigentlich gar nicht zu thematisieren ist. Thematisierbar ist aus dessen [neoliberaler] Perspektive lediglich das Verhältnis der Menschen zu den Dingen“ (REITZIG 2005, S. 153). Denn nichts anderes könne gemeint sein, wenn Buchanan konstatiere, der Mensch werde erst durch seine Eigentumsrechte als Person definiert. (vgl. ebd).

strikte Trennung zwischen *Privat* und *Öffentlich* ist Gegenstand vieler feministischer Theoriediskussionen

Lisa Schmuckli und *Elisabeth Klaus* diagnostizieren (in Anlehnung an Habermas, der einen anderen Öffentlichkeitsbegriff definiert als Arendt) durch die verwischten Grenzen zwischen *Öffentlich* und *Privat* erkennbare Entdemokratisierungstendenzen. Sie plädieren für ‚feministische Öffentlichkeiten‘ mit emanzipatorischen Zielen, die punktuell die Lebenszusammenhänge von Frauen stärker berücksichtigen.

Mit Rekurs auf Arendt kritisiert *Drucilla Cornell* die androzentrische Strukturiertheit des öffentlichen Bereiches im Allgemeinen und die in ihren Augen für feministische Kämpfe um Gleichberechtigung wenig hilfreiche Analyse der Polis mit ihrer strikten Trennung der Sphären Privatheit und Öffentlichkeit. Während Arendts Voraussetzung des Handelns in der Polis die Gleichheit ist, mit dem zu erkämpfenden Ziel der Anerkennung von Pluralität, möchte Cornell die Gleichheit/Gleichberechtigung (ökonomisch und sozial) im öffentlichen Raum verankert sehen, um die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten.

Carol C. Gould schlägt ebenso wie Cornell eine Verschiebung der Grenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit vor, ohne sie aufzuheben. Das Soziale und damit das Ökonomische gehörten in den Bereich des Öffentlichen.¹ Er wird in einem Atemzug mit dem Politischen genannt. Andererseits postuliert Gould weniger juristische Eingriffe von Seiten des Staates in die Privatsphäre.

Barbara Holland-Cunz betont schließlich, dass es die Personen (männlichen wie weiblichen Geschlechts) seien, die politisch handeln, und nicht die Strukturen die verantwortlichen AkteurInnen seien. "*Das Arendt'sche 'Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten' ist ein gestalteter und gestaltbarer Rahmen, gleichsam eine nichtpersonale Struktur personaler Bezüge.*" (ebd., 671) Solch eine Struktur brauche ein bewusstes Maß an Selbst-Distanzierung der in ihr Handelnden, jedoch eine Selbst-Distanzierung ohne Selbst-Verlust im Arendt'schen Sinne. Es braucht ein öffentliches Handeln, das einen gewissen Abstand von der Person des Handelnden, deren Biographie, deren Lebensverhältnissen und Bedürfnissen wahrt (vgl. ebd.).

¹ Arendt jedoch wendet sich gegen jede theoretische Position, die ökonomische Fragen als politische begreift. Bei ihr beginnt das Politische erst dann, wenn die ökonomische Basis der Teilhabenden gesichert ist. Daraus zieht sie die Konsequenz, soziale Themen aus der öffentlichen Sphäre auszugrenzen.

Der Kampf um die Themen auf der öffentlichen, politischen Agenda ist für Holland-Cunz zentral. Sie hätte gern, dass sich innerhalb der Theoriedebatten weniger an Kategorien (*Öffentlich/Privat*) abgearbeitet wird, als vielmehr diese Debatten in einen demokratietheoretischen Kontext gestellt würden. Von ihr wird der Vorschlag übernommen - in Anlehnung an Hannah Arendt - die Inhalte (der privaten Sphäre) und nicht die Formen ihrer Kommunikation im öffentlichen Raum zu verankern. Denn alles andere entwirft nur immer wieder ein Gegenbild zum Bestehenden und verharret damit in den herrschenden Machtverhältnissen.

Wie schließlich die unterschiedlichen Interessen und Inhalte zu Themen im öffentlichen Raum werden könnten, schlägt *Seyla Benhabib* vor. Sie möchte - wiederum mit Hannah Arendt - das Öffentliche in einen agonalen und in einen assoziativen Raum teilen. Im agonalen Raum finden die Kämpfe um Anerkennung statt und werden Identitäten gebildet. Im assoziativen Raum gibt es keine thematischen Ausgrenzungen. Angehörige vieler Interessensgruppen können dort als Gleiche agieren. Mit jedem Eintreten einer weiteren Gruppe erweitert sich so der öffentliche Raum, mit der Thematisierung der jeweils spezifischen Fragestellungen.

Zum Zweck eines Versuches der Konkretisierung des „Anderen“ und zum „Sichtbarmachen“ (List) möglicher zu behandelnder Themenkomplexe wird hier auf Martha Nussbaum rekurriert. Somit werden Aufmerksamkeitspunkte vorgeschlagen, wie die allzumenschlichen Themen rational und vernünftig im Sinne eines „guten Lebens“ (NUSSBAUM 1999) in die öffentliche Auseinandersetzung aufgenommen werden können. Dann kann eine politische Diskussion im Sinne von Holland-Cunz jenseits dieser Kategorien - *Öffentlich | Privat* - stattfinden.

Gleichzeitig wird damit deutlich - dies mit Sicht und als Vorgriff auf Kapitel 4 - wie weit von diesen lebensbestimmenden und notwendigen Themen in den realen, herrschenden Verhältnissen abstrahiert wird. Damit wird hier eine Position innerhalb einer essenziellen Sichtweise in aristotelischer Tradition eingenommen (mit Hannah Arendt /Nussbaum/ Benhabib).

Nussbaum bestimmt diejenigen Rahmenbedingungen und Grundfähigkeiten des Menschen, die für ein gutes menschliches Leben erforderlich sind und ein gutes menschliches Leben ausmachen. Es sind, um Jörg Reitzig zu zitieren ¹:

1. *Leben*. Die Möglichkeit besitzen, bis zum Ende eines menschlichen Lebens von normaler Dauer zu leben; nicht vorzeitig sterben (...).
2. *Körperliche Gesundheit*. Die Möglichkeit zu einer guten Gesundheit (...)[haben] angemessen ernährt werden; eine angemessene Unterkunft besitzen.
3. *Körperliche Unversehrtheit*. Die Möglichkeit haben, sich frei (...) zu bewegen; vor gewaltsamen Angriffen sicher sein (...); die Gelegenheit zur sexuellen Befriedigung besitzen und eine Auswahl hinsichtlich der Fortpflanzung treffen zu können.
4. *Sinne, Vorstellung und Gedanke*. Die Kompetenz haben, empfinden, sich vorzustellen, denken und ergründen zu können (...). Die Möglichkeit besitzen, die Einbildungskraft und den Verstand in Verbindung mit der Erfahrung zu benutzen und Werke und Ereignisse nach der eigenen Entscheidung hervorzubringen (...). Die Gelegenheit haben, den eigenen Verstand auf Arten anzuwenden, die durch Garantien der freiheitlichen Äußerung in Beziehung auf die sowohl politische als auch die künstlerische Rede geschützt werden, und die freiheitliche Ausübung der Religion. Die Gelegenheit zu lustvollen Erfahrungen besitzen und nutzlose Schmerzen vermeiden.
5. *Gefühle*. Das Vermögen zur Sympathie mit Dingen und Menschen außerhalb unser selbst besitzen; jene lieben, die uns lieben und für uns sorgen, und während ihrer Abwesenheit Kummer empfinden; im Allgemeinen das Begehren lieben, um Dankbarkeit bekümmert sein und berechtigten Ärger erfahren; die eigene emotionale Entwicklung nicht durch Angst und Furchtsamkeit ruiniert sehen. (Diesem Vermögen nachhelfen bedeutet, Formen der menschlichen Gemeinschaftsbildung zu unterstützen, von denen nachgewiesen werden kann, dass sie in ihrer Entwicklung wesentlich sind.)
6. *Praktische Vernunft*. Fähig sein, eine Vorstellung von dem Guten zu entfalten und sich in der Planung des eigenen Lebens in kritischer Reflexion darauf zu verpflichten. (...)
7. *Zugehörigkeit*. A. Die Möglichkeit besitzen, mit anderen und in Zuwendung zu anderen zu leben (...); sich in verschiedenen Formen des sozialen Austausches engagieren; fähig sein, sich die Situation eines anderen zu vergegenwärtigen. (...) B. Die sozialen Hintergründe der Selbstachtung und Nicht-Erniedrigung besitzen; die

¹ REITZIG 2005, S 149f

- Gelegenheit haben, als eine würdige Person behandelt zu werden, deren Wert mit anderen gleich ist. Dies schließt Vorkehrungen der Nicht-Diskrimination (...) ein.
8. *Andere Lebewesen*. Das Vermögen haben, in der Sorge für und in Beziehung auf Tiere, Pflanzen und die Naturwelt zu leben.
 9. *Spiel*. Das Vermögen haben zu lachen, zu spielen und erholsame Tätigkeiten zu genießen.
 10. Die *Kontrolle über die eigene Umgebung*.
 - A. *Politisch*. Die Möglichkeit haben, effektiv an politischen Entscheidungen teilzuhaben, die das eigene Leben regulieren; das Recht der politischen Teilnahme, des Schutzes der freien Rede und der freien Assoziation genießen.
 - B. *Materiell*. Die Möglichkeit haben, Besitz zu unterhalten (...) und Besitzrechte auf einer Gleichheitsbasis mit anderen zu genießen; das Recht haben, Beschäftigung auf einer Gleichheitsgrundlage mit anderen zu suchen; von der Möglichkeit ungerechtfertigter Suche und Einnahme frei zu sein.“ (REITZIG zitiert NUSSBAUM 2002).

Im Sinne einer „guten“ gesellschaftlichen Entwicklung geht es also letztlich darum, *was* rational und vernünftig zu diskutieren ist und wann und *wie* Interessen ein öffentliches, politisches Thema werden. Es geht dann nicht primär darum, *wer* diese Themen in die Diskussion einbringt.¹

Mit einer Konzentration auf diese existenziellen und wesentlichen, politisch zu diskutierenden Themenkomplexe rücken die kategorialen Diskussionen in den Hintergrund und machen den Weg frei, alte Verkrustungen aufzubrechen.

Gebunden an die herrschende gesellschaftliche Realität ist hier jedoch zunächst die Wirklichkeit politischer Verhältnisse zu untersuchen. Die feministischen Theoriediskussionen um die dichotomischen Kategorien bleiben akademisch, wenn sie nicht an konkrete Praxen rückgebunden werden. Im folgenden Kapitel werden Aussagen zum politischen Alltag von Politikerinnen in Spitzenpositionen daraufhin geprüft, ob die beschriebenen theoretischen Zusammenhänge Eingang in die politische Praxis finden.

¹ Damit ist keineswegs eine Distanzierung von den notwendigen Diskussionen etwa um Quotenregelungen oder um Geschlechtergerechtigkeit / Gender Mainstreaming etc. beabsichtigt. Hier gilt es lediglich festzustellen, dass „andere“ Themen nicht zwangsläufig und allein aus einer bestimmten Geschlechtszugehörigkeit abzuleiten sind.

4 ZUM BILD VON FRAUEN AN DER POLITISCHEN MACHT

4.1 Veröffentlichungen von Politikerinnen und (Auto)Biographisches

Das folgende Kapitel beginnt mit der Vorstellung der Politikerinnen (4.1.1), um im Anschluss daran die Aussagen der Politikerinnen aufzunehmen, die ihre persönlichen körperlichen und geistigen Befindlichkeiten beschreiben (4.1.2 *Körper | Geist*). Der dritte Teil beschäftigt sich mit ihren Beschreibungen zu den politischen Strukturen, ihren Strategien sich darin zu bewegen und die daraus resultierenden Empfehlungen an ihre Kolleginnen, an Frauen in der Politik (4.1.3 *Rational | Irrational*). Der vierte Teil schließlich befasst sich mit ihren Menschenbildern bzw. ihren Grundeinstellungen, soweit diese erkennbar sind (4.1.4 *Öffentlich | Privat*).

Dabei handelt es sich um Referenz-Materialien, die auf die vorher entwickelten Analyse-Instrumente - den Kategorien - geprüft werden. Das Kapitel schließt mit Analysen und Ergebnissen ab (4.1.5), so dass ein knapper roter Faden in diesem Kurzüberblick sichtbar wird und gleichzeitig übergeleitet wird zu den Analysen der dann folgenden (abstrakteren) Studien über die Politikerinnen.

4.1.1 Die Politikerinnen und das Material

Autobiographien und Texte von Politikerinnen boomen. Entlastung und Bewältigung durch veröffentlichte Selbstaussagen liegen im gesellschaftlichen Trend, wie schon mit Foucault gezeigt wurde (vgl. auch Kapitel 2 in dieser Arbeit). Das erlaubt, Selbstaussagen und Wahrnehmungen der Politikerinnen von Praxen und Strategien in einem theoretischen Rahmen zu überprüfen. Umgekehrt ist es möglich, auf einer theoretischen Metaebene den Blick für Entwicklungen in gesellschaftlichen Praxen zu schärfen, wie hier mithilfe der zur Analyse herangezogenen Autobiographien und Interviews geschehen.

Die einzelnen Aussagen werden im Folgenden thematisch geclustert vorgestellt und die Zitate den jeweiligen Politikerinnen namentlich zugeordnet¹. Bedient wird sich der vorher entwickelten kategorialen Zuordnung, die selbstverständlich nicht statisch vollzogen

¹ In der Langzeitstudie von KOELBL (1999) sind Interviews über den Zeitraum von 1992 bis 1998 u.a. mit Merkel und Simonis geführt worden. Um die Zitate zuordnen zu können, wird hier einerseits der korrekte bibliographische Nachweis der Autorenschaft des Bandes angegeben, andererseits die zitierte Politikerin und zusätzlich das Jahr des Interviews. Ein Beispiel: (KOELBL/SIMONIS 1999 [1994], S. 212). Bei den Interviews, die Merkel Müller-Vogg gab (2004), gibt es keine Eindeutigkeit in der bibliographischen Zuordnung. Aus diesem Grund wird MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004 zitiert.

werden kann und soll. Einzelne Aussagen haben exemplarischen Charakter und sind meist auch mit gleicher Logik anderen Kategorien zuzuordnen. Im Einzelfall werden darum Aussagen aus demselben Kontext in unterschiedlichen Kategorien ausgewertet.

Für die folgende Analyse wurden nicht alle Politikerinnen gleichermaßen für eine der Hauptkategorien (*Körper* | *Geist, Rational* | *Irrational, Öffentlich* | *Privat*) herangezogen¹, weil die Ausprägungen in den Wahrnehmungen und Aussagen der Politikerinnen unterschiedlich gewichtet sind. Weitere Fundstellen, auch von den anderen hier untersuchten Aussagen der Politikerinnen, werden zur Untermauerung der Analysen (im Text oder in Fußnoten) herangezogen. Sie runden das Bild ab oder fügen weitere Teilaspekte hinzu.

Die Politikerinnen wurden ausgewählt, weil sie bestimmten Altersgruppen (Generationen und Kohorten) und unterschiedlichen parteipolitischen Richtungen angehören.

Im Vorfeld, bei einer ersten Sichtung des Materials, wurde schnell deutlich, dass es einen Unterschied bei den zur Sprache kommenden Themen gibt: Sie wurden entweder aus eigenem Antrieb (in den Autobiographien) oder innerhalb von Fragestellungen von außen – wie sie in den Interviews mit Angela Merkel und Heide Simonis (von Herlinde Koelbl und Hugo Müller-Vogg) vorgenommen wurden – zur Sprache gebracht. Beispielsweise wurden die Politikerinnen in den Interviews immer auch nach ihrem körperlichen Zustand und nach äußeren Wandlungen befragt. Letzteres wird ebenfalls in den Autobiographien thematisiert, während die körperlichen Befindlichkeiten dort kaum eine Rolle spielen (vgl. Hamm-Brücher, Süßmuth).

Als politischer Frauenkörper (etwa im Kontext der Diskussion um den § 218 StGB) wird er jedoch öffentlich diskutiert. Es soll in dieser Arbeit aber nicht darum gehen, die frauenpolitischen Einstellungen und parteipolitischen Programme der Frauen zu untersuchen². Auch sind in den hier noch (vgl. auch Kapitel 4.2 in dieser Arbeit) zu behandelnden Studien hinreichend Nachweise darüber erbracht, dass und welchen strukturellen Nachteilen die Politikerinnen unterworfen sind. In diesem Kapitel geht es um die spezielle Fragestellung nach Verhaltensweisen und Bewältigungsstrategien, um die not-

¹ Ein Beispiel: Zu der Kategorie *Körper* | *Geist* werden von den älteren Politikerinnen (Hamm-Brücher und Süßmuth) kaum Aussagen gemacht. Das lässt Schlussfolgerungen zu - in Abgrenzung an die teilweise dezidierten Äußerungen der anderen Protagonistinnen.

² Der Kampf der Politikerinnen innerhalb der Parteien um die Frauenpolitik und deren Stellenwert sowie die (männlichen) Strategien, Frauenpolitik zu steuern, wäre ein eigenes Untersuchungsfeld (vgl. dazu auch JANSEN 1997).

wendige Anpassung an und innerhalb politischer Strukturen zu vollziehen. Es werden das Selbstverständnis und die Erwartungen und Anforderungen an die Politikerinnen von außen untersucht. Gefragt wird nach den zuvor vorgestellten kategorialen Bereichen und nur in dieser Hinsicht werden die Aussagen der Politikerinnen geprüft. Dies mit dem Ziel, zu erkennen, ob die hier fokussierten Kategorien, die aus feministischen Theoriediskussionen herausgefiltert wurden, für die Politikerinnen in ihrem Alltag eine Rolle spielen und wie diese wirken.

Die Politikerinnen sollen hier nun kurz vorgestellt werden. Dabei wird das analysierte Basis-Material¹ genannt und die Relevanz der Politikerinnen für diese Arbeit herausgestellt.

Dr. Dr. h.c. Hildegard-Hamm-Brücher, FDP²

- Geboren im Mai 1921 in Essen, zwei Kinder (geboren 1954 und 1958)
- Studium der Chemie (und Promotion) in München (1940-1945)
- Wissenschaftliche Redakteurin bei der „Neuen Zeitung“, München (1946-1949)
- Seit 1948 in der Politik als Stadträtin, Landtagsabgeordnete, Staatssekretärin und Staatsministerin
- 1994 Kandidatur für das Amt der Bundespräsidentin
- 1995 erhielt sie als erste Frau die Ehrenbürgerschaft der Stadt München
- 2004 Austritt aus der Partei

Hildegard Hamm-Brücher ist die *Grand Dame* der Politik. Kaum ein Artikel über sie kommt ohne diese oder eine ähnliche Etikettierung aus. Politisch sieht sie sich selbst als liberale Demokratin und verortet sich inmitten der FDP, während ihr Umfeld sie eher – nach eigener Aussage – als „Linke“ (dem linken Flügel ihrer Partei zugehörend) sieht. Seit 1995 ist sie erste Ehrenbürgerin der Stadt München. Seither meldet sie sich regelmäßig zu tages- und gesellschaftspolitischen Themen in der Öffentlichkeit zu Wort. Im Jahre 2004 tritt sie aus der Partei aus, als Konsequenz nach einer innerparteilichen Diskussion über Parteiausschlussverfahren im Kontext des Umgangs mit „Rechten“ in ihrer Partei.

Interessant für diese Arbeit ist die Politikerin Hildegard Hamm-Brücher vor allem als spezifisch politische Frau ihrer Generation, einer Kriegsgeneration. Sie ist aktive Mitgestalterin der Politik in der Wirtschaftswunderzeit der Bundesrepublik. Geprägt durch die Katastrophen des Krieges und der politischen Ereignisse im faschistischen Deutschland, vertritt sie deutlich antifaschistische Überzeugungen der „Aufklärung“. Begriffe wie Freiheit

¹ Weitere verwendete Materialien sind der Literaturliste zu entnehmen.

² Basis für die hier erarbeitete Analyse: HAMM-BRÜCHER 1997

und Demokratie sind für sie keineswegs leere Worthülsen, sondern sie vermag sie überzeugend zu füllen.

Prof. Dr. Rita Süßmuth, CDU ¹

- Geboren im Februar 1937 in Wuppertal, eine Tochter
- 1956 Abitur in Wuppertal und Studium der Romanistik und Geschichte in Münster, Tübingen, Paris
- Postgraduiertenstudium in Erziehungswissenschaften, Soziologie und Psychologie
- 1964 Promotion zur Dr. phil.
- 1969 wissenschaftliche Rätin und Professorin für international vergleichende Erziehungswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum
- 1981 Eintritt in die CDU
- 1982 Direktorin des Forschungsinstituts „Frau und Gesellschaft“ in Hannover, 1982-1985
- 1988 Bundestagspräsidentin
- 1990 und 1994 Wiederwahl als Parlamentspräsidentin
- seit September 2000 Mitglied in der Unabhängigen Sachverständigenkommission für Fragen der Zuwanderung

Rita Süßmuth gehört in der medialen Öffentlichkeit zu den beliebtesten Politikerinnen innerhalb der CDU. Ihre Reformansätze in der Familien- und Frauenpolitik stoßen innerparteilich auf heftige Widerstände bei Teilen der CDU und bei ihrem Vorsitzenden Helmut Kohl, der vor allem die Geschlossenheit der Partei im Auge hat. „Liberale und Linke applaudierten, das war unverzeihlich“ und bedauernd „mit ihr geht ein Stück alte Bundesrepublik“, schrieb Nina Gruneberg am 22. Dezember 1998 in der ZEIT Nr. 53. Rita Süßmuths fortschrittliche Reformmaßnahmen drohen die Partei zu spalten. Süßmuth sieht sich innerparteilich großen Anfeindungen gegenüber und es wird versucht, sie durch Ausgrenzungen und durch Zuschreibungen von „Affären“ unglaubwürdig und handlungsunfähig zu machen. Dennoch betrachtet Süßmuth die CDU als ihre politische Heimat. Seit dem Regierungswechsel 1998 verfolgt sie ihre politischen Ziele als Bundestagsabgeordnete für ihren Wahlkreis und als Vorsitzende der Frauen-Union

Rita Süßmuth verkörpert eine Politikerinnengeneration, die – eine Generation (15 Jahre) jünger als Hamm-Brücher und viel später – Anfang der 1980er Jahre die bundespolitische Szene betritt. Süßmuth gehört zur „Nachkriegsgeneration“. Sie ist über einen Zeitraum von

¹ Basis für die Analyse in dieser Arbeit ist ihre biographische Veröffentlichung: SÜSSMUTH 2000.

13 Jahren aktiv in der konservativen Regierungspartei. In Veröffentlichungen zu ihren Politikerfahrungen bekommen private Mitteilungen wenig Raum. Dort jedoch, wo sie existentielle Bedeutungen einnehmen, werden persönliche Befindlichkeiten und Rahmenbedingungen nicht verschwiegen.

Heide Simonis, SPD¹

- Geboren im Juli 1943 in Bonn
- Studium der Volkswirtschaft und Soziologie in Erlangen, Nürnberg und Kiel
- 1969 Eintritt in die SPD
- 1971-1976 Mitglied der Kieler Ratsversammlung
- 1976-1988 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1988-1991 Mitglied des Bundesvorstands der SPD
- Mai 1993 bis März 2005 Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein und Mitglied des SPD-Parteivorstandes
- Mai 2005 Rücktritt von allen politischen Ämtern; danach aktiv bei UNICEF

Heide Simonis bezeichnet sich selbst als eine „Vollblutpolitikerin“ auf ihrer Internetseite. Sie ist die erste und bislang einzige Ministerpräsidentin in der Bundesrepublik. Sie macht sich als Bundestagsabgeordnete (ab 1976) schnell als Finanzexpertin einen Namen. 1988 wechselt sie in die Kieler Landesregierung, zunächst als Finanzministerin. Nach dem Rücktritt Björn Engholms im Zuge der „Barschel-Affäre“ wird sie 1993 Ministerpräsidentin von Schleswig Holstein, bis sie im März 2005 in einer spektakulären Wahl gegen den CDU-Kandidaten – auch nach vier Wahlgängen – nur ein Patt erreichen kann. Es gibt einen „Verräter“ in den Reihen der regierenden Koalition. Sie tritt daraufhin enttäuscht aus all ihren Ämtern zurück. Ihr Verhältnis zur Parteispitze (besonders zu der Zeit von Gerhard Schröder als Bundeskanzler) ist nicht immer spannungsfrei. Für Simonis sind nicht alle Entscheidungen aus Bonn/Berlin nachvollziehbar.

Simonis war – fast – ganz oben. Sie vertritt die Generation der Regierenden, die (überwiegend) in ihrem Alter ist, also die 1968er Generation, die einst antrat, um dem Muff unter den Talaren zu begegnen. Simonis wählt den „Gang durch die Institutionen“ und wird selbst zu einer Institution. Heute engagiert sich Heide Simonis für Kinder im Rahmen von UNICEF.

¹ Analysebasis in dieser Arbeit: Interviews von 1992 bis 1999 in: KOELBL 1999; SIMONIS 2004

Antje Radcke, Bündnis 90/Grüne¹

- Geboren im Jahre 1960 in München; zwei Kinder
- Studium der Sozialpädagogik
- Gelangt über das Engagement für Elternarbeit und Schulpolitik in die Politik
- 1990 Mitgliedschaft in der SPD
- 1993 Austritt aus der SPD; Gründe: unüberbrückbare Differenzen in der Asyl- und Frauenpolitik
- 1993 Eintritt in die GAL (Grüne Alternative Liste), Hamburg
- 1996 Wahl in den Vorstand der Hamburger GAL, zusammen mit Krista Sager
- 1998 (Dezember) Wahl zur Vorstandssprecherin der Partei auf Bundesebene zusammen mit Gundula Röstl
- 2000 (Juni) Rücktritt
- 2001 Parteisprecherin der GAL Hamburg
- 2004 Ausstieg aus allen politischen Ämtern
- 2005 Gründung ihres Unternehmens (www.überzeugt-reden.de)

Antje Radcke gehört zu den „Fundis“ (Fundamentalisten) ihrer Partei. Sie wird dem linken Flügel zugeordnet. Als solche wird sie 1998, zusammen mit Gundula Röstl, die die „Realos“ (RealpolitikerInnen) vertritt, in den Bundesvorstand als Sprecherin gewählt. Sie bilden zusammen die bei den Grünen strukturell übliche „Doppelspitze“. Sie tritt 2000 aus dem Amt zurück, als Konsequenz aus einer Abstimmungsniederlage im Kontext des Atomausstieges. Jahre später bleibt vor allem die Enttäuschung über den Umgang mit ihr und das „Miteinander“ innerhalb der Partei zurück. Heute ist sie nicht mehr in der Politik aktiv. Sie arbeitet in einem Bereich, der ihr Freude macht und den sie während ihrer politischen Erfahrungen gut ausbauen konnte: Sie ist heute erfolgreiche Trainerin für Rhetorik und Präsentation in Hamburg.

Antje Radcke ist die jüngste Politikerin in dieser Analyse. Sie wurde für diese Arbeit ausgewählt, weil sie eine typische Vertreterin einer kleineren, relativ jungen „linken“ Partei – die der Grünen – vertrat, die vor Jahren angetreten ist, „alles anders“ zu machen. Die Spannung lag darin, zu untersuchen, ob sich aufgrund dessen deutliche Unterschiede in den Erfahrungen und in ihren Strategien innerhalb der Politik herausarbeiten lassen.

¹ Basis: RADCKE 2001; Interview im Sommer 2005 mit der Verfasserin

Dr. Angela Merkel, CDU¹

- Geboren im Juni 1954 in Hamburg
- Studium der Physik in Leipzig
- 1986 Promotion zur Dr. rer. nat.
- 1989 Eintritt in die Partei „Demokratischer Aufbruch“
- 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der DDR-Regierung de Maizière
- 1990 Eintritt in die CDU
- Seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1991-1998 Stellvertretende Vorsitzende der CDU
- 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend
- Seit 1993 Landesvorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommern
- 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 1998 CDU-Generalsekretärin
- Seit 2000 CDU-Vorsitzende
- Mai 2005 Kanzlerkandidatin der CDU
- Seit Oktober 2005 Bundeskanzlerin

Angela Merkel gilt zunächst als vom Kanzler Helmut Kohl geförderte „Quote“ („Kohls Mädchen“) - als Ostdeutsche und als Frau. Im Kontext des Spendenskandals innerhalb der CDU unter maßgeblicher Beteiligung Kohls, distanziert sie sich von ihrem Parteivorsitzenden und Förderer offen in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) im Dezember 1999. Im dann Folgenden wird sie im Mai 2000 zur ersten Frau zur Parteivorsitzenden der CDU gewählt. Ihr wird ein starker Wille zur Macht nachgesagt. Gegen innerparteiliche Widerstände (etwa des Finanzexperten Merz und dem hessischen Ministerpräsidenten Koch) behauptet sie sich an der Spitze der CDU. Nicht zuletzt darum, weil sie auf einen starken Rückhalt in der Parteibasis zurückgreifen kann. Im Wahljahr 2002 lässt sie dem CSU Vorsitzenden Edmund Stoiber den Vortritt für eine Kanzlerkandidatur. Er unterliegt knapp. Nach mehreren spektakulären Wahlniederlagen der SPD in den Bundesländern will der amtierende Kanzler Gerhard Schröder Neuwahlen erzwingen. Die CDU stimmt dem zu und kürt Angela Merkel im Mai 2005 zu ihrer Kanzlerkandidatin. Im Oktober 2005 wird Angela Merkel die erste Kanzlerin der BRD.

Auch für dieses Sample ist Angela Merkel als „Ostdeutsche und Frau“ interessant. Sozialisiert in einer „anderen“ Kultur, ist es die Frage, ob bei ihr Anzeichen von kulturellen Differenzen in Bezug auf die hier zur Diskussion stehenden Kategorien erkennbar sind. Weiter erhellend sind ihre Aussagen als Frau innerhalb der konservativen CDU.

¹ Analysebasis in dieser Arbeit: Interviews von 1991 bis 1998 In: KOELBL 1999; MERKEL 2004

4.1.2 *Körper und Geist: Das (Un)Behagen in der Politik*

Das schon vorher (im Kapitel 3.1) theoretisch diskutierte Verhältnis von *Körper* und *Geist* soll nun in der Praxis bzw. in den politischen Strukturen aus der Sicht der vorgestellten Frauen aufgenommen werden. Es wird den Fragen nachgegangen, ob der eigene Körper überhaupt in den Überlegungen von Politikerinnen eine Rolle spielt und wenn ja, wie er in diesen Überlegungen vorkommt. Wie wird er wahrgenommen? Im Vordergrund stehen hier nicht parteipolitische Diskussionen um den Körper (etwa die Diskussionen um die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen, den § 218) oder ethische Einstellungen zur Sterbehilfe), sondern die Eingelassenheit des eigenen Körpers in den politischen Alltag. Aussagen dazu implizieren eine Grundhaltung von herkömmlichen Vorstellungen zu Trennungen von Öffentlichkeit und Privatheit und nehmen damit die Diskussion in der feministischen Theorie auf. Wann und wie taucht der Körper von Frauen in politischen Spitzenpositionen auf?

Es wurden thematische Bereiche gebildet, die sich aus dem Material heraus ergaben. In der Strukturierungsdimension *Körper* und *Geist* kristallisierten sich im Folgende beschriebenen Schwerpunkte heraus.

4.1.2.1 **Das äußere Erscheinungsbild: Verhüllung des Körpers und Haarprobleme**

Das äußere Erscheinungsbild spielt in den Autobiographien und Interviews als Wahrnehmung und Anforderung von außen eine große Rolle für die Politikerinnen. Wie sie in die Öffentlichkeit treten, ist ein bedeutendes Thema auch für sie selbst. Sie müssen sich damit auseinandersetzen. Alle Politikerinnen scheinen einer ständigen Beurteilung und Bewertung ihres Äußeren zu unterliegen. Eine Ausnahme ist die aus einem älteren Jahrgang kommende Hildegard Hamm-Brücher. In ihrer Autobiographie schreibt sie nichts über Kritiken an ihrem Äußeren. Es gab sie entweder nicht, oder sie hat sie nicht wahrgenommen. Sie zitiert jedoch – geschmeichelt – Zeitungsausschnitte, in denen sie als „bester Mann“ titulierte wird. Sie wiederholt das an verschiedenen Stellen ihrer Autobiographie. Dies bezieht sich vermutlich nicht auf ihr äußeres Erscheinungsbild, denn sie wird bis heute in den Medien durchgängig hochachtungsvoll als „*Grand Dame*“ beschrieben.¹

¹ Das Hamm-Brücher äußeres Erscheinungsbild nicht in den Medien verhandelt wird, ist vermutlich vor allem begründet durch die sich rasant veränderten Mediengepflogenheiten, die sich in den letzten Jahren in zunehmender Distanzlosigkeit dem Privaten gegenüber der öffentlich Agierenden nähern. Darüber hinaus ist es möglicherweise eines veränderten Politikumfeldes zu verdanken, das durchaus auch auf die Inhalte und personellen Veränderungen ihrer Partei zurückgeführt werden kann. Die FDP verlor in den Augen der Öffentlichkeit in den letzten Jahren stark an Seriosität und Achtung.

Für alle anderen gilt: Der Körper muss auf eine bestimmte Art und Weise verhüllt sein. Das hat zur Folge, dass heute wohl keine Spitzenpolitikerin ohne einen persönlichen Berater / eine persönliche Beraterin auskommt, auch wenn diese Art von Beratung nicht immer auf Gegenliebe stößt. So hatte Rita Süßmuth *„nur wenig Lust, mir von meinem Persönlichkeitsmanager sagen zu lassen, welches meiner Ohren sich besser für die Fotos und Fernsehkameras eignete. Ich wollte mich auf Sachfragen konzentrieren..... Ich trug die falsche Brille ... der Stil meiner Kleidung war zu sportlich. ...“* (SÜSSMUTH 2000, S. 47).

Die mediale Aufmerksamkeit, die mediale Öffentlichkeit zwingt die Politikerinnen zu einem ganz bestimmten Auftreten. Das Bild von den Politikerinnen muss auf das Vorteilhafteste ausgeleuchtet werden. Der Stil der Kleidung soll dem – diffusen – Geschmack der Öffentlichkeit entsprechen. Accessoires unterliegen dem aktuellen Modediktat. Süßmuth mahnt hier vergeblich die Konzentration auf politische Inhalte an. Sachfragen treten in den Hintergrund.

Auch für Herlinde Koelbl ist das Erscheinungsbild ein spannendes Thema. Sie spricht in ihren Langzeitinterviews (von 1991 - 1998) Heide Simonis fast jedes Jahr auf ihr Äußeres an.¹ Sie werde von Jahr zu Jahr ein bisschen feiner, bemerkt KOELBL in einem ihrer Interviews(1995). Und Simonis bejaht, sie habe im Laufe der Jahre einige Zugeständnisse an die öffentliche Meinung gemacht. Sie trage im Gegensatz zu früher keine sehr kurzen Röcke mehr, der Blazer müsse immer bis oben geschlossen sein. Aber sie sei es inzwischen herzlich leid, immer dieses *„Geplärre“* (KOELBL/SIMONIS 1999 [1995], S. 211) zu hören. Schließlich unterhalte sich auch kein Mensch darüber, ob Männer Boxershorts unter ihren Anzügen trügen. Als Bundestagsabgeordnete war sie einmal in Saudi Arabien und da habe sie gesagt, man möge ihr einen Schador reichen, damit sie endlich Ruhe habe (vgl. ebd.). Einfach macht es die öffentliche Meinung den Politikerinnen in Spitzenpositionen nicht. Der Rock soll eine bestimmte Länge haben, der Blazer gehört hochgeschlossen. Der Körper soll möglichst verhüllt sein, unsichtbar. Darüber hinaus soll die Kleidung einem bestimmten Stil entsprechen. Dieser richtet sich nach den Betrachtenden und sollte möglichst der

Während die *„Grand Dame“* einer FDP-Generation angehörte, die durch politische Ernsthaftigkeit und einem gänzlich anderen liberal-demokratischen Politikbild eine Ergänzung in den Diskussionen bot.

¹ Bei Angela Merkel – im gleichen Band – ist das kein Thema. Entweder ließ Frau Merkel diese Fragen nicht zu oder sie drängten sich nicht auf oder Frau Koelbl wollte nicht auch noch das fragen, was Land auf und Land ab im Übermaß in den Medien diskutiert wird: Das Aussehen der Angela Merkel.

Männerkleidung angepasst sein. Darauf reagieren die Frauen – sie entsprechen diesen Anforderungen und passen sich an.

Es ist keineswegs so, dass die Politikerinnen nur von männlichen Blicken kritisch beäugt werden. Simonis stieß gerade bei Frauen (Feministinnen) immer wieder auch mit ihrem Äußeren auf Kritik. Sie mochte die, eine Zeit lang in der Frauenbewegung beliebten, lila Latzhosen oder die „Wallekleider“ nicht. Stattdessen mochte sie es immer gern ein wenig eleganter, so Simonis. Ihren Parteil Freunden hingegen sei ihre Kleidung oft zu modisch gewesen und sie resümiert, jede Gruppe habe ihren eigenen Kleiderkodex (vgl. SIMONIS 2004, S. 76). Es scheint schwer zu sein, den Anforderungen in Sachen Garderobe zu genügen.

Große Probleme mit der Kleiderordnung in der politischen Öffentlichkeit hatte auch Antje Radcke. In ihrem Buch „Das Ideal und die Macht“ (RADCKE 2001) gibt sie den Tipp: *„Ziehe niemals in zwei Talkshows hintereinander das Gleiche an, die Leute könnten denken, du hättest nichts anderes.“* (ebd., S. 222).

Dass die äußere Erscheinung von Politikerinnen keineswegs nur in den Medien Beachtung findet, sondern immer wieder auch von KollegInnen thematisiert und kritisiert wird, erinnert Radcke. So zog sie beispielsweise zu einem Bundesparteitag an, wozu sie Lust hatte und worin sie sich wohl fühlte. In diesem Fall war es ein kurzer Rock und Schuhe mit Absätzen. Im Laufe des Tages habe sie eine Kollegin beiseite genommen und sie darauf hingewiesen, dass sie für eine Politikerin, die ernst genommen werden wolle, völlig falsch gekleidet sei. Der kurze Rock würde die Blicke der Männer auf ihre Beine und nicht auf ihren Kopf lenken. Dies sei ihrer politischen Karriere abträglich. Sie ist verblüfft gewesen, dass ausgerechnet eine Frau sie drauf hinwies („auf solche dummen Ideen kommt“), denn *„gerade wir grünen Frauen müssten doch wohl in der Lage sein, trotz unserer eventuell vorhandenen langen Beine die Aufmerksamkeit auf unsere Argumente lenken zu können. Und überhaupt: Grüne Männer müssten doch eigentlich anders denken, schließlich bekennen sie sich doch auch zur Frauenquote!?“* (ebd., S. 57).

Sie hat dann später versucht, diese Frage mit Männern und Frauen zu diskutieren, zurück blieb aber nur allgemeine Ratlosigkeit. So hat sie dann die Entscheidung darüber, wie sie sich in Zukunft kleiden sollte, für sich allein getroffen – mehr instinktiv, als überzeugt (vgl. ebd.).

Die Darstellung in der Öffentlichkeit ist auch für Angela Merkel ein Problem. Als Newcomer in der bundesdeutschen Politikultur wird sie in die Öffentlichkeit katapultiert und

sieht sich mit den im Westen üblichen Umgangs- und Erscheinungsweisen konfrontiert. Sie entspricht nicht dem westlichen Standard und muss sich von Anfang an mit der öffentlichen Diskussion um ihr Äußeres auseinandersetzen und sich oft rechtfertigen:

„Ich habe mich gefragt, was das für Menschen sind, die sich derart abwertend äußern, obwohl sie mich gar nicht kennen. Und da taten sich ja nicht nur Männer unrühmlich hervor. Frauen können genauso sein. Ich habe mal erlebt, dass eine Fotografin plötzlich unter dem Kabinettstisch lag, um meine schiefen Absätze zu fotografieren. Man mochte gar nicht glauben, wozu jemand fähig sein kann.“ (MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004, S. 128).

Diese Aufmerksamkeit der Medienvertreterin ist unfassbar für Merkel, deren Kollegen ebenfalls über ihr Äußeres öffentlich nachdenken, z.B. auch Heiner Geißler im Sommer 2003¹. Sie sagt resignierend dazu, dass sie damit leben müsse - als Frau. Und stellt fest, dass ja nicht nur sie diesen Praktiken ausgesetzt ist. Bei den Männern würde weniger über Äußerlichkeiten gelästert. Es gäbe allerdings die Ausnahme des Bundestagspräsidenten Thierse. Dieser sei schon bis in die Kabarett-Programme vorgedrungen. Dort heiße es dann, Thierse trage noch immer die Anzüge, die früher „nach drüben“ geschickt worden seien (vgl. ebd.).² Das legt den Schluss nahe, dass Merkel glaubt, diese Diskriminierungen seien eher ihrer Herkunft aus Ostdeutschland zuzuschreiben, als ihrem Status als Frau.

Die Art und Weise der Journalisten (hier MÜLLER-VOGG und KOELBL), so hartnäckig auf das äußerliche Erscheinungsbild der Politikerinnen abzustellen, spiegelt das vermeintliche

¹ Es sei ihm völlig schleierhaft, wer ihr zu den Kleidern riete, die sie anziehe, tat Geißler 2003 im Fernsehen kund.

² Über dieses Thema, die äußere Erscheinung der Politikerinnen, geht es in den Gesprächen im Buch „Mein Weg, MERKEL/MÜLLER-VOGG seitenlang weiter. Der Gesprächspartner Müller-Vogg kann sich nicht vom Thema „Kleider der Frau Merkel“ losreißen und erinnert sich detailliert daran, was und wie sie in seinem Beisein in der Vergangenheit auftrat. Er spricht Angela Merkel darauf an und sagt ihr genau, was sie damals in den 90er Jahren auf dem Flug nach San Francisco angehabt habe, einen weiten Rock und Sandalen. Merkel erinnert sich daran nicht. Doch Müller-Vogg lässt nicht locker und schiebt noch nach, dass sie dann bei einer Zwischenlandung auch noch ein paar gestrickte Socken und eine Weste übergezogen habe. Das Bild, das er zeichnet, ist nun komplett. Wir sehen ein naives „Puttchen“ vom Lande vor uns, das sich in die große Welt verirrt hat. Merkel wiederholt, dass sie sich daran nicht erinnern könne. Aber Müller-Vogg weiß es ganz genau und er weiß auch, warum dies ihr Umfeld damals ganz gut fand. Ein Kabinettskollege habe ihm gesagt, man wolle einen zweiten Fall Sabine Bergmann-Pohl vermeiden. Die damalige Staatssekretärin sei durch ihre Escada-Kostüme bekannt geworden. Diesem Kollegen gefiel aber das „Strickwesten-Image“ für ostdeutsche Frauen besser. Merkel deutet an, dass die Unterschiedlichkeit ihrer Kleidungsart zu der Bergmann-Pohls wohl eher auf das soziale Herkunftsmilieu und individuelle Vorlieben zurückzuführen ist, als auf die geographische Tatsache, dass sie beide aus dem Osten sind. *„Anders als die Ärztin Bergmann-Pohl kam ich aus einem Beruf, in dem Außendarstellung weniger gefragt war. Man scheuerte sich allenfalls die Ärmel durch. Ich habe mir auch immer vorgenommen, mir nicht zu viel Zwang anzutun. Ich sah schon, dass Hannelore Kohl zum Beispiel anders angezogen war. Aber ich wollte bei all den Veränderungen auch nicht ein letztes Stück Vertrautheit aufgeben.“* (MERKEL/ MÜLLER-VOGG 2004, S. 130f).

Interesse der potentiellen Leser an diesem Thema wider. Dabei scheint es egal, ob sich die Politikerinnen sportlich, elegant, sexy oder pragmatisch kleiden. Sie sind nicht richtig angezogen. Das findet nicht nur die gesichtslose, mediale Öffentlichkeit, sondern das meinen auch Interessenvertreterinnen, Kolleginnen und Kollegen und Berater. Dabei ist es gleichgültig, ob von den Frauen auf die Sachlichkeit der zu behandelnden Themen verwiesen wird. Der auf eine bestimmte Art und Weise zu verhüllende Körper dominiert die Wahrnehmung auf dem politischen Parkett.¹

Es steht aber nicht nur die Kleideretikette im Fokus des öffentlichen Interesses, in die gleiche Sparte fallen die Haare der politischen Akteure. Sie spielen ebenfalls eine große Rolle. So findet Rita Süßmuths praktischer Kurzhaarschnitt offenbar keinen Beifall: *„Und erst meine Frisur: nicht weiblich genug, vor allem für eine Frauenministerin. ... Natürlich wollte ich attraktiv aussehen. Wer nicht?“* (SÜSSMUTH 2000, S. 47).

Der Haarschnitt ist nicht weiblich genug. Demnach sind kurze Haare zu männlich. Die Vorstellungen von einer Spitzenpolitikerin - gar einer Frauenministerin - sind also die, dass eine Frau erkennbar ist? Aber nein, Antje Radcke erinnert sich an einen Artikel, dessen männlicher Autor des Rätsels Lösung für die Schwäche der weiblichen Doppelspitze der Grünen meinte gefunden zu haben. Dabei berief er sich auf „wissenschaftliche Studien“, die angeblich herausgefunden hätten, dass die Frauen nur deshalb so schwach seien, weil sie lange Haare hätten. Lange Haare, so der Autor, wirkten ungepflegt. Weil nun der erste Eindruck bei der Beurteilung von Menschen der wichtigste sei, sollten sich die beiden Frauen nicht wundern, wenn sie nicht ernst genommen würden. Er resümierte dann, dass Renate Künast die ideale Parteivorsitzende wäre, denn sie habe einen männlichen Kurzhaarschnitt (vgl. RADCKE, S. 56).

Das zeigen auch die Erfahrungen von Heide Simonis, die wiederum von KOELBL (fast) jedes Jahr (1992-1999) auf ihr Äußeres und vor allem auf die Haare angesprochen wurde. Es fällt ihr (1994) eine neue Haarfarbe an Simonis auf, sie seien nun nicht mehr so rot wie sonst, ob sie nun seriöser lebe? Aber Simonis wehrt ab: *„Die werden wieder gefärbt. Ich glaube, die Leute in Schleswig-Holstein akzeptieren mich mittlerweile, aber nach jedem Fernsehauftritt gibt es immer noch erbitterte Anrufe“* (KOELBL/SIMONIS 1999 [1994], S. 208). Und ein Jahr später spricht Koelbl erneut das Rot ihrer Haare an, dass dunkler geworden zu sein scheint, aber Heide Simonis verneint geduldig: *„Das ist immer noch das gleiche Henna, das ich mir schon seit Jahren zu Hause*

¹ Zur Darstellung von Politikerinnen in den Medien vgl. u.a. FRANK 1992, CORNELIßSEN 1994, HUHNE 1997, PFANNES 2004.

auftrage.“ (ebd. [1995], S. 211) und erklärt, der Farbton habe sich verändert, weil die Haare stumpfer geworden seien und das sei eben auch eine Frage des Alters (vgl. ebd.).

Die Politikerin gerät so immer wieder in eine Rechtfertigungsposition, die sie nötigen, Begründungen für ihr Aussehen zu liefern. Die Interviewerin versucht sogar über den Zustand ihrer Haarfarbe, Aussagen und Rückschlüsse auf die Gesamtbefindlichkeit zu ziehen. Es werden über die Haare als äußeres Merkmal existenzielle und identitätsstiftende Zusammenhänge hergestellt - bzw. in Frage gestellt.

Dass diese Art der Infragestellung bei den Politikerinnen Spuren hinterlässt, ist nahe liegend. Angela Merkel nimmt die ständige Diskussion über ihre Haare sichtlich angestrengt wahr: *„Und dann dieses ewige schablonenhafte Gerede über mich! ... Die halbe deutsche Presse fühlt sich ja unentwegt aufgefordert, meinen Haarschnitt zu begutachten und darüber ihre Mätzchen abzugeben“* (MERKEL/MÜLLER-VOGG siehe Anmerkung oben, S. 128). Die Politikerinnen wirken sichtlich entnervt.

Zusammenfassend ist hier zum Thema Äußerlichkeiten und Wahrnehmung der Erscheinungsweisen deutlich geworden, welchem Druck schon aufgrund ihrer äußeren Erscheinung die Frauen (weit intensiver und rücksichtsloser als bei den Männern) in der politischen Öffentlichkeit ausgesetzt sind. Die mediale Aufmerksamkeit zwingt die Politikerinnen zu einer ganz bestimmten Art und Weise des Auftretens. Nicht nur die Medien, auch Kollegen denken über das Äußere von Kolleginnen öffentlich nach. Zwar müssen sich Männer der Kritik ebenfalls stellen, aber bei Weitem nicht mit der Intensität, der Frauen ausgesetzt sind. Der Körper muss auf eine bestimmte Art und Weise verhüllt sein und aussehen. Kurze Haare sind zu männlich, lange Haare sind zu weiblich, signalisieren Schwachheit und wirken ungepflegt. Gefärbte Haare sind entweder nicht dem Alter oder nicht der Stellung gemäß. Die Politikerinnen finden offenbar einen Umgang mit dem Druck, der aufgrund dessen auf ihnen lastet. Aber es strengt sie an und sie sind frustriert, dass für diese Dinge, die nichts mit der eigentlichen Tätigkeit als Politikerin zu tun haben, so viel Energie aufzuwenden ist.

Gleichgültig, ob kurz ob lang, gefärbt oder nicht, die Haare gehören zum Erscheinungsbild und das ist Gegenstand öffentlicher Diskussion. Die Strategie der Politikerinnen scheint die zu sein, dass sie diese Diskussionen resignierend oder widerständig ertragen - sich aber in der Regel der sich stets wandelnden öffentlichen Meinungen - anders als in der Kleiderordnungsfrage - nicht beugen. Wie auch - sie hätten offenbar in keinem Fall die

richtige Frisur. Wahrgenommen wird diese Art der Diskussionen in jedem Fall. Sie gehören zur Alltäglichkeit der Politikerinnen.

Für Frauen gibt es offenbar keine einheitlichen Regeln der Kleiderordnung. Bei Männern scheint das einfacher geregelt zu sein. Sie bekleiden sich mit einem Anzug und sind damit angezogen. Abweichler, wie Joschka Fischer in seinen Turnschuh-Anfängen, werden schnell diszipliniert und die Ordnung ist wieder hergestellt. Die Diskussion um die Fabrikate, Hersteller und Schnitte der Anzüge in der jüngeren Vergangenheit scheint eine Annäherung der Gleichbehandlung der Geschlechter in der medialen Öffentlichkeit zu signalisieren. Dieser Schein trügt. Bei der männlichen Kleidung geht es nie um die sexuell anstößige (Nicht-)Verhüllung des Körpers und damit um ihre Existenzweise, sondern es geht um den „guten Geschmack“, der sich an der „richtigen“ Preisklasse¹ und an der Angemessenheit orientiert. Die Sachlichkeit der Akteure und der ihnen zu zollende Respekt stehen nicht zur Diskussion. Um dagegen den Druck der Kleiderordnung, der auf den Politikerinnen lastet, zu mildern, tun sie gut daran, sich möglichst unauffällig zu kleiden. Unauffällig ist eine höchstmögliche Anpassung an die männliche Kleidung, mit den akzeptierten weiblichen Nuancen, die sich auf die Farbauswahl des Blazers und die Wahl zwischen - ausreichend langem - Rock oder einer Hose bewegt. Das unterstützt die herrschenden politischen Strukturen. Die Kleiderordnung richtet sich an Männern aus, der weibliche Körper verschwindet aus der Öffentlichkeit, soll nicht erkennbar sein. Diese Uniformiertheit unterstützt zwar den postulierten Gedanken der Gleichheit im öffentlichen Raum, richtet sich aber einseitig am herkömmlichen Vorbild in der Politik aus und negiert damit identitätsstiftende Momente für die Politikerinnen².

Einhergehend damit treten Sachfragen, die von Politikerinnen aufgeworfen werden, in den Hintergrund - zumindest in der Wahrnehmung der Medienöffentlichkeit. Mit der Konsequenz, dass die Politikerinnen viel Energie den Anforderungen auf der Erscheinungsebene widmen und sie permanent um eine sachlich-inhaltliche Wahrnehmung ihrer politischen Aussagen und Standpunkte kämpfen müssen. Umgekehrt trägt die so ausgerichtete mediale Öffentlichkeit zu einer Banalisierung politischer Inhalte bei, zugunsten einer großen Aufmerksamkeit auf der Erscheinungsebene.

¹ Gerhard Schröders Anzüge werden als „zu teuer“ und darum als nicht angemessen wahrgenommen, die Anzüge von Wolfgang Thierse sind zu billig und darum ebenfalls nicht angemessen.

² Das Gleiche gilt dann auch für ethnische Besonderheiten in der Kleidung (vgl. auch die Kopftuchdiskussion).

Das Fazit für die Forschungsfrage „Verändern sich Strukturen durch mehr Frauen in der Politik?“ lautet hier: Die hier analysierten Politikerinnen beugen sich in der Kleiderfrage dem Druck der medialen Öffentlichkeit und den herrschenden Politikstrukturen und sie passen sich an. Es findet keine erkennbare Veränderung statt.

4.1.2.2 Die Rolle des eigenen Körpers¹

Der eigene Körper ist für die Politikerinnen entweder kaum ein Thema oder der Körper macht sich über Krankheiten bemerkbar, dann wird er gezwungenermaßen zum Thema. Bei Merkel, Simonis und Radcke tauchen körperliche Befindlichkeiten vor allem dann auf, wenn in Interviews explizit danach gefragt wird. In den Autobiographien, also den unbefragten Selbstaussagen, wird Wohl- oder Unwohlbefinden kaum thematisiert.

So spielt auch der eigene Körper für Hildegard Hamm-Brücher - zumindest in der Öffentlichkeit - keine Rolle. Dabei muss es für sie vor und nach ihrer Niederkünfte deutliche körperliche und damit auch zeitliche Einschränkungen gegeben haben. Hingegen gibt es parallel zu den Geburten - ihre Kinder wurden 1954 (Florian) und 1959 (Verena) geboren - große Erfolgsmeldungen aus der Politik. Sie habe bei ihren Wiederwahlen in den Bayerischen Landtag 1954 und 1958 ausgezeichnete Ergebnisse erzielt. Der erste wirklich große persönliche Wahlerfolg sei ihr aber 1962 gelungen, schreibt HAMM-BRÜCHER (1997, S. 134).

Es klingt immer wieder durch, dass die psychischen und physischen Belastungen sehr hoch waren: *„Das Leben und Arbeiten im Dienste der deutschen Außenpolitik war von Anbeginn außerordentlich vielfältig und anstrengend. Zwar hatte ich zeitlebens viel und konzentriert gearbeitet, in den sechs Jahren im Auswärtigen Amt aber waren die Belastungen am größten.“* (ebd., S. 229f).

Und für Hamm-Brücher geht es vor allem darum, ihren Körper und Geist fit zu halten Sie ließ sich morgens um 6:45 Uhr von ihrem Dienstwagen abholen, stieg einen Kilometer vor der Dienststelle aus, um *„schnellen Schrittes“* den Rhein entlang *„gegen den Strom“* zu gehen und lernte dabei noch einiges nebenher über die Flussschifffahrt und über die Steuerleute und deren Gewohnheiten kennen. Das tat ihr sehr gut und sie kam *„frisch und guter Dinge“* an ihrem Schreibtisch an, *„um anschließend für den Rest des mindestens zwölfstündigen*

¹ Dazu weitere Fundstellen in den Primärquellen: HAMM-BRÜCHER, 1997 auf den Seiten 134, 214, 229f, 307 SÜSSMUTH 2000, S. 41f; SIMONIS/KOELBL S. 208, 212, 213, 216; MERKEL/KOELBL auf den Seiten 50, 52, 56, 58; MERKEL/MÜLLER-VOGG, S. 87.

Arbeitstages samt zusätzlichen Abendverpflichtungen ... mit dem Strom zu schwimmen.“ (ebd., S. 230). Sie scheint diese Belastungen gut zu verkraften. Von Krankheiten ist - wie gesagt - keine Rede in ihren Erinnerungen.

Viel später gibt es eine Andeutung zur körperlichen und geistigen Veränderungen in ihrem Leben. Sie ging nach ihrer Amtszeit in Bonn wieder zurück in ihre Heimat. Zu Hause in Bayern hatte sie nun mehr Ruhe, fand aber die Fraktionsarbeit alles andere als befriedigend: *„Das lag auch sicher an mir. Es waren wohl Wechsel-Jahre in jeder Hinsicht. Nichts gelang mehr so unbefangen wie früher, ...“* (ebd., S. 214).

Hamm-Brücher wird dann 1994 nach den Bundestagswahlen und einer empfindlichen Niederlage für die FDP (die sie prophezeit hatte) – nunmehr 75jährig – ruhiger (vgl. ebd., S. 307). Auch hier berichtet sie nicht, dass sie irgendwie krank ist oder Beschwerden hat. Das spricht entweder für eine sehr gute gesundheitliche Konstitution oder für Hamm-Brücher gehören diese Aussagen in den Bereich des Privaten. Was wiederum für eine klare Vorstellung davon spräche, was zu den öffentlichen und privaten Bereichen zählt (vgl. auch 4.2.4) und womit die Grenzziehung zwischen *Privat* und *Öffentlich* aufrecht erhalten bleibt.

Nicht alle Politikerinnen bleiben von Krankheiten verschont, aber sie bleiben dennoch aktiv. Die Aktivität in der Politik scheint sogar Krankheitsbilder zu verbessern, wie bei Heide Simonis. Sie leidet seit ihrer Kindheit unter chronischen Asthmaanfällen, aber der Stress, so sagt sie, würde ihr gut bekommen. Sie habe nicht nur keine Asthmabeschwerden, sondern darüber hinaus auch keine Migräne (vgl. KOELBL/ SIMONIS 1999 [1994], S. 208). Jedoch sei das Leben für sie in dieser künstlichen Situation - gemeint sind die politischen Strukturen - sehr anstrengend (vgl. ebd., S. 209).

Auf Dauer geht das aber nicht gut. Denn 1995 beantwortet sie die Frage nach den Asthmabeschwerden (die jedes Jahr in der Langzeituntersuchung von Koelbl gestellt wird) anders: *„Es war schlimm, weil alles so plötzlich und früh anfang zu blühen. Ich habe 14 Tage lang Cortison nehmen müssen und innerhalb dieser Zeit 5 Kilogramm durch Wassereinlagerungen zugenommen.“* (ebd. [1995], S. 212) Die Asthmabeschwerden sind hier umweltbedingt und die Medikamenteneinnahme verändert ihren Körper. Simonis entwickelt dabei ihre eigenen Strategien, mit den Beschwerden umzugehen. Sie würde, so Simonis, nun zu einem ‚Gespensterarzt‘ gehen, denn sie sei eine perfekte Placebo-Patientin: *„Mir können Sie auch weiße Kügelchen geben, und sicher kann man mich auch leicht hypnotisieren. Ich kann mir ja auch selbst Warzen und Herpes wegschnacken.“* (ebd.). Offenbar verfügt Simonis über eine große Suggestivkraft, die sie dafür einsetzt, sich selbst zu heilen. Das liegt jenseits rationaler

Vernunft, scheint sich aber als Strategie für sie zu bewähren (vgl. ebd., vgl. auch *Rational | Irrational*).

Eine weitere Strategie gesund zu werden bzw. zu bleiben, ist für sie die präventive Einnahme von Medikamenten. Weil schon ihre Mutter unter Osteoporose litt, habe sie schon vorher Hormonpräparate gegen Wechseljahresbeschwerden und Knochenschwund eingenommen. *„Nun ist meinem geistigen und körperlichen Verfall ein Riegel vorgeschoben“* (ebd., S. 212), hofft Simonis. Dabei scheint sie keine weiteren, vorbeugenden Alternativen (wie Bewegung oder Ernährung) zu prüfen, sondern wählt das zunächst unkomplizierte Hormonpräparat, das sich am besten (rational) in ihren Alltag integrieren lässt.

In der Politik müssen die AkteurInnen absolut fit sein - bei Strafe des Untergangs. Rita Süßmuth fühlte sich in ihren ersten Wochen als Ministerin völlig überfordert. Sie dachte, sie käme überhaupt nicht mehr an die Oberfläche und konnte kaum mehr essen. Gesund konnte das nicht sein - mutmaßt sie selbst (vgl. SÜSSMUTH 2000, S. 41 f).

Die Ernährungsgewohnheiten als strukturelle Rahmenbedingungen im Bereich der Politik scheinen überhaupt ungesund zu sein. Antje Radcke erinnert sich in einem Interview (mit der Verfasserin im Sommer 2005) an Alltagsprobleme. Weil sie nach ihrer ersten Schwangerschaft schwer an Rheuma erkrankt war, musste sie in den folgenden Jahren sehr auf ihre Ernährung achten. Sie aß nur Vollwertkost und mied alle leeren Kohlehydrate wie Weißzucker, Weißmehl etc. *„Darum fiel mir auf, dass es auf Empfängen, Kongressen und Tagungen die immer gleichen Weißbrötchen gab. Dick mit Butter und den unvermeidlichen Schinken-, Mettwurst- oder Käsebelägen.“* (RADCKE IM INTERVIEW 2005). Und überhaupt das Essen, es sei ein sehr wichtiges Ritual. Viele informelle Gespräche und Entscheidungen fänden während des Essens statt. Es sei häufig so, dass die Spitzenpolitiker morgens und abends viel essen. Und weil Spitzenpolitiker eben Spitzenpolitiker sind und an der Stelle nicht auf das Geld zu achten brauchen, sondern eher repräsentieren sollen, würden dann oft 5-Gänge-Menüs serviert - manchmal zweimal täglich. Darum sei sie nicht verwundert - mit Blick etwa auf Joschka Fischer, Renate Schmidt, Andrea Fischer und andere - dass es schwierig sei, sich gesund und angemessen zu ernähren.

Mit Gewichtsproblemen kämpft auch Angela Merkel. Sie habe in den ersten Jahren zugenommen, dass bringe offenbar die Politik so mit sich. Bei ihr sei das vor allem eine Frage der Bewegung, darum habe sie jetzt damit angefangen, Gymnastik zu machen. Sie ist der Meinung, dass wenn man sich ein wenig um den eigenen Körper kümmere, man auch

wieder mehr Spaß an der Bewegung habe, was sich wiederum auf die gesamte Lebendigkeit auswirke (vgl. KOELBL/MERKEL 1999 [1998], S. 60).

Im Kontext der Diskussion um die Castor-Transporte, mit denen sie sich als verantwortliche Umweltministerin im Kabinett Kohl konfrontiert sah, war sie vielen öffentlichen Angriffen ausgesetzt. Sie reagierte darauf mit großer Wachheit, so Merkel, krank dürfe man in solch einer Situation nicht werden. Eine konstitutionelle Voraussetzung für die Politik sei es ein gutes Durchhaltevermögen vor allem dann zu haben, wenn es ganz ernst wird (vgl. MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004, S. 96).

Angela Merkel entwickelt ihre eigene Strategie, wenn ihr Körper krank ist. Für sie können körperliche Gebrechen auch etwas Gutes haben. So wundert sie sich darüber, dass sie sich (im Januar 1992) ein Bein gebrochen hat und erklärt es sich so, dass sie unlustig gewesen sei, gleich nach der Weihnachtspause wieder in das „Bonner Getriebe“ zurück zu müssen. Nun hatte sie plötzlich mehrere Wochen Zeit, nachzudenken. Sie glaube, dass der Mensch sich die Zeit, die er unbedingt für sich brauche, auch nehme. Manchmal eben auch auf eine unglückliche Art. Für sie sei dieser Beinbruch eine Zäsur gewesen. Sei bis dahin vieles mit ihr einfach nur geschehen, musste sie nun wieder laufen lernen. Erst danach sei sie erst so richtig in der Bundesrepublik angekommen (vgl. MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004, S. 128, vgl. auch MERKEL/KOELBL 1993, S. 52).

Sie fürchtet sich davor, *„daß ich mitten im Wahlkampf krank werde. Das wäre bedauerlich. Ich freue mich eigentlich auf den Wahlkampf“* (MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004, S. 87). Als vorbeugende Strategie und um sich zu regenerieren macht sie Urlaub im Sommer, Ostern und Weihnachten. Da achtet sie auf Bewegung, liest Bücher - *„wozu ich sonst nicht komme“* (ebd.) und trifft sich mit Freunden. Die regenerative Aufmerksamkeit für den Körper und ein - für die Gesundheit zuträglicher - geistigen Ausgleich bleibt eine Ausnahmeerscheinung (vgl. ebd.).

Zusammengefasst bleibt hier festzuhalten, dass die Arbeit im Bereich von politischen Spitzenpositionen für den Körper und den Geist (die Psyche) außerordentlich belastend ist - und das dies von den Politikerinnen auch deutlich wahrgenommen und thematisiert wird. Zwar wird die Erfahrung gemacht, dass in anderen gesellschaftlichen Bereichen ebenfalls viel geleistet und konzentriert gearbeitet werden muss, in der Politik jedoch sei die Belastung am höchsten (Hamm-Brücher). Um sich körperlich und geistig einen Ausgleich zu verschaffen, muss man sehr früh aufstehen - weit bevor das eigentliche, anstrengende Tages- und Nachtprogramm beginnt (gehört also in das Private). Darüber hinaus haben im

normalen Politikalltag weder gesunde und angemessene Ernährung (Süssmuth, Radcke) noch ausreichende Bewegung eine Chance (Simonis, Merkel). Das gesunde Leben wird auf wenige Tage im Jahr, auf den Urlaub verschoben. Um Atem zu holen und Schritt halten zu können, legt man sich eine wirkungsvolle aber harmlose Krankheit zu (Merkel). Besser aber ist es, nicht krank zu werden, oder wenn doch, dann die Krankheit auf die freie Zeit, auf Weihnachten, zu verlegen (Merkel).¹ Weitere Handlungsoptionen bei Krankheit scheinen selbstsuggestive - medikamentfreie - „Besprechungen“ und präventive Hormon-Therapien um wechseljahresbedingten Stimmungs- und Leistungsschwankungen zu begegnen und einem körperlichen Verfall vorzubeugen (Simonis).

Körperliche Schwächen oder Wohlbefinden werden von den beiden älteren Politikerinnen (Hamm-Brücher und Süssmuth) von sich aus nicht thematisiert; bei Radcke, Simonis und Merkel nur auf gezielte Nachfragen hin. Genauso wenig spricht der männliche Interviewer Angela Merkel darauf an.

Antje Radcke nimmt an den allgemeinen Ernährungsgewohnheiten in der Politik nicht teil, weil ihr Körper die ungesunde Behandlung im Ernährungsverhalten nicht mitmacht. Hamm-Brücher, Merkel und Simonis konzentrieren ihre Aufmerksamkeit vornehmlich auf das reibungslose Funktionieren ihres Körpers, um in den anstrengenden Strukturen in der Politik bestehen zu können. Dafür verordnen sie sich präventiv körperliche Bewegung (Hamm-Brücher, Merkel) oder nehmen Tabletten (Simonis). Sie nehmen aber an den Ritualen teil und versuchen nicht, die permanent überhöhten Anforderungen und (Arbeits-)Überlastungen zu verändern und ihren Bedürfnissen anzupassen. Stattdessen passen sie sich

¹ In einem Stern-Artikel (18/2005, S. 178) werden Horst Seehofer (CDU) und Gregor Gysi (PDS) zu ihrer Gesundheit befragt. „[Sie verausgabten sich gnadenlos: Erst lebensgefährliche Herzerkrankungen machten ... klar, dass es auch ein Leben jenseits der Politik geben muß.](#)“ (N.N., 2005, S. 178) In diesem Interview wird deutlich, dass die politischen Strukturen krank machen und menschenfeindlich sind. Auch die beiden Männer erleben bestimmte Formen des Umgangs miteinander und andere strukturelle Gegebenheiten als extrem anstrengend - wie z.B. „sinnlose Sitzungen“ (Gysi). Gysi wird danach gefragt, ob es vor seinen Erkrankungen (Herzinfarkt und Aneurysma im Gehirn) Warnsignale gegeben habe. Doch, die habe es gegeben, aber er hat sie nicht ernst genommen und deren Berücksichtigung auf später verschoben. Und er vermutet: „[Bei Frauen ist es vielleicht anders, die wachsen ja anders auf, mit einem anderen Bewusstsein für den Körper.](#)“ (ebd., S. 180).

Seehofer erkennt: „[Es gehört nicht zum Bild eines Politikers, krank und schwach zu sein. Auch nicht zu seinem Selbstbild.](#)“ Und Gysi dazu: „[Ein Minister, der lange krank ist, ein Kanzler, der lange krank ist, das kann man sich kaum vorstellen, das soll es gar nicht geben. Erst danach meldet sich der Körper zurück. Vorher leben Sie nur über Ihre Verhältnisse.](#)“ (ebd., S. 182). Gysi hat sich aktuell (Sommer 2005) wieder in der Politik zurückgemeldet. Er war Spitzenkandidat seiner Partei für die (vorgezogenen) Bundestagswahl im Herbst 2005. Es wird spannend sein, zu beobachten, ob es ihm als Mann eher gelingt, sich dem strukturellen Druck des politischen Tagesgeschäftes soweit zu entziehen, dass seine Gesundheit keinen weiteren Schaden nimmt. Aber selbst wenn ihm ein Entzug gelänge, wäre es kein Beitrag zur nachhaltigen Veränderung der Strukturen.

den herkömmlichen, männlichen Strukturen an und tun alles, um zu funktionieren - sie halten sich sonst nicht auf der politischen Bühne.

Die körperlich und geistig hohen Ansprüche gelten für Männer wie für Frauen. Frauen sind jedoch durch ihre körperliche Konstitution dazu gezwungen, sich anders und stärker mit ihrem Körper auseinanderzusetzen. Schon durch Geburten (auch schon durch die Fähigkeit dazu) und Hormonwechsel sind sie deutlich anders als Männer an Leben und (körperlichen) Veränderungen gebunden.¹

Mit Blick auf die Forschungsfrage bleibt hier festzuhalten, dass Frauen sich an die vorgefundenen männlich definierten Politikstrukturen anpassen oder Vermeidungsstrategien ersinnen. Veränderungen ergeben sich dadurch nicht.

Diese (Nicht-)Aussagen und Ergebnisse lassen ungesunde (lebensfeindliche) Strukturen innerhalb der Politik erkennen. Aber vielleicht bekommen die Politikerinnen einen anderen Preis, eine andere „Belohnung“ für ihre Arbeit? Das soll im Folgenden thematisiert werden.

4.1.2.3 Selbstverwirklichung und Zufriedenheit² versus Angst, Wut und Trauer³

Politikerinnen gehen nicht in die Politik, weil sie masochistisch in den männlichen Strukturen leiden wollen, sondern weil sie sich etwas davon versprechen. Diese Motivationen für ein Engagement sind individuell ausgeprägt (vgl. u.a. PENROSE 1993; SCHÖLER-MACHER 1994, MEYER 1997). Allgemein dürfte jedoch sein, dass es für die Frauen in ihrem Engagement in der Politik auch Erlebnisse und Empfindungen gibt, die sie als befriedigend erleben. Das Streben nach gesellschaftlicher Gestaltungsmacht, nach Selbstverwirklichung, nach persönlicher Emanzipation, Entwicklung und Anerkennung im öffentlichen Raum, wie sie von Hannah Arendt⁴ (Arendt 1989 [1967]) als ideal beschrieben

¹ Um jedem „biologistischen“ Verdacht vorzubeugen, wird hier auf die Diskussion der Trennung von „sex“ und „gender“ verwiesen, bei der „sex“ die biologische Komponente des Weiblichen beschreibt, die hier gemeint ist.

² Weitere Fundstellen in den Primärquellen: HAMM-BRÜCHER 1999 (1997), auf den Seiten 191, 229, 253, 270, 338; SÜSSMUTH 2000, S. 47; SIMONIS/KOELBL 1999, auf den Seiten 200, 201, 205, 206, 209, 215, 218; SIMONIS 2004, S. 26; RADCKE 2001, auf den Seiten 28, 99, 123, 222; MERKEL/KOELBL 1999, auf den Seiten 49, 50, 52, 54, 55; MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004, S. 100.

³ Weitere Fundstellen in der Strukturierungsdimension *Körper | Geist* im Anhang (Kategorie 4) und in den Primärquellen: HAMM-BRÜCHER 1999 (1997), auf den Seiten 188, 192, 194, 213, 225 f, 229f, 260, 261, 264, 338, 340, 428; SÜSSMUTH 2000, S. 137; SIMONIS/KOELBL 1999, auf den Seiten 210, 211, 213, 214, 218, 219; SIMONIS 2004, S. 27; RADCKE 2001, auf den Seiten 89, 105, 123, 222; MERKEL/KOELBL 1999, auf den Seiten 47, 48, 56f, 59f; MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004, auf den Seiten 96f, 100, 122f, 129f.

⁴ Nach Hannah Arendt finden im öffentlichen Raum (und nur dort), der für sie der politische Raum ist, Kämpfe um Anerkennung statt und hier gibt es die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung (vgl. auch Kapitel 3.3).

wurde - kommt dies in den Erfahrungen und Wünschen der Politikerinnen vor? Wie steht es um das geistige Wohlbefinden? Was bringt Spaß in und an der Politik? Welchen subjektiven Nutzen hat ihr Engagement? In diesem Teil wurden Aussagen analysiert, die sich mit Anerkennungsformen und -wahrnehmungen auseinandersetzen.

Für Hildegard Hamm-Brücher scheint vor allem der Rückblick auf ihre politische Karriere Befriedigung zu bringen. Denn trotz der vielen Arbeit und inhaltlicher Rückschläge:

„Geblieben sind die guten Erinnerungen und Ergebnisse an diese sechs Jahre im Auswärtigen Amt. Hierbei denke ich vor allem auch an die wohltuende Atmosphäre. Noch heute bin ich vielen meiner damaligen (Mitarbeiter(innen), Staatssekretären und Abteilungsleitern für ihre loyale, später freundschaftliche Unterstützung der ‚Außenseiterin‘ dankbar.“ (HAMM-BRÜCHER 1997, S. 253).

Es gibt auch Anerkennung für ihre geistige Haltung in einer Krise. Sie spricht davon, dass ihr ein (vergleichsweise kleiner) Part im „dramatischen Schlussakt der sozial-liberalen Koalition“ im Oktober 1982 zugekommen sei. Die damals von ihr gehaltene Widerspruchsrede spiele in ihrer Lebensbilanz eine besondere Rolle. Dies nicht nur, weil sie das jähe Ende ihrer politischen Karriere bedeutete, sondern auch weil ihr dafür so viel Respekt und Anerkennung zuteil wurde, die sie ihrer Ansicht nach gar nicht verdient habe. Einerseits freute sie sich darüber, andererseits ängstigten sie die Erwartungen an sie, denen sie sich nicht gewachsen fühlte. Für sie war die Rede und deren Aussagen nicht sonderlich mutig, denn in einer Demokratie könnte ihr ja nichts passieren. Sie frage sich immer wieder, warum so selbstverständliche Dinge wie Zivilcourage, Treue zum Grundgesetz und Inanspruchnahme der Gewissensfreiheit des Abgeordneten im Gemeinwesen die Ausnahme ist und nicht als Selbstverständlichkeit empfunden würde: *„Bedurfte das ‚Wagnis des Alleinstehebens‘ wirklich des Mutes? Insofern irritierten mich Lobes- und Anerkennungshymnen.“* (ebd., S. 272 f).

Hamm-Brüchers Handeln war im eigenen Selbstverständnis nichts Besonderes. Es war nicht die Anerkennung und Aufmerksamkeit wert, die ihr dadurch zuteil wurden. Diese Anerkennung war unverdient und das Handeln, für das ihr die Anerkennung gezollt wurde, für eine Demokratie selbstverständlich. Ihr ist es peinlich, so in den Mittelpunkt geraten zu sein.

Wenn sie diese Art von Anerkennung für ihr Eintreten eigener Überzeugungen so weit von sich schiebt, was ist dann ihre Triebfeder für das Engagement in der Spitzenpolitik gewesen? Welchen „Lohn“ bekam sie dafür? Sie schätzt es so ein, dass abgesehen von ihren politischen und religiösen Grundüberzeugungen, vor allem ihre psychische und physische belastbare

Konstitution ihr das Engagement in der Politik erst ermöglicht haben „*(D)ie Lust (ist) immer stärker gewesen als der Frust - die Leidenschaft stärker als alle leidvollen Erfahrungen*“ (ebd., S. 272).

Von einem Lustgefühl spricht auch Heide Simonis. Danach befragt, wo bei ihr denn das berausende Moment der Macht bliebe, antwortet sie: „*Ein Rausch ist es nicht, aber ein Lustgefühl, wenn man etwas bewegen kann und die Leute sagen, das war gut. Eitel sind wir alle ...*“ (KOELBL/SIMONIS 1999 [1994], S. 209). Aber auch Ehre, Anerkennung und Bestätigung sind wesentliche Faktoren: „*dafür verzichte ich auf Geld und Freizeit*“ (ebd.).

Macht und Anerkennung erzeugen offenbar ein Lustgefühl, das viele, auch zeitnahe, negative Erfahrungen und Wahrnehmungen aufzuheben scheint. Für dieses Lustgefühl lohnen sich die meisten Anstrengungen, wenn man die richtige Konstitution und geistige Haltung hat.

Ganz und gar pragmatisch sind für Heide Simonis die Gründe, sich in der Politik zu behaupten und sich zu engagieren. Nach eigener Einschätzung sei vieles, was sie heute mache, ursprünglich ein Aufstand gegen die Autorität der Mutter: „*Ich bin aus zwei Gründen in die Politik gegangen: weil meine Mutter nichts von Politik hält, und weil es eine schöne Art ist, seine Aggression loszuwerden.*“ (ebd. [1993], S. 205).

Für Heide Simonis scheint die Politik, nachdem sie sich nun einmal dafür entschieden hat, eine Art Akt der psychischen Hygiene und Gesundheitspflege. Und über sich selbst hinaus schätzt sie auch andere so ein, dass sie einen Nutzen aus ihrem Engagement ziehen, und dieser Nutzen heißt „Macht ausüben“: „*Mir kann keiner, der irgendwo ein Amt ausübt – sei es in der Politik, der Kirchenverwaltung oder in der Gesellschaft –, erzählen, daß es ihm nicht um die Macht geht. Altruismus ist ein Motiv, kann aber nicht das einzige sein. Für andere etwas bewirken kann man ja auch, wenn man in einer Sozialstation arbeitet.*“ (ebd. [1993], S.206).

Der Lohn für ihr politisches Engagement und der von anderen besteht für Antje Radcke aus schmeichelhaften Ehrerbietungen jeder Art in der Öffentlichkeit, wie Autogramme geben oder Fanpost bekommen (vgl. RADCKE, S. 222). Und ihre Einschätzung ist: „*Je stärker der Reiz verfängt, desto größer wird der Drang, diesen Zustand dauerhaft abzusichern*“ (ebd., S. 222f).

Dass das politische Engagement an exponierter Stelle aus reiner Selbstlosigkeit angestrebt wird, bezweifelt auch Angela Merkel. Sie könnte ohne eine „gewisse Befriedigung“ dieses Leben nicht aushalten. Merkel hat offensichtlich Freude an diesem Beruf und kann sich gut

darin entwickeln. Sie erlebt auch große Belastungen wie Wahlkampfzeiten als großen Spaß: *„Da werde ich auch nie müde, sondern lebe auf“* (KOELBL/MERKEL 1999 [1995], S. 55).

Auch als sie als Umweltministerin zunehmend in der Öffentlichkeit wahrgenommen und stärker kritisiert wird, empfindet sie es weniger als Belastung, denn als Herausforderung: *“Was aber neu ist, ist die Zahl der öffentlichen Auftritte. Als Frauenministerin hatte ich einen solchen Termin in der Woche. Heute habe ich manchmal vier Termine an einem Tag. Aber ich fühle mich davon nicht überfordert. Ich fühle mich gefordert.“* (ebd. [1996], S. 56).

Sie fühlt sich als Umweltministerin kompetent. Auch wenn sie im Moment hart arbeiten muss. Sie bekommt nicht mehr alles mit, was in ihrer beruflichen Umgebung passiert. Da sei sie gänzlich abhängig von anderen Leuten. Als Erleichterung empfindet sie es, dabei auch auf vertraute MitarbeiterInnen zurückgreifen zu können. Da könne sie auch schon mal schreien, ohne dass diese dächten, sie sei böse. Das scheint demnach ein weiteres Privileg in einer Spitzenposition zu sein. Außerhalb der unmittelbaren Öffentlichkeit darf man seinen Gefühlen auch schon mal freien Lauf lassen - ohne Sanktionen. Als „Neue“ in ihrem Ministerium musste sie sich gegen viele Vorurteile und Misstrauen behaupten. Sie habe erfahren, dass es schwer sei, gegen eine männliche Stimme und physische Größe anzukommen. Sie glaube aber, dass sie sich gut geschlagen habe. Herausforderungen ausgesetzt zu sein und diese konstruktiv lösen zu können, macht stolz auf die eigene Leistung und Durchsetzungsfähigkeit (vgl. ebd.).

Zusammengefasst: Es gibt durchaus positive und lohnende Aspekte für Frauen, in die Politik zu gehen. Und der Preis dafür? Wie sehen die inneren Kämpfe der Politikerinnen aus?

Unbehagen in beruflichen Kontexten sind Alltagserfahrungen. Dabei gehen die Wahrnehmungen und Empfindungen über ein und dasselbe Ereignis auseinander; Frustrationsgrenzen sind individuell gesetzt. An welchen Stellen und in welchen Kontexten tauchen bei den Politikerinnen Ärger, Frust oder Trauer auf? Welches Selbstverständnis und welche Strategien entwickeln sie, um aus diesen Negativ-Gefühlen wieder herauszukommen? Das wird Gegenstand des folgenden Kapitels.

4.1.3 Rational und Irrational: Handeln in den Strukturen

Der Bereich der Politik scheint einer geschlechtsneutralen Vorstellung von Rationalität zu unterliegen - so jedenfalls die Behauptungen in feministischen Theoriediskussionen. Im Prinzip - so vorhanden im Alltags- und Selbstverständnis der herrschenden Politikvorstellungen - können alle, die in die Politik wollen, auch an dieser teilhaben. In der Politik würde das bessere rationale Argument herrschen, das objektiv und unabhängig von der Person und von gesellschaftlichen Verhältnissen ist.

Sehen Politikerinnen das auch so? Wie erleben sie ihren Beruf, ihren Arbeitsplatz, ihr Umfeld? Ist es geschlechtsneutral, objektiv und autonom? Nehmen sie etwa die von den Theoretikerinnen (vgl. Kapitel 3.2) beschriebenen Diskrepanzen und Widersprüche wahr? Wenn ja, wie gehen sie damit um? Welche Rationalisierungen nehmen sie ihrerseits vor?

Aus dem autobiographischen Material der Politikerinnen bildeten sich vor dem Hintergrund dieser Fragestellung drei Hauptbereiche heraus: Erstens Selbstaussagen, die sich hauptsächlich auf vorgefundene Strukturen innerhalb der politischen Sphäre bezogen; ein zweiter Bereich, der sich vor allem auf die Fertigkeiten der Spitzenpolitikerinnen und ihre Strategien, sich innerhalb dieser Strukturen zu bewegen, richtete. Schließlich gab es einen dritten Bereich, der sich aus den direkten Erfahrungen der Politikerinnen herausbildete. Es sind Empfehlungen, wie - nach ihren Vorstellungen - eine Frau in der Politik agieren sollte, um erfolgreich zu sein. Dabei gleichen sie diese Empfehlungen vor allem auch an ihren Erfahrungen mit der männlichen Sphäre in der Politik ab.

Innerhalb dieser drei Hauptstränge fanden sich thematische Schwerpunkte, die zur besseren Einordnung mit einer entsprechenden Überschrift kenntlich gemacht wurden. Geleitet sind die Analysen wiederum von der Forschungsfrage, was und gegebenenfalls wie Politikerinnen durch eigene Strategien Strukturen verändern oder sich an die vorgegebenen Strukturen anpassen. Welchen strukturelle Blockaden und Chancen begegnen den Politikerinnen, wie sehen ihre ersten Erfahrungen in der Politik aus, wie sind ihre Karrierechancen und wie meistern sie den Umgang mit Krisen und Entscheidungen? Welchen Vorstellungen von Rationalität begegnen sie und welche Kompetenzen und Strategien wenden sie an oder mussten sie erlernen? Wie sehen die Empfehlungen der erfahrenen Politikerinnen an ihre Kolleginnen aus und was lässt sich von Männern lernen? Diesen Fragen wird hier in den Aussagen der Politikerinnen nachgegangen.

4.1.3.1 Strukturelle Blockaden¹ und Chancen

Es werden nun also analysiert, welche Strukturen die Politikerinnen vorfanden, welche Strategien sie dazu entwickelten und ob es Vorstellungen von Veränderungen gab. Dieser Fokus soll Aufschluss darüber geben, ob den vorhandenen rationalen politischen Strukturen eine andere Rationalität, andere strukturelle Formen gegenübergestellt werden.

4.1.3.1.1 Erste Erfahrungen

Die Strukturen zu Beginn der politischen Laufbahn Hildegard Hamm-Brüchers (1948) waren für sie offenbar fremd, schon weil Frauen damals in der politischen Sphäre noch kaum anzutreffen waren (200 Männer und 4 Frauen im bayrischen Landtag) - zumal im konservativen, CSU dominierten Bayern. Sie sah sich einer ungebrochenen „*Machomentalität*“ gegenüber, der sie mit „*Forschheit und Aufsässigkeit*“ gegen „*männlich-primitive Superiorität*“ begegnete (HAMM-BRÜCHER 1999 [1997], S. 124).

Nicht nur, dass es wenige Frauen im Landesparlament gab, sie trauten sich offenbar kaum, etwas zu sagen. Hamm-Brücher sah sich insofern allein auf weiter Flur. Es herrschten raue, männliche Töne, die sie stark belasteten. Sie dachte oft daran aufzugeben, blieb jedoch dabei und wurde (viel) später Staatssekretärin im Auswärtigen Amt.

Für Einsteigerinnen geht es demnach zunächst offenbar darum, die Strukturen kennen zu lernen und sich in ihnen bewegen zu können. Dabei ist es vorteilhaft, sich den Gegebenheiten anzupassen. Das scheint in den politischen Bereichen nicht möglich zu sein, ohne dass das Privatleben in Mitleidenschaft gezogen wird. Der Versuch, sich innerhalb der tradierten Strukturen zu behaupten, geschweige denn sich gar dagegen aufzulehnen, kostet viel Kraft und wird durch Einsamkeit und viele Demütigungen erschwert (vgl. HAMM-BRÜCHER 1999). Als „geschlechtsneutral“ werden diese Traditionen hier nicht wahrgenommen - im Gegenteil, die Machomentalität wird deutlich hervorgehoben.

In ihrer Zeit als Staatssekretärin im Auswärtigen Amt lernte Frau Hamm-Brücher ausgesprochen langweilige Routine-Strukturen kennen. Ihre Aufgabe war es, den „*Herrn Minister*“ bei der Erfüllung seiner Regierungsaufgaben zu unterstützen. Sie pflegte die Verbindung zum Bundestag und zum Bundesrat sowie zu deren Ausschüssen. Bei Verhinderung des Ministers sollte sie in Vertretung an den Sitzungen der Bundesregierung

¹ Ausgeklammert wird hier, dass Männer ebenfalls in diesen Strukturen agieren und sich mehr oder weniger fremd oder angestrengt fühlen.

teilnehmen. Was das nun im Einzelnen alles für ihren Alltag bedeutete, war ihr und anderen unklar. *„Kein Zweifel: Man wußte mit mir zunächst nichts anzufangen. Alles lief auf „Bewährung“ auf der diplomatischen „Spielwiese“ hinaus.“* (ebd., S. 228) Sie durfte nun *„Botschafter aus der mittleren Rangordnung empfangen“*, mit vorher verfassten *„Sprechzetteln“* und immer in Gegenwart eines *„Note-takers“*. Bei mittelwichtigen Essen durfte sie *„artige Toasts verlesen oder (...) bei der Akkreditierung von Botschaftern stocksteif und ohne eine Miene zu verziehen neben dem Bundespräsidenten stehen.“* (ebd., S. 229). Und sie durfte im Namen der Bundesregierung *„Glückwünsche“* überbringen. *„Da trafen sich jedes Mal die gleichen Leute, mit den gleichen Gläsern in den Händen, das eine oder andere Häppchen verzehrend, die jüngsten Bonner Gerüchte kolportierend. Das war selbst für den Neuling auf dem glatten Bonner-Diplomaten Parkett eine eher komische, bald langweilige Pflichtübung, die ich durch unauffälliges Verschwinden durch Küchenausgänge zu verkürzen versuchte.“* (ebd.) Sie las stapelweise Telegramme und langatmige Ausarbeitungen der so genannten Länderreferate, Vorlagen für Konferenzen und Sprechzettel für auswärtige Besucher.

Auf dieser politischen Ebene trifft Hamm-Brücher auf für sie langweilige Strukturen. Vieles wird auf einer routiniert-oberflächlichen Diplomatenebene geregelt, auf der sich nicht viel zu ereignen scheint; zumindest nicht für sie. Sie fühlt sich unterfordert und versucht, ihre Zeit sinnvoller und rationaler für sich zu nutzen, indem sie sich Wissen aneignet und damit kompetenter in ihrem Amt wird.

Sie macht recht schnell die Erfahrung, dass sie sich in der politischen Sphäre nicht nur wohl fühlt. Nach ihren Aussagen habe sie am meisten darunter gelitten, *„dass zwischenmenschliche Beziehungen in der Politik arg strapaziert werden. Dies bekommt jeder noch nicht vollends Abgehärtete - und das sind die meisten Frauen - schmerzhaft zu spüren: statt Freundschaft, zumindest Loyalität, erlebt man/frau im Krisenfall Schulterzucken, Kälte, Intrigen, ja Verleumdungen.“* So sei es auch ihr ergangen und sie habe gelernt *„Wenn es um Macht und Kalkül geht, hört jede Freundschaft auf“* (ebd., S. 340).

Auf der zwischenmenschlichen Ebene macht Hamm-Brücher schlechte Erfahrungen. Sie wünscht sich Freundschaft und Loyalität und lernt stattdessen Gleichgültigkeit, Kälte, Intrigen und Verleumdungen kennen. Enttäuscht wendet sie sich kirchlichen Zusammenhängen zu und erfährt dort, was sie vermisst hat: *„Dieser Rückhalt und das Zusammensein mit gläubigen Menschen hat mir während der letzten zehn Jahre meines politischen Lebens anlässlich so mancher Belastungs- und Bewährungsprobe sehr geholfen und mich mehr als einmal vor Verbitterung und Verkniffenheit bewahrt.“* (ebd., S. 218).

Sie erfährt so außerhalb der scheinbar rationalen, politischen Gremien das, was ihr gut tut. Es stützt sie, es gibt ihr Trost und Kraft und bewahrt sie vor Verbitterung. Hamm-Brücher wählt also eine Vermeidungsstrategie. Sie kehrt zumindest partiell den herrschenden politischen Strukturen den Rücken und nimmt in traditionell irrationalen (religiösen) Zusammenhängen die für sie so wichtigen menschlichen Zuwendungen und Werte wahr. Damit verändert sie an dieser Stelle die herrschenden Strukturen in der Politik nicht.

Als junge Politikerin müssen sich die Frauen erst einmal an die - vor allem auch informellen - Strukturen in einer ungewohnten Umgebung gewöhnen. Heide Simonis berichtet, dass die Kommunikation untereinander streng hierarchisch, aus- und abgrenzend war: *„In einer Ecke saßen die gestandenen Parteimitglieder ... in der anderen Ecke hockte das junge Gemüse, das immer nur motzte.“* (SIMONIS 2004, S. 53). Man bekam, so Simonis, ungeliebte Aufgaben zugeteilt und es gab auch informelle, gut eingespielte Strukturen, die dazu dienten, Newcomer auszugrenzen. So wurde beispielsweise offiziell bis gegen elf Uhr abends zusammen gegessen. *„Dann äußerte jemand: ‚Anständige Menschen brauchen ihren Schlaf, und man ging auseinander. Erstaunlicherweise wurden dann aber völlig andere Dinge gemacht, als wir vor elf gemeinsam besprochen hatten! Wenn wir uns beschwerten, liefen wir gegen Wände‘“* (ebd.). Die Alten setzten sich weiter in den Hinterraum der Kneipe und fassten einsame Beschlüsse. Als Simonis das Prinzip begriffen hatte, sei sie auch in den Hinterraum gezogen und habe stets bis zum bitteren Ende ausgeharrt. Das gab in der Folge dann oft Auseinandersetzungen mit ihrem Mann, wenn sie erst spät nach Hause kam (vgl. ebd.).

Als Politikerin in einer Spitzenposition gibt es offenbar kaum Gelegenheiten, außerhalb der Politik aktiv zu werden. Heide Simonis erzählt über ihren Arbeitsalltag, dass sie jederzeit gefordert gewesen sei und das Leben in dieser künstlichen Situation sie sehr anstrengt habe: *„Von uns Politikern wird erwartet, dass wir 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, 52 Wochen im Jahr an jedem Thema mit der gleichen Intensität interessiert sind.“* (KOELBL/SIMONIS 1999 [1994], S. 209). Das könne kein Mensch, aber damit das nicht bemerkt werde, verzichten die Spitzenpolitikerinnen auf spontane Äußerungen. Ginge sie zu irgendeiner Veranstaltung, würde sie das als Ministerpräsidentin tun, nicht als Privatperson *„Also führt man im Dienst des Volkes ein merkwürdig entferntes Leben“* (ebd.).

Gleichzeitig unterliege sie fremder Handlungsanweisungen aus Berlin: *„Wir auf der Länderebene kriegen aus der SPD-Bundestagsfraktion einfach nur erzählt, was wir zu tun und lassen haben.“* (ebd., S. 210) Das erschwert und dezimiert die eigenen Handlungsoptionen. Es wird ein Höchstmaß an Präsenz erwartet, bei gleichzeitiger Zurückhaltung der eigenen Meinung oder auch erkannter und für das Land notwendiger Handlungsweisen und

Entscheidungen. Gibt es konkurrierende Ansichten und Konflikte, ist mit starkem Gegenwind zu rechnen, denn wer „*vorher den Mund aufreißt, kann hinterher nicht glauben, er würde ungeschoren davonkommen*“ (ebd.). Da müsse man dann eben durch und könne sich nicht wegducken. Sie könne gut verstehen, dass das nicht jeder ertrage, aber dann könne man sich auch in diesem Geschäft niemals behaupten - hier werde ausgeteilt und eingesteckt. Natürlich ginge es auch anders: „*Man könnte das Ganze viel ruhiger machen, aber dafür sind zuviel Ehrgeiz, Emotionen und gekränkte Eitelkeit im Spiel.*“ (ebd.) Diese Strukturbeschreibungen von Heide Simonis dokumentieren - genau wie bei Hamm-Brücher - kein rationales Vorgehen in der politischen Auseinandersetzung.

Zusammengefasst machen die Politikerinnen in Spitzenpositionen die Erfahrungen, dass es neben formalen Zusammenkünften und Absprachen auch informelle Abmachungen gibt, nach denen auf der politischen Ebene gehandelt wird. Sie müssen sich an raue Töne und ihnen fremde zwischenmenschliche Umgangsweisen gewöhnen, sich dagegen als Zumutung wehren, was kräftezehrend ist, oder sich ihnen anpassen. Dabei wappnen sie sich gegen Kälte, Intrigen und Verleumdungen. Ehrgeiz, Emotionen und gekränkte Eitelkeiten spielen eine große Rolle. Ein Gegenentwurf zu diesen Rahmenbedingungen könnte sein: mehr Ruhe, Gelassenheit, Offenheit, Fairness und Zuwendung - wie es auch in anderen Bereichen möglich zu sein scheint.

Am Anfang nimmt Hamm-Brücher die Strukturen keineswegs als geschlechtsneutral wahr. Simonis macht dazu an dieser Stelle (am Anfang ihrer Laufbahn) keine Aussagen. Hamm-Brücher und Simonis haben unterschiedliche Umgangsweisen mit diesen Gegebenheiten. Hamm-Brücher wendet sich - partiell - ab, Simonis nimmt das Gegebene hin und passt sich an. Im Ergebnis werden hier die herrschenden Strukturen und zwischenmenschlichen Kommunikationsweisen in der Politik zwar in Frage gestellt, jedoch nicht verändert.

4.1.3.1.2 Karriere: Von Seilschaften, Hausmächten, Netzwerken und Quoten

In diesem Abschnitt wird der in der herrschenden und männlich dominierten Politikosphäre postulierten Geschlechtsneutralität der Objektivität und Autonomie, mit der scheinbar rationale Strukturen untermauert werden, nachgegangen. Welche Strategien haben Frauen, sich in der Politik durchzusetzen und an die Stellen der Macht zu gelangen? Was machen Frauen anders und wie verändern sich dadurch die Strukturen - wenn sie sich verändern?

Alle hier vorgestellten Frauen in politischen Spitzenpositionen beklagen die fehlende Unterstützung innerhalb ihrer Parteien und im Umfeld ihrer Funktionen. Sie haben keinen ausreichenden Rückhalt, sie haben keine Hausmacht, es fehlen ihnen die notwendigen

Bündnisse, ohne die das Durchsetzen von Themen schwer ist. Die Politiker scheinen da anders zu agieren. Das was unter Männern selbstverständlich ist, scheint für Frauen nicht möglich.

Heide Simonis macht die Erfahrung, dass Frauen sich schwer tun, Gruppen und Seilschaften aufzubauen, obwohl gerade die so wichtig seien für die Karriere. Sie vermutet, dass Seilschaften im Ursprung eher etwas Männliches seien. Und solch eine Seilschaft sei streng hierarchisch gegliedert. Einer sei vorn und ziehe die anderen nach sich - die ihn dann im Gegenzug wiederum stützen würden: *„Einer ist die Nummer eins, die anderen ordnen sich ihm unter; er fördert sie und baut sich so zugleich eine Hausmacht auf“* (SIMONIS 2004, S. 84).

Sie mutmaßt weiter, dass die Männer dies wohl schon bei den Neandertalern so gemacht hätten, dass der Älteste und Stärkste als Boss voran ginge und das Terrain sichere. Die anderen folgten ihm dann nach Rang und Status, vom stellvertretenden Boss bis zu den Wasserträgern. Dieses hierarchische Prinzip schlage sich auch im Militär und anderen Männerbünden nieder. *„Bei den Frauen will aber oft keine den Boss machen; vielleicht sind sie sich auch der Gefolgschaft der anderen nicht so sicher, wenn sie es in dieser Weise versuchten“*, so Simonis (ebd.).

Hingegen würden Frauen eher zum Knüpfen von Netzwerken neigen, *„die mehr horizontal als vertikal angelegt sind, jedenfalls den Statusunterschied zwischen den Beteiligten nicht akzentuieren“* (ebd.). Netzwerke verlangten mehr Kommunikation als Seilschaften, was ein Vorteil für die Frauen sei, denn sie würden viel mehr reden als Männer. Dagegen seien die *„schweigsamen Herren“* (ebd.) in ihren Seilschaften gut aufgehoben, da sei von vornherein klar, wer weiter oben und wer weiter unten ist und was man in dieser Position zu tun hat - da müsse dann nicht mehr viel geredet werden. Frauen, so rät Simonis, bräuchten in der Politik unbedingt Netzwerke, um Zweckbündnisse einzugehen. Es müssen Kompromisse mit Personen und Gruppen eingegangen werden, die man persönlich nicht sonderlich mag.

Nach Simonis entscheiden sich Frauen in diesem Fall gegen ein Bündnis statt nach einer pragmatischen Lösung bei einem Bier zu suchen: *„Zwei, die sich gestern nur mit dem Hintern angeguckt haben, laufen dann plötzlich Arm in Arm herum.“* (ebd.) Simonis schlägt hier pragmatische Strategien vor, um eine Sache voranzubringen. Diese Taktik verbindet Professionalität (*das Thema*) mit einer Kommunikation auf der Beziehungsebene (*Bier trinken*). Aber sie passt sich dabei den Vorlieben Bier trinkender Männer an.

Mit mäßigem Erfolg, denn auch ihr fehlte es an Seilschaften. Sie beobachtet bei ihrem Staatssekretär, dass seine Seilschaften über das Tennisspielen laufen. Bis sie erkannte, dass sie dann ja mit diesen Männern spielen müsste. Das wäre bestimmt spannend, aber es würde kein Geld bringen. Sie habe da - in Sachen Seilschaften - ein echtes Defizit. Natürlich habe auch sie inzwischen ihre Verbindungen, dennoch bleibe das Fehlen von Seilschaften ein Handikap bei Frauen ihrer Generation. Die Klassenkameradinnen und die Kommilitoninnen hätten oft auf eine Karriere verzichtet, vor allem wenn Kinder kamen. Damit sind sie dann keine Ansprechpartnerinnen mehr in den Betrieben. Ein weiteres Problem sei, dass Frauen nachts nicht so lange miteinander sitzen und „saufen“ können. Sie könne das schon ziemlich gut, aber immer mit schlechtem Gewissen: *„Oh Gott, wie siehst Du morgen wieder aus.“* Männer scheinen diese Schwierigkeiten nicht zu haben *„und deswegen sind wir Frauen dann in den entscheidenden Momenten, wenn das Letzte ausgeklüngelt wird, nicht dabei, weil wir an unsere Schönheit denken“* (KOELBL/SIMONIS 1999 [1997], S. 217).

Während Frauen, nach Simonis, die körperliche Konstitution fehlt, nächstens beim Trinken Vertrautheit zu pflegen und Entscheidungen zu treffen, gehen Chancen der Mitgestaltung verloren. Sie sind bei Missachtung ihrer Grenzen mit ihrem Körper und mit ihrer „Schönheit“ (ebd.) beschäftigt (vgl. auch unter 4.1.2). So fehlt dann der ausreichende Rückhalt, die Unterstützung.

Auch Rita Süßmuth hatte nach ihren Aussagen in der Regierung nie eine Hausmacht, sie war kein Mitglied einer der „boygroups“ im Kabinett. Aber sie konnte - ähnlich wie auch Angela Merkel - auf breite Unterstützung in der Öffentlichkeit bauen, vor allem bei den Frauen, und sie verfügte oftmals über eine Mehrheit im Parlament. Beides wusste der Bundeskanzler, dennoch lebte sie, *„ähnlich wie Heiner Geißler und andere kritische Geister, ziemlich bald mit dem Gefühl, jederzeit abgelöst werden zu können“* (SÜSSMUTH 2000, S. 52) und dies sei ein großer zusätzlicher Stress bei der ohnehin anstrengenden Arbeit gewesen (vgl. ebd.). Es reicht also nicht, eine quantitative Mehrheit im Rücken zu haben. Diese Mehrheit muss von den richtigen (mächtigen) Männern gebildet werden, sonst wird Kritik als Widerstand gewertet - trotz großer Solidarität.

Erfahrungen großer Solidarität macht Antje Radcke innerhalb ihrer Partei (als sie zur Vorstandssprecherin der Grünen gewählt wurde), die ihr von den politisch unterschiedlichen Flügeln entgegen gebracht wurde und die sie ermutigt haben. Aber auch ihr gelang es nicht, sich ausreichende Unterstützung zu sichern *„Es war mir ... nicht möglich, hier eine gewisse Hausmacht aufzubauen“* (RADCKE 2001, S. 54), und in dem Moment, als sie gewählt war, hatte sie keine Zeit dazu, Netzwerke und Frauensolidarität zu pflegen.

Es fehlten ihr immer, so Radcke, die Seilschaften, für die Männer so berühmt seien. Es gäbe kaum vergleichbare Strukturen unter Frauen. Strukturen, die Rückhalt böten, die vor allem dazu dienen sollen, sich gegenseitig zu unterstützen und zu befördern (vgl. ebd., S. 54f). Radcke vermutet, dass der Grund dafür darin liegen könne, dass Frauen stärkere Verpflichtungen ihren Kindern gegenüber haben als Männer. Und Frauen hätten - so Radcke weiter - einfach keine Lust, zu klüngeln und ihre Zeit damit zu verbringen, sich Posten zuzuschieben (vgl. ebd., S. 56).

1998 waren die Grünen neu in der Regierung - nicht nur die Frauen, auch die Männer. Antje Radcke konnte beobachten, dass die Männer sofort in die bestehenden Bünde aufgenommen wurden. Die Frauen blieben traditionell draußen. Das sah dann so aus, dass immer wieder *„Kaminzimmengespräche bei Zigarre und Rotwein mit dem Bundeskanzler“* (ebd., S. 66) in *„Männerbünde und Kaminrunden“* (ebd., S. 151) stattfanden. Für sie zeigte sich die *„wahre Macht“* (ebd.) informell. Dabei hielten Männer sich nicht an Absprachen, sie klüngelten im Kaminzimmer: *„Viel lieber saßen Joschka Fischer und Rezzo Schlauch mit dem Kanzler in trauter Runde bei Zigarren und Wein (...) und handelten irgendwelche Verhandlungen im Vorfeld miteinander aus.“* (ebd., S. 158).

„Und wenn es um die Besetzung eines Amtes geht, gelten Sonderregelungen, denn Postengeschachere ist eben Männersache – da haben Frauen nichts zu suchen, das regeln die Herren der Schöpfung lieber allein.“ (ebd., S. 159). Hingegen müssten Frauen ein ordentliches Auswahlverfahren unter Konkurrenzbedingungen durchlaufen und ihre Qualitäten unter Beweis stellen, bevor sie etwas werden dürften. Das hält Radcke auch für das richtige Vorgehen. Sie habe etwas dagegen, dass sich Männer in Männerfreundschaften hochdienen und Posten besetzen könnten, ohne das Frauen von diesem Posten auch nur gehört hätten. Sie würden deshalb nichts erfahren, weil Männer an den Schalthebeln der Macht säßen. Auf diese Art und Weise würde das System beständig erneuert. Männer würden - sobald sie in den Dunstkreis der Macht kämen - sehr schnell mit den Spielregeln vertraut gemacht. Dabei spiele es keine Rolle, ob die Teilnehmenden dieses Spiels sich mögen (sie spielt dabei auf Fischer und Trittin an): *„es zählt einzig und allein das Fortkommen der Spezies Mann“* (ebd., S. 161).

Ein Beispiel solch einer Postenvergabe schildert Antje Radcke als die *„realen Machtverhältnisse“* (ebd., S. 35) in einer Partei, die wie keine andere die Forderungen der Frauenbewegung so ernst genommen und konsequent umgesetzt habe wie die Grünen. Die Gremien seien paritätisch zu besetzen. Deshalb sitzen in allen Gremien mindestens so viele Frauen wie Männer. Spitzenämter werden doppelt besetzt, damit in jedem Fall eine Frau

beteiligt ist. Aber spätestens seit der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene 1998 mit drei Ministerämtern habe sich die Forderung nach der Hälfte der Macht als eine abstrakte Formel erwiesen (vgl. ebd.). Denn es wurden zwei Ministerposten von Männern besetzt (*„Fischer und Trittin waren schlicht schneller“*, ebd., S. 36), obwohl es nach den Statuten der Grünen zwei Frauen hätten sein sollen. Dabei seien die Frauen in der Partei einfach vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Der dritte Posten sollte nun selbstverständlich an eine Frau gehen. Der Protest aus den Reihen der grünen Frauen wurde zwar erwartungsgemäß laut, aber er reichte nicht aus, das entstandene Problem wirklich zu lösen (vgl. ebd., S. 36). Der Protest wurde von kleinen, aber unüberhörbare Drohungen Joschka Fischers und Jürgen Trittins begleitet, die andeuteten, dass sie nur beide Minister werden würden, sonst würden sie darauf verzichten. Während die Frauen sich daraufhin *„die Köpfe heiß redeten, stritten und sich gegenseitig in Schuldzuweisungen übten, brauchten sich die Männer nur zurückzulehnen und zuzuschauen“* (ebd.). Dieses Bündnis-Beispiel sei umgekehrt kaum denkbar.

Keine Hausmacht - das hat Folgen für die Karriere und die Akzeptanz in der Partei und darüber hinaus: Radcke legte dem Koalitionsausschuss ein Arbeitspapier vor, das die Handlungen koordinieren sollte: *„Der Koalitionsausschuss nahm das Papier zur Kenntnis, überflog kurz den Inhalt, nickte zustimmend – und machte weiter wie zuvor“* (ebd., S. 52). Sie dachte darüber nach, woran es liegen könnte, dass man sie offensichtlich *„nicht für voll nahm“* (ebd.) und sie mit ihren Vorstellungen auflaufen ließ.

Sie führt es auf die fehlende Hausmacht zurück. Sie sei seit Beginn ihrer politischen Laufbahn immer in verantwortlichen Positionen gewesen, die ein hohes Maß an Integrationsfähigkeit und -bereitschaft erforderten. Inhaltlich habe sie sich immer dem linken Flügel ihrer Partei zugeordnet, hatte aber aufgrund ihres Amtes und der Tatsache, dass sie zwei Kinder zu versorgen hatte, nie die Zeit, sich bundesweit fest zu verankern. Das sei auf der Landesebene nicht so problematisch, bundesweit jedoch fehlte ihr die Möglichkeit hinter den Kulissen mitzumischen (vgl. ebd.). So fehlten ihr die Einblicke und Kontakte, die notwendig waren, um machstrategische Hintergründe zu erkennen. Und selbst wenn sie die dann durchschaut habe, fehlten die Mittel und Wege dagegen anzugehen. Es gäbe kaum Frauennetzwerke in der Partei, weil Frauen stets damit beschäftigt seien, ihre Sache gut zu machen (vgl. ebd., S. 163).

Angel Merkel erkennt, dass Frauen *„gerade dann erfolgreich sein (...) können, wenn man gelegentlich ähnlich rational begründete Seilschaften bildet, wie Männer das zu tun pflegen. Das darf eben nicht nur von persönlichen Sympathien abhängen.“* (MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004, S.

117). Sie ist der Ansicht, dass sich in den letzten zehn Jahren viel verändert habe. Es gäbe inzwischen auch unter Frauen Netzwerke, Seilschaften und Solidarität *„und zwar genau in dem Maße, wie Frauen auch aus dem Gebiet der Frauenpolitik heraustraten. Es gibt zwischen Journalistinnen, Politikerinnen und Frauen aus der Wirtschaft durchaus Verbindendes jenseits der ganz normalen Meinungs- und vor allem Interessenunterschiede“* (ebd.). Man würde unter Frauen zunehmend offener miteinander reden - das habe sich gegenüber den Neunziger Jahren völlig verändert (vgl. ebd., S. 116).

Seilschaften werden also traditionell von Männern gebildet, in die Männer sogleich aufgenommen und in die Regeln eingeführt werden. Frauen haben dort keinen Zutritt. Sie versuchen sich in Netzwerken zu finden. Es zeigte sich, wie wichtig diese sind und wie sehr sich Frauen gleichzeitig damit schwer tun, sie zu initiieren und aufrecht zu erhalten. Wenn Frauen keine Netzwerke, keine Seilschaften, keine Hausmächte haben, gibt es keine Unterstützung in den Strukturen, die Rückhalt bieten.

Das hat Konsequenzen. Die Akzeptanz ihrer Beiträge und Vorschläge zu Sachinhalten ist gering. Darum bringen sie kaum Entscheidungen in ihrem Sinne durch die Gremien. Sie haben es dann schwer, sich zu profilieren. In der Folge haben es Frauen dann schwerer an einen Posten zu kommen, weil bei ihnen vor allem nach formalen Qualifikationen gefragt wird. Das erschwert gleichzeitig die Karriere und das Erreichen einer machtvollen Spitzenposition - zumal die Postenvergabe in den Männerbünden stattfindet. Die Politikerinnen erhalten zwar Unterstützung und Solidarität durch die Öffentlichkeit - dort vor allem von Frauen - dies ist jedoch nicht ausreichend, wenn nicht auch Männer sie unterstützen.

Allerdings, die Frauen, die hier zitiert werden, sind oder waren in einer Spitzenposition. Die Vorschläge, die hier von den Frauen in politischen Spitzenpositionen gemacht werden sind: Um in die Machtpositionen zu kommen, soll sich an die Gepflogenheiten der (männlichen) Seilschaftenpflege gehalten werden und das professionelle Anliegen auch auf der Beziehungsebene geregelt werden. Dies ist gleichzeitig sachlich und taktisch klug. Wem das kumpelhafte Biertrinken oder stilvolle Essen nicht liegt (oder es sich - auch zeitlich oder körperlich - nicht leisten kann oder will), hat schlechte Karten.

Das informelle Geschehen unter Vertrauten spielt in der Politik und in den politischen Entscheidungen eine große Rolle. Um daran beteiligt sein zu können, bedarf es bestimmter Voraussetzungen. Beziehungen sind zu pflegen, die über die Sachebene hinausgehen. Die Pflege der Beziehung findet auf Terrains statt, die - ebenso wie die politische Öffentlichkeit -

für Frauen traditionell eher fremd sind. Die Bemühungen der Frauen, es den Männern gleich zu tun, bleiben angestrengt und sind nicht ausreichend, auch wenn teilweise eine zunehmende positive Kommunikation unter Frauen konstatiert wird. So werden sie entweder aufgrund ihrer Körperlichkeit, aus Zeitgründen oder aufgrund der ihnen oft eher fremden Gewohnheiten von den Seilschaften ausgeschlossen. Weil in diesen Seilschaften, wie hier gesehen, entscheidende Prozesse (für Postenvergabe und Themenabsprache) stattfinden, wirken diese informellen Strukturen als Ausgrenzungspraxis auf wichtige Diskussionen und Entscheidungen in der Politik.

Die Seilschaften, zu denen Frauen keinen Zugang haben und zu dem sie noch nichts Vergleichbares setzen können, bieten den Männern ganz offenbar einen Teil des notwendigen Rückhaltes und der Unterstützung, die Frauen in der Politik so vermissen. Den Frauen fehlen diese existentiellen Strukturen. Die Frauen in den Spitzenfunktionen haben dieses Defizit erkannt und sie machen Vorschläge, unterstützende Netzwerke zu fördern - so wie die Männer in der Politik ihre Seilschaften pflegen. Die Strategie sich anzupassen, ist Erfolg versprechend.

Als eine weitere Möglichkeit, sich ein wenig unabhängiger von den männlichen Entscheidungen zu machen, gilt die Quote (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) oder das Quorum (CDU). Wie sehen die Politikerinnen dieses Instrument? Ist es geeignet, die strukturellen Nachteile für Frauen zu kompensieren?

Antje Radcke findet, die Frauenquote von Bündnis 90/Die Grünen habe den *„unschlagbaren Vorteil, dass Frauen sich der männlichen Mittel nicht zu bedienen brauchen, um ebenfalls einen Posten zu ergattern“* (Radcke 2001, S. 60). Weil sie aber sehr zurückhaltend seien, haben sie von sich selbst die Wahrnehmung, sie seien nur wegen der Quote in das Amt gekommen - und das oft genug nach mehrmaligen Bitten (vgl. ebd.). Frauen in einer Spitzenposition empfänden die Quote als „Makel“ und würden dieses gern loswerden. Sie sei jedoch mit diesem angeblichen Makel sehr selbstbewusst umgegangen: *“Ohne Quote hätte ich meine Fähigkeiten sicher nicht so schnell entwickelt...”* (ebd., S. 61).

An die Adresse grüner Politikerinnen, die die Frauenquote in Frage stellen, appelliert sie, sie mögen nicht vergessen, dass sie dort, wo sie sind, darum seien, weil sie gut sind und selbst *„Frauen in der FDP, die eine Quote als ‚echte Liberale‘ natürlich ablehnen müssen - es gewinnen schließlich immer die Besten - ,fangen inzwischen an, laut darüber nachzudenken, warum die Frauen in ihrer Partei eigentlich immer nur so nur sein sollen, dass sie lediglich als Zweite taugen“* (ebd., S. 164f).

Als FDP-Politikerin hält Hildegard Hamm-Brücher nicht viel von der Quote, sie sieht darin kein Allheilmittel, vielmehr verspreche sie sich „von Einsicht, Vernunft und beharrlichem Bretterbohren.“ (HAMM-BRÜCHER 1999, S. 332). Sie fragt hier eher nach einer qualitativen als nach einer quantitativen Verbesserung (vgl. auch Kapitel 4.1.4).

An exponierter Stelle kämpfte Rita Süssmuth um die Frauenquote. Als Frauenministerin machte sie die Erfahrung, dass man gegen die Quote mit dem Grundgesetz argumentierte (vgl. SÜSSMUTH 2000, S. 147f). Die Quote sei verfassungswidrig, undemokratisch und schädlich für die Frauen. Der erbitterte Widerstand hielt Monate an. Schließlich wurde er jedoch sogar mit der Unterstützung des Parteivorsitzenden (Kohl) durchgesetzt. Die Quote, so Süssmuth, sei ein sinnvolles Instrument, das so lange Bestand haben sollte, bis das Gleichgewicht der Verhältnisse in der Politik hergestellt sei.

Als Umweltministerin, nach ihrer Zeit als Frauenministerin, lehnt Angela Merkel die Quote ab. Sie möchte, dass mehr Frauen in der Politik tätig sind, „aber mit der Quote möchte ich nichts zu tun haben“ (KOELBL/MERKEL1999 [1994], S. 53). Sie habe zwar für ein Quorum gestimmt, dies aber nur, um sich von bestimmten Leuten abzugrenzen, mit denen sie nicht „in einen Korb“ (ebd.) geworfen werden möchte. Sie sei gegen die Quote, weil sie finde, Frauen hätten das nicht nötig. Die Quote habe etwas Degradierendes und Ehrenrühriges (vgl. ebd.).

Einer quotierten Postenvergabe wird demnach - je nach parteipolitischen Programm - zugestimmt oder sie wird abgelehnt. Tatsächlich gibt es sie, und sie unterstützt zunächst das Anliegen, auch Frauen in relevante politische Positionen zu befördern.

Die Protektion - als eine Variante der Seilschaften - scheint eine weitere Möglichkeit für Frauen in politischen Spitzenpositionen zu sein, die ausschlaggebender ist als Netzwerke und Quote. Das ist in den meisten Fällen eine paternalistische Förderung von Mann zu Frau - selten umgekehrt! Es ist eine persönliche Förderung, von den innerhalb der Strukturen bereits erfolgreich agierenden Männern. Die Frauen werden als weibliche Vertreterinnen, als Repräsentantinnen der bürgerlichen Gesellschaft gefördert.

Ganz deutlich wurde diese Art Förderung bei der jungen Angela Merkel, die als Protektionskind des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl galt. In einem Interview korrigiert sie die Gesprächspartnerin bei der Feststellung, sie sei nun als Frauen- und Familienministerin ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, ausdrücklich mit einem „Gerückt

worden!“ (KOELBL/MERKEL 1999 [1991], S. 47). Außer Kohl habe sie noch andere Förderer gehabt. Sie nennt Lothar de Maiziere und Günther Krause. Von Kohl wurde sie gefördert, weil sie gut zu ihm passe. Er könne sehr gut Menschen einschätzen, ihre Fähigkeiten und Mängel. Sicher habe er an ihr gesehen, dass sie ein Mensch sei, der auf andere zugehen kann, der sprechen könne und kooperativ sei. Er beobachtete ihre Arbeit aufmerksam und kritisch (vgl. ebd., S. 51). Sie hätte keine Angst, von ihm fallengelassen zu werden. Am Beispiel von Rita Süßmuth könne man sehen, dass Kohl Menschen nicht einfach fallen ließe. Schließlich sei sie Präsidentin des Deutschen Bundestages geworden. Natürlich sei es so, dass sie, je mehr Eigenständigkeit sie für sich reklamiere, es umso schwieriger würde, bestimmte Funktionen auszufüllen. Als Chef müsse man eben „den ‚Haufen‘“ (ebd.) auf irgendeine Weise zusammenhalten.

Ob sie Generalsekretärin der CDU werden wolle, habe sie dann Wolfgang Schäuble gefragt. Darauf sei sie nicht vorbereitet gewesen, aber es gab da für sie nichts zu überlegen und sie habe zugesagt. Sie habe diese Aufgabe sehr gern übernommen (MERKEL /MÜLLER-VOGG 2004, S. 101).

Dann sei die Sache mit der Spendenaffäre gekommen, bei der sie Krisenerfahrungen gesammelt habe. Sie schrieb damals einen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (vom 22.12.1999), mit dem sie sich gleichzeitig von Helmut Kohl distanzierte und sich selbst profilierte. Sie habe damals damit rechnen müssen, dass Schäuble sie ihrer Ämter entheben könnte (ebd., S. 101f). Diese Befürchtung erwies sich jedoch als unberechtigt.

Im Rückblick auf den Anfang ihrer Karriere sagt sie, dass sie nichts geplant habe. Es habe da für sie nur die eine bewusste Entscheidung gegeben, nämlich die, Politik zu machen (ebd., S.102).

Eine deutlich paternalistische Förderung erfährt Hildegard Hamm-Brücher. Bei ihrer Berufung als Staatssekretärin ins Bonner Bildungs- und Wissenschaftsministeriums 1969 wird sie nach eigener Darstellung gar nicht erst gefragt, ob sie das will oder nicht. Ihr neuer „Chef“ (Leussink) habe vorher bei ihrem Mann „um meine Hand angehalten“ (HAMM-BRÜCHER 1999, S. 189) und dabei versichert, er könne zwar Ludwig Thoma nicht auswendig zitieren, würde es aber nachholen und bei einem baldigen Besuch bei der Familie Hamm nachweisen. Daraufhin habe die Familie ihrem Wechsel zugestimmt (vgl. ebd. S. 188). Und sie berichtet: „Die Männer verstanden sich prächtig...“ (vgl. ebd. S. 189).

Sie allerdings war skeptisch: „Ich enthielt mich“. Schließlich lässt sie sich - gegen ihre Überzeugung - darauf ein. „Für mich bedeutete der Wechsel vom feinsinnigen, klassisch hochgebildeten, jederzeit ansprechbaren Schütte (der Politiker, der sie damals nach Wiesbaden holte) zum arbeitswütigen, polternden, gegen Mitarbeiter gelegentlich rücksichtslosen und wenig zugänglichen Hans Leussink eine große Umstellung, die ich mit Arbeitswut zu überbrücken versuchte.“ Sie fühlte sich alles andere als wohl und die neuen Aufgaben absorbierten sie so total, „daß ich darüber versäumte, in Fraktion und Regierung politisch festen Fuß zu fassen.“ (ebd., vgl. auch ANTJE RADCKE in diesem Kapitel).

Später geht sie wieder zurück nach Bayern, nachdem sie dort in einem „Sensationswahlkampf“ gewonnen hatte. Zu dieser Kandidatur hatte sie sich von dem damaligen Bundesvorsitzenden Walter Scheel „buchstäblich breitschlagen lassen“ (ebd., S. 195). Auch hier wieder die massive männliche Außeneinwirkung auf ihre Entscheidung. Sie wird gefordert und befördert - gegen ihre Überzeugungen.

Es ist also in jedem Fall für die Karriere günstig, Männer auf seiner Seite zu haben, die zum einen in den Strukturen fest verankert sind und zum anderen die Macht und den Willen haben, Frauen zu fördern. In die Männerbünde kommen sie dennoch nicht, wie oben bereits beschrieben. Dass Frauen andere Frauen fördern könnten oder Frauen Männer fördern und sie zu machtvollen Positionen in der Politik verhelfen könnten, wird in keiner der hier analysierten Biographien oder Interviews erwähnt.¹

Um politische Themen und Inhalte erfolgreich zu diskutieren und mitzugestalten, d.h. also in machtvolle Positionen zu gelangen, bleiben für Frauen demnach die Möglichkeiten, in Netzwerken die Seilschaften der Männer zu imitieren und ihnen nachzueifern, sich über Quoten oder Quoren zu positionieren oder auf die Protektion von mächtigen Männern zu hoffen. In allen Fällen bleiben die Bemühungen um Behauptung im Feld der Politik und die fehlende Chancengleichheit deutlich erkennbar. Die strukturellen Vorgaben in der Politik erscheinen so weder autonom, noch objektiv, noch geschlechtneutral.

4.1.3.1.3 Der Umgang mit Krisen und Entscheidungen

Wenig rational scheint auch der Umgang in der Politik mit Krisensituationen zu sein. Der Umgang mit Entscheidungen in Krisen wird an dieser Stelle fokussiert, um zu verdeutlichen, wie hoch der Anpassungsdruck gerade in schwierigen Situationen ist und wie

¹ Das dürfte sich allerdings im Fall Angela Merkel, als Kanzlerin, geändert haben.

hoch gleichzeitig das Bewusstsein der Frauen in politischen Spitzenpositionen für einen problematischen Umgang mit Krisensituationen ist.

Politisches und gesellschaftliches Handeln bedeutet, Entscheidungen zu treffen. Rita Süßmuth hat die Erfahrung gemacht, dass Entscheidungen nicht selten in akuten Krisensituationen zu treffen sind. Das sind in der Regel Situationen mit hohem Risiko für die Betroffenen und die Entscheider. Dabei ginge es, so analysiert Süßmuth kritisch, nicht um Macht (meint aber wohl, es *sollte* nicht darum gehen). *„Es geht nicht darum vorzutäuschen, die Politik wüsste oder könnte alles, sie hätte ‚alles im Griff‘. Sondern es geht um eine Verantwortung, sehr komplizierter Natur, um tägliche Überprüfung der bisher getroffenen Entscheidungen und das Einschätzen ihrer Folgeszenarien“* (SÜSSMUTH 2004, S. 92). Sie resümiert, dass es für sie kein überzeugendes Argument dafür gibt, dass jemand so tut, als gäbe es eine Entscheidungssicherheit, wenn dieses sachlich einfach nicht so sein könne. Aber dies auch zuzugeben bzw. einfach entsprechend oder angemessen zu reagieren käme einem politischen Tabubruch gleich. Ein Politiker muss überzeugt und unbeirrbar sein. *„Denn wer politische Verantwortung trägt und dringende Entscheidungen zu treffen hat, darf nach unseren Gepflogenheiten, nach unserer Tradition des allwissend-allzuständigen Politikers, niemals seine Entscheidung in Frage stellen. Er darf nicht zweifelnd, nicht nachdenklich oder selbstkritisch erscheinen“* (ebd., S. 99). Dies sei jedoch ein Schaden für die Politik und für die Gesellschaft (vgl. ebd.).

Diese Anforderung, möglichst schnell, möglichst konsequent und sehr sicher erscheinend Entscheidungen zu treffen, ist auch an Angela Merkel in zunehmenden Maße gestellt. Je höher sie in der Hierarchie der Ämter klettert, desto mehr Entscheidungssituationen sieht sie sich gegenüber. Ihre Erfahrungen bestätigen die Analyse Süßmuths. Sie musste lernen, entscheidungsfreudiger zu werden, so sagt sie. Denn der Zeitmangel zwingt sie dazu, konsequent zu sein, auch um effektiv zu sein. Entscheidungen werden inzwischen von ihr sofort getroffen - nicht erst nach dreimaliger Wiedervorlage (KOELBL/MERKEL 1999 [1992], S. 51).

Das war früher wohl anders. Merkel vermutet, dass andere von ihr glaubten, sie tue sich mit Entscheidungen schwer. Das sei aber nur so lange so, so Merkel, wie sie noch keine feste Einstellung zu einem Thema gefunden habe. Ist dieser Prozess dann abgeschlossen, fällt sie die Entscheidung - und die wird dann nicht mehr revidiert (vgl. ebd., S. 50).

Notfalls trifft sie Entscheidungen auch allein. Das werde durchaus gern gesehen, denn dann muss niemand anders den Kopf dafür hinhalten, wenn die Entscheidungen Konsequenzen

haben. Aber sie verlangt von ihrem Mitarbeiterstab, dass Entscheidungen auch von allen getroffen werden und bietet ihre Unterstützung bei der Entscheidungsfindung an. Wenn die Entscheidung dann gefallen ist, muss sie von allen mitgetragen werden. Nach ihrer Aussage nimmt sie sich für diese Prozesse viel Zeit, ohne einen gehetzten Eindruck zu hinterlassen.

Aber sie habe gelernt, dass man einige Entscheidungen ganz allein treffen muss. So sei sie z.B. nach Gorleben gefahren (als Umweltministerin, *d.V.*), um dort vor Ort mit den Menschen zu sprechen. Sie habe in dem Fall nicht auf ihre Sicherheitsbeamten oder auf andere Erwägungen gehört (vgl. ebd., S. 52). Eine einsame Entscheidung traf sie auch, als sie den Artikel im Dezember 1999 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) veröffentlichte, bei dem sie sich gegen Helmut Kohl stellte und durch den sie sich deutlich profilierte. Hätte sie andere vorher dazu befragt, man hätte ihr sicher abgeraten. Außerdem wäre sie Gefahr gelaufen, potentielle Mitwisser in heftige Zwiespälte und Loyalitätsprobleme zu stürzen.

Ihre Strategie im Normalfall sei es, sich in einer neuen Position erst einmal langsam voranzutasten. Sie möchte nicht so tun, als würde sie von allem etwas verstehen. Sie fällt Entscheidungen, wenn die Zeit reif sei. Dann jedoch käme die Entscheidung für manche überraschend, und sie versuche nun vorher ihre Umwelt vor diesen Überraschungen zu warnen. Sie hält das bei sich (1992) für eine Schwäche (vgl. ebd.).

Viele Entscheidungen zu treffen gehört auch zum Alltag von Heide Simonis. Das bereitet ihr wohl normalerweise keine Schwierigkeiten. Jedoch habe sie dann Angst, Entscheidungen zu treffen, wenn von ihr erwartet würde, sie solle die Starke spielen, obwohl sie in ihrer Meinungsbildung noch nicht so weit sei (KOELBL/SIMONIS 1999 [1994], S. 209).

Simonis ist davon überzeugt, die Überprüfung ihrer Entscheidungen und Beschlüsse sei *„eine Mischung aus Instinkt und dem „Auf-andere-Hören, wenn auch ungerne.“* Das bewahre vor Fehlern, *„die einem bei dem Wahnsinnstempo, das wir hier vorlegen, täglich passieren können. Ich habe da so eine Begabung: Wenn mir der Kopf sagt, das machen wir so, und trotzdem ein mulmiges Gefühl im Magen bleibt, scheue ich zurück wie ein Pferd, das nicht über die Hürde springen will. Mein ganzes Büro sitzt dann um mich herum und will mich überzeugen, aber ich mache es erst, wenn auch mein Bauch das O.K. gibt. Allerdings muß ich es dann manchmal akzeptieren, daß auch meine Mitarbeiter ihren Bauch ins Spiel bringen, wenn ich gerade in eine meiner Ideen verliebt bin“* (ebd., S. 212).

In der kritischen Analyse von Rita Süßmuth bezüglich des tradierten Habitus der Politiker in Entscheidungssituationen wird deutlich, welchem Erwartungsdruck SpitzenpolitikerInnen ausgesetzt sind. Entscheidungen werden - natürlich gerade in Krisensituationen - meist unter Zeitdruck gefällt. Das scheint sich in der Praxis aller hier gehörten Politikerinnen in Spitzenpositionen wieder zu finden. Bei ihnen hinterlässt dieser Zeitdruck offenbar unguete Gefühle. Aber sie sehen die Notwendigkeit ein, die entweder mit Effizienz (im Amt) oder mit Glaubwürdigkeit und dem Anschein von Übersicht und Kontrolle (für die KollegInnen oder BürgerInnen) begründet wird. Heide Simonis und Angela Merkel passen sich diesem Druck weitgehend an. Merkel vor allem, weil sie fürchtet als entscheidungsschwach zu gelten. Simonis gesteht der emotionalen (Instinkt oder Bauch-)Ebene große Bedeutung zu, wenn sie unter Zeitdruck steht und ihr rationale Argumente nicht ausreichen. Rita Süßmuth lehnt die Strategie übereilter Entschlüsse ab, kann die beobachtete Praxis analysieren und kritisieren, jedoch nicht verändern.

4.1.3.1.4 Eine andere Rationalität?

An dieser Stelle wird vor allem deutlich, wie nah die Politikerinnen den herrschenden Politikvorstellungen sind, wie sie einst ideal von Max Weber definiert wurden (vgl. Kapitel 2.2).

Die Politikerinnen, die aus dem Bereich der Wissenschaft in die Politik kamen, Süßmuth und Merkel, bereitete es offenbar zunächst besondere Schwierigkeiten, sich in der herrschenden Rationalität der Politik zurechtzufinden. Rita Süßmuth schildert es so: *„Bald bekam ich zu spüren, dass in der Politik ein rauber Wind weht. Meine bürgerlichen, meine akademischen und logischen Vorstellungen von Problemlösungen waren, wie ich sehr schnell merkte, offensichtlich nicht sonderlich politikgeeignet. In der Forschung versuchen wir ja in der Regel, Problemfelder so zu ordnen, dass wir annehmen, wir bewegen uns im Bereich gesicherter Erkenntnis oder da, wo wir uns solche verschaffen können. Wir haben den Überblick über das Wesentliche, der es uns gestattet, richtig zu handeln und erwünschte Ziele durch die logische Konsequenz unseres Handelns und Verhaltens zu erreichen“* (SÜSSMUTH 2000, S. 40). Was in der Forschung gilt, ist in der Politik nur bedingt anwendbar. Da sehe vieles ganz anders aus: *„Ganz falsch ging ich davon aus, dass die mir vertraute wissenschaftliche Rationalität auch auf den größeren gesellschaftlichen Rahmen übertragbar sei. Dass dies keineswegs so ist, ...musste ich ... nach und nach erst lernen...“* (ebd.).

Süßmuth hat aus Turbulenzen und Krisen viel gelernt, auf unterschiedlichen Ebenen (vgl. ebd., S. 134f). Dabei war ihr die Erkenntnis am wichtigsten: *„Wo es starke, irrationale Gegner gibt, finden sich auch rationale und mitempfindende Verbündete“* (ebd., S. 135). Es habe viele

Kämpfe gegeben, „*aber es hat sich jedes mal gelohnt, zäh, unbeirrbar und prinzipienstark zu sein. Hat man einmal begriffen in welche Richtung die Suche nach der Lösung gehen muss, darf man die Richtung auch nicht wechseln. Flüchten, umkippen, wegscheren, das ist es, worauf die Gegner hinarbeiten. Dass man ihnen diesen Gefallen nicht tun darf, dass wusste ich in aller Klarheit. Ich wollte versuchen durch Argumente zu überzeugen, durch einen Appell an pragmatisches Handeln, Sachlichkeit und Mitempfinden. Und ich lernte es an fast jedem Tag: Wer nicht kämpft hat schon verloren*“ (ebd.).

Politik ist Kampf - auch für Rita Süßmuth. Dabei folgt dieser Kampf bestimmten Rationalitäten und Vernunftvorstellungen. In dieser Beschreibung ist die Irrationalität bei den politischen Gegnern zu finden, die Verbündeten sind rational und auch vom Gefühl her auf der richtigen Seite. Anzunehmen ist aber, dass die politischen Gegner ihre eigenen rationalen Ziele verfolgen - in Abhängigkeit ihrer Interessen. Rational ist also das, was einen Sinn verfolgt. Rational ist demnach aber keineswegs autonom oder gar objektiv.

Angela Merkel ist davon überzeugt, dass die Zuschreibungen aus ihrem Doppeletikett »Frau plus Ostdeutsche« nicht zutreffen. Vielmehr ist ihr Denken von ihrer naturwissenschaftlichen Bildung geprägt, was sie weder leugnen könne noch wolle, denn es mache ihre Persönlichkeit aus. Sie nutzt diese Fähigkeiten und versucht, rationales Denken in die Diskussionen zu bringen: „*Das überraschte manche Männer, die ja gerne umgekehrt argumentieren, und meinten Frauen könnten das gar nicht*“ (MERKEL/MÜLLER-VOGG 2004, S. 132).

Merkel machte die Erfahrung in der westdeutschen Politik, dass sie immer zu ehrlich und zu duldsam gewesen sei. Sie habe einfach zuviel Zeit damit zugebracht, „*auf ganz normale menschliche Einsicht zu hoffen. Aber darauf können Sie in der Politik lange warten*“ (KOELBL/MERKEL 1999 [1998], S. 60).

Sie sei durch ihre naturwissenschaftliche Ausbildung relativ pragmatisch eingestellt. Sie gehöre zu denen, die lieber an einem Kompromiss arbeiten als mit einer bestimmten Auffassung in die Öffentlichkeit zu gehen, weil ihr an praktikablen, politisch durchsetzbaren Lösungen gelegen sei. Merkel, mit Blick auf ihr damaliges Ressort: „*Frauenpolitik, Sexualstrafrecht, Novellierung des § 218 - allesamt Gesetzesvorhaben, die in den nächsten zwei Jahren wohl kaum mehrheitsfähig sein werden. Meine ganze Frauenpolitik besteht jetzt aus solchen heiklen Angelegenheiten. Also versuche ich zunächst einmal, Fraktion und Partei von einer Linie zu überzeugen, damit etwas Meßbares herauskommt. Das ist dann meistens weniger, als ich gehofft und erwartet habe*“ (ebd. [1992], S. 51).

Angela Merkel, die Wissenschaftlerin in der Politik, versucht ebenso wie Rita Süssmuth, logisch zu handeln, wie sie es gewohnt war. Sie setzt auf vernünftige Einsichten und geht dabei pragmatisch vor, damit etwas Messbares dabei heraus kommt. Beide verfolgen eine Politik der kleinen Schritte („Bohren von dicken Brettern“, vgl. WEBER im Kapitel 2.2 und vgl. auch HAMM-BRÜCHER sowie MEYER in dieser Arbeit). Merkel und Süssmuth erkennen die Diskrepanz der unterschiedlichen Maßstäbe und Vorgehensweisen in Politik und Wissenschaft. Sie versuchen ihre Erfahrungen der Logik in die Politik einzubringen, sehen aber kaum Erfolgchancen für eine nachhaltige Veränderung.

Zusammenfassend finden sich Frauen innerhalb der politischen Strukturen fast permanent in der Verteidigungs- und Rechtfertigungshaltung wieder. In der politischen Einstiegsphase sehen sie sich mit den alten Ritualen in männlich geprägten Strukturen konfrontiert. Sie müssen sich immer wieder gegen die männlichen Machtansprüche innerhalb - auch und vor allem - gegenüber den eigenen Parteimitgliedern behaupten. Sie jonglieren mit den Erwartungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen und den ökonomisch, ebenfalls nach männlichen Maßstäben strukturierten Forderungen. Sie müssen den meist irrationalen Anforderungen hinsichtlich ihres äußeren Erscheinungsbildes entsprechen und nehmen Demütigungen und Anwürfe verschiedenster Art hin. Aufgrund der Arbeitszeiten bleiben die familiären und privaten Kontakte auf der Strecke. Welcher Art von Rationalität folgt das? Es entspricht einer Rationalitätsvorstellung innerhalb tradierten und eingeübten Muster, variierend nach den jeweilig individuellen Vorstellungen der Macht- und Amtsträger. Diese rationalen Praxen sind weder geschlechtsneutral, noch objektiv, noch autonom.

4.1.3.2 Kompetenzen und Strategien: Eigenschaften, Fähigkeiten, Lernschritte

Um in der politischen Sphäre erfolgreich zu sein, entwickeln die Politikerinnen unterschiedliche Strategien und Praktiken. Das Ziel ist, sich durchsetzen zu können oder überhaupt gehört, wahrgenommen und akzeptiert zu werden. Dazu setzen sie ganz unterschiedliche vorhandene Kompetenzen ein oder erwerben - je nach Anforderung und Selbstverständnis - neue hinzu.

Dieser Abschnitt ist insofern erhellend, als die Frauen die in die Politik gehen, etwas vorfinden, was sie vorher (vielleicht) nicht kannten. Wie gehen sie dann damit um, und wie verändern sie sich oder die Strukturen? Möglicherweise wird hier eine pragmatische Anpassung erkennbar ist, die eben das Eigene/Andere (möglicherweise frauenspezifische)

negiert. Außerdem zeigt es Vorstellungen von Tugenden, Prioritäten und Eigenschaften, die ein Veränderungspotential erkennen lassen oder sich am herrschenden Politikverständnis orientieren und damit gar nicht verändernd wirken können - schon weil das Bewusstsein dafür nicht vorhanden ist.

Dementsprechend wird hier danach gefragt: Wie sehen diese Kompetenzen und Fähigkeiten aus, die die Politikerinnen mitbringen oder hinzulernen? Welche Konzepte und Strategien sind für die Politikerinnen erfolgreich?

Hamm-Brücher erlebt sich in der Politik zunächst als zwiespältig. Einerseits kann sie sich gegen „die Männer“ gut behaupten und „emanzipiert“ sich persönlich von „*männlicher Protektion, ja selbst gegen ihren (dem männlichen) Widerstand.*“ Andererseits sieht sie sich dadurch Zuschreibungen ausgesetzt, die ihr nicht behagen. Sie hatte sich Respekt verschafft, und sie festigte ihren Ruf „*der einzige Mann im bayerischen Landtag*“ zu sein. Dies teils zu ihrer Belustigung und teils zu ihrem Leidwesen, „*denn so wie die (meisten) Männer wollte ich Politik ja eben nicht verstehen*“ (Hamm-Brücher 1999, S. 143). Neben der Äußerung, dass sie Politik anders als die meisten Männer verstehen wolle, steht der Stolz darauf, dass sie sich gegen männlichen Einfluss und den Widerstand behaupten kann. Sie scheint hier den Ausdruck emanzipiert synonym zu autonom zu benutzen.

Eine notwendige Strategie, um als Frau in der Politik erfolgreich zu sein, ist für Hamm-Brücher demnach, sich unabhängig von männlicher Unterstützung zu machen und sich darüber hinaus gegen diese durchzusetzen. Dabei verfolgt sie zudem noch den Anspruch, anders zu sein als die Männer. Sie wollte offenbar ihre weibliche Identität wahren. Nicht genug, dass sie sich damit in den bekannten widersprüchlichen Anforderungen von Frauen in der Politik generell befand - zumal in ihrer Zeit (ab 1949). Für sie stehen diese Bestrebungen im deutlichen Widerspruch zu ihren sonstigen Beschreibungen und Meinungen über Männer in der Politik (sie schreibt auffällig häufig geradezu ehrfürchtig von vielen Politikern und Wissenschaftlern, mit bekannten Namen, die ihr begegnet sind) und zu ihrer tatsächlichen Karriere, die - nach eigenen Aussagen - vor allem durch Männer, zum Teil gegen ihren ausdrücklichen Willen, gefördert wurde (vgl. auch Kapitel 4.1.3).

Sie entwickelte Strategien, damit sie sich möglichst kompetent in den Strukturen bewegen konnte. Als Staatssekretärin im Auswärtigen Amt ging sie dabei auf bestimmte Weise vor: Auch ohne ausdrückliche „Zuständigkeit“ versuchte Hamm-Brücher, sich für alle Felder der auswärtigen Beziehungen Wissen und Kompetenz anzueignen. Sie wollte die Geheimnisse des Auswärtigen Amtes von der Pike auf ergründen. Dazu „*lauschte (sie) aufmerksam, was sich*

alles hinter den Kulissen des Weltgeschehens zugetragen hatte und welche Stellung das Auswärtige Amt dazu einnahm“ (ebd., S. 143).

So versuchte sie sich als erstes *„einen Durchblick zu verschaffen, sodann eigene Kompetenzen zu erwerben und schließlich anhand von Empfehlungen der Enquete-Kommission des Bundestages ein regierungsamtliches Konzept zu modellieren“* (ebd., S. 239). Sie zeichnet von sich das Bild einer aufmerksamen und gelehrigen Schülerin. Bei der Durchsetzung dieser Modelle und Konzepte musste sie ihr „Durchsetzungsvermögen“ (ebd., S. 249) beweisen. Hamm-Brücher geht bei dieser Durchsetzung durchaus taktisch vor, indem sie z.B. „informelle“ Papiere an den richtigen Stellen einsetzt, damit sie nicht informell (ebd., S. 242) bleiben.

Besonders erfolgreich erlebte sie sich bei der Beschaffung zusätzlicher finanzieller Mittel (vgl. ebd., S. 243). Weitere Kompetenzen, die sie mitbrachte oder erwarb, sind das Schreiben und Reden. Schreiben konnte Hamm-Brücher schon von frühester Jugend an. Reden bereitete ihr über Jahrzehnte *„wie wohl den meisten Frauen“* (ebd., S. 335) Qualen und Ängste. Nach einigen Jahren sagten ihr manche, sie könne gut reden, was sie selbst aber bezweifelt (vgl. ebd., S. 335).

Klare Vorstellungen davon, wie sie selbst in der politischen Sphäre agiert, hat Heide Simonis. Sie beschreibt, was sie an qualifizierenden Eigenschaften für die Politik mitbringt, was sie gelernt hat und welche Strategien sie erfolgreich anwendet:

Es gibt nach eigener Einschätzung einige nützliche Eigenschaften aus der Sozialisation, die Heide Simonis mitbringt: Der Vater habe ihr eher positive Eigenschaften vermittelt, wie preußische Disziplin, aber auch Weichheit, Zugewandtheit, Geselligkeit. Seine drei Töchter habe er gleichmäßig gut behandelt. Von ihm habe sie ihren Sinn für Fairplay (vgl.

KOELBL/SIMONIS 1999 [1992] S. 201).

Von der Mutter habe sie die Härte und Zähigkeit geerbt, sie kämpfe jedoch gegen den Einfluss ihrer Mutter an. Mit ihrer Härte kompensiere sie die mangelnde Anerkennung der Mutter (ebd.).

Über sich, so Heide Simonis, habe sie gelernt, dass sie führen und sich durchsetzen könne und noch viele Ideen und Vorstellungen für die Zukunft habe. Sie könne inzwischen auch Kompromisse zwischen verkrachten Menschen moderieren. Gegenüber der Bundesregierung habe sie sich stets loyal verhalten. Jedoch sei sie wenig hierarchiegläubig und sie könne Konflikte ertragen (vgl. ebd., S. 216). Und sie habe gelernt, mit den Leuten, mit denen sie nicht gern ihre Freizeit verbringen würde, die sie also nicht mag, etwas

vorsichtiger umzugehen (vgl. ebd., S. 206). Gelernt habe sie ebenfalls zielorientiertes Verhandeln (vgl. ebd., S. 221). Sie sei eine gute „*Verhändlerin*“ (ebd., S. 214). Sie könne Leute herumkriegen, ohne dass sie es als Verlust bemerken und ohne dass sie ihr Gesicht verlören (vgl. ebd., S. 221). Und sie habe viel Glück gehabt bei vielem was sie geschafft habe. Sie sei zwar schadenfroh (in einer bestimmten Situation), aber nicht nachtragend. Das sei viel zu anstrengend (vgl. ebd., S. 209).

Verlernt habe sie hingegen das Kochen (vgl. ebd., S. 214 und 221). Ebenfalls verlernt habe sie sparsam zu sein, auf Freunde Rücksicht zu nehmen, zu Hause Gäste zu haben. Ihr Job sei nicht gerade freundschaftsfördernd. Sie sei gleichzeitig sensibler und härter geworden. Man dürfe nicht sentimental werden. Emotionen, die durch bestimmte Themen freigesetzt werden, müsse man auch wieder einfangen und umsetzen können (ebd.).

Sie habe früher einmal versucht, sich selber einzuschätzen und sich für einen netten Menschen gehalten. Inzwischen halte sie das jedoch für eine Fehldiagnose. Es sei ein ganzes Stück Härte in ihr. Das dringe offenbar auch nach außen durch, aber weder habe sie jemals gemeine Tricks angewandt, noch nachgetreten oder intrigiert. Sie wolle sich durchsetzen und sei dabei kein „Engelchen“. Aber die Regeln des Fairplay bedeuten ihr etwas. Zunächst solle man es mit Freundlichkeit und Sachlichkeit versuchen. Dabei entstünde jedoch eine andere Gefahr, dass man Freundlichkeit rein taktisch einsetze. Frauen müssten dabei besonders aufpassen. Zumindest die Frauen ihrer Generation hätten gelernt, ihre Ziele mit ein bisschen Charme und Flirten zu erreichen. Die Männer täten im Übrigen das Gleiche. Jeder versuche doch, sich von seiner besten Seite zu zeigen und bei Erfolg setze er bestimmte Mittel immer wieder ein.

Am Ende brauche man nur noch seine Standardsätze und sein Standardlächeln mitzubringen. Davor allerdings rette sie ihr beweglicher Adrenalinpiegel. Sie rege sich leicht auf und sage dann Dinge, die sich nicht gehörten (vgl. ebd., S. 200f). Aber sie wolle nicht in jeder Situation perfekt sein, und die Leute erwarteten dies auch gar nicht (vgl. ebd., S. 201).

Simonis beschreibt ihren Führungsstil als recht locker, ihre Entscheidungen oder Forderungen sind oder sollten begründet sein. Sie setze sich nicht um jeden Preis durch, sondern arbeite und entscheide möglichst im Team. Das sieht sie auch als eine ihrer typisch weiblichen Führungsstile an – ansonsten sei sie eher an männliche Verhaltensweisen angepasst (vgl. ebd. S. 200, 206, 209). In ihrem Job müsse man absolut zuverlässig, absolut loyal sein, in den Hintergrund treten können; eigentlich alles Qualitäten, die sonst Frauen

nachgesagt würden. Trotzdem sei weit und breit keine Frau in einer vergleichbaren Position wie sie. Das liege daran, dass man auch „wegbeißen“ können müsse, ein Fighter sein, verteidigen, zubeißen und trotzdem dürfe das ganze Haus nicht in Tränen ausbrechen. Das können Frauen vielleicht nicht so gut, mutmaßt Simonis (vgl. ebd., S. 214).

Eigentlich will Simonis, dass sich alle am Kabinetttisch wohl fühlen (vgl. ebd., S. 206). Sie wende keine gemeinen Tricks an, und sie sei nicht nachtragend (vgl. ebd., S. 200, 209). Ihr strotzendes Selbstbewusstsein werde oft nur von einer kopfgesteuerten Vorsicht abgemildert. Aber würde sie - umgekehrt - ständig denken, dass es nicht gut ginge, könne man einen Job wie den ihren nicht machen. Sie bringe eine gewisse Sturheit mit. Eine Sache, die sie angefangen hat, müsse sie - koste es was es wolle - bis zum Ende bringen. Dann finde sie Zahlen spannend, denn sie habe gemerkt, die eigentliche Macht ist dort, wo das Geld verteilt wird. Ein gesunder Ehrgeiz sei gut, aber auch die Gewissheit, dass ein Rückzug möglich sei, denn Politik sei nicht das ganze Leben (vgl. ebd., S. 200).

Im Ergebnis geht es für Simonis also in der Politik im Wesentlichen um großes Durchsetzungsvermögen, das Härte erfordert, auf der einen, aber auch um Loyalität und Fairplay auf der anderen Seite. Dabei warnt sie vor Fallen und Verhaltensweisen, über die vor allem Frauen stolpern können (wie taktische Freundlichkeit) und schätzt hier gleichzeitig einen eher weiblichen Führungsstil, den sie als teamorientiert definiert.

Gute Voraussetzungen, um in der Politik erfolgreich zu sein, erkennt Antje Radcke. Nach ihrer Selbstwahrnehmung kann sie gut Menschen überzeugen, ohne sie zu überrennen (RADCKE, S. 71). Sie lehnt Klüngelei und Machtspiele ab (vgl. ebd., S. 106f). Gelernt habe sie aber, sich auch Verbündete unter den JournalistInnen zu suchen. Inzwischen sei sie davon überzeugt, es sei Notwehr und nicht Unehrllichkeit, wenn sie sich gegen Intrigen verteidige. Sie müsse diese Verbindungen nutzen, denn ohne Macht und Einfluss ließen sich politische Ziele eben nicht verwirklichen (vgl. ebd., S. 107). Sie kommt für sich zu dem Schluss, dass ihre Auffassung von Führungsstil im Moment nicht gefragt sei. Sie habe aber das Gefühl, die viel beklagte Politikverdrossenheit hänge auch mit dem Gefühl der Menschen zusammen, permanent verschaukelt zu werden (vgl. ebd.).

Sie erlebt sich in ihrer politischen Position als machtvoll und machtlos zugleich: Machtlos, weil sie als Bundessprecherin der Grünen kein stimmberechtigtes Mitglied in Bundestag oder Bundesrat war, und weil sie die sonst üblichen Machtgebahren für sich ablehnte. Machtvoll war sie, weil sie Grenzen zwischen völlig unterschiedlichen Positionen überwinden helfen konnte, weil sie eine Sprache gesprochen habe, die nicht nur

Intellektuelle verstehen konnten, weil sie Menschen für sich gewinnen konnte, die ansonsten mit den Grünen *„nichts am Hut gehabt“* (ebd., S. 203) hätten. Sie habe versucht, ehrlich und glaubwürdig zu bleiben. Dabei habe sie vor allem in erster Linie im Interesse der Partei gehandelt (vgl. ebd., S. 203).

Angela Merkel scheint besondere Fähigkeiten zu besitzen, um sich in den politischen Spitzenpositionen zu behaupten. Sie glaube aber daran, dass sie ihre steile Karriere eher den glücklichen Umständen zu verdanken habe.

„Wäre ich mit denselben Eigenschaften in der Bundesrepublik aufgewachsen, wäre mir das nicht passiert“ (KOELBL/MERKEL 1999 [1991], S. 47). Aber sie räumt ein, dass auch die Persönlichkeit eine Rolle spiele. Sie habe auf eine gewisse Art Beharrlichkeit und Durchsetzungsvermögen und könne ebenso nachgiebig sein und sich mit Kompromissen abfinden. Darüber hinaus habe sie gute Nerven und könne mit ihren Kräften haushalten. Allerdings sei sie noch nicht so hart gesotten, wie sie vermutet, dass man es in der Politik auf Dauer sein solle. Sie könne bei sich Ehrgeiz und Freude an ihrem Tun nicht gut unterscheiden. Ihr Ehrgeiz liege darin, ihre jeweiligen Aufgaben vernünftig zu bewältigen, das habe zu ihrem schnellen Aufstieg geführt. Das ängstige sie eher. *„Da frage ich mich manchmal, ob das alles zusammen nicht zuviel für mich ist, denn was ich tue, will ich auch vernünftig tun.“* (ebd.).

Sie schreke nicht vor Herausforderungen zurück, die gehe sie aber eher mit Vorsicht als mit großer Euphorie an. *„Ich stürze mich nicht ins Abenteuer, ohne über den Sinn des Ganzen und das Risiko des Scheiterns nachzudenken.“* (ebd.) Manchmal habe sie Selbstzweifel. Menschen, die das nicht kennen, finde sie schlimm. Und sie empfinde es als seltsam, wäre sie der Überzeugung, sie sei als einzige für ihren Posten geeignet und würde immer alles großartig machen (vgl. ebd., S. 48).

Merkel beschreibt ihre Fähigkeiten und Qualitäten für die Politik weiter so, dass sie gut zuhören könne. Das sei wichtig, um den Aktionsradius und die Akzeptanz zu verbreitern. Dann habe sie gelernt, dass Politik durchaus im Bohren von dicken Brettern bestehe. Sie sei schon sehr störrisch, wenn es um bestimmte Grundlagen und Grundpositionen ginge. Sie plane nicht alles bis ins Letzte, manchmal sei sie zu oberflächlich, dadurch aber schnell. Wenn sie ihre Aufgaben nicht mehr bewältigt, werde sie panisch, aber das passiere nicht oft, denn sie habe ein Gespür dafür, was sie sich leisten könne. Ansonsten sei sie *„ein wenig unordentlich, ungeduldig, schreie manchmal herum, plaudere gerne und verquatschte mich leicht.“* (ebd. [1993],

S. 52f). Und trotz ihres Ehrgeizes lasse sie sich nicht gern ihren Sonntagabend kaputtmachen (vgl. ebd.).

Sie musste lernen, dass sie nicht zu lange zögern und darauf hoffen durfte, die Dinge würden sich von selbst regeln. Auch war sie in der Vergangenheit zu vertraulich mit den Leuten umgegangen. Sie habe sich gleich an die Öffentlichkeit wenden sollen. Denn eigentlich gewinne immer der, der sich nicht an die Spielregeln halte. Das hat sie lange nicht glauben wollen, aber so sei es. Sie habe gelernt, die Mechanismen in der Politik besser zu durchschauen, und nun würde sie wissen, mit wem sie reden müsse (vgl. ebd. [1995], S. 54; vgl. auch SÜSSMUTH, RADCKE).

Darüber hinaus habe sie gelernt, effektiver und ruhiger zu werden. Sie distanziert sich leichter und kann besser von der Politik abschalten. Früher befand sie sich in einem ständigen Ausnahmezustand. Vielleicht sei sie einfach abgestumpfter. *„Bei so vielen Extremsituationen stumpft der Mensch ab. Man muß Überlebensstrategien entwickeln. Wenn man wirklich hohe Extremwerte erlebt, sind eben die mittleren Amplituden, die einen früher aus der Bahn geworfen hätten, nur noch mittelbar dramatisch“* (ebd., S. 55), sagt die Physikerin. Gelernt habe sie weiter, bei politischen Konflikten besser zu pokern, Entwicklungen abzuwarten und dadurch viel bessere Resultate zu erzielen (vgl. ebd.).

Sie habe Routine gewonnen, sei sicherer geworden und komme mit ihrer Rolle gut klar. Sie mache sich bestimmte Schablonen zu eigen, *„damit nicht jeder einem alle Gefühle an der Nasenspitze ansieht. Außerdem rechne ich inzwischen prinzipiell damit, daß ich fotografiert werden könnte, und verstelle mich deshalb mehr.“* (ebd. [1997], S. 58). Dass sie nach außen sicherer wirke, sei wahrscheinlich eine Mischung aus dem Spielen einer Rolle und dem Einssein mit sich selbst. Merkel musste lernen, entschlossen zu kämpfen - bisher aber noch nicht genug. Nach ihren negativen Erfahrungen als Umweltministerin, als man sie in einer Krise niedermachte, habe sie sich geschworen, sich nicht mehr so viel bieten zu lassen. Und das mache ihr nun sogar Spaß: *„Das ist so ein bißchen wie Schiffe-Versenken. Wenn ich einen Treffer lande, finde ich das unheimlich toll.“* (ebd.).

Angela Merkel schätzt sich als ein sehr abwartender, erst einmal distanzierter Mensch ein. Sie brauche etwas Zeit, um Vertrauen zu schöpfen, erst dann werde sie lockerer. Jedoch sei die Kontaktpflege in der Politik existentiell. Ein gezielter Einsatz dieser Pflege erleichtere das Durchsetzen von Interessen. Es würde von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, aber sie habe manchmal den Eindruck, man brauche in der Sache gar nicht nachzugeben, wenn

man nur mit den Leuten spräche und erklären würde, warum man etwas tut. Das lief nicht auf formellen Kanälen, sondern am Rande des Plenums, beim Mittag- und Abendessen.

Von Vorteil scheint es ihr auch zu sein, im Stillen viel zu bewegen, das gelänge am besten, während alle an vorderster Stelle mit anderen Fragen (z.B. der Arbeitsmarktfrage) beschäftigt seien (vgl. ebd., S. 57). Sachthemen sollten im Vorfeld geklärt werden. Und um diese dann als Gesetz verabschieden zu können, müsse man sich eine Lobby aufbauen.

Sie sei nicht persönlich verletzend zu den Leuten. Jedoch in der Sache sei sie klar. Sie habe sich damit abgefunden, dass man für seine Interessen erst einmal alleine kämpfen müsse und auch auf mutige Ratschläge hören solle. Und man müsse sich taktisch geschickte Wege überlegen, um die eigenen Leute nicht zu verprellen. *„Man muß das Gedankengut und die Gefühle der eigenen Truppe aufnehmen, sonst haben Sie es schon vergeigt, bevor Sie begonnen haben.“* (ebd., S. 58).

Merkel warnt ihre Gegner vor sich: Wenn die Leute denken würden, man könne sie leicht über den Tisch ziehen, nur weil sie so freundlich und unscheinbar aussähe, wäre das eine falsche Vorstellung. Ihr falle das Angreifen leichter als manche denken. Gerade in der Auseinandersetzung im Kontext der Kernenergie habe sie viel zum Thema Angriff gelernt und sie sei schärfer geworden. Aber sie glaube nicht, dass Angreifen ihre Hauptfunktion als Generalsekretärin sein könne. Sie möchte der Partei auch Fröhlichkeit vermitteln, denn sie habe gelernt, dass es in einer Partei auf die Stimmung ankommt. *„Die Partei ist nicht irgendein akademisches Seminar, sondern hat mit dem Leben zu tun. Trotzdem ist das jetzt Neuland für mich, und es ist auch viel emotionaler als alles, was ich bis jetzt gemacht habe.“* (ebd.).

Merkel zählt weitere Strategien auf, die vorteilhaft dafür sind, um in der Politik erfolgreich zu sein: Sie möchte Mehrheiten finden und die Leute von ihren Ideen überzeugen. Sie möchte das richtige Maß an Beweglichkeit und gleichzeitig wissen, wann man sagen muss: Keinen Schritt weiter! Wichtig sind ihr eine absolute Termintreue, die Fähigkeit, sich sein Leben von anderen planen zu lassen *„und - ganz wichtig - das Abschalten-Können, also die Fähigkeit, sich zu sagen: Ich vergesse das alles jetzt mal für ein paar Tage, ein paar Stunden.“* Das allerdings falle ihr schwer (ebd. [1998], S. 60).

Als Politiker müsse man mit der Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität leben, sonst könne man gleich aufgeben. Und manchmal sei ein Kompromiss vielleicht eben gerade dann gut, wenn alle Beteiligten am Ende schlechte Laune haben - da müsse sie sich dann

alleine freuen (vgl. ebd. [1995], S. 55). Merkel wünscht sich, die Menschen würden sie so wahrnehmen, dass sie wissen, man könne sich auf sie verlassen (vgl. ebd. [1993], S. 52).

Aus DDR-Sicht habe es immer geheißen, Bonn sei ein glattes Pflaster, auf dem man leicht zu Fall gebracht würde. Sie habe sich jedoch ihre Gutgläubigkeit bewahrt. Sie leide noch nicht unter Verfolgungswahn und der Vorstellung, in Bonn liefe alles über Intrigen und Mauscheleien. Vielmehr sehe sie zu ihrem Erstaunen, welche große Rolle das Element des Zufalls und die persönlichen Einzelentscheidungen in der Politik spielen. Und sie vermutet, dass im Laufe der Zeit die Schutzfunktionen, die man sich zulegt, immer wichtiger werden. Denn bestimmte Dinge seien nur durchsetzbar, wenn man relativ schablonenhaft reagiert und sich nicht alles zu Herzen nimmt. *„Manch einer sieht in dieser Glätte eine große Errungenschaft, aber im Grunde ist sie etwas sehr Bedauerliches.“* (ebd. [1991], S. 48). Sie versuche inzwischen so zu leben, wie es ihr entspricht (vgl. ebd., [1992], S. 50).

Sie wünsche sich, dass sie für gute Arbeit Anerkennung bekommt. Und sie hätte gern, dass die Leute sagen, sie habe es geschafft, obwohl sie eine Frau sei. Ihre Freunde sollten sagen, sie sei so geblieben, wie sie sie mögen. Außerdem wünsche sie sich, dass die Menschen aufhörten ständig darüber zu reden, was sie nun wieder für *„Klamotten“* trüge (vgl. MERKEL/MÜLLER-VOGG, S. 207). Und vor allem wünscht sie sich mehr Zeit, denn Zeitdruck ist ein ungeliebter Dauerbegleiter (vgl. ebd., S. 215).

Das Geschilderte ist eine Auswahl vieler Strategien, die jede einzelne Frau für sich entwickelt. Jede Politikerin pflegt ihre eigenen Schwerpunkte und Praktiken. Bestimmte Voraussetzungen bzw. Eigenschaften sind demnach günstig, um sich zu behaupten. Es ist keine Überraschung, dass man sich in der Öffentlichkeit möglichst gut und verständlich ausdrücken können sollte. Die Gabe des Schreibenkönnens ist sicherlich nicht jedem gegeben, aber vorteilhaft, wie für Hildegard Hamm-Brücher. Preußischer Disziplin mit Zähigkeit und Härte kann Heide Simonis Weichheit, Zugewandtheit, Geselligkeit und den Willen zum Fairplay entgegensetzen.

Auch Angela Merkel stellt ihren Qualitäten, die sie mit Beharrlichkeit und Stehvermögen beschreibt, eine gleichzeitige Nachgiebigkeit und Kompromissbereitschaft gegenüber. Gute Nerven und die Fähigkeit abschalten zu können scheinen wichtig. Sie hat den Ehrgeiz, ihre Aufgaben vernünftig zu erledigen und nimmt Herausforderungen gern an, und sie kann gut zuhören. Dabei geht sie vorsichtig und durchaus auch mit maßvollem Selbstzweifel vor. Hier werden Eigenschaften beschrieben, die nützlich dafür sind, sich durchzusetzen und gleichzeitig geeignet sind, ein gutes Konfliktmanagement zu führen.

Werden die oben gemachten Aussagen weiter zusammengefasst, lassen sich die folgenden Eigenschaften und Wertvorstellungen herausstellen: Die Politikerinnen sind kämpferisch. Sie verfügen sowohl über Durchsetzungsvermögen, Sturheit, Härte und Zähigkeit, als auch über die Fähigkeit weg- und zuzubeißen. Sie können entschlossen sich und ihre Interessen verteidigen. Dazu kommt ein guter politischer Instinkt. Zum anderen sind für Politikerinnen hilfreich: Ein gesunder Ehrgeiz, Spaß am Handeln, Freude an Zahlen, das richtige Maß an Selbstbewusstsein und zuversichtlichem Denken, Kreativität, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und in den Hintergrund treten können.

Günstig sind weiter kommunikativ-vermittelnde Qualitäten: Sie können gut schreiben und reden, sie schlichten Konflikte und moderieren. Sie haben ein gutes Verhandlungsgeschick und zeigen Kompromissbereitschaft. Die Politikerinnen bezeichnen sich als weich, zugewandt und gesellig. Sie können zuhören, aber auch Grenzen setzen und darüber hinaus zeichnet sie absolute Termintreue und die Fähigkeit aus, sich ihr Leben planen zu lassen.

Die Politikerinnen folgen den Wertvorstellungen von „preußischer Disziplin“ (Hamm-Brücher), Zivilcourage, absoluter Loyalität, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Vernunft, gesundem Selbstzweifel, Effektivität, Unaufgeregtheit, Gelassenheit, Distanziertheit, Empathie und Geduld. Vergleicht man diese Qualitäten mit den Vorstellungen eines Max Webers (vgl. Kapitel 2.2), also mit den herkömmlichen Wertvorstellungen von Politik, so herrschen diese in der Gegenwart weiter. Jedoch bleiben sie gestern wie heute weitgehend Idealvorstellungen.

Entscheidungen oder Forderungen sollen begründet sein, Menschen sollen überzeugt werden, ohne sie zu überrennen: Führen durch Überzeugen (Radcke, Merkel). Simonis Führungsstil ist eher locker („typisch weiblich“) - sonst eher an männliche Verhaltensweisen angepasst.

Eine existenzielle Aufgabe kommt der Kommunikation zu. Man sollte: Verbündete suchen, Verbindungen nutzen, eine sachliche Auseinandersetzung führen, kooperativ sein statt Konflikte schüren. Außerdem sollten Politikerinnen sich aber durchsetzen, keine Vertraulichkeiten pflegen, immer an die Öffentlichkeit gehen. Kontaktpflege ist demnach existentiell. Man muss wissen, mit wem man redet. Die PolitikerInnen sollen Sicherheit haben in der Position, die sie vertreten; in der Sache also klar sein, aber nicht persönlich verletzend (Merkel). Für das persönliche Überleben sind Schutzfunktionen wichtig. Man solle mit Vorsicht und Weitsicht Herausforderungen annehmen, authentisch leben, nach

außen sicher wirken, erklären können, warum man etwas tut, aber sich nichts bieten lassen (Merkel).

Sinnvolle Erkenntnisse, die die Taktik des Vorgehens bestimmen, sind: Es gewinnt immer der, der sich nicht an die Spielregeln hält. Es gilt, die Mechanismen in der Politik zu durchschauen, bei politischen Konflikten zu pokern und Entwicklungen abwarten. Gesetze und Beschlüsse lassen sich besser im Stillen bewegen, während die Menschen mit etwas anderem beschäftigt sind. Das bedeutet, man muss in der Lage sein, sich taktisch geschickte Wege zu überlegen, um die eigenen Leute nicht zu verprellen. Es ist weiter von Vorteil, zunächst alleine zu kämpfen, dann aber auch auf mutige Ratschläge zu hören. Ebenfalls sinnvoll ist es, die Gedanken und Gefühle der anderen aufzunehmen. Man braucht ein paar gute Freunde und Vertraute um sich. Das bedeutet auch, mit anderen gut umzugehen, weil dadurch Vertrauen wächst (Merkel).

Jenseits aller Strategie gehört Glück zum Erfolg (Simonis, Merkel) und der Zufall spielt eine große Rolle bei persönlichen Einzelentscheidungen in der Politik (Merkel).

Abgelehnt wird bestimmtes männliches Durchsetzungsverhalten. Das sind zum Beispiel die Erfahrungen und Wahrnehmungen von Angela Merkel, dass sie körperlich bedrängt werde (durch „*innerliches aufblähen und gegenseitiges übertönen*“, Merkel). Unerträglich findet Heide Simonis dumme, arrogante Männer und unsichere und als Folge zickige Frauen. Aber auch Zögern, Naivität und Gutgläubigkeit sind schlechte Eigenschaften und Strategien. Tränen als kalkulierte Emotionalität ist ebenfalls kein probates Mittel um sich durchzusetzen (Merkel).

Insgesamt wünschen sich die Politikerinnen mehr Zeit für die FreundInnen und die Familie, um Atem zu holen und kreativ sein zu können, und sie wünschen sich Anerkennung für gute Arbeit.

Diese Aussagen der Politikerinnen über ihre Strategien und Qualitäten scheinen keine eindeutigen Schlüsse zu frauenspezifischen Vorgehensweisen in der Politik zuzulassen (vgl. auch die Studie von MEYER, 1997). Zu prüfen wäre im Einzelnen, ob die Herangehensweisen an politisches Handeln von Antje Radcke, die den Rückzug aus der Politik gewählt hat¹, eigenständige Ansätze zur Veränderung der politischen Strukturen zulassen. Darüber hinaus

¹ Wie viele Politikerinnen (vgl. u.a. auch MARTINY) hat sich auch Antje Radcke resigniert aus der Politik verabschiedet. Diese Abkehrbewegungen von Politikerinnen aus Spitzenpositionen wäre spannungsreicher Inhalt einer weiteren Untersuchung.

lassen sich die Aussagen der Politikerinnen ebenso für männliche Strategien und Wertvorstellungen denken. So scheinen Frauen zunächst keine neuen Qualitäten in politische Strukturen und Prozesse einzubringen um sie eventuell zu ihren Gunsten zu gestalten. Im Ergebnis gibt es für die Politikerinnen zwei Grundstrategien: Sie passen sich den vorgefundenen Strukturen an oder sie wenden sich ab.

4.1.3.3 Empfehlungen der Politikerinnen an ihre Kolleginnen

Die Politikerinnen setzen bestimmte Strategien und Taktiken ein, um ihre Ziele zu verfolgen. Dabei sind persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten für sie hilfreich. Welche Empfehlungen sprechen sie allgemein für Frauen (und Männer) in der Politik aus? Wie sollten Frauen ihrer Meinung nach in der politischen Sphäre agieren? Welche Vorstellungen und Werte werden damit transportiert? Sind diese Empfehlungen geeignet, Veränderungen in den herrschenden politischen Strukturen zu unterstützen?

4.1.3.3.1 Was von Männern in der Politik zu lernen ist

Für Hildegard Hamm-Brücher ist die Emanzipation ein hoher Wertmaßstab, und diesen legt sie dann auch an andere Menschen in der Politik an. Sie möchte „*unabhängige Köpfe*“ innerhalb der Partei, die jedoch, so Hamm-Brücher, in ihrer Fraktion durchaus endlich seien (HAMM-BRÜCHER 1999, S. 234).

Mit Blick auf Helmut Schmidt schreibt sie, dass er ruppig mit Frauen umginge. Er versuchte sie einzuschüchtern, man müsste bei ihm auf penetrante Fragen und schlechte Laune vorbereitet sein, aber er sei kein Machtmensch gewesen. Diese widersprüchliche Beschreibung (Einschüchterungsversuche, aber kein Machtmensch) scheint ihr nicht viel auszumachen. Sie stellt ihm ansonsten ein gutes Zeugnis aus. Er hätte gut zuhören können, und er habe Probleme immer angepackt. Er sei für Sitzungen immer bestens vorbereitet gewesen und förderte eine sachliche und offene Diskussion. Er wäre loyal seiner Partei gegenüber, aber ihr niemals untertan gewesen, er wäre abwägend und verantwortungsbereit. Sie lernte „*sein Verantwortungsgefühl, seine Führungskraft und seine (...) Demut in verzweifelten, aber auch in glücklichen Augenblicken kennen*“ (ebd., S. 236).

Sie schätzt demnach die Fähigkeit, zuhören zu können, weiß eine gute Vorbereitung zu schätzen, genau wie einen sachlich-offenen Diskussionsstil. Loyalität grenzt sie gegen Untertänigkeit ab und Verantwortungsbereitschaft gegen Überlegung. Sie bewundert an Männern in der Politik ihr gegebenenfalls eloquentes Verhalten (vgl. ebd., S. III).

Heide Simonis schätzt weitere Attribute männlichen Denkens. Sie beobachtet, dass Männer gar keine Zweifel an den eigenen Vorschlägen entwickeln und sie prinzipiell für hervorragend halten. Würden Männer nachgeben müssen, sähen sie das nicht als persönliches Versagen, sondern als einen ganz normalen Prozess an. Während der Verhandlungen versuche man alles, um den anderen in das entsprechende „Laufgitter“ (KOELBL/SIMONIS 1999 [1997], S. 217) zu zwingen. Das sei ganz alltägliches männliches Verhalten und untereinander fänden das „die Herren“ auch selbstverständlich. *„Nur wenn Frauen sich so verhalten finden sie es grauenhaft“* (ebd.).

Zusammengefasst: Auch Männer können offenbar zuhören und einen offenen, sachlichen Diskussionsstil fördern, das erkennen die Politikerinnen. Loyalität, Eloquenz, Verantwortungsbereitschaft sind gute Eigenschaften, die Männer mitbringen. Männer zweifeln nicht und glauben an sich. Fehlschläge werden nicht als persönliches Versagen gewertet. Andere in bestimmte Denkbahnen zu zwingen, ist für Männer alltägliche Praxis - untereinander. Gleiches Verhalten bei Frauen wirkt jedoch befremdlich.

4.1.3.2 Wie Frauen in der Politik sind und sein sollten

Heide Simonis hat beobachtet, dass viele Frauen keine Konflikte ertragen könnten, um die Harmonie nicht zu gefährden. Das jedoch sei das Gegenteil dessen, was man in der Politik brauche, um Konflikte zu ertragen und sie zu lösen. Sie habe aus dem Kopf heraus zwar eine Art Frauensolidarität entwickelt, in der Realität nehme sie die aber schon zurück und frage sich, warum Frauen eigentlich immer so jammern und klagen müssten, das würde zu nichts führen. Wenn Frauen erkennen, dass jemand seine Aufgaben nicht richtig mache, neigten sie dazu, einen anderen vorzuschlagen, der das ihrer Ansicht nach besser erledigen könnte, statt zu sagen, sie machen es selbst. Da hätte sie auch eher männliche Qualitäten, die es zuließen, Konflikte in der Öffentlichkeit auszutragen und es auszuhalten, wenn sie nicht der ganze Saal lieb habe. Das sei dann eben Pech. Allerdings täte sie sich das nicht für Kleinigkeiten an (vgl. KOELBL/SIMONIS 1999 [1997], S. 217).

Angela Merkel glaubt nicht, dass es in der Politik ein Vor- oder Nachteil ist, eine Frau zu sein. Es komme eher darauf, ob man sich durchsetze. Man dürfe nicht einerseits den gleichen Anteil an Entscheidungen wie die Männer fordern und sich andererseits ducken, wenn es hart auf hart ginge. *„Man muß sich zu diesem Kampf bekennen.“* Bei marginalen Dingen versuche sie es auf die freundliche Art. *„Wenn es aber um das Wesentliche geht, kann ich genauso knallhart wie die Männer sein. Die Hauptsache ist dann, die Nerven zu behalten. Distanz bewahren und sich nicht völlig in die Ecke drängen lassen, wenn jemand laut und sehr*

emotional seine Thesen verkündet. Ruhig bleiben und dem anderen zu verstehen geben, daß man gar nicht daran denkt, sich seinem Ritual anzupassen“ (MERKEL/L/MÜLLER-VOGG 2004, S. 122).

Wenn Angela Merkel in einer politischen Verhandlung ihre Position beschreibe, dann sei das auch ihre Position. Wenn sie nicht sicher sei, dass die Position vielleicht geräumt werden muss, dann nehme sie sie auch nicht ein (vgl. ebd.). In der Politik sollte es allenfalls eine kalkulierte Form der Emotionalität und Aufregung geben. Merkel gibt die Empfehlung an Frauen in der Politik, sie sollten mehr Gelassenheit zeigen. Das fiele Frauen schwerer als Männern (vgl. ebd.).

Antje Radcke hat die Erfahrung gemacht, dass Frauen, die sich durchsetzen wollen, dazu gezwungen seien, mindestens teilweise männliche Verhaltensweisen zu übernehmen. Und weil dies so schwer sei oder abgelehnt würde, scheuten viele Frauen vor Führungspositionen zurück. Auch ihr sei damals oft nichts anderes übrig geblieben, als sich männliche Verhaltensweisen anzueignen, wenn sie nicht ständig mit dem Gefühl eines Misserfolges aus bestimmten Situationen herausgehen wolle (vgl. Radcke, S. 62). Frauen würden zunehmend die Tricks der Männer durchschauen - ohne jedoch deren Machtsystem zu durchbrechen: *„Immerhin erkennen Frauen zunehmend die Tricks der Männer – warum aber gelingt es Frauen dann kaum, dieses männliche Machtsystem zu durchbrechen? Ganz einfach: Weil sie es erst dann durchschauen, wenn sie selbst auf unangenehme Art und Weise damit konfrontiert werden. Es dauert gewöhnlich eine Weile, bis frau dahinter kommt, was sich alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit abspielt“* (ebd. S. 163).

Es gäbe zu wenige Frauen, die vorbereitet in eine Spitzenposition gelangen. Also hätten sie auch keine Strategie entwickelt. *„Im schlimmsten Fall versuchen sie krampfhaft, sich den Männern anzupassen – ihren Stil, ihre Redeweise, ihre Kumpelhaftigkeit, ihr Machtgetöse und wenn es gar nicht anders zu gehen scheint, auch das Zigarrrauchen zu übernehmen. Das jedoch kann nicht funktionieren...“*, beobachtete und analysierte Radcke (ebd.).

Nach Hildegard Hamm-Brüchers Einschätzung finden Frauen, die heute in der Politik agieren wollen, die gleichen Schwierigkeiten und Probleme vor wie in jedem anderen Beruf auch. Jedenfalls dann, wenn sie den Mut zum eigenen Weg - zur individuellen Emanzipation - aufbringen. Diesen Mut hätten Frauen zu allen Zeiten immer dann aufgebracht, wenn sie, einem hohen Ideal verpflichtet, die Fähigkeit entwickelten, ihr Leben für dieses Ideal mit Mut, Klugheit und Stehvermögen einzusetzen, und sogar bereit waren es dafür zu opfern (vgl. HAMM-BRÜCHER 1999, S. 334).

„Politik als Frauenberuf erfolgreich auszuüben, das erfordert also neben anderen von Frauen früher nicht erprobten Talenten, auch Einübung in Rhetorik“ (ebd., 332). Aber selbst dann seien Frauen männlicher Polemik zumeist schon akustisch unterlegen. Spreche eine Frau erregt, dann kippe ihre höhere Stimme leicht ins Schrille, was ihren Argumenten - zumindest akustisch - Selbstsicherheit und Überzeugungskraft nehme. An der Überwindung dieser und anderer Handikaps müsse noch viel gearbeitet werden (vgl. ebd., S. 332).

Zum Vorteil gereiche Frauen im Politikberuf (stärker als Männern) das, was man als Glaubwürdigkeit bezeichne. Außerdem sei die Zuhörbereitschaft, die Spontaneität, das menschliches Verständnis und die Zuverlässigkeit von Frauen vorteilhaft (vgl. ebd., S. 335). Dies alles würde für die wachsende Akzeptanz der Politikerinnen bei den Bürgern eine ausschlaggebende Rolle spielen. Zwei Fähigkeiten vor allem seien auch für Politikerinnen, die ihre Ansichten und Überzeugungen vorbringen und Erfolg haben wollen, unverzichtbar: Reden und Schreiben können (vgl. ebd., S. 334).

Die Stärke von Politikerinnen, so Hamm-Brücher, liege in ihrer unverbrauchten und ungebrochenen Identität zwischen Denken und Reden, zwischen Reden und Verhalten. Wenn es Frauen gelänge, sich diese Identität zu bewahren und dennoch in die eigentlichen politischen Macht- und Entscheidungszentren vorzudringen (ohne dabei männliche ‚Standards‘ zu kopieren), dann würde *„das eigentliche Ziel einer von Frauen und Männern gemeinsam gestalteten – also partnerschaftlichen – Politik erreichbar sein“* (ebd., S. 335f).

Noch aber sei es bis dahin ein langer Weg. Noch seien es männliche Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten, mit denen Politik gemacht und umgesetzt wird, um Macht gekämpft und diese erhalten wird. Diese Gesetzmäßigkeiten wirken in der Politik und Verwaltung zumeist reglementierend statt sinnvoll ordnend, formalisierend statt innovativ. Sie schafften zwar hierarchisch organisierte Zuständigkeiten, aber keine wirklichen Verantwortlichkeiten. Sie ermöglichten soziale Anrechte, sicherten aber keine Zuwendung (vgl. ebd., S. 336).

Diese Einschätzungen von Politikerinnen und ihre daraus resultierenden Empfehlungen an ihre Kolleginnen stellen hohe Anforderungen. Sie sollten ein authentisches Multi-Talent sein. Hier wirken auch bekannte geschlechtsspezifische Zuschreibungen. Gefragt ist ein konzentriertes Agieren in der Politik, das die Persönlichkeit der Politikerinnen gänzlich erfasst. Der Versuch, männliche Machtansprüche zu durchbrechen, misslingt häufig vor allem aufgrund mangelnder Vorbereitung auf die Situationen in der politischen Praxis, so bleibt nur die Anpassung (Radcke). Oder die Rituale werden rechtzeitig durchschaut und es kann dem stoische Ruhe und Sachlichkeit entgegengesetzt werden. Es werden heroische

Bilder gezeichnet (Hamm-Brücher, Merkel, Simonis), die an den einsamen Kämpfer anknüpfen und Frank Sinatras Intonation von „my way“ (das Buch von Angela Merkel heißt wohl nicht zufällig so) in den Ohren klingen lassen. Politik ist demnach Kampf. Gleichzeitig und zusätzlich werden „weibliche“ Eigenschaften als ideal zugeschrieben (menschliches Verständnis, Zuhörbereitschaft etc., vgl. Hamm-Brücher, Merkel). Eine Grenzziehung zum Privaten wird versucht, jedoch bleibt die Forderung der völligen Hingabe an das Amt und die damit verbundene Präsenz im Vordergrund. Hier bleibt die Frage offen, ob es sich um Selbstverwirklichung oder Selbstausbeutung handelt.

4.1.4 Öffentlich | Privat - Selbstverständnis in den Bereichen Macht und Politik

Im Zentrum steht die in dieser Arbeit gestellte Frage, ob Frauen in politischen Spitzenpositionen die gegenwärtig herrschenden Strukturen und Praktiken im politischen Feld verändern können oder nicht. Damit einher geht die Frage, ob das herrschende Politikverständnis auf eine Erhöhung von Emanzipations- und Partizipationschancen in der Politik gerichtet ist. Somit werden die Aussagen der Politikerinnen auf ihre grundsätzlichen Einstellungen hin untersucht. Welche Vorstellungen von einer politischen Öffentlichkeit und ihrem Agieren darin haben sie? Welche Einstellungen haben sie demnach zur „Macht“? Gibt es Aussagen zu ihrem Menschenbild und ihren Emanzipationsvorstellungen?

In diesem Kapitel werden aus den Selbstaussagen der Spitzenpolitikerinnen vor allem deren Verständnis von Politik, Macht und Öffentlichkeit herausgearbeitet. So sind hier Aussagen zu erwarten zum Öffentlichkeits-, Macht- und Politikverständnis der Politikerinnen. Und es wird in der Frage nachgegangen, was die Politikerinnen davon erhoffen, dass mehr Frauen in der Politik Gestaltungsmacht haben.

4.1.4.1 Machtverständnis und der Umgang mit Macht

Die Vorstellungen von Macht und der Umgang damit sind entscheidend für das Selbstverständnis der Frauen in der Politik und dafür wie sie agieren, auf welche Weise sie sich ihre Handlungsspielräume erobern, nutzen und erweitern. Traditionell ist der Machtbegriff ein von Männern definierter und ausgefüllter. In diesem traditionellen Verständnis ist der Machtgebrauch etwas, was gegen den Willen anders Denkender eingesetzt wird. Insofern ist er negativ konnotiert. Diese Form von Machtausübung ist vielen Frauen zumindest suspekt (vgl. auch Antje Radcke in dieser Arbeit). Welche Vorstellungen von Macht haben also die Frauen in politischen Führungspositionen?

Macht sei nach wie vor männlich, analysiert Rita Süßmuth, denn in den Zentren der Macht herrschen Männer. Frauen hingegen seien überwiegend in den Vorhöfen der Macht anzutreffen. Die Veränderung von Machtverhältnissen sei langwierig, aber sie sieht einen Veränderungsansatz bzw. Erfolg darin, dass Angela Merkel seit April 2000 an der Spitze der CDU stehe (vgl. SÜSSMUTH 2000, S. 148). Das sei vor allem ein Verdienst der Parteibasis.

Süßmuth vermutet, dass die allgemeinen Vorstellungen von Macht einen schlechten Beigeschmack bekommen haben: *„Sie sei per se korrumpierend, heißt es, sie müsse stärker kontrolliert, möglicherweise zeitlich begrenzt werden“* (ebd., S. 175). Gleichzeitig breite sich Genugtuung über eine neue Generation aus, die nun an der politischen Macht partizipiere. Darunter seien verstärkt Frauen zu finden, die in den ersten Rängen selbstbewusst mitregierten. Insgesamt aber, so Süßmuth weiter, erhalte die Öffentlichkeit ein ambivalentes Bild von Macht, wobei die negative Seite stärker betont sei als die positive. (vgl. ebd.) Sie entwickelt dann mit Rekurs auf Hegel einen Machtbegriff, der darauf hinausläuft, dass Macht in der Politik den Primat des Geistes bedeute. Diese „Macht des Geistes“ finde ihre Erfüllung durch die Logik und die sittlichen Werte, um dann in das Zusammenspiel von Vernunft und Freiheit zu münden (vgl. ebd., S. 176). *„So basiert die staatliche Macht also auf Erkenntnis: auf der Tätigkeit des Geistes“* (ebd., S. 177). Der Staat sei Ergebnis historischer Denkanstrengungen und Kulturleistungen und damit auch veränderbar.

Mit diesem eher abstrakt entwickelten Machtbegriff zeigt sich Süßmuth in der Tradition der Aufklärung und entwickelt entsprechende (dialektische) Grundsätze, die in dem Wert der „Freiheit“ kumulieren. In diesem Sinne zeichnet Süßmuth für sich ein aktives Machtverständnis (*„Macht kommt von machen“*), das Macht als ein Ergebnis von Vernunft sieht, die in der Freiheit münden soll (vgl. ebd.).

Grundsätzlich schließe Macht die Möglichkeit des Missbrauchs mit ein. Jedoch solle sie zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden. Macht an sich sei so neutral wie Technik. In der politischen Praxis sei der Umgang damit aber stets ein Balanceakt. Es käme in der Politik darauf an, getreu des geleisteten Amtseides sein Bestes für die und in der Gesellschaft zu leisten (vgl. ebd., S. 178) ¹.

In diesen praktisch-politischen Kontext einer Verantwortungsethik (vgl. auch Weber im Kapitel 2 dieser Arbeit) gestellt, setzt Rita Süßmuth ihren Machtbegriff als neutral bis

¹ Weitere Erläuterungen und Praxisbeispiele vgl. SÜSSMUTH 2000, S. 175 bis 208.

potentiell positiv. Heide Simonis weiß: *„(D)ort, wo das Geld verteilt wird, ist die eigentliche Macht. Denn Geld ist Macht - nicht nur das Geld, das man besitzt, sondern vor allem die Möglichkeit, über die Geldströme in einer Gesellschaft zu bestimmen“* (Koelbl/Simonis 1999 [1992], S. 200).

Wem sich der diskrete Charme des Geldes nicht erschließt, würde davonlaufen. Und man müsse ein Gefühl für Macht haben. Geld selber sage ihr jedoch gar nichts. Mit dem könne sie gar nicht umgehen. Aber sie sei in die Politik, weil sie gestalten könne. Da dies nur mit Geld möglich sei, habe sie immer danach gestrebt dort hinzukommen, wo das Geld verteilt würde. *„So bin ich irgendwann in einem Haufen machtbewußter, schon lange in der Partei tätiger Herren gelandet. Zwischen „mächtigen Brocken“, innerlich und äußerlich“* (ebd.).

Sie glaube nicht, dass Macht einen die Weiblichkeit koste, dass sei eine sehr begrenzte Definition von Weiblichkeit. Sie sei allerdings eine Frau, die von sich überzeugt sei. Sie strotze vor Selbstbewusstsein, was allerdings durch Vernunft gesteuert sei. Die Macht, die sie habe, habe sie unduldsamer gegenüber anderen gemacht. Und es falle ihr leicht, andere Menschen um Geld für einen guten Zweck zu bitten. Da sei sie wirklich wie ein Mann (vgl. ebd., S. 217).

Wer mächtig sei, so Simonis, würde nicht nur bewundert, sondern auch beneidet und attackiert. Für Männer wachse mit der Macht die Chance, geliebt zu werden, vielleicht nicht von anderen Männern, diese würden sie eher respektieren oder fürchten, aber von Frauen, die dazu neigten, Macht an Männern erotisch zu finden, unabhängig davon, wie der Betreffende im Einzelnen aussieht oder sich verhält. Mächtige Frauen aber würden nicht mehr geliebt - weder von den Männern noch von anderen Frauen. *„Sie müssen sich im Gegenteil gewaltig anstrengen, damit sie trotz ihrer Macht noch attraktiv wirken.“* (SIMONIS 2004, S. 89). Dafür gäbe es genügend Beispiele. Etwa, wenn Ehen auseinander brechen, weil die Ehemänner es nicht ertragen, wenn ihre Frauen einen höheren Sozialstatus oder ein größeres Einkommen hätten als sie selbst (vgl. ebd.).

Anders als Süssmuth entwickelt Heide Simonis sehr individuelle und praktische Machtvorstellungen. Macht ist für Heide Simonis eindeutig ökonomisch und männlich - auch historisch betrachtet. Für sie bedeutet Macht für Frauen und für Männer nicht das Gleiche. Offenbar ist sie für sie stark libidobesetzt - jedenfalls für Männer in ihrer Wirkung auf Frauen. Hingegen bekommen Frauen im Zusammenhang mit Macht eher Identitätsprobleme, weil - im Selbstverständnis und durch Männer - ihre Weiblichkeit auf dem Prüfstand steht.

Ganz Ähnliches hat Antje Radcke beobachtet. Vielen Frauen sei Macht suspekt und unappetitlich, so Radcke. „*Macht ist irgendwie männlich und deshalb haben wir dagegen zu sein.*“ (RADCKE, S. 56) Auch die Frauen, die es in mächtige Positionen geschafft haben, würden sich scheuen, das Machthaben für sich in Anspruch zu nehmen (vgl. ebd., S 55). So weigerte sich zum Beispiel Krista Sager, die damalige grüne Senatorin für Gleichstellung und Wissenschaft in Hamburg, ein Veranstaltungsplakat zu akzeptieren, auf dem sie mit dem Begriff ‚Macht‘ in Verbindung gebracht wurde. Ein anderes Beispiel sei Renate Schmidt, die auf einer Veranstaltung zum Thema „Frauen und Macht“ auf die Frage, ob sie denn Macht gehabt und wofür sie diese eingesetzt habe, antwortete, sie habe nie Macht gehabt. Dies, so Radcke, „*obwohl ihr ganzes Auftreten und ihre anschließenden Erzählungen über ihre Erfahrungen in der Politik keinen Zweifel aufkommen ließen: Hier sitzt eine machtvolle Frau!*“ (ebd.).

Nach Radcke stehen Frauen zur Macht in einem besonderen Verhältnis. Frauen seien bei den Grünen zwar paritätisch an den „Spitzenpositionen“ beteiligt, die Hälfte der Macht jedoch hätten sie nicht. Darin sei möglicherweise ein weiterer Grund zu sehen für die Antwort, warum Frauen sich scheuen, Macht zu ergreifen und dazu zu stehen. Denn viele Frauen hätten den Anspruch, neben ihrer politischen Arbeit in einer Partnerschaft mit einem Mann und eventuell auch Kindern zu leben. Leider scheine es wenige Männer zu geben, die mit einer starken, im Rampenlicht stehenden Frau zusammenleben könnten. Das führe dazu, dass es in erster Linie die Frauen sind, die auf eine Karriere verzichten würden und sich für eine Beziehung entscheiden. Männer hingegen könnten es sich sogar leisten, mit dem Image als „*schlechter Vater*“ (ebd., S. 59) zu kokettieren. Sie resümiert, dass den vorangegangenen Überlegungen zufolge kinderlose, kurzhaarige und Hosen tragende Frauen kein Problem mit der Macht und deren Anerkennung durch die Männerwelt haben. Doch die Realität deute auf ein tief sitzendes Problem hin: „*Männer und Frauen haben oft ein völlig unterschiedliches Verständnis von Macht – sowohl von der Art und Weise, Macht zu ergreifen und auszuüben als auch von den Vorstellungen, wozu die vorhandene Macht eingesetzt werden soll.*“ (ebd., S. 59f).

Den Missbrauch von Macht definiert Radcke so: Wenn die eigene Machtposition genutzt würde, sich selbst Vorteile zu verschaffen, dann habe das nichts mit Politik zu tun. Nur, wenn eine Machtposition dazu genutzt würde um für andere - für die Partei und für diejenigen, deren politische Interessen vertreten werden - eine Stärkung zu erreichen, könne von einem verantwortungsvollen Umgang mit der Macht gesprochen werden. Leider sähe die Realität in der Politik meist anders aus (vgl. ebd., S. 201).

Radcke erkennt ebenfalls ein unterschiedliches Machtverständnis von Frauen und Männern und darin unterschiedliche Zuschreibungen von außen: Männer dürfen Macht haben und sich dementsprechend verhalten und gestalten - Frauen nicht.

Für ihr Selbstverständnis versucht sie Macht, ebenso wie Süssmuth, zu neutralisieren und das Macht ausüben dann in einen Verantwortungskontext zu stellen, der am Wohle der Gesellschaft ausgerichtet ist. Sie ist sich aber der Diskrepanz vom Anspruch zur Praxis bewusst.

Von Angela Merkel sind kaum eindeutige Äußerungen zu ihrem Machtverständnis auffindbar. Vereinzelt in den Interviews dann, wenn sie explizit danach gefragt wird: Sie empfinde Macht zwar als eine Droge, aber Freundschaft sei besser (KOELBL/MERKEL 1999, [1998], S. 61). Aber Macht sei auch dann lustvoll, wenn sie Politik gestalten könne - und gegenwärtig würde sie sagen, dann, wenn man anderen etwas abjage. *„Darauf, Schröder im übertragenen Sinne in die Ecke zu stellen, freue ich mich“* (ebd. [1998], S. 60). Dies sei „lustvoll“ an der Macht. Sie habe zwar einen Willen zur Macht, dieser sei allerdings eher unverkrampft. Auch genieße sie die Insignien der Macht, die ihr z.B. ein Auto mit Fahrer bescherten und eine Parkplatzsuche überflüssig machten (ebd.).

Ihre Aussagen beziehen sich auf das persönliche Verhältnis zur Macht. Sie lassen vermuten, dass sie in ihrem Selbstverständnis einem positiven Bild der Macht folgt. Macht macht Lust; weil Merkel durch sie gestalten kann. Sie kann durch ihre Macht (Schröder) „jagen“ und Privilegien genießen. Ihre wenigen Auslassungen zur Macht lassen vermuten: Ihr Umgang mit Macht hat etwas Selbstverständliches, es ist unverkrampft und sie macht sich nicht viele Gedanken zur Macht - sie hat sie.

Das Machtverständnis der Politikerinnen zusammengefasst: Hildegard Hamm-Brücher macht kaum Ausführungen zu ihrem Machtverständnis. Wenn Macht erwähnt wird, taucht sie als negative Vorstellung auf. Ihr Focus liegt stattdessen auf einer positiv besetzten und differenzierten Vorstellung von Emanzipation (vgl. weiter unten).

Für Rita Süssmuth ist Macht zunächst etwas Männliches, weil in den Zentren der Macht Männer herrschen. Macht ist etwas Aktives, Produktives sowohl bezogen auf das Denken wie auf das Handeln. Es ist ein Ergebnis von Vernunft und sollte zur Freiheit führen. Macht schließt die Möglichkeit des Missbrauchs ein, es käme aber in der politischen Praxis darauf an, nach bestem Wissen im Sinne der Gesellschaft zu handeln.

Für Heide Simonis ist Macht historisch männlich, und Geld ist gleichbedeutend mit Macht. Macht haben bedeutet für Simonis Persönlichkeitsentwicklung, eine Steigerung des Selbstbewusstseins und der Selbstsicherheit. In Bezug auf andere Menschen lässt ihr Machtzuwachs sie unduldsam sein. Macht lockt Bewunderung hervor, aber auch Angriffe und Neid. Macht haben bedeutet für Frauen und Männer nicht das Gleiche. Männer macht sie sexy, ohne Ansehen der Person. Frauen macht Macht unerotisch und damit unattraktiv. Es ist schwer, das dann durch Können und Kompetenz auszugleichen.

Das schätzt auch Antje Radcke so ein. Als Folge davon hätten Frauen ein negatives Machtbild. Daher werde die Tatsache Macht zu haben geleugnet. Mächtig zu sein (oder sein zu wollen) habe für Frauen eine weitere Konsequenz, da es den Verzicht auf Kinder bedeute, andernfalls sie von der Öffentlichkeit als schlechte Mutter stigmatisiert würden. Das sei ein weiterer Grund für Frauen, Macht abzulehnen. Radcke plädiert an die Frauen, den Machtbegriff produktiv zu wenden und ihn als Gestaltungsmöglichkeit zu nutzen. Hingegen, die eigene Macht zu missbrauchen, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen, habe nichts mit Politik zu tun. Politische Macht richte sich auf die Stärkung der eigenen Partei und der Menschen, für die Politik gestaltet würde.

Angela Merkel beurteilt Macht dann positiv, wenn sie sie zum Gestalten einsetzen und sie sich darin behaupten kann. Auch genießt sie bestimmte Vorteile, die eine machtvolle Position mit sich bringen. Sie benutze Macht jedoch nicht, um sich politisch durchzusetzen. Freundschaft sei allemal besser als Macht.

4.1.4.2 Vorstellungen von Öffentlichkeit

Ausgehend von der Feststellung, das Private sei politisch, forderte die Frauenbewegung in den 1970er Jahren, bestimmte Themen in der Öffentlichkeit zu diskutieren und sie auf die politische Agenda zu setzen. Inzwischen ist diese Forderung allgemein gelebt. Feministische Theoretikerinnen präzisieren diese Forderung dahingehend, dass es sehr wohl eine Grenze zwischen den privaten und öffentlichen Sphären geben sollte, die Frage sei nun eher, wo diese Grenzen verlaufen sollten. Dies ist hier Ausgangspunkt der Fragen auf zwei Ebenen, ob a) die Politikerinnen in diesem Sinne eine politiktheoretische Vorstellung von Öffentlichkeit haben und b) wie die Praxis in ihrem Alltag aussieht. Trennen sie zwischen privater und öffentlicher Sphäre und verändern sie die vorgefundenen politischen Strukturen? Haben sie ein politisches Bewusstsein für diese Trennung? Welche Rolle spielen die Medien für die Politikerinnen zum Herstellen von und als Bindeglied zur Öffentlichkeit?

4.1.4.2.1 Abgrenzung zum Privaten

Hildegard Hamm-Brücher schirme, so schreibt sie, ihr Privatleben von der Öffentlichkeit ab. Dennoch versichert und betont sie in ihrer Biographie über viele Seiten, dass sie ein harmonisches Familienleben führe. Das funktioniere alles so gut, weil ihr Mann während ihrer Abwesenheit auch „Mutterstelle“ vertreten habe. So wurde das Zusammenleben „- dank der Haushalthilfen - nie im alltäglichen Kleinkram zerschlissen“ (HAMM-BRÜCHER 1999 [1997], S. 132). Ihre Familie hätten sie, vor allem die Kinder (Florian wurde 1954 und Miriam Verena 1959 geboren), von Anfang an erfolgreich von aller öffentlichen Neugier samt Fernsehkameras abgeschirmt (vgl. ebd., S. 134).

Hamm-Brücher erzählt dann doch von der Entwicklung ihres Privatlebens, plaudert über ihr Familienleben, über ihren Garten, der ihr wichtiger Ausgleich und „Elixier“ gegen politische Verbiesterung war und nach dem die Reporter gern fragten (vgl. ebd., S. 144).

Augenscheinlich klappte das Privatleben zur allseitigen familiären Zufriedenheit. Und doch plagte sie das schlechte Gewissen, weil sie ihre Familie so oft allein ließ. Sie telefonierten mehrmals täglich und dennoch „(K)eine berufstätige Mutter – selbst mit der großartigsten Unterstützung des Mannes und allen Hilfen – kann dem schlechten Gewissen und den ungewissen Langzeitfolgen ihrer Abwesenheit entgehen“ (ebd., S. 168).¹

Als sie dann - vorübergehend - der Politik den Rücken kehrte, sei sie richtig glücklich gewesen, wieder ganz zu Hause zu sein, mehr Zeit für Mann und Kinder, Haus und Garten zu haben. Doch die Kinder waren inzwischen selbständig geworden und „bedurften der Mutter weit weniger, als diese es erwartet (erhofft?) hatte“ (ebd., S. 213). Das machte sie ein wenig traurig und es war schwer zu akzeptieren, dass die Beiden auch ohne sie flügge geworden sind. Es kam zu den normalen Abnabelungsspannungen, bei denen der Ehemann besser abschnitt als sie (vgl. ebd., S. 214).

Hamm-Brücher war, als sie diese Erinnerungen schrieb, weit über 70 Jahre alt. Die Freizeitaktivitäten und das schlechte (Mutter-)Gewissen beziehen sich also auf die Zeitspanne ab Mitte der Fünfziger bis Mitte der Siebziger Jahre. Möglicherweise hat sich das Tempo im beruflichen Umfeld der Politikerinnen in den letzten Jahren gesteigert. Denn selbst wenn davon auszugehen ist, dass das oben geschilderte ausgedehnte Privatleben sich über Jahre zog, so wäre doch soviel Freizeitgestaltung heute kaum mehr möglich, wenn man

¹ Weitere Fundstellen zu familiären Beschreibungen und Spannungen: HAMM-BRÜCHER 1999, S. 213ff

die Schilderungen von Heide Simonis, Angela Merkel und Antje Radcke zu diesem Thema betrachtet. Gut sichtbar sind die Zwiespälte und widersprüchlichen Anforderungen zwischen ihrer Rolle als Politikerin und als Partnerin und Mutter - und die Rationalisierungen darin, die gerade durch die übergroßen Harmonie- und Glücksschilderungen über viele Seiten erkennbar werden. Hamm-Brücher versucht, ganz klare Trennlinien zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich einzuhalten. Wobei die Intention dieser Trennung primär dem Schutz ihrer Familie zu gelten scheint als politischen Überlegungen.

Heide Simonis ist rund um die Uhr eine Politikerin. Wenn sie abends eingeladen und auf Politik angesprochen wird, springe sie an wie ein Feuerzeug (vgl. KOELBL/SIMONIS 1999 [1995], S. 211). Sie scheut die Öffentlichkeit nicht, und das hier analysierte Buch („Unter Männern“) hat sie geschrieben inmitten ihrer Aufgaben als Ministerpräsidentin. Danach gefragt, warum sie im beruflichen Stress ein Buch schreiben würde: *„Ich habe mir gedacht, die trauen Frauen sowieso alle nicht zu, dass sie Bücher schreiben können, also machst Du es mal. Und fast alle meine Kollegen hatten schon eines geschrieben, da wollt ich auch“* (KOELBL/SIMONIS 1999 [1996], S. 215). Trennungen zwischen privaten und öffentlichen Bereichen sind bei Simonis nicht erkennbar.

In ihrem Buch schildert Antje Radcke ihre Zwiespälte, bevor sie eine politische Spitzenposition übernehmen konnte. Bei ihr gab es zunächst eine Menge Familiäres zu klären. Denn ihr war klar, dass sie sich nicht um die Alltäglichkeit ihrer Kinder kümmern konnte. Diesen Part übernahm ihr Bruder (vgl. Radcke, S. 44). Sie und ihre Kinder ahnten im Vorfeld, dass sich ihr Leben komplett verändern würde. Sie habe schon vorher gewusst, so Radcke, dass das schlechte Gewissen ein permanenter Begleiter ihrer politischen Arbeit sein würde, sowohl den Kindern als auch der Politik gegenüber. Der Politik gegenüber, weil sie wegen der Kinder nicht unbegrenzt einsatzfähig sein würde, den Kindern gegenüber, weil sie wegen der Politik zu wenig Zeit für sie haben würde. Genau so sei es dann auch gekommen (vgl. ebd., S. 44f).

Radcke sieht sich zwischen den Sphären der Politik (von ihr synonym gebraucht für Öffentlichkeit) und der Kinder (die ihr Privatleben bestimmen) hin und her gerissen. Sie ist gezwungen, diese Sphären zu trennen. Ein politisches Bewusstsein für diese Trennung ist jedoch auch bei Radcke nicht erkennbar.

Kinder kann sich Angela Merkel in ihrer Art als Spitzenpolitikerin zu leben nicht denken. Dazu müsse sie die Politik aufgeben, und das könne sie sich zurzeit nicht vorstellen

(KOELBL/MERKEL 1999 [1991], S. 49). Sie führt als Spitzenpolitikerin ein sehr unruhiges Leben. Für sie und ihren Lebensgefährten ist die gemeinsame Zeit knapp. Sie üben zwei sehr unterschiedliche Berufe aus. Angela Merkel beschreibt ihn als sehr verständnisvoll. Jedoch ufer die Politik jetzt (1991) dermaßen aus, dass sie sich schon die Frage danach stelle, was im Leben ihr eigentlich wichtig sei. Sie lasse zwar lieber drei Termine ausfallen als die Beziehung zu gefährden, aber dennoch hätten sie beide viel an Lebensqualität eingebüßt (vgl. ebd., S. 49). Das sagte Angela Merkel 1991, als frischgebackene Frauen- und Jugendministerin und nach zwei Jahren Erfahrung in der bundesdeutschen Politik.

Ohne eine gewisse Befriedigung könne sie dieses Leben wahrscheinlich nicht aushalten. Aber sie sei sich nicht sicher, ob sie das 30 Jahre lang aushalten könne. Andererseits habe sie sich bereits daran gewöhnt, jeden Abend drei Aktentaschen mit interessanten Unterlagen mitzunehmen. Wenn sie dann plötzlich drei Wochen Urlaub habe, spüre sie schon nach zwei Tagen Entzugserscheinungen. Der Lebensgefährte spiele eine wichtige Rolle für sie, weil er ihr sagt, *„wie eine bestimmte Entwicklung oder eine bestimmte Entscheidung auf einen normalen Menschen wirkt, der die Sache von außen beobachtet“* (ebd., S. 50). Damit gebe ihr diese Beziehung Sicherheit. Früher, in der Wissenschaft, sei es so gewesen, dass sie den ganzen Tag mit fast niemandem geredet habe. Heute hingegen sei das viele Sprechen ein Problem für sie. Da sei es dann sehr wichtig, wenn sie einmal nichts sagen müsse und trotzdem mit jemandem zusammen sein könne. Sie möchte, dass ihr Lebensgefährte an ihrem Leben teilnehme so wie sie an seinem. Merkel findet im privaten Bereich ihre Rückzugsmöglichkeiten und Rückhalte. Aber diese Augenblicke seien selten (vgl. ebd.).

Auch Merkel möchte ihr Privatleben schützen und trennt es deshalb vom politischen Bereich. Politische Implikationen oder ein Bewusstsein für eine Trennung der Sphären werden nirgendwo in den analysierten Texten sichtbar.

Rückzugsmöglichkeiten aus dem politischen-öffentlichen Raum sind rar, das war Rita Süßmuth klar, als sie vor der Entscheidung stand, in ihrem beruflichen Umfeld der Wissenschaft zu bleiben oder in die Politik zu gehen. *„Deutlich stand mir vor Augen, was ich aufgeben müsste: die akademische Laufbahn, die Freiheit, die ich in der Forschung und in meinem Institut hatte, ein gut Teil meines Familienlebens. Unsere Tochter Claudia stand damals vor dem Abitur“* (Süßmuth 2000, S. 37). Sie machte sich keine Illusionen, was es für die anderen Bereiche ihres Lebens hieß, in einer politischen Spitzenposition zu arbeiten.

Als ehemalige Parlamentspräsidentin ist sie die einzige hier vorgestellte Frau, die sich explizit Gedanken um einen politisch-öffentlichen Austausch macht. Das Parlament, so

schreibt sie, solle idealer Weise der „*Mittelpunkt der Gesellschaft*“ (ebd., S. 221) sein, ein zentraler Ort für alle. Er schließe an die griechische „Agora“ an. So solle das Parlament ein Forum sein, „*auf dem wir unsere wichtigsten und bewegendsten Themen verhandeln. Nicht nur die Steuern, sondern auch den politischen, kulturellen und sozialen Wandel einer Gesellschaft, den Wandel in eine globaler werdende Welt. ... Wie können wir wissen, wer wir sind, und wie wir sein wollen? Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über uns, über das, was für uns existenziell ist.*“ (ebd., S. 221). Stattdessen aber würde im Parlament zu oft darüber geredet, was man denken müsse und solle, aber viel zu wenig darüber, „*was wir tatsächlich denken, fürchten, wünschen. Eigene oder die Ängste anderer verdrängen wir oder gehen populistisch damit um, wenn Sündenböcke oder Scheinlösungen bemüht werden*“ (ebd., S. 222). Sie schildert eine gefühlvolle und Aufsehen erregende Rede innerhalb einer Debatte, weil diese aus dem Rahmen fiel und Gefühle und Wahrheit zuließ. Diese Rede machte deutlich: „*Hier reden Personen, sie reden von sich, ihrer Kindheit ihrer Jugend, ihren Familienangehörigen, ihren Fragen und Analysen sowie den gefundenen und nicht gefundenen Antworten*“ (ebd., S. 230). Sie würde es sehr begrüßen, wenn der Parlamentarismus so abliefe, dass ein offenes und anständiges miteinander reden können möglich wäre (vgl. ebd.)¹.

Süssmuth nimmt Rekurs auf die griechische „Agora“ und kennt, davon ist auszugehen, die Auseinandersetzungen um *Öffentlich* und *Privat* in der feministischen Theorie und die Ausführungen Hannah Arendts zur Polis. Sie fordert die Diskussion aller existenziellen Probleme der Gesellschaft in dieser politischen Öffentlichkeit des Parlamentes. Eine Forderung, die ganz im Sinne einer politischen Öffentlichkeit ist, die sich gegen das Private abgrenzt - ohne allerdings die Themen aus den sozialen (einschließlich Ängste und Sorgen) und kulturellen Bereichen der Gesellschaft aus der Politik auszugrenzen. Diese gehören, nach Süssmuth, in die politischen Debatten des Parlaments. Darüber hinaus gehöre Kunst ebenfalls in die Öffentlichkeit der Gesellschaft (vgl. weiter unten in diesem Kapitel).

¹ Süssmuth ist das Thema wichtig und greift es immer wieder auf; hier weitere Fundstellen und Zitate:

„*Parlamente brauchen lebendige Debatten, anschauliche Wortbilder, Rede und Gegenrede mit treffsicheren und überzeugenden Argumenten. Eine sinnvolle Auseinandersetzung braucht Respekt vor dem Andersdenkenden.*“ (SÜSSMUTH 2000, S. 215) „*Die Öffentlichkeit erwartet zugleich Eigenständigkeit der Abgeordneten und Geschlossenheit der Fraktionen.*“ (ebd., S. 217). Süssmuth fordert: „*Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über uns, über das, was für uns existenziell ist. Die Diskussion kann nicht allein in den Feuilletons der Zeitungen, in den späten Programmen der Kultursender im Radio oder Fernsehen und in einigen philosophischen Kolloquien. Wir sollten uns als Gesellschaft darüber austauschen, welchen Platz wir einnehmen wollen und können und wo wir hinwollen. Das geschieht bei weitem nicht intensiv und offen genug.*“ (ebd., S. 222).

Eine dezidierte theoretische Vorstellung von Öffentlichkeit scheinen die hier zitierten Politikerinnen - auch Süßmuth - nicht zu haben. Der Begriff Öffentlichkeit wird bei ihnen in unterschiedlichen Zusammenhängen genannt. Öffentlichkeit scheint die amorphe Masse der Bevölkerung zu sein, oft vermittelt über oder verkörpert durch die Medien. Die Politikerinnen nehmen offenbar die Öffentlichkeit als etwas wahr, was außerhalb von sich selbst ist. So ist dann Öffentlichkeit nicht das Private, das Private ist nicht der Beruf bzw. die Politik, die Politik und die Parteien sind nicht die Öffentlichkeit. Die Grenzen verlaufen also zwischen *Privat* und *Öffentlich* einerseits und zwischen Öffentlichkeit und politischer Sphäre andererseits.

Simonis, Merkel und Radcke (vgl. auch in den vorigen Abschnitten unter 4.1.2 und 4.1.3) schildern vor allem die Vereinnahmung ihres Lebens durch die Politik. Die ist einerseits durch ihre Aufgaben für die Partei und Regierung (oder Opposition) gegeben und andererseits - meist innerhalb dieser Arbeit - sind sie fast durchgängig damit beschäftigt, eine öffentliche Person zu sein und die Politik zu repräsentieren. Das setzt sie unter enormen psychischen und physischen Druck, der durch die stets knappe Zeit noch erhöht wird. Private Nischen werden weniger, je höhergestellt das Amt ist. Simonis spricht gar von einer totalen Vereinnahmung ihres Lebens, seit sie Ministerpräsidentin sei.

Damit findet eine Trennung von *Privat* und *Öffentlich* in der Praxis der Politikerinnen zwar statt, das Private bekommt jedoch immer weniger Raum für die Frauen in den politischen Spitzenfunktionen. Also passen sich die Politikerinnen an das männliche Berufsbild eines Politikers an und verändern nicht die Bedingungen in den politischen Strukturen.

4.1.4.2.2 Themen auf der politischen Agenda

In der feministischen Theorie wird in den Diskussionen um *Öffentlich* | *Privat* vor allem nach dem Grenzverlauf gefragt: was ist privat, was ist öffentlich? Das sei nicht die eigentliche Frage, so heißt es (etwa HOLLAND-CUNZ), vielmehr käme es darauf an, welche Themen auf der politischen Agenda verhandelt würden. Die Fragen danach, worüber in der Politik verhandelt wird und welche Themen nicht diskutiert werden, geben jedoch auch Aufschluss darüber, welche Interessen vorhanden sind und sich schließlich durchsetzen. Die Art und Beschaffenheit der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse werden demnach nach den Interessen und dem Durchsetzungsvermögen der an der Diskussion Beteiligten geregelt. Letztlich ist es dann eine Frage der Partizipationsmöglichkeiten, die diese Themen bestimmen. Wie wird dies von den Politikerinnen wahrgenommen? Wie agieren sie in den herrschenden Strukturen, um sich und ihre Interessen durchzusetzen? Sehen sie sich gezwungen, bestimmte Themen fallen zu lassen oder behaupten sie sich?

Im vorigen Kapitel gab es bereits einige Beispiele dafür, dass für die Frauen in politischen Spitzenpositionen politische Themen unterschiedlich wichtig sind. Deutlich wurde vor allem, dass die Vertreterinnen es schwer haben, bestimmte familien- und frauenpolitische Themen auf der politischen Agenda angemessen zu platzieren (vgl. Merkel, Süßmuth als Frauenministerinnen) Es greifen dann Ausschließungs- oder Leerlaufstrategien oder es wirken Aggressionen gegen die Verfechterinnen dieser Themen.

Eine noch schüchterne Hildegard Hamm-Brücher war da keine Ausnahme: *„Auch für Frauen und ihre Aufstiegs- und Beförderungschancen engagierte ich mich – zum Gaudium der Herren Kollegen – mit hochrotem Kopf, meine Schüchternheit überwindend. Eine Frau zum Amtmann zu befördern, wie sollte die denn angeredet werden? Antrag abgelehnt! Und andere wurden es auch!“* (HAMM-BRÜCHER 1999, S. 109). Ab und zu veröffentlichte sie in Münchner Zeitungen kleine Stoßseufzer, mit Titeln wie: *„Grau ist alle Theorie...in Sachen Gleichberechtigung“* (ebd., S. 110).

Die Warnungen Hans Dietrich Genschers - ihres damaligen Chefs - nur keine *„Kulturtante“* zu werden, schlug sie in den Wind, weil genau dies ihren Interessen entsprach. Sie bewirkte am meisten in auswärtigen Kulturbeziehungen und dort fühlte sie sich sicher und nützlich. Sie arbeitete dort *„aus Überzeugung und Leidenschaft, und weil es sich um eine wirklich lohnende Aufgabe handelte“* (ebd., S. 238).

Nach etlichen Parteiquerelen und Meinungsverschiedenheiten, in denen man mit ihr nicht gut umging und nach einer Auszeit, die sie sich genommen habe, habe sie nie wieder zu ihrer früheren unbefangenen Identifikation mit der jeweiligen Parteispitze zurückgefunden (vgl. ebd., S. 275). Sie empfand sich als *„loyale Dissidentin“* (ebd.) und widmete sich nur noch Themen, die sie schon immer interessiert hätten und für die sie sich habe einsetzen wollen. Sie habe sich interfraktionell engagiert für Themen wie *„Wiedergutmachung an den Opfern des dritten Reiches oder machte eine „Kampfansage gegen Menschenrechtsverletzung an Frauen“* (ebd., S. 276) und habe sich zu einer *„freischaffenden Liberalen“* (ebd.) entwickelt. Damit fühle sie sich, so Hamm-Brücher, in ihrer Haut wieder wohl (vgl. ebd.). Darüber hinaus verstärkte sie ihr kirchliches Engagement.

Hamm-Brücher lässt konkrete Themen zugunsten eher abstrakter Auseinandersetzungen fallen und vertritt mit bestimmten Themen, die sie auch schon immer interessiert haben, ihre Partei in überparteilichen Gremien.

Rita Süßmuth macht sich gleich zu Beginn ihres Buches „Wer nicht kämpft hat schon verloren“ dafür stark, dass man Künstlern und Künstlerinnen die Möglichkeit geben solle, sich jenseits der elitären Sphäre von Galerien und Museen im öffentlichen Raum zu äußern, *„das ist keine Gnade der Politik, der Politiker. Es ist ihre Pflicht. Im öffentlichen Raum in Räumen, die man durchquert, ohne lange zu verweilen“* (SÜSSMUTH 2000, S. 11f). Kunst, so plädiert sie weiter, gehöre in die Öffentlichkeit der Gesellschaft.

Obwohl strukturell in der Regierung verankert, hatte sie es als eloquente Frauen- und Familienministerin nicht leicht, ihre Themen zu platzieren und für sie ein Forum zu schaffen. *„Sehr bald spürte ich als Ministerin, dass die neu, die offenen Familien- und Frauenpolitik mehr Programm und Papier als gelebte, politische Überzeugung war. Ich wollte die Situation der Frauen verbessern. Und natürlich wollte ich als ‚frauenbewegte Frau‘, die mit Entschiedenheit für die Rechte der Frau eintrat, in der Union und in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden“* (ebd., S. 127).

In den frauenpolitischen Auseinandersetzungen sei jedes Einsetzen für Frauen schon suspekt, so schien es ihr. Ob es um die überlasteten Mütter ohne Ehemänner ging, um Frauen, die neben der Familie berufstätig sein wollen oder um die von Krieg und Nachkriegszeit mitgenommenen älteren Frauen. Frauen an sich schienen manchmal ein Tabuthema. Viele Männer ließen sich auf Debatten gar nicht erst ein. Sie würden sich nicht mit den in ihren Augen ‚künstlichen‘ oder ‚esoterischen‘, Fragen auseinandersetzen, weder im Plenum noch in den Ausschüssen des Bundestags (vgl. ebd., S. 133).

Süßmuth übernahm dann den Parlamentsvorsitz des Deutschen Bundestages und wurde damit - wie auch von ihr vermutet wurde - als Familienministerin, in der sie zu „effektiv“ (Quelle z.B. JANSEN) war, weggejubelt.

Heide Simonis Lieblingsthemen drehen sich vor allem um das Geld, weil damit machtvolleres Gestalten möglich ist (vgl. weiter oben in diesem Kapitel). Aber sie wendet sich auch zunehmend anderen Themen zu. Das könne, so mutmaßt Simonis, auch indirekt mit dem Sterben ihrer Eltern zu tun haben. Im Zuge dieser Themenorientierung habe sie festgestellt, dass es in Schleswig-Holstein nur drei Suppenküchen für Kinder gibt. Das habe sie empört, woraufhin sie eine Aktion für Kinder in Not unterstützt habe, und sie gehe zu Obdachloseninitiativen so oft sie könne, weil sie feststelle, *„dass sich die Gesellschaft aus Angst um das eigenen Bestehen immer mehr von der Not anderer abschottet oder sie gar nicht mehr wahrnimmt“* (KOELBL/SIMONIS 1999 [1997], S. 216) Daher übernehme sie Schirmherrschaften für Kinder, Alte, Gebrechliche und auch Sport - eben gesellschaftliche Zwecke (vgl. ebd.)

Simonis fällt auf, dass bestimmte - soziale - Themen auf der politischen Agenda kaum Raum haben. Als sie im Frühjahr 2005 als Ministerpräsidentin aus der schleswig-holsteinischen Landesregierung zurücktritt, überlegt sie nicht lange und wird UNICEF-Botschafterin.

Es scheint auch für Spitzenpolitikerinnen schwer zu sein, gesellschaftliche Themen, die direkt mit der Körperlichkeit von Menschen, dem Leben Armer, der Aufzucht von Kindern, dem Kranksein und Sterben von Jungen und Alten, Themen von existenziellen Inhalten auf die tagespolitische Agenda zu bringen.

Es ist für die Frauen in der Politik offenbar schwierig, langfristig Themen wirklich nachhaltig in politische Debatten einzubringen und Entscheidungen oder Veränderungen damit herbeizuführen. Sie finden jedoch ihre Nischen in der Politik, in denen sie ihre Interessen weiter verfolgen können (Hamm-Brücher, Simonis), andere (Süssmuth) werden kurzerhand in die herrschenden Strukturen eingebunden und so absorbiert. Ob das vor allem Frauen in der Politik (und weniger Männern) so ergeht oder ob es eher die „weichen“ oder frauenpolitischen Themen sind, die kein Gehör finden, wäre Gegenstand einer weiteren Untersuchung.

4.1.4.3 Vorstellungen von Politik und Emanzipation: Mehr Frauen in die Politik - und dann?

Hildegard Hamm-Brücher meint über sich, sie sei stark von Max Weber und seinen Vorstellungen zum Beruf der Politik beeinflusst¹. Sie führt im Folgenden aus, dass der Webersche Text ihr Verständnis für das, was Politik immer schwer, aber auch so reizvoll mache, sehr gefördert habe. Das Bretterbohren („Bohren von dicken Brettern“, vgl. auch Merkel) habe sie immer wieder neu erprobt, seine Warnung vor zu hochgesteckten Hoffnungen und von angemaßtem Sendungsbewusstsein habe sie beherzigt. Den Rat „*sich nicht zu überschätzen, sich nicht zu wichtig zu nehmen, doch andererseits auch sich treu zu bleiben...*“ (HAMM-BRÜCHER 1999, S. 315) gebe sie gerne, vor allem an Frauen, weiter.

¹ Sie zitiert ihn dazu: „*Die Politik bedeutet ein starkes, geduldiges Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist ja durchaus richtig und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. ... Aber auch die, welche beides nicht sind (Führer oder Helden), müssen sich wappnen mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnungen gewachsen ist. ... Nur wer sicher ist, daß er daran nicht zerbricht, wenn die Welt von seinem Standpunkt aus gesehen zu dumm oder zu gemein ist, für das, was er ihr bieten will, daß er all dem gegenüber ‚dennoch‘ zu sagen vermag, nur der hat den Beruf zur Politik.*“ (Hamm-Brücher 1999, S. 315)

Dabei habe Max Weber, als er diesen Essay schrieb, nicht ahnen können, ob, wann und wie seine Erkenntnisse auch für Frauen in der Politik gelten können. Sie findet jedoch offenbar, dass die Aussagen Max Webers durchaus auch noch heute treffend sind (vgl. ebd., S. 316). Allerdings sei die politische Realität eine andere, erkennt auch Hamm-Brücher. Sie sieht die politischen Strukturen männlich-bürokratisch geregelt: *„Alles in allem: Es ist das männlich geprägte bürokratische Prinzip, das dem emanzipatorisch gestaltenden weiblichen Prinzip kaum Chancen gibt. Oft scheint es mir, als seien die männlichen Repräsentanten staatlicher und politischer Macht gar nicht mehr imstande, aus den von ihnen selbst geschaffenen Zwängen auszubrechen und neue Impulse aufzunehmen. Von ‚Partnerschaft‘ ist allenfalls sonntags die Rede.“* (ebd., S. 336)

Darum wünsche sie sich einen Weg, der auch eine Veränderung der einseitig männlichen Macht- und Entscheidungsstrukturen bewirke, damit *„beiden Geschlechtern und ihre Beteiligung an allen Verpflichtungen (Kinder, Familienleben, Fürsorge für kranke und alte Familienmitglieder) ausgeglichener als bisher von Männern und Frauen zu gestalten“* sei (ebd., S. 336f).

Sie habe ihre Vision von „Emanzipation“ deshalb nie als einen nur auf Frauen bezogenen Schlachtruf bezogen. Sie plädiere dafür, den Begriff Emanzipation aus seiner Verengung auf die eigene ich-zentrierte Selbstverwirklichung herauszuführen und - im Sinne seiner ursprünglichen Bedeutung (*Entlassung des erwachsen gewordenen Kindes aus der Vormundschaft des Vaters*) - in den Plural zu setzen und Emanzipationen für jede Menschwerdung als Chance und als Aufgabe zu verstehen. Sie möchte die Emanzipation des Einzelnen (gleich ob Mann oder Frau), die das Ziel eines hierarchischen Getrenntseins verfolgt, überwinden, hin zu einer partnerschaftliche Verantwortung für sich und für den Mit-Menschen, auch des anderen Geschlechts. Bei dem Thema Emanzipation handele es sich nicht mehr um ein Frauenthema, sondern um ein Menschheitsthema (vgl. ebd., S. 337).

Wenn wir, so Hamm-Brücher weiter, unsere freiheitlichen Demokratien auch unter veränderten Bedingungen erhalten wollten, dann müssten Emanzipationen als Prozesse gewollt sein *„und mit dem Ziel in Gang gesetzt werden, ein Mehr an Aufklärung, Vernunft und Einsicht für Mitverantwortung und damit an Zuwendung zu den Mitmenschen bewirken“* (ebd., S. 337). Emanzipationen für beide Geschlechter sei die Voraussetzung für ein *„gedeihliches Zusammenleben in und außerhalb der Grenzen der nationalen (bis hin zu weltweiten) ‚Polis‘“* (Hervorh. durch HAMM-BRÜCHER, ebd., S. 338).

Mit Blick auf den Politikberuf für Frauen schreibt sie, habe sie, je erfahrener und älter sie wurde, den politischen Männlichkeitswahn durchschaut, und sie habe sich bemüht, sich davon nicht entmutigen zu lassen, indem sie sich auf die Sache besann. Dazu gehöre auch, neben der Erfüllung von Sachaufgaben, den Stil, die Integrität und die Qualität demokratischer Politik zu verändern. Damit könnten, so meine sie, *„Frauen dem Vertrauensschwund in die Glaubwürdigkeit ‚der‘ Politiker entgegenwirken“* (ebd.)¹.

Zum Thema Frauen in der Politik und in der CDU sieht Rita Süßmuth deutliche Fortschritte. Als Indiz dafür steht auch die Tatsache, dass mit Angela Merkel (seit April 2000) die erste Frau an der Spitze der CDU stehe (und nun - 2006 - auch Kanzlerin der Bundesrepublik ist) (vgl. SÜSSMUTH 2000, S. 148). Frauen hätten grundsätzlich den Zugang zu allen höheren Ämtern und Funktionen. Süßmuth fragt kritisch, ob die jüngsten Entwicklungen (Angela Merkel als Parteispitze) nun Zeichen einer neuen Selbstverständlichkeit seien oder doch eher das Ergebnis einer dramatischen Krisensituation? Ihre Antwort darauf lautet, dass dies die Zukunft zeigen müsse (vgl. ebd., S. 149).

Nach Süßmuth ist es nicht notwendig, dass Frauen an der Macht sich einem *„Männersystem“* (Süßmuth, ebd., S. 208) angleichen und es damit stärken. Gerade in unserer Demokratie gäbe es jede Möglichkeit, *„es“* (ebd.) anders zu machen. Aber sie räumt ein, dass es bis zu einem wirklich demokratischen Machtverständnis aller noch ein langer Weg sein wird (vgl. ebd.).

Bei ihrer Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung von Frauen an öffentlichen Prozessen geht es Süßmuth darum, die spezifischen Fähigkeiten von Frauen einzusetzen, die sie in zukünftige Entwicklungen von Gesellschaft einbringen können. Diese Fähigkeiten sind beispielsweise *„ihre hohe Flexibilität im Denken, ihre hohe Improvisationsfähigkeit, ihre geringe Bindung an vorgegebene Systeme. Ihr pragmatischer Ansatz, ihre Teamfähigkeit, das Denken in alternativen Lösungen und die geringe Gefährdung in Ideologien zu erstarren, nach denen nur eine Wahrheit die richtige sein kann“* (SÜSSMUTH 1998, S. 3) .

Darum brauchten Frauen Strategien, um ihre Innovationsfähigkeit, die mit den genannten Qualitäten einhergehen, für gesellschaftliche Prozesse zu besetzen und zu nutzen. Sie appelliert daher für mehr Frauen in mächtigen Positionen, um die Nutzung der kreativen Kraft zum eigenen und zum Vorteil der Gesellschaft zu ermöglichen. Die grundsätzlichen

¹ Ihre ausführlichen Analysen zum Beruf der Politik als Frau und zum Zustand der deutschen Demokratie und deren Entwicklungen: HAMM-BRÜCHER 1997, S. 315 bis 388.

Ziele mehr Demokratie und Humanität sowie weniger Ausgrenzung sollen nicht vergessen werden (ebd., S. 6).

Was sie unter Demokratie versteht wird an anderer Stelle deutlich: Als ehemalige Bundestagspräsidentin prägen Rita Süßmuth vor allem auch die Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit und ihre Vorstellungen davon, wie das politische Miteinander gestaltet werden soll. Eine Demokratie, die ihre primäre Aufgabe darin sehe, Mehrheiten zu gewinnen und Minderheiten zu besiegen, erreiche ihr Ziel nicht (vgl. SÜSSMUTH 2000, S. 222).

Süßmuth spricht aus ihrer Perspektive zentrale Grundvoraussetzungen einer soliden politischen Basis an. So kann beispielsweise ein Miteinander der Kulturen nur dann gelingen, *„wenn es bei Anerkennung der Unterschiede einen Grundkonsens über die Geltung universell anerkannter Werte und Normen, der unveräußerlichen Menschenrechte und Bürgerrechte gibt“* (ebd., S. 266). Wir würden rechtsverbindliche Vereinbarungen über gemeinsame Grundwerte und Normen brauchen. Sie seien zentral für die Kommunikation und die politische Basis, auf der wir verhandeln und handeln können (vgl. ebd.).

Die Erfahrungen, die Heide Simonis in ihrer politischen Laufbahn mit Frauen und deren politischen Forderungen machte, erleichterten ihr Handeln nicht immer. Sie verkörperte, nach eigener Darstellung, für einige radikale Feministinnen eine Zeit lang das Feindbild der »männlichen« Frau, die sich bei den Männern anbiedere, statt sich mit den Schwestern zu solidarisieren. Dies sei eine Zeit gewesen, in der in der Frauenbewegung sehr lautstark die Solidarität der Unterdrückten proklamiert wurde. Viele Frauen haben sich am liebsten immer nur als Opfer sehen wollen, *„im Kreis hocken, Selbsterfahrung betreiben, gemeinsam jammern und ihre Wunden lecken“* (SIMONIS 2004, S. 76). Sie haben sich schwer getan mit Frauen, wie sie eine war. Sie sei eine Frau, die sich offen dazu bekannte, Macht und Erfolg haben zu wollen. Das sei insofern eine verrückte Situation gewesen, als es doch eigentlich zu den erklärten Zielen der Frauenbewegung gehörte, dass mehr Frauen in die Politik gehen sollten, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Es sei aber so gewesen, dass den Politikerinnen aus den Reihen der Feministinnen am Anfang oft mehr Feindseligkeit als Unterstützung begegnete. Diese Gegensätze zwischen den angeblich männlich orientierten Parteifrauen und den Feministinnen hätten sich in späteren Jahren abgeschwächt, so dass es eine Annäherung von beiden Seiten gab.

Dennoch erkennt sie die politische Relevanz feministischer Forderungen an, denn der Frauenbewegung kämen ohne Zweifel große Verdienste zu. Der Feminismus habe die

Öffentlichkeit wachgerüttelt, und auch die Selbsterfahrungsgruppen hätten eine wichtige Bedeutung für den allgemeinen Bewusstseinswandel gehabt. Die wachsende Sensibilität für die Benachteiligung der Frauen sei später auch den Frauen zugute gekommen, die in den politischen Parteien und Institutionen arbeiteten. Ohne die Frauenbewegung hätte es zum Beispiel die Quote nicht gegeben - eine politische Forderung, die sie anfangs für überflüssig hielt, deren Notwendigkeit ihr aber mit zunehmender Erfahrung immer einsichtiger wurde. *„Ich wollte keine Quotenfrau sein, sondern mich als Individuum durchsetzen, wollte durch meine eigene Leistung politische Positionen erreichen“* (vgl. ebd., S. 77).

Antje Radcke hält es für einen der größten Fehler von Frauen in der Politik, so sein zu wollen wie die Männer. Sie möchte einem „männlichen Machtgehabe“ einen weiblichen, sprich integrativen, partizipatorischen und kommunikativen Führungsstil entgegensetzen (vgl. ebd., S. 153). Allerdings habe sie ihre Zweifel, dass dies kurzfristig durchsetzbar sei, denn Frauen hätten schon immer gegen die Allmachtsphantasien von Männern gekämpft.

Angela Merkel vermutet, dass es, wären mehr Frauen in verantwortlichen politischen Positionen, ein höheres Maß an Bodenständigkeit, *„mehr Erdung“* gäbe (MERKEL /MÜLLER-VOGG 2004, S. 123). Frauen seien immer noch ein Stück mehr mit dem normalen Leben verbunden. Eine Politikerin wie die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger oder ihre niedersächsische Kollegin Ursula von der Leyen, die auch noch Kinder großziehen, würden sicher andere Perspektiven in sozial- oder bildungspolitische Fragen einbringen (vgl. ebd.).

Aber die politische Agenda würde nicht dadurch verändert, dass plötzlich eine Frau Bundeskanzlerin sei. Sie müsse zu Beginn vielleicht sogar mit einem gewissen Nachteil leben. Sie wäre wahrscheinlich mit Fragen nach ihrer Kompetenz konfrontiert. Es sei dennoch vorteilhaft, wenn mehr Frauen in der Politik wären, denn der Politik tue es immer gut, wenn sie einen möglichst repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung widerspiegelt. Mehr Frauen in der Politik müssen nicht zwangsläufig ein Vorteil sein, aber es sei gewiss auch kein Nachteil (vgl. ebd., S. 124).

Dass es mehr Frauen in Spitzenpositionen schaffen, könne im Grunde jederzeit passieren. Mehr Frauen in den politischen Spitzenpositionen würden kein großes Aufsehen mehr erregen. Und die Zeit, wo Frauen grundsätzlich nur für Soziales, Frauen, Familie oder Bildung infrage kamen, sei vorbei.

Das sei keine Frage der Quote, gegen die sie einmal war, jedoch habe sich *„Dank des Quorums das Bild eines CDU-Parteitages oder die Zusammensetzung der Vorstände im Bund, in den Ländern und den Kreisen schon stark verändert. Dass wir heute im Bundesvorstand 40 Prozent Frauen haben, daß auf einem CDU-Landesparteitag wie dem von Baden-Württemberg 40 Prozent der Delegierten Frauen sind, das gab es früher einfach nicht. Die Partei hat unter dieser Entwicklung jedenfalls nicht gelitten - im Gegenteil. Es hat ihr genutzt. Hier habe ich meine Meinung geändert“* (ebd., S. 124).

Aber es gäbe nach wie vor weniger weibliche Abgeordnete in ihrer Partei. Da lohne es, sich noch einige Gedanken zu machen (vgl. ebd.; zur Quotendiskussion vgl. auch unter Kap. 4.1 „Karriere“).

4.1.5 Resümee der Aussagen der Politikerinnen

Im Teilkapitel 4.1.2 (zu der Analysekategorie *Körper | Geist*) wurde deutlich, dass durch eine große Aufmerksamkeit in der medialen Öffentlichkeit Politikerinnen zu einem ganz bestimmten äußerlichen Auftreten genötigt werden. Für Männer stellt sich dieses Problem nicht so ausgeprägt. Die männliche Kleiderordnung steht fest und ist akzeptiert, er gilt als Maßstab. Die Politikerinnen tun gut daran, sich dieser Ordnung anzupassen.

Die Reaktionen der Politikerinnen ob dieser Kritiken und Einschätzungen sind so, dass sie diese Diskussionen um ihr Äußeres resignierend ertragen oder sich widerständig (trotzig) darüber hinwegsetzen. Wahrgenommen werden diese Diskussionen als Alltäglichkeit. Sie setzen die Politikerinnen unter psychischen (Rechtfertigungs-)Druck. Durch Aufmerksamkeiten des medialen öffentlichen Interesses, die sich auf Äußerlichkeiten richten, treten Sachfragen in den Hintergrund.

Die Arbeit im Bereich der politischen Spitzenpositionen ist physisch und psychisch außerordentlich belastend. Dies wird von den Politikerinnen deutlich wahrgenommen und thematisiert. Ein entspannender körperlicher oder mentaler Ausgleich passt nicht in den politischen Alltag der Frauen in Spitzenpositionen, der rund um die Uhr anhält. Das gesunde und schöne Leben wird auf wenige Tage im Jahr, auf den Urlaub, verschoben. Die Ernährungsbedingungen im politischen Alltag sind ungesund. Mögliche Leistungsschwankungen der Frauen (Wechseljahrsbeschwerden, vgl. Simonis) werden präventiv behandelt, sind entweder undenkbar (Schwangerschaften, vgl. Merkel) oder werden nicht thematisiert. In der Politik sind absolute Höchstleistungen und Resistenzen gefordert, sowie körperliche und geistige Unversehrtheit. Das begünstigt an sich schon

Ausschlussmechanismen (gegen „Behinderte“, gegen nicht so Ausdauernde, gegen nicht so Schnelle).

Die Anforderungen lauten demnach: Sei fit und gesund (und attraktiv) und sieh vor allem auch so aus, bei gleichzeitiger völliger Missachtung des Körpers und seiner Bedürfnisse. Der Körper der PolitikerInnen soll möglichst nicht vorkommen. Das ist deshalb irritierend, weil Frauen über ihren Körper definiert werden (vgl. dazu auch Foucault im Kapitel 2 und Haug im Kapitel 3.1.). Die Widersprüchlichkeit der körperlichen Präsenz - einerseits werden Frauen vor allem über ihren Körper wahrgenommen und definiert, andererseits darf er keine Rolle spielen - unterstützen Ausschlussmechanismen aus der Politik und fördern gleichzeitig die Lebens- und Existenzfremdheit in der Politik.

Aber es gibt auch Lohnendes für die Politikerinnen innerhalb der herrschenden Strukturen. Sie erleben sich als mächtig in den Spitzenpositionen. Macht und Anerkennung erzeugen ein Lustgefühl, das viele auch zeitnahe negative Erfahrungen und Wahrnehmungen aufzuheben scheint (vgl. dazu Max Weber, Kapitel 2). Für dieses Lustgefühl lohnen sich die meisten Anstrengungen - wenn man die entsprechend starke physische und psychische Konstitution dazu hat. Die Frauen können sich ausprobieren, sie können die eigenen Grenzen ausloten, gestalten, im Mittelpunkt stehen und sie können es genießen, hofiert zu werden. Sie können sich selbst verwirklichen. Der Machterhalt erscheint hier als ein Mittel zum Lusterhalt und zur persönlichen Emanzipation. Auf den Körper bezogen wird das Agieren in der Politik dann auch zu Akten der psychischen Hygiene und Gesundheitspflege.

Zwischenmenschliche Beziehungen werden in der Politik strapaziert, denn wenn es um Macht und Kalkül geht, hört jede Freundschaft auf. Die gesamte mediale Öffentlichkeit nimmt teil an Verletzungen. Die Politikerinnen sind öffentliche Personen - im Positiven wie im Negativen. Um sich zu schützen, werden Emotionen möglichst abgeschaltet oder sie werden kalkuliert eingesetzt. So wächst die Entfremdung von sich selbst und vom authentisch „Menschlichen“ - vom Leben. Die Frauen nehmen die Widersprüchlichkeit zwischen den Privilegien der Macht und dem Preis der Macht deutlich wahr. Jedoch werden negative Aspekte der Machtgebahren meist bei den Kollegen, bei den Männern in der Politik verortet (vgl. dazu auch Kapitel 4.1.4).

Unter dem Abschnitt 4.1.3 wurden rationale oder irrationale Strukturen und Umgehensweisen in der Politik untersucht. Das Ergebnis: Die Politikerinnen agieren in einer fremden, feindlich anmutenden Atmosphäre. Sie müssen sich entsprechend angepasst an eine feindliche Umgebung verhalten - Kennzeichnend für die fremde Umgebung sind

Taktieren, raue Töne, Kräfte zehrende Zumutungen, Kälte, Intrigen, Verleumdungen statt Loyalität, kein Vertrauen, keinerlei wertschätzende Anerkennung. In der Konsequenz treten auch hier produktive politisch-sachliche Auseinandersetzungen in den Hintergrund, zugunsten von Kämpfen zur Selbstbehauptung, zum Selbst- und Machterhalt.

Die Karriereaussichten für Frauen in der Politik sind deutlich schlechter als für Männer. Karrierefördernde Seilschaften werden von Männern gebildet und von Frauen werden Netzwerke geknüpft. Diese Unterscheidung wird deutlich definiert. Seilschaften (Männer) gibt es viele, aber Netzwerke (Frauen) gibt es kaum, mit dem Ergebnis, dass Frauen keinen Rückhalt in der Partei haben. Die Akzeptanz ihrer Beiträge und Vorschläge zu Sachinhalten ist gering. Sie bringen kaum Entscheidungen in ihrem Sinne durch die Gremien. Dadurch haben sie es schwerer, sich zu profilieren, was gleichzeitig das Erreichen einer machtvollen Spitzenposition erschwert. Die Karriereaussichten von Frauen sind in hohem Maß von Männern abhängig. In der Konsequenz kommen Frauen dann in Spitzenpositionen, wenn sie sich an die Männer-Sphäre der Politik angepasst haben und dementsprechend politisch agieren. Dabei werden Macht- und Herrschaftsverhältnisse stabilisiert - und politische Inhalte eingeengt (s.u).

Männer setzen sich gegen Frauen durch - auch gegen Vereinbarungen. Frauen und Männer sehen sich gezwungen, ihren Posten und ihre Position nach allen Seiten (innerhalb der Partei, innerhalb der Fraktion, gegen die und mit der Medienöffentlichkeit) hin zu rechtfertigen und neu zu erkämpfen. Dabei unterliegen Frauen einem stärkeren Rechtfertigungsdruck als Männer, weil ihre Kompetenzen eher angezweifelt werden.

Die Anforderungen und Empfehlungen von Spitzenpolitikerinnen an Frauen in der Politik sind: Sie sollten sich emanzipieren, um unabhängig (von Männern) zu sein, dazu sollen sie sich viel Wissen und Kompetenz aneignen. Eine Frau in der Politik soll sich durchsetzen können, dabei aber die Regeln des *Fairplay* beachten. Jedoch ist klar, dass immer der gewinnt, der sich nicht an die Spielregeln hält. Sie können ihre Emotionen zeigen, sollen diese aber im Griff behalten und stets nach Kriterien der Vernunft handeln. In der Politik sind gute Kommunikations- und Empathiefähigkeiten wichtig. Aber es sollen Schutzmechanismen ausgebildet werden, die für das persönliche Überleben notwendig sind. Der Führungsstil sollte locker („typisch weiblich“) und überzeugend („typisch männlich“) sein. Nicht akzeptabel sind bestimmte männliche Durchsetzungsverhalten (körperliche Bedrängnis) und weibliche kalkulierte Emotionalität (Tränen). Auch Zögern, Naivität und Gutgläubigkeit sind ein schlechter Beistand in der Politik.

Im Ergebnis sind die Anforderungen an die Politikerinnen zum großen Teil widersprüchlich und machen das Agieren kompliziert und anstrengend. Die Widersprüchlichkeit resultiert aus dem eigenen Anspruch und ihrem Selbstverständnis einerseits und den konkreten Anforderungen und Praxen innerhalb der Strukturen andererseits. Die Bewältigung der Widersprüche geschieht jeweils durch eine noch konsequentere Anpassung an das Vorgefundene - oder durch Rücktritt. Die Konsequenz: Alles bleibt wie es ist und es gibt eine Stabilisierung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Entscheidungen werden häufig unter starken Zeitdruck getroffen. Es werden schnelle Reaktionen - vor allem in Krisen - erwartet. Diese Entscheidungen sind dann vielfach schon aufgrund der oft mangelhaften Informationsgrundlagen nicht reif. Bei der Verkündung dieser Entscheidungen ist aber der Eindruck von Sicherheit, Kompetenz und Stärke zu vermitteln, die über jeden Zweifel erhaben sind. Das bereitet den Frauen in der Politik Unbehagen, denn zur eigenen und zur öffentlichen Beruhigung werden notwendige Diskussionen, Überlegungen und Erkenntnisse unterdrückt. Damit finden dann gesellschaftlich notwendige Auseinandersetzungen und Prozesse nicht statt.

Die Frauen in den politischen Spitzenpositionen müssen erkennen, dass Politik Kampf ist, der bestimmten Rationalitäten und Vernunftvorstellungen folgt. Die Irrationalität ist bei den politischen Gegner zu finden, die Verbündeten sind rational und auch vom Gefühl her auf der richtigen Seite. Anzunehmen ist aber, dass die politischen Gegner ihre eigenen rationalen Ziele verfolgen, in Abhängigkeit ihrer Interessen. Rational ist also das, was einen Sinn verfolgt (Zur Zweckrationalität vgl. Weber - rational ist demnach aber keineswegs autonom oder gar objektiv).

Die Wissenschaftlerinnen in der Politik (Angela Merkel, Rita Süssmuth) versuchen ihre Vorstellungen von rational auf die Politik zu übertragen und wollen dort ebenso logisch handeln. Sie setzen auf vernünftige Einsichten und gehen dabei pragmatisch vor, damit etwas Messbares dabei herauskommt. Was rational ist, liegt so im Verständnis und in der Interessenlage (des Erkenntnisinteresses) der Betrachtenden. Politik ist aus dieser Sichtweise heraus für Merkel und Süssmuth völlig irrational.

An ihre (potentiellen) Kolleginnen in der Politik geben die Spitzen-Politikerinnen Strategie- und Verhaltensempfehlungen. Sie erkennen: Auch Männer in der Politik können zuhören und einen offenen, sachlichen Diskussionsstil fördern. Loyalität, Eloquenz, Verantwortungsbereitschaft sind gute Eigenschaften, die Männer mitbringen. Männer zweifeln nicht und glauben an sich. Fehlschläge werden nicht als persönliches Versagen

gewertet. Andere in bestimmte Denkbahnen zu zwingen, ist für Männer alltägliche Praxis - untereinander. Gleiches Verhalten bei Frauen wird nicht akzeptiert. Zum Vorteil gereicht Frauen im Politikberuf (stärker als Männer) Glaubwürdigkeit, außerdem Zuhörbereitschaft, Spontaneität, menschliches Verständnis, Zuverlässigkeit. Dies alles führt zu einer wachsenden Akzeptanz bei den Bürgern und spielt darum eine ausschlaggebende Rolle.

Von den Politikerinnen wird das Machthaben als überwiegend positiv und als Möglichkeit zum produktiven Gestalten wahrgenommen. Machtmissbrauch wird verurteilt. Durch die unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen der Macht für die Geschlechter, wird die Machtergreifung widersprüchlich für die Frauen. Einerseits ergeht die Aufforderung, die Chancen zum Machtgewinn und der damit verbundenen Möglichkeiten zu ergreifen, andererseits macht Macht unattraktiv. Konsequenz: Entscheidung zwischen Machtverzicht und Verzicht auf weibliche Attraktivität und Anerkennung.

Eine dezidierte Vorstellung von Öffentlichkeit scheinen die Politikerinnen nicht zu haben. Der Begriff Öffentlichkeit wird bei ihnen in unterschiedlichen Zusammenhängen genannt. Öffentlichkeit scheint die amorphe Masse der Bevölkerung zu sein, meist vermittelt über oder verkörpert durch die Medien. Die Politikerinnen nehmen offenbar die Öffentlichkeit als etwas wahr, was außerhalb von sich selbst ist. So ist dann Öffentlichkeit nicht das Private, das Private ist nicht der Beruf bzw. die Politik, die Politik und die Parteien sind nicht die Öffentlichkeit. Die Grenzen verlaufen also zwischen *Privat* und *Öffentlich* einerseits und zwischen Öffentlichkeit und politischer Sphäre andererseits.

Simonis, Merkel und Radcke schildern vor allem die Vereinnahmung ihres Lebens durch die Politik. Das setzt sie unter enormen psychischen und physischen Druck, der durch die stets knappe Zeit noch erhöht wird. Private Nischen werden weniger, umso höher gestellt das Amt ist. Simonis spricht gar von einer totalen Vereinnahmung ihres Lebens als Ministerpräsidentin. Die Presse ist ein wichtiges strategisches Instrument der Politikerinnen. Gleichzeitig ist die Berichterstattung ein ständiges Ärgernis, weil sich die Politikerinnen dadurch in ihrer Arbeit behindert fühlen. Die Medien haben einen hohen Stellenwert für die Darstellungen der Politikerinnen in der Öffentlichkeit. Der ist allerdings offenbar häufig „geschlechtsspezifisch“ oder negativ konnotiert, und es finden Verwerfungen auf der Sachebene statt, hin zu einer profanisierten Erscheinungs- und Beziehungsebene.

So erscheint Öffentlichkeit als tendenziell feindlich, aber auch als nützlich zur (Selbst-)Darstellung. Die Politik und das Private liegen scheinbar außerhalb der Öffentlichkeit und Teile aus dem Privaten und der Politik werden möglichst kalkuliert, mit einer Funktion

versehen, veröffentlicht. Konsequenz: Die Personalisierung der Politik setzt die Politikerinnen zunehmend unter Druck (vgl. auch zum äußeren Erscheinungsbild unter 4.1.2). Die Grenzen zwischen den Sphären Politik und Privatheit verschwimmen zunehmend. Sachinhalte treten in den Hintergrund.

Der politische ‚Männlichkeitswahn‘ ist von den Politikerinnen durchschaut. Die Erfüllung von Sachaufgaben, der politische Stil, die Integrität und die Qualität von demokratischer Politik sind zu verändern. Dazu können Frauen mit ihrer höheren Glaubwürdigkeit besonders beitragen und einem Vertrauensschwund entgegenwirken. Gestaltung des Zusammenlebens ohne Männlichkeits- oder Weiblichkeitswahn, ist das Ziel. Emanzipation ist (für Hamm-Brücher) kein spezifisches Frauenthema, sondern ein Menschheitsthema. Die Einschätzung von Hamm-Brücher für die Zukunft ist z.B., dass Frauen große Chancen haben, die Politik zu „retten“, indem sie ihre spezifischen Möglichkeiten einsetzen (vgl. auch Kapitel 1 und 5: Frauen als Trümmerfrauen der Neuzeit [THÜRMER-ROHR] und Merkel, als Glaubwürdigkeits-Stützstrumpf der CDU) mit dem Ziel der allgemeinen Emanzipation und dem Wunsch einer Veränderung der Strukturen vom Abstrakten zum Lebendigen, vom Schein zum Konkreten.

Und auch Süsmuth möchte eine grundsätzliche Veränderung. Im Parlament würde zu oft darüber geredet, was gedacht werden solle oder müsse. Selten darüber, was tatsächlich gedacht, befürchtet oder gewünscht wird. So würden eigene oder die Ängste anderer verdrängt oder es würde populistisch damit umgegangen werden. Es würde nach Sündenböcken und nach Scheinlösungen gesucht. Das gelte für den Umgang mit Themen wie Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe ebenso wie für das Thema Ausländer und Asylsuchende. Eine Demokratie, die ihre primäre Aufgabe darin sehe, Mehrheiten zu gewinnen und Minderheiten zu besiegen, erreiche ihr Ziel nicht.

Die Zuschreibungen, die die Frauen hier machen, perpetuieren zum Teil geschlechtsspezifische Vorstellungen. Die meisten Wertvorstellungen, die eingefordert werden, scheinen direkt aus der Feder Max Webers zu stammen, der diese von knapp 100 Jahren formulierte.

Zusammengefasst sind Frauen anders, mal defizitär, mal besser ausgerüstet als Männer. Frauen sind gezwungen, sich an männliche Verhältnisse anzupassen, aber sie sollten es nicht tun, um ihre Identität zu bewahren. Widersprüchliche Anforderungen paralisieren die Handlungsfähigkeit. Darum passen sie sich an oder treten zurück. In der Konsequenz stabilisieren sie damit die herrschenden Machtverhältnisse in den politischen Strukturen.

Feministischen Politikwissenschaftlerinnen sind diese Mechanismen bekannt. Es sind seit Anfang der 1990er Jahre Studien erschienen, die (u.a.) dies bestätigen.

Welchen Blick haben feministische Wissenschaftlerinnen auf Politikerinnen in den herrschenden Strukturen? Können möglicherweise ihre Vorstellungen und Veränderungsvorschläge genutzt werden um Strategien zu entwickeln, die partizipationserleichternde Zugänge zur politischen Macht ermöglichen und emanzipatorische Ziele verfolgen?

4.2 Veröffentlichungen über Politikerinnen - politikwissenschaftliche Studien

Die theoretische Diskussion und die Selbstaussagen der Politikerinnen werden im Folgenden durch politiksoziologische Sichtweisen erweitert werden, um so zu erkennen, welche Ziele und Empfehlungen von Seiten der feministischen Wissenschaft genannt werden, deren Erkenntnisinteressen sich explizit auf reale Bedingungen von Politikerinnen im öffentlichen Raum richten. Geprüft wird anschließend in einer Rückkopplung an die theoretischen Ausführungen und die Autobiographien, ob diese Ziele und Empfehlungen Erfolg versprechend für eine, von allen postulierte, politisch- emanzipatorische Entwicklung ist, durch die strukturelle Veränderungen erreicht werden könnten. Welche Strategien von Frauen in der Politik werden von den Wissenschaftlerinnen erkannt und thematisiert, und was sollte nach ihren Vorstellungen verändert werden?

In einer ersten Bewertung der gesichteten Studien zeigte sich, dass die Kategorien *Körper* und *Geist* von den Wissenschaftlerinnen nicht thematisiert wurden. Sie berührten anscheinend nicht deren Erkenntnisinteresse, weshalb sie auch kaum in ihren Auswertungen und Schlüssen expliziert wurden. Das „*Körper* | *Geist*“-Verhältnis ist ein weites Feld und wird in der Gegenwart sehr widersprüchlich gelebt und diskutiert. Die Traditionen dieser Auseinandersetzung reichen weit in die neuzeitliche Philosophien hinein, finden in der Psychologie breite Resonanz und werden subjekt- und machttheoretisch diskutiert. Auch im Zusammenhang einer politischen Soziologie, gerade auch unter geschlechterhierarchischen Gesichtspunkten, ist es lohnend, dieses Verhältnis näher zu untersuchen. An dieser Stelle bleibt es bei der Anregung zu entsprechenden Fragestellungen, die in weiteren Forschungsvorhaben untersucht werden müssten.

Es zeigt sich, dass dort, wo implizit rationale (bzw. irrationale) Strategien und Ergebnisse handlungs- oder erkenntnisleitend erscheinen, sie Macht- und Politikvorstellungen folgen, die in die Diskussion um das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit münden. Die Autorinnen fragen bei unterschiedlichen Herangehensweisen und Fragestellungen nach der Möglichkeit struktureller Veränderungen der politischen Sphäre. Dabei gehen sie von unterschiedlichen Macht-, Politik- und damit Öffentlichkeitsvorstellungen aus. Um deren Implikationen deutlicher zu machen, sollen im Folgenden zunächst die zugrunde liegenden Macht- und Politikverständnisse der jeweiligen Autorinnen analysiert werden. Darüber hinausgehende Aussagen (zum Beispiel das jeweilige Erkenntnisinteresse der einzelnen Studien betreffend, die in der folgenden Vorstellung - unter 4.2.1 - ihren Raum haben), bleiben für die Analyse unberücksichtigt.

Daraus ergibt sich das folgende Vorgehen: Nach der kurzen Vorstellung der einzelnen Studien (4.2.1) werden unter 4.2.2 das Macht-, Politik- und Öffentlichkeitsverständnis der Wissenschaftlerinnen thematisiert, sowie die daraus resultierenden „Empfehlungen“ an die Politikerinnen. Kapitel 4.2.3 fasst die Schlussfolgerungen zusammen. Im sich anschließenden Teilkapitel 4.3 werden dann die Ergebnisse aus der Analyse der Biographien und der Studien an die vorher entwickelten Theorien rückgekoppelt.

4.2.1 Über die Studien

Die Politikerinnen, so wurde gezeigt, haben bestimmte Wahrnehmungen der politischen Strukturen und entwickeln darin Strategien, sich erfolgreich zu bewegen. Hier soll nun untersucht werden, ob und in welcher Weise Wissenschaftlerinnen sich den hier aufgenommenen Kategorien nähern. Diese Analyse soll sich ausdrücklich nur hinsichtlich der hier bereits entwickelten und auch schon auf die biographischen Aussagen der Politikerinnen fokussierten Kategorien beziehen.

Bei den Studien handelt es sich um die wichtigsten Untersuchungen, die in diesem Feld in der BRD gemacht wurden. Gemessen wurde diese Relevanz an den Bezügen der Studien zueinander und an der Resonanz in der Fachliteratur und in den fachspezifischen Communities. Zunächst sollen die hier untersuchten Studien im Einzelnen hinsichtlich ihrer Fragestellung und ihres Erkenntnisinteresses vorgestellt werden.

Die Fremdheit in der Politik¹

Die Studie wurde von 1988 bis 1992 erarbeitet und im Januar 1993 als Dissertation im Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität, Berlin, vorgelegt.

Die Autorin richtet ihren Blick a) auf das parteipolitische und parlamentarische Handeln, wie es von den Politikerinnen erlebt wird und b) darauf, wie die Politikerinnen in und mit der Normalität des politischen Alltags umgehen, welche Deutungen und Realitätskonstruktionen ihr Handeln anleiten.

Im Unterschied zu anderen Studien der bisherigen Forschung zur politische Partizipation von Frauen, wird hier nicht die Frage nach dem Warum gestellt (sozialisationsbedingte und/oder sozialstrukturelle Einflussfaktoren im Vorfeld), sondern es werden Mechanismen und Strukturen untersucht, die innerhalb der politischen Institutionen möglicherweise ihre Wirkung entfalten.

Schöler-Macher nahm an, dass es a) innerhalb politischer Institutionen im politischen Alltag Prozesse und Mechanismen geben muss, die immer wieder neu die bestehenden Geschlechterungleichheiten in der Politik bestätigen und hervorbringen und b) dafür zentral konkrete soziale Interaktionen zwischen Frauen und Männern im spezifischen Kontext politischer Institutionen ursächlich sind (vgl. SCHÖLER-MACHER 1994, S. 251). Sie fand diese Annahmen bestätigt. Die Autorin wollte die Fremdheit der Frauen in der Politik nicht erklären, sondern verstehen.

¹ SCHÖLER-MACHER 1994: Die Fremdheit in der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten.

Orientierungsmuster des Karriereverhaltens deutscher Politikerinnen¹

Penroses Studie entstand parallel zu der Studie Schöler-Machers. Die Autorin erarbeitete diese Studie in der Zeit von 1985 bis nach 1989. Dabei ergaben sich durch die veränderten politischen Gegebenheiten Korrekturen, die zu berücksichtigen waren. Das Grundkonzept der Studie wurde jedoch beibehalten: Ein Vergleich ost- und westdeutscher Politikerinnen.

Penrose möchte mit ihrer Studie vorhandene systemübergreifende Erklärungen zu Ursachen weiblicher Unterrepräsentation in politischen Führungspositionen in Frage stellen. Bei ihrem Vergleich der beiden ehemals getrennten deutschen Staaten erwartet sie im Ergebnis, dass sich die Orientierungsmuster des politischen Karriereverhaltens der Frauen in der DDR - und das der BRD-Frauen stark unterscheiden (vgl. PENROSE 1993, S. 15).

Penrose konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf „*drei Teilungselemente: den allgemein gesellschaftlichen (und damit die geschlechtsspezifische Realität des Alltags), den parteipolitischen und den generationalen*“ (ebd., S. 21), also auf den Alltag, auf die Parteipolitik und auf das Alter der Politikerinnen. Durch die in diesen drei Einflusskreisen vermittelten Wertorientierungen und Verhaltensformen, so vermutet Penrose, werden die Erlebnis- und Reaktionsmöglichkeiten der Betroffenen begrenzt. Im Ergebnis könne nicht von ‚der Frau‘ bzw. dem ‚weiblichen Verhalten‘ schlechthin gesprochen werden, sondern lediglich von Tendenzen in Reaktionen, Handlungsstrategien und Verhaltensmustern verschiedener Gruppierungen von Frauen.

Manche wichtigen ‚Einflußkreise‘ wie Klasse, Bildungsniveau, Region blieben auf diese Weise bei ihr aus Eingrenzungsgründen unberücksichtigt (vgl. ebd., S. 21).

Die Autorin argumentiert demnach in ihrer Arbeit aus einem differenztheoretischen Kontext und Selbstverständnis heraus - wie auch Schöler-Macher.

Frauen, Männer und die Politik²

Beate Hoecker ist die deutsche Wissenschaftlerin, die das Feld der quantitativen Studien im Bereich „Frauen in der Politik“ dominiert und die von allen hier zitierten qualitativen Studien bei (quantitativem) Bedarf herangezogen wird.

¹ PENROSE 1993: Orientierungsmuster des Karriereverhaltens deutscher Politikerinnen. Ein Ost-West-Vergleich.

² HOECKER 1998: Frauen, Männer und die Politik.

Sie stellt in dieser Studie die Frage, warum die Feminisierung der Politik so wenig voran kommt und sieht die Antwort darin, dass die politische Kultur und die Karrieremuster weiterhin nach männlichen Lebensentwürfen ausgerichtet seien. Die bisherige Frauenpolitik solle nun durch Männerpolitik ergänzt werden. Nur so rücke die Vision einer gerechten Gesellschaft in greifbare Nähe.

Hoecker stellt in ihrem „Lern- und Arbeitsbuch“ drei Fragen:

1. Wie sind Frauen in Gesellschaft und Politik repräsentiert?
2. Welche Umstände sind verantwortlich für die noch immer bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern? Oder zugespitzter formuliert: Worauf beruht die gesellschaftliche wie politische Machtlosigkeit von Frauen?
3. Mit Hilfe welcher Strategien lässt sich das Ziel einer wirklichen Gleichberechtigung erreichen? (vgl. HOECKER 1998, S. 18f)

Es wird das konkrete politische Verhalten von Frauen untersucht und danach gefragt, worauf sich der weitgehende Ausschluss von Frauen aus politischen Machtpositionen gründet. Es werden empirische Daten erhoben, die das Wahlverhalten von Frauen, die Repräsentanz in den Parteien, Parlamenten und Regierungen (auch international vergleichend) und die Partizipation von Frauen „an den so genannten unkonventionellen Aktionsformen“ (ebd., S. 19) beschreiben.

Schließlich will Hoecker die Ziele, Instrumente und Themen der Frauenpolitik kritisch prüfen und nachweisen, „*daß die nur begrenzten Erfolge der bisherigen Frauenpolitik aus ihrer Konzeption als Reformpolitik resultieren, die sich zudem in einseitiger Weise allein an Frauen richtet*“ (ebd.). Damit, so Hoecker, blieben die Wurzeln der sozialen Ungleichheit, nämlich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, ebenso unangetastet, wie die traditionelle Männerrolle. Daraus ergibt sich für sie die Forderung, dass Frauenpolitik mehr sein müsse als nur ein Beruhigungsmittel. Die Ziele sollten so gesteckt werden, dass eine Gesellschaftsveränderung intendiert ist.

Hoecker möchte die Ursachen für die Verweigerung der Männer gegenüber dem gesellschaftlichen Projekt der Gleichberechtigung klären und zeigen, wie „*eine neue zukunftsweisende Geschlechterpolitik im einzelnen auszusehen hätte*“ (ebd., S. 20).

Politikerinnen: Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene¹

Die Studie wurde im Sommer 1998 am Fachbereich Umwelt und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, als Dissertation angenommen. Den Zugang zu ihrer Forschungsfrage bekommt Brigitte Geißel über vier theoretische Forschungsperspektiven:

- Sozialisationsforschung: Politische Partizipation infolge von Politisierungsimpulsen
- Parteienforschung: Politische Partizipation infolge intrinsischer Motive
- Frauenforschung: Politisierung durch frauenspezifische Lebenskontexte
- Sozialstrukturforschung: Partizipation im Kontext von Schichtzugehörigkeit

Brigitte Geißel thematisiert die Gründe, die Frauen zu einem Engagement in der Politik bewegen. Sie fragt danach, was Frauen motiviert, aktiv in die Politik einzusteigen. Wie sehen ihre Wege in die Parteien und Parlamente aus? Dabei konzentriert sie sich auf die lokale Politikebene: „Denn die kommunalen Parlamente sind die ‚Lernfelder‘, in denen die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse für die höheren politischen Ebenen angeeignet werden.“ (GEIßEL 1999, S. 17). Die Wege in die Kommunalpolitik lägen noch weitgehend im Dunkeln und würden bislang höchstens aus dem biographischen Material von Spitzenpolitikerinnen rekonstruiert.

Geißel untersucht Politisierungsprozesse von Frauen vom Parteieintritt bis zu Annahme eines kommunalen Mandats. Das Besondere an dieser Studie sei, dass zum ersten Mal Kommunalpolitikerinnen befragt würden². Darüber hinaus analysiert sie Ungleichheiten aufgrund von Schichtzugehörigkeit der Politikerinnen und arbeitet Unterschiede zwischen den Parteien hinsichtlich quotierten und nicht quotierten Aufstiegschancen. Diese Differenzierungen würden bis dahin in der Forschung noch kaum vorgenommen (vgl. ebd., S. 19). Geißel stellt in den Politikerinnen-Studien von PENROSE, SCHÖLER-MACHER und MEYER (vgl. in dieser Arbeit) gewisse Ähnlichkeiten mit der ihren fest - sie sei von ihnen inspiriert gewesen (vgl. ebd., S. 25).

¹ GEIßEL 1999: Politikerinnen: Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene.

² Obwohl der Gegenstand dieser Untersuchung Spitzenpolitikerinnen sind, ist diese Thematik für diese Arbeit insofern relevant, als zumindest implizite „Empfehlungen“ an Einsteigerinnen zu erwarten sind, die auf bestimmten Vorstellungen von Politik fußen.

Die ganze Demokratie¹

In der Studie werden Forschungsarbeiten innerhalb eines Projektes gebündelt, das eine Bestandsaufnahme „Zur Situation und Zukunft von Frauen in der Politik als Aufgabe politischer Bildungsarbeit“ (Arbeitstitel des Projektes) zum Ziel hatte. Es sollte der Bereich der politischen Bildung und die Professionalisierung von Frauen in der Politik gestärkt werden. Die Ergebnisse waren dann Grundlage für den Aufbau einer „Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft“. Diese Akademie dient der Qualifizierung von Frauen in der Politik und der Förderung des weiblichen Führungsnachwuchses. Für eine Bestandsaufnahme wurde eine Gesamterhebung bei allen weiblichen Abgeordneten der Bundesrepublik (Länder-, Bundes- und Europaebene und eine gleiche Anzahl von Kommunalpolitikerinnen) und eine Intensivbefragung bei einer Gruppe von Spitzenpolitikerinnen durchgeführt. Damit wird erstens untersucht, welche Bildungs- und Berufserfahrungen Politikerinnen für die Ausübung ihrer politischen Tätigkeit nutzen konnten. Zweitens, ob und welche Qualifizierungsangebote sie für ihre Aufgabe wahrgenommen haben und drittens welche Angebote sie sich für ihre Qualifizierung wünschen würden oder für sinnvoll und notwendig befunden hätten.

Die Studie setzt sich aus mehreren unterschiedlich umfangreichen Einzelbeiträgen zusammen, die von den Sozialisations- und Herkunftsbedingungen über Lebensformen und Bildungsaspirationen bis zu den Handlungskompetenzen und Netzwerken reichen, um dann auch internationale Strategie-Empfehlungen zu geben. In der Studie soll es (lt. Vorwort) um die ganze Demokratie gehen, d.h. um Geschlechterdemokratie. Die „Geschlechterdemokratie“ verweist auf einen Diskurs, der vor allem aus der grünennahen Heinrich-Böll-Stiftung vorangetrieben wurde (und wird).

Frauen im Männerbund²

Die Studie entstand im Rahmen eines Habilitationsprojektes. Untersucht wurde „*die politische Rekrutierung, politisch-inhaltliche Schwerpunktsetzung, das Selbstverständnis und die Bedeutung ausgewählter Parlamentarierinnen der baden-württembergischen Landespolitik und auf Bundesebenen*“ (MEYER 1997, S. 13).

Dabei sollte geklärt werden, „*in welchem Maße diese in ihre Willensbildungs- und Entscheidungsverhalten frauenspezifische Aspekte subjektiv reflektieren, öffentlich artikulieren und*

¹ FOSTER, LUKOSCHAT, SCHAEFFER-HEGEL (Hrsg.) 1998: Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik.

² MEYER 1997: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute.

politisch durchzusetzen versuchen“ (ebd.). Es wurden Politikerinnen unterschiedlicher Jahrgänge verglichen.

Meyer stellt Ähnlichkeiten ihrer Untersuchung mit der Studie SCHÖLER-MACHERS (1994) fest, die „*sowohl im theoretischen Zugang als auch im gewählten methodischen Verfahren*“ (ebd., S. 27) liegen. Genau wie Schöler-Macher richtet sie sich auf die „*Bedingungen und Anforderungen parteipolitischen und parlamentarischen Handelns und wie diese von Politikerinnen selber erlebt und gedeutet wurden.*“ Die Fragestellungen beziehen sich auf den Alltag in Parteien und Parlamenten aus der Sicht der Politikerinnen selbst (vgl. ebd.).

Meyer wählt ihren Zugang zur Fragestellung über die

- a) Partizipationsforschung
- b) Rekrutierungsforschung (als Teil der Partizipationsforschung)
- c) Frauenforschung

Sie fragt dabei danach, ob Frauen in diesen Bereichen mitgedacht werden und an welchen Maßstäben sie gemessen werden. Und schließlich fragt sie, ob politisches Handeln von Frauen ursächlich hinterfragt und als veränderbar angesehen wird.

Es sollten Erkenntnisse über den Werdegang, das politische Selbstverständnis, die Motivation zum politischen Engagement sowie um Informationen über die politische Schwerpunktsetzung der (exemplarischen) Politikerinnen (von 1949 bis zum Stichjahr 1991) gewonnen werden. Und schließlich sollte herausgefunden werden, ob Frauen wirklich anders als Männer in der Politik agieren und ob sie eigenen Stile und Vorgehensweisen entwickeln.

4.2.2 Macht-, Politik- und Öffentlichkeitsverständnis - strukturelle Entwicklungen und Empfehlungen

Macht und Politik sind Begriffe und dazugehörige Definitionen, die in der Wahrnehmung einer politischen Öffentlichkeit im Zentrum stehen. Was ist Macht oder Öffentlichkeit im Verständnis der Wissenschaftlerinnen, die hier bestimmte Bereiche der Politik untersuchen? Je nachdem, welchen Vorstellungen die Wissenschaftlerinnen folgen, entwickeln sie ihr entsprechendes Verständnis von Politik. Daraus resultieren strukturelle Veränderungsvorschläge für die politische Sphäre, die hier beschrieben sind und später diskutiert werden. Dabei wird zunächst in diesem Kontext ihrem Verständnis von Macht

nachgegangen, denn Machtverteilung und gesellschaftliche Entwicklungen stehen in einem engen Zusammenhang. Wird Macht von vornherein abgelehnt, also negativ besetzt, wie es von vielen Frauen scheinbar - nach den Untersuchungsergebnissen - praktiziert wird, ist dies gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Eingreifmöglichkeiten in gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse.

Wird Macht als positives Gestaltungsmoment begriffen, könnten Eingreifpotenziale wachsen. Da es für Frauen offenbar gute Gründe gibt, einen herkömmlichen Machtbegriff für sich in Frage zu stellen, ist zu prüfen, welche Vorstellungen von Macht in den hier vorgestellten Studien vertreten werden und welche Empfehlungen an die Politikerinnen sich daraus ergeben. Dementsprechend wird hier den Fragen nachgegangen, wie das Machtverständnis, das Politik- und Öffentlichkeitsverständnis der Wissenschaftlerinnen in den Studien aussieht.

Bärbel Schöler-Macher greift in ihrer Studie auf die Arendt'sche Definition des öffentlichen Raumes und des privaten Bereiches zurück. Im Anschluss daran rekurriert sie auf die Weiterentwicklung der Sphären in den politischen Theorieentwürfen der bürgerlichen Gesellschaft.

Macht ist für Schöler-Macher ein gesellschaftliches Phänomen, das bestimmten geschlechtsspezifischen Kodierungen unterliegt. Ausgehend von Max Weber und seinen Politik- und Machtvorstellungen konstatiert Schöler-Macher, es ergäbe sich aus seiner normativen Bestimmung der politischen Profession nicht zwangsläufig ein Widerspruch zu dem kulturell konstruierten Weiblichkeitsideal und den entsprechenden Rollennormen. Denn die bei Weber geforderte sachorientierte Leidenschaft und auch das Augenmaß für politisches Agieren seien Qualitäten, die durchaus vereinbar seien mit traditionellen Vorstellungen von Weiblichkeit. Was dagegen die Erfordernis des Verantwortungsgefühls betreffe, das bei Weber unmittelbar an Machtinstinkt und an die Bereitschaft zur Anwendung von Macht gekoppelt ist, so scheint ihr dessen Vereinbarkeit mit dem kulturellen Weiblichkeitsideal nicht ohne weiteres gegeben (vgl. SCHÖLER-MACHER 1994, S. 23f).

Das Verhältnis zur Macht sei ein strukturierendes Grundprinzip des symbolischen Ausdrucks der Geschlechterdifferenz. Macht fließe in die jeweils geschlechtsspezifische Konstruktion von Identität unterschiedlich ein. So verbinde sich in der gesellschaftlichen Wahrnehmung männliche Macht und Dominanz selbstverständlich, während weibliche Identität eher an Ohnmacht und Unterordnung gekoppelt sei. Auch wenn die von Weber

formulierten Kriterien der Eignung zum Beruf der Politik Frauen nicht explizit ausschließen, so werde doch deutlich, dass Frauen für das politische Geschäft nicht geeignet seien und dass dementsprechend der Bereich der Politik ausschließlich den Männern vorbehalten werden solle (vgl. ebd., S. 24). Aus diesen Beschreibungen geht hervor, dass Schöler-Macher, durch die Konstatierung von traditionellen Machtvorstellungen, zunächst ebenfalls von einem herkömmlichen Machtbegriff ausgeht, den sie zwar kritisiert, dem sie hier (Mitte der 1990er Jahre) aber keine Alternative gegenüberstellt.

Nach Schöler-Macher sind die folgenden Empfehlungen sinnvoll: Frauenpolitische Strategien sollten an den Mechanismen ansetzen, die immer wieder neu die Geschlechterdifferenz als ein Verhältnis der Machtungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Politik hervorbringen. Dabei führe ein Weg über die Erhöhung der Zahl von Frauen in der Politik. So könne der Minderheitenstatus von Frauen in der Politik beendet und den Vorurteilen und stereotypen Weiblichkeitszuschreibungen begegnet werden. Es könnten andere Erfahrungen gemacht und Ausgrenzungen von Frauen aus den ‚eigentlich wichtigen Bereichen‘ etwas entgegen gesetzt werden.

Männer wären dann auch in ihren Strategien und Taktiken auf Frauen angewiesen, mit anderen Worten: mit den Frauen wäre zu rechnen. Auch wäre eine höhere Anzahl von Frauen eine wichtige Voraussetzung, um ihrerseits Gruppen bilden zu können und so das Kohäsionspotenzial untereinander zu erhöhen. Allerdings reiche die Erhöhung der Anzahl von Frauen in der Politik nicht aus, um Geschlechterungleichheiten abzubauen. Das würden viele kritische Stellungnahmen zu Maßnahmen der Frauenförderung und Quotierung in der frauenpolitischen Öffentlichkeit belegen. Die von ihr erarbeiteten Muster des Frau-Seins in der Politik und die damit verbundenen Mechanismen des *Doing-gender* (also die Verfestigung und immer erneute Produktion und Übernahme der geschlechtsspezifischen Zuschreibungen in der Praxis) würden sich jedoch verändern, wenn mehr Frauen in der Politik wären, weil sich dadurch auch das „Vorgefundene“ verändern würde (vgl. ebd., S. 254f).

Dazu wäre das Wissen um eine gemeinsame strukturelle Ausgangslage wichtig, um die besonderen Anforderungen, die Frauen im männlich kodierten Handlungsfeld der Politik erfüllen müssen, zu vergrößern. Dieses Wissen könne wiederum die Erhöhung eines Kohäsionspotenzials unter Frauen zur Folge haben. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Frauen ihr Anders-Sein nicht länger als Angst vor Ausgrenzung und Herabsetzung erleben würden, sondern als zu nutzendes Potenzial. Ein Gruppenhandeln

würde dadurch erleichtert, wenn eine gemeinsame positive Identifikation von Frauen in der Politik vorhanden wäre.

Die in ihrer Arbeit identifizierten Muster des Leidens, der Herausforderung, des Paktierens und der reflektierten Nutzung des Vorgefundenen bilden nach Meinung der Autorin ein plausibles Spektrum von Möglichkeiten ab, Frau in der Politik zu sein. So mache es Sinn, dass eine Politikerin das in der Politik Vorgefundene als fremd und verunsichernd erlebt und in diesem Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit in der Selbstdefinition und auch auf das vertraute Angebot einer „weiblichen“ Geschlechtsrolle zurückgreift. Ebenfalls mache es Sinn, dass das Andere, Neue im Feld der Politik von Politikerinnen gerade als Herausforderung erlebt wird, sich aus den Zwängen eines „weiblichen“ Selbst zu befreien. Sinnvoll sei es auch, wenn Politikerinnen sich mit dem Status quo in der Politik so arrangieren, dass eine Besonderheit und Auffälligkeit dabei herauskommt und dies u.a. durch die Selbstdefinition als Frau, die in idealer Weise den Mann ergänzt, erreicht würde. Schließlich sei dasjenige Modell sinnvoll, in dem sich Politikerinnen in ihrem Selbstentwurf wenig auf das tradierte Raster des zweigeschlechtlichen Codes beziehen und sich als kompetente, sich ihres Andersseins sehr wohl bewusste und das Regelwerk der Politik durchschauende Frauen zu erkennen geben (vgl. ebd., S. 254).

Letzteres ist vor allem dann nützlich, wenn das Durchschauen der Regelwerke politischer Strukturen dazu führt, dass eigene Sichtweisen dargestellt, gehört, diskutiert und schließlich durchgesetzt werden können. Dass Frauen sich aus den Zwängen eines ‚weiblichen Selbst‘ befreien, kann hier dann zugestimmt werden, wenn es sich dabei um die Befreiung der Zuschreibungen von außen handelt, wenn es emanzipativ gemeint ist und diese Vorstellungen von Emanzipation u.U. eine kollektive Freiheit vorantreiben. Wenn es jedoch für Schöler-Macher sinnvoll scheint, dass sich die Frauen in der Politik innerhalb eines Arrangements mit dem Vorgefundenen als ‚Besonderheit‘ und als ‚Auffälligkeit‘ stilisieren, bleibt die Frage offen, mit welchem Ziel dies verfolgt wird. Als Selbstdarstellung in idealer Ergänzung zum Mann betont es die Pole ‚männlich‘ und ‚weiblich‘, die doch in der Politik überwunden werden sollen. Es verfehlt also die postulierten Ziele. So bleibt der Vorschlag als zusätzliche, anstrengende Anforderung für die Politikerinnen bestehen. Darüber hinaus ist hier festzuhalten, dass Schöler-Macher vorschlägt, der Ausgrenzung von Frauen in der Politik durch eine höhere Anzahl von Frauen zu begegnen, um die Kohäsion zu stärken, mit dem Ziel ein „Anders-sein“ zu etablieren, der Fremdheit von Frauen in der Politik entgegenzuwirken und damit Geschlechterungleichheiten wirksam abzubauen.

Virginia Penrose skizziert zunächst ihr Staatsverständnis und das damit verbundene Selbstverständnis der unterschiedlichen Regime BRD und DDR. Sie stellt diese Untersuchung in den Kontext des Bourdieu'schen Habituskonzepts und möchte es um die sozialen Faktoren Geschlecht und Generation erweitern. Penrose argumentiert - genau wie Schöler-Macher - aus einer differenztheoretischen Sichtweise heraus. Entsprechend der Intention der Studie fragt die Autorin nach dem Politikverständnis bei den interviewten Politikerinnen.

PENROSE arbeitet wirksame Ausschlussmechanismen für Frauen aus der politischen Öffentlichkeit (in der BRD) heraus, die in historischen Leitbildern verankert sind.¹ Dabei rekurriert auch Penrose zunächst auf die tradierte Trennung von *Öffentlich* und *Privat*. Sie beschreibt, dass die jahrzehntelange Trennung des Öffentlichen und des Politischen von der privaten Sphäre, das Pflegen eines idealisierten Bildes des Weiblichen als des Passiven und des männlichen Bildes als des Aktiven erfolge. Dabei sei das Weibliche für die Regelungen öffentlicher Angelegenheiten als wenig geeignet erschienen. Die ideologische Vorstellung der ‚Dualität der Weiblichkeit‘, die das weibliche Geschlecht gleichzeitig als das ‚unerfüllbare Gute und damit auch das grenzenlos Böse‘ verkörpernd darstellt, stütze gesellschaftliche und individuelle Ängste. Es seien dies insbesondere die Ängste vor der Korruptierbarkeit der Frauen im zwielfichtigen Tätigkeitsbereich der Politik und allgemein die Angst vor der ‚großen Herrscherin‘ (vgl. PENROSE 1993, S. 194). Trotz der allmählichen Verbreitung feministischen Gedankenguts würden diese Vorstellungen als kollektive Leitbilder weibliche Selbstbilder nachhaltig beeinflussen. In der Praxis sehe das dann so aus, dass bei Eintritt in eine Partei Frauen sofort mit ihrem ‚Frau sein‘ konfrontiert werden würden. Sei es durch das allgemeine Fehlen anderer Frauen, durch die Diskussionen um Quotierungen oder durch offen frauenfeindliche Bemerkungen oder Benachteiligungen. Nach dem Parteieintritt bekämen dann die Frauen offene oder versteckte Ausgrenzungswünsche politischer Kollegen zu spüren. Und selbst wenn politische Freunde sie unterstützen würden, müssten (westdeutsche) Frauen bei Übernahme eines politischen Amtes auf die mögliche ablehnende Reaktionen in ihrer nächsten Umgebung rechnen (Verwandte, Partner, Freunde). Diese Ablehnung anderer würde häufig durch ein einziges Wort ausgedrückt: ‚unweiblich‘ (vgl. ebd., S. 194f).

Weil Virginia Penrose eine enge Verbindung zwischen dem Karriereverhalten von Politikerinnen und deren individuellen Machtverständnis sieht, thematisiert sie eben diese Machtvorstellungen. Dabei expliziert sie die unterschiedlichen Machtbegriffe ihrer

¹ Sie arbeitet für die DDR-Frauen ideologiebedingte Verschiebungen mit ähnlicher Wirkung einer gesellschaftlichen Benachteiligung heraus.

Probandinnen, die überwiegend negativ konnotiert waren, jedoch auch positiv wahrgenommene Gestaltungsspielräume erkennen ließen (vgl. ebd., S. 160 ff). Penrose selbst sieht Politik und Macht als nicht voneinander abgrenzbar (vgl. ebd., S. 160). Sie beschreibt Macht in der allgemeinen gesellschaftlichen Vorstellung in der Verbindung zu Herrschaft, Unterdrückung und Gewalt. Entgegen vieler Bemühungen in der westlichen Politikwissenschaft, Philosophie und feministischer Sozialwissenschaft theoretische Ansätze zu entwickeln „*die den klassischen Widerspruch zwischen Macht und Moral soweit aufheben, dass auch die politische Sphäre nach moralischen Ansprüchen gestaltet werden kann, wirkt die weltgeschichtliche Betrachtung, dass ‚die Macht an sich böse ist‘ in die heutigen Gesellschaften hinein*“ (ebd., S. 160f). Das heiße, so Penrose, dass politische Machtausübung heute stets mit einem ethischen Fragezeichen versehen sei.

Dieser Widerspruch zwischen Macht und Moral spiele eine wichtige Rolle in persönlichen Karriereentscheidungen der Politikerinnen. Je höher das Individuum in der politischen Hierarchie aufsteige, desto enger werde seine Einbindung in die herrschenden Machtverhältnisse der Gesellschaft und desto offensichtlicher würde seine Machtausübung für sich und andere sein. Nur ein Individuum, das für sich das ethische Problem der Macht gelöst habe, werde grundsätzlich bereit sein, politische Machtpositionen zu übernehmen.

Andersherum würden Menschen, die Machtausübung mit ihren persönlichen moralischen Ansprüchen auf Dauer nicht vereinbaren können, bei Aufstiegsmöglichkeiten zögern. Sie blieben auf unteren Machtebenen oder zögen sich aus der Politik zurück. Macht sei ein soziales Phänomen. Sie ergebe sich nur aus sozialen Interaktionen. Wie das Politikverständnis sei auch das Machtverständnis als Bestandteil des ‚Habitus‘ eines Menschen zu betrachten, das von den jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen und von der jeweiligen Lebenserfahrung geprägt sei. Patriarchale Rationalität berechtige traditionell nicht nur, dass Frauen real aus Machtpositionen ausgeschlossen werden, sondern ebenfalls, dass in theoretischen Machtdiskussionen bisher das Geschlechterverhältnis im besten Fall zum Nebenthema reduziert oder gänzlich ignoriert wurde. In Kulturen, die Geschlechter polarisieren, sei wohl immer auch Macht und Geschlecht miteinander verbunden. Als weiteres sozialisierendes Moment werde dem ‚Phantasma des guten Herrschers‘, der allmächtig, einzigartig, beschützend, allem überlegen, potentiell allwissend, das Gute belohnend, das Böse bestrafend und objektiv ist, stillschweigend das ‚Phantasma der bösen Herrscherin‘ die unberechenbar, verschlingend, grausam, blind und ohne Erkenntnis, zerstörerisch und parteiisch ist, gegenübergestellt (vgl. ebd., S. 162).

Penrose stellt ihre Machtvorstellungen implizit in den Kontext einer Moraldebatte, wie sie in den Diskussionen feministischer Psychologinnen vor allem in den USA (Mitte der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre) geführt wurden (vgl. z.B. GILLIGAN, 1984; CHODOROW 1985, BENJAMIN 1993 [1988]) und in Europa aufgenommen, aber auch kontrovers dazu diskutiert wurden (vgl. MAIHOFFER 1995; NUNNER-WINKLER 1995; HAUG 1985). In dieser Diskussion ging es vor allem darum, ob einem weiblichen Handeln andere moralische Kategorien zugrunde lägen, als dem männlichen. Dabei zielte die Diskussion darauf, Frauen nicht als defizitär, als Mängelwesen im Vergleich zum Mann, zu begreifen, sondern als „anders“, d.h. als gleich(berechtigt) neben dem Mann stehend. Frauen würden so aufgrund ihrer familienbezogenen Lebenszusammenhänge andere Eigenschaften (kommunikative Verhaltensweisen, schöpferische Potenziale, Einfühlungsvermögen etc.) zugesprochen als Männern, die es galt auszubauen und für ein anderes Umgehen, ein Miteinander in der Öffentlichkeit zu stärken (vgl. auch MEYER 1997, S. 33ff). Dieser Weg wurde anstelle einer Anpassung an männliche Strukturen, zugunsten einer Verbesserung der politischen Kultur vorgeschlagen.

Macht und Politik (bei Penrose synonym) in den Kontext von Moral zu stellen, ist mindestens dann problematisch, wenn man sich - wie Penrose - dessen bewusst ist, dass damit Polarisierungen („gut“ und „böse“) unumgänglich sind. Allerdings birgt dies für die Frauen in der Politik auch Chancen, wenn es gelingt, innerhalb der politischen Strukturen mit subversiven Strategien moralisch zu agieren. Dann kann aus Ohnmacht Macht werden (vgl. Kapitel 4.3).

Festzuhalten bleibt bis hier: Penrose und Schöler-Macher lehnen einen traditionellen Machtbegriff ab. Penrose möchte ihn mit anderen Vorzeichen füllen, die den Lebenszusammenhängen von Frauen näher kommen. Damit können die Politikerinnen Macht positiv besetzen und sie annehmen. Schöler-Macher und Penrose geht es um Machtzuwachs für die Frauen in der Politik. Zusätzlich wollen sie in den männlichen Politik-Sphären etwas „Anderes“, d.h. andere Qualitäten, Fähigkeiten und Sichtweisen etablieren, um die Strukturen dadurch zu verändern.

Beate Hoecker stellt in ihren Arbeiten quantitative Analysen in den Mittelpunkt. Für sie ist Macht zunächst eine Ressource, die gerecht verteilt werden kann und soll. Eine der drei Fragen in ihrer Studie lautet: „Worauf beruht die gesellschaftliche wie politische Machtlosigkeit von Frauen?“ Die Autorin geht wohl davon aus, dass Frauen machtlos sind, denn sie konstatiert einen weitgehenden Machtausschluss von Frauen in der Politik (vgl. HOECKER 1998, S. 10ff). Sie begründet diese Aussagen quantitativ, setzt sie aber in dieser Arbeit in keinen explizit machttheoretischen Kontext.

Hoecker fordert eine gerechte politische Beteiligung von Frauen. Das rechtfertigt sie mit drei Ansätzen: Erstens mit dem Paritätsansatz, dem gleiche Mitwirkungsrechte im Rahmen der Demokratie zugrunde liegen und der das Ziel hat, das theoretische Prinzip der politischen Gleichberechtigung zu verwirklichen. Zweitens der Differenzansatz, der von unterschiedlichen politischen Interessen von Männern und Frauen ausgeht. Er zielt auf die Erweiterung der männlichen Problemsicht um die weibliche Sichtweise. Damit verbunden sei eine Verbesserung der Qualität politischer Entscheidungen. Und schließlich drittens der Emanzipationsansatz, der davon ausgeht, dass die patriarchale Gesellschaft das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern reproduziert. Es gilt, die patriarchalen Strukturen zu überwinden, hin zu einem Wandel zu einer Gesellschaft ohne Geschlechterhierarchie (vgl. ebd., S. 17).

Hoecker greift das Anders-sein von Frauen auf und geht darauf ein, wie dies wohl aussehen kann, in dem sie Stellung zum „weiblichen Politikverständnis“ nimmt. Sie finde dieses schwer einschätzbar und die spärlichen Forschungsergebnisse seien zum Teil widersprüchlich. Sie stellt dann aber „idealtypisch männliche und weibliche Politikstile“ gegenüber:

- Politikerinnen sind eher prozess- und personenorientiert, Politiker dagegen orientieren sich vorrangig am Ziel und an der Sache.
- Der Blick von Politikerinnen ist differenziert und am Kontext interessiert, jener von Politikern eher eng und komplexitätsreduzierend.
- Frauen in der Politik nehmen eine längere Dauer von Entscheidungsprozessen in Kauf, Männer neigen zu schneller und an Prinzipien orientierter Entscheidung.
- Frauen denken ressortübergreifend, Männer halten sich strikt an die Ressortgrenzen.
- Politikerinnen nehmen die Perspektive von Betroffenen ein und entscheiden aus der Lebenspraxis heraus. Politiker gehen an Probleme abstrakt und als Spezialisten heran.
- Für Frauen stehen Kompetenz und politische Verantwortung im Vordergrund, Männern geht es in der Politik um Karriere (vgl. ebd., S. 149f).

Insgesamt gibt es nach Hoecker durchaus Anzeichen für einen anderen Politikstil. Darüber hinaus hätten Frauen ein anderes Selbstverständnis über ihre Rolle als Politikerin bzw. als Parlamentarierin und Repräsentantin ihrer Partei, und sie stellen andere Ziele und Themen in den Vordergrund als Männer (vgl. ebd., S. 152). Wobei die Ziele, die verfolgt würden, bei Männern und Frauen weitgehend identisch mit denen der Parteiziele sind. Nur in der SPD gingen die Ziele auseinander. Jedoch gibt Hoecker zu bedenken, dass Politikerinnen keineswegs eine homogene Gruppe mit einer einheitlichen weiblichen Identität sind und

das Selbstbild, das sie von sich entwerfen, müsse keineswegs mit der Realität übereinstimmen. Sie hält es dann auch für fraglich, ob Frauen den für sich reklamierten Politikstil tatsächlich praktizieren.

Die Frage, was Frauen in der Politik anders machen würden als Männer, könne jedoch letztlich erst dann beantwortet werden, wenn das Ziel einer gleichberechtigten Teilnahme und Teilhabe erreicht worden ist (vgl. ebd., S. 153).

HOECKER konstatiert, dass in der Politik viele Entscheidungen informell, also außerparlamentarisch getroffen werden. Informell fände auch die eigentliche Sach- und Personalpolitik statt. Es träfen sich herausragende Minister mit dem Bundeskanzler (in ihrem Beispiel Kohl), den Vorsitzenden der Regierungsfractionen und ihren ersten Parlamentarischen Geschäftsführern und weitere Männer aus der Parteiführung. Die dort getroffenen Vereinbarungen hätten hohen Verbindlichkeitsgrad und würden in der Regel befolgt. Es sei offensichtlich, dass Frauen verstärkt in Führungspositionen, die den Teilnehmerkreis bilden, kommen müssten, um in diesen Entscheidungszentren mitreden zu können. Allerdings, so befürchtet sie, könnten sich dann neue informelle Entscheidungsgremien bilden, von denen Frauen wiederum ausgeschlossen würden. Es gehöre zum politischen Wesen der Macht, dass sie wandere¹ (vgl. ebd., S. 177).

Es gibt in der Vorstellung Hoeckers offenbar eine Frauen- und eine Männerpolitik. Sie appelliert an die Einsicht in der Männerpolitik, dass die Frauenpolitik gerechte Ziele habe, nämlich die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die Aufgabe der traditionellen Männerrolle. So erscheint Politik als polarisierte Interessenvertretung von Mann und Frau. Im Ergebnis wünscht sich Hoecker eine Geschlechterpolitik.

Diese werde durch die paritätische Besetzung von Frauen und Männern in der Politik erreicht, bei Anerkennung der Differenzen der Geschlechter und der Frauen sowie der Männer unter sich, mit dem Ziel der Emanzipation. Emanzipation scheint dann für Hoecker gleichbedeutend mit Gleichberechtigung zu sein.

Brigitte Geissel untersucht über unterschiedliche Forschungsperspektiven Partizipations- und Politisierungsformen von Frauen in der Kommunalpolitik. Dabei arbeitet sie im Wesentlichen heraus, dass Frauen, die in die Kommunalpolitik gehen, sich auf drei Lebensbereiche orientieren: auf die Familie, den Beruf und die Politik. Sie greift dieses

¹ Vgl. dazu auch KREISSL 2000

Ergebnis auf und prüft es auf mögliche Innovationspotentiale für einen anderen Umgang mit und in der politischen Sphäre. Die Frauen fühlten sich unabhängiger. Sie betrachteten die Orientierung auf diese drei Bereiche als Freiheit. Diese Aussagen, so Geissel, stünden im krassen Gegensatz zu den vielfach kritisierten klassischen politischen Theorien (Rousseau, Hobbes, Locke). In Anlehnung an die Beteiligungsformen in der antiken Polis werde in diesen Theorien politische Macht durch Personen konstituiert, die frei seien von lebenserhaltenden Tätigkeiten. Diese Tätigkeiten hinter sich zu lassen, sei Voraussetzung der Handlungsfreiheit von Politikern. So hing die Teilnahme in der Polis vom Status und der Autonomie des Hausherrn ab.

Ein weiteres Ideal klassischer politischer Theorien würde negiert, so Geissel, denn ein Staatsmann solle nicht nur unabhängig von der Last des Alltäglichen, sondern auch frei von Beziehungen sein. Dieser (phantasierte) Staatsmann sei nicht eingebunden in ein sozial erfülltes menschliches Leben, sondern eine sozialitätsfeindliche, antisoziale Figur, meint Geissel, BONNIE HONIG (1994) zitierend. Damit ginge einher, dass die Grundbedingungen menschlichen Daseins, das Gebunden-sein an andere, letztlich verleugnet werde. Und weiter negierten die von Geissel befragten Politikerinnen nicht nur zentrale Grundsätze der klassischen politischen Theorien, sondern auch der *politischen Praxis*.

So sei ein Politiker von heute nicht gänzlich frei von allen Bindungen, sondern angewiesen auf ein innerparteiliches Beziehungsgeflecht. Will er Erfolg haben, müsse er darin eingebunden sein. Die Pflege dieses Beziehungsnetzes erfordere Zeit und habe vielfach eine Konzentration auf den Bereich der öffentlichen Politik zur Folge, die vor dem Privatleben nicht halt mache. Eine Ehefrau etwa wirke so für einen Parlamentarier als „infrastrukturelle Voraussetzung“ und als unentbehrlicher „Integrationsfaktor“ und würde als solche die Belastungen des Ehemanns auffangen. Wer in der Politik Erfolg haben wolle, müsse sich von solchen Beziehungen distanzieren, die nicht instrumentalisierbar für die Politik seien. Die von Geissel befragten Kommunalpolitikerinnen entsprachen diesen Annahmen nicht, sie seien auch amtsunabhängig vernetzt und gebunden gewesen (vgl. ebd., S. 212f).

Dieses Negieren von zentralen und androzentrischen Grundsätzen führe allerdings auch zu Konflikten. Illustrieren ließen sich diese anhand eines Medienskandals um Anke Martiny.¹ Diese forderte freie Zeit für sich, für privat-familiäre Tätigkeiten und Kontakte. Von den Medien wurde dies damals als Politikunfähigkeit ausgelegt, denn wer einen freien Abend pro Woche für sich benötige, sei als Politikerin nicht kompetent. Im Ergebnis blieb das

¹ Vgl. dazu auch die kundigen und reflektierten Beschreibungen struktureller Gegebenheiten und Praxen in der Politik von MARTINY 1986 und 1991.

unrealistische Bild eines Lebens für die Politik aufrechterhalten und die Unmenschlichkeit dieses Mythos sei unhinterfragt geblieben (vgl. ebd., S. 213).

In diesem Zusammenhang entwickelt Geissel einen Gedanken von Hannah Arendt weiter: Dieser geht davon aus, dass ein nur in der Öffentlichkeit verbrachtes Leben unweigerlich zu einer „eigentümlichen Verflachung“ (ARENDDT 1997, S. 87, hier zitiert nach GEISSEL) führe. Ein psychisches Gleichgewicht und eine gewisse Integrität könnten nur aufrechterhalten werden, wenn Menschen im privaten und im öffentlichen Raum verwurzelt seien. Der Wechsel zwischen diesen beiden Bereichen sei notwendig, weil der private Bereich eine Zuflucht vor den Angelegenheiten einer res publica biete.

Diesen Gedanken der „eigentümlichen Verflachung“ denkt Geissel in eine andere Richtung weiter. Dabei stünden ihre Überlegungen „diametral zu denen Hannah Arendts“ in dem Punkt, dass Politik die Befreiung vom Lebensnotwendigen voraussetze. Sie entwickelt, dass beides, privates und öffentliches Leben, sich ergänzen und in beiden Bereichen für die Menschen Entwicklungsmöglichkeiten liegen.

Aus diesen Ergebnissen, so Geissel, ließen sich Schlüsse für eine feministische Partizipations- und Demokratietheorie ziehen. In dieser Theorie sollten die Möglichkeiten einer Dreifach-Orientierung der Akteure in der Politik mitgedacht werden. Diese wäre dann nicht als Hindernis zu begreifen, sondern als Potenzial, das auf den Erfahrungen vieler Frauen basiert.

Dabei verweist sie auf die Thesen zu einer feministischen Theorie der Demokratie von HOLLAND-CUNZ¹, die sie als zukunftsweisend einschätzt. In diesen werde jeder ausschließlich individualistische Entwurf des Menschen als Fiktion zurückgewiesen und auf die Bedeutung von Sozietät verwiesen. Nach Holland-Cunz basiere politische Theorie auf der Bindungsnotwendigkeit und -abhängigkeit alles menschlichen Lebens (vgl. ebd., S. 214 f).

Zudem sei eine konsequente Durch- und Umsetzung von Quotenregelungen möglicherweise ein wichtiges innerparteiliches Instrumentarium zur Durchsetzung der paritätischen Beteiligung von unterschiedlichen, nicht nur parteitypischen Frauen. Aber die

¹ Vgl. HOLLAND-CUNZ 1998, S. 115ff. Holland-Cunz baut hier Elemente einer feministischen Demokratietheorie auf, die „*herrschaftskritisch* bis zur Selbstreflexivität; *partizipatorisch* ... *direktdemokratisch*, darin politisch integrativ; *diskursiv*, mit anhaltendem Gespräch zur Schaffung von Gemeinschaft und dem Staat als plurale Arena; *bindungsorientiert* ... *radikal*, im Sinne pluralisierter, ‚andere‘ einschließender und nicht repressiver Gemeinschaftsbildung; *normativ*, aber offen normativ“ ist (JANSEN 1998, S. 20).

Quote sei nicht unumstritten. Und vor allem, ob sie zur Veränderungen von politischen Strukturen beitragen könne, sei fraglich. So seien weibliche und männliche Politikstile nicht nachgewiesen. Die These, dass die Quotierung zu einer Veränderung und Verbesserung der Politik führe, sei empirisch bislang nur in Teilbereichen bestätigt. Nachweisen ließen sich jedoch geschlechtsspezifische Unterschiede bei den politischen Inhalten und Zielen. So würden Frauen andere Schwerpunkte als Männer setzen und sie brächten die Probleme der weiblichen Lebens- und Berufspraxis in die Politik ein. Jedoch könne von einer allgemeinen Verbesserung der Politik kaum die Rede sein. Quote durch Qualität oder Qualität durch Quote, das sei hier die Frage (vgl. ebd., S. 220f).

Geissel plädiert dafür, dass die egalitäre Teilhabe von Frauen der Gleichstellung zum Durchbruch verhelfen solle. Dabei sollten nicht bessere oder defizitäre Eigenschaften von Frauen im Vordergrund stehen, weil dies zu Stereotypisierungen und zu Legitimationszwängen führe (vgl. ebd., S. 221).

Die Quote stelle nicht, wie häufig behauptet, das Geschlecht in den Vordergrund, sondern sie verkehre die Vorzeichen. Nach der Auffassung Geissels ist eine paritätische politische Vertretung mit Hilfe der Quote ein Mittel zur Erreichung gleicher Lebens- und Partizipationschancen von Frauen. Eine andere Qualität von Politik sei jedoch anders zu erreichen, nämlich durch:

- Eine öffentliche Debatte über die Leistungsanforderungen und das Kompetenzverständnis in der institutionalisierten Politik
- Diskussion der gegenwärtigen Auswahlkriterien und neue Anforderungsprofile für eine neue Politik
- Möglichst viele Menschen an einer diskursiven Auseinandersetzung über neue Politikstile zu beteiligen

Die Geschlechterquote und die Qualität von Politik sind zwei verschiedene Anliegen. Darum seien zwei unterschiedliche Reformen notwendig. Überschneidungen (von Qualität und Quantität) wären zu begrüßen aber nicht zwangsläufig (vgl. ebd., S. 222).

Bei der Frage danach, wie die politischen Strukturen zu verändern seien, unterscheidet Geissel zwischen Parteireformen und dem Ausbau einer Direktdemokratie. Was wäre sinnvoller, um eine paritätische Mitbestimmung zu fördern? Die Wünsche nach Reformen seien sehr heterogen und so unterschiedlich wie die Interessen der Frauen. Die Parteien sollten aus demokratietheoretischen Gründen so reformiert werden, dass sie attraktive

Betätigungsfelder für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen werden (vgl. ebd., S. 223). Es müssten dabei berufliche und familiäre Bereiche berücksichtigt werden (vgl. ebd., S. 224).

Beides, Parteireformen und Direktdemokratie, seien zu unterstützen. Es sei empirisch nicht eindeutig feststellbar, ob Parteienreformen oder ein Mehr an Direktdemokratie die Partizipation möglichst vieler Bevölkerungsgruppen unterstützen. Darum ist beides zu verfolgen. Denn es ginge nicht um die Festlegung eines „richtigen“ Weges in Form eines Nullsummen-Spiels, sondern um das Öffnen verschiedener Wege.

Im Kern schlägt Geissel damit eine Verschmelzung der Bereiche von *Öffentlich* und *Privat* vor, als eine sich ergänzende Verbindung. Dies mit dem Ziel größerer persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten, hin zu einer strukturellen Veränderung, zugunsten einer menschenfreundlichen politischen Sphäre.

Sie empfiehlt, mit Blick auf eine strukturelle Veränderung der politischen Sphäre, eine Dreifachorientierung der politischen Akteure, um Freiheiten zu gewährleisten. Dabei wendet sie sich gegen die Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre und nimmt damit eine kritische Position zu Arendt ein. Es ist in dieser Arbeit bereits mehrfach die Notwendigkeit einer Differenzierung von *Privat* und *Öffentlich* diskutiert worden. Geissel bleibt hier hinter diesem Diskussionsstand zurück. Die vorgeschlagene Dreifachorientierung (Politik, Beruf, Familie) scheint angesichts der realen hier vorgestellten Strukturen in der Politik zu stark im Bereich von Utopien zu liegen. Auch wäre zu hinterfragen, ob diese Dreifachorientierung nicht eher eine Überforderung oder eine starke Reglementierung für die Menschen (Frauen) in der Politik bedeutet - zumindest dann, wenn sie als (implizite) Anforderung gestellt wird. Betroffen davon wären, um realistisch zu bleiben, vor allem Frauen. Auf diese Möglichkeit weist auch die Autorin selbst hin.

Geissel empfiehlt weiter Quotenregelungen, um eine paritätische Beteiligung von Frauen zu stützen. Sie rückt den quantitativen Aspekt in den Vordergrund und lehnt in diesem Zusammenhang eine Qualitätsdiskussion ab. Auch unter aktuellen Gesichtspunkten, sieben Jahre nach der Empfehlung, bleibt der quantitative Aspekt (mehr Frauen in die Politik) nachvollziehbar. Die Quotenregelungen innerhalb der Parteien erleichtern den Politikerinnen den Zugang zu wichtigen Positionen - manchmal sogar gegen deren Selbstverständnis (siehe MERKEL, HAMM-BRÜCHER).

Und schließlich plädiert sie für den Ausbau einer Direktdemokratie und für Parteireformen, um einen Zugang und Eingriffe möglichst vieler Bevölkerungsgruppen in demokratische

Prozesse zu erleichtern. Was Geissel genau unter „Direktdemokratie“¹ versteht, wird nicht weiter expliziert. Hervorzuheben ist, dass Geissel sehr konkrete Vorschläge ausarbeitet und verschiedene Instrumente zur Veränderung der Politik-Strukturen anbietet. Der Vorschlag des ‚Ausbaus einer Direktdemokratie‘ wäre im Einzelnen in der Ausgestaltung zu prüfen.

In ihrer Studie entwickelt Birgit Meyer die Vorstellungen eines herkömmlichen Politikbegriffes. Demnach werde in einem engen Begriff von Politik all das ausgespart, was den Lebensalltag und die Arbeit von Frauen ausmache. Der traditionelle Politikbegriff erfasse bloß das, was in der Öffentlichkeit seinen ihm zugewiesenen Platz hat und orientiere sich primär an institutionalisierter Partei- und Regierungspolitik, mit ihren getrennten Zuständigkeiten nach Ressorts. Ein solches Verständnis setze - so die feministische Kritik - die Trennung und die unterschiedliche Bewertung der Bereiche Öffentlichkeit und Privatheit weiter fort (vgl. MEYER 1997, S. 286).

Im Folgenden zeigt die Autorin dann historische Beispiele für Begriffswandlungen über das Selbstverständnis und die Politikvorstellungen von Politikerinnen. Daraus entwickelt sie, dass es ihrer Ansicht nach *„keinen überzeitlichen oder kulturell unabhängigen Begriff von Politik geben kann. Politik, oder das was als politisch gelten kann, ist immer historisch kontingent sowie sozial und kulturell gebunden. Bereits die Frage, was zu den Gegenständen von Politik gehöre und wo die Grenzen des Politischen gezogen werden müssen, ist immer schon eine politische Fragestellung.“* (ebd., S. 35)

Diese Frage werde jedoch von Frauen und Männern aus unterschiedlichen Kontexten und Interessen heraus unterschiedlich gestellt. Sie unterstütze insofern im Folgenden keinesfalls Versuche einer ‚Ontologisierung der Geschlechterdifferenz‘, wie etwa Klaus v. Beyme es 1991 für Teile der feministischen Forschung auszumachen meinte, sondern sie betone die historische Kontingenz von Politikdefinitionen. Indem sie Christel Eckart zitiert, führt sie aus, dass nicht schon die Behauptung, „das Private ist politisch“ das feministische Gegenbild des Politischen enthält. Der Akt, in dem Frauen diese Behauptung aufstellten, sei vielmehr praktizierte politische Alternative. Diese Parole sei Ausdruck eines Verständnisses von Politik als Prozess der öffentlichen Artikulation und als Auseinandersetzung darüber, was, wie, von wem politisch gestaltet werden solle. So müssten sich Individuen stets wieder neu darüber verständigen, was theoretisch die Bestimmung des Politischen und des jeweils Privaten ausmache (vgl. ebd.). Diese Definitionsfragen seien als diskursiver Prozess zu verstehen, in dem auch Frauen selbstverständlich eingebunden werden sollten. Dies stehe

¹ Zur Diskussion um die Direktdemokratie vgl. LAMBRECHT 1990 und 1996.

auch als Anspruch in jeder Menschenrechtserklärung der Neuzeit, sei aber de facto nicht umgesetzt. Sie habe in Untersuchungen qualitativer Studien Selbstbeschreibungen von Politikerinnen analysiert. Dabei konnte sie unterschiedliche Vorstellungen von Politik ausmachen, die in unterschiedliche Politikstile münden. Die Vorstellung eines anderen Umgangs mit Macht ließ die Bildung der folgenden Kontrastpaare zu.

Frauen wollten im Gegensatz zu Männern:

- Eher egalitäre statt hierarchische Ordnung
- Flexibilität statt Rigidität in der Artikulation der politischen Position
- Kommunikatives statt strategisches Machtverständnis
- Prozessorientiertes statt zielorientiertes Denken
- Personenbezogenheit statt von Personen abstrahierende Sachbezogenheit
- Kooperatives statt konkurrenzes Verhalten
- Laien- und Alltagswissen statt Expertentum
- Interdisziplinäres Denken und Vernetzen statt Ressortdenken
- Betroffenheit statt Abstraktheit
- Kontextberücksichtigung statt von sozialen Kontexten isolierende Regel- oder Prinzipienorientierung
- Kompetenzorientierung statt Karriereplanung

Meyer möchte dies nicht so verstanden wissen, dass man die eine Seite dieses Polaritätenprofils an die Großgruppe Frauen zwingend gebunden sieht. Ihre These sei jedoch, dass Frauen und Männer durch die Geschlechterpolarisierung moderner Gesellschaften und durch die Notwendigkeit und Unentrinnbarkeit der sozialen und kulturellen Konstruktion von Geschlechtlichkeit unterschiedliche Stile und Orientierungen im Politischen herausgebildet haben (vgl. ebd., S. 36). Diese seien weder biologisch determiniert noch essentialistisch normiert, sondern sie seien historisch-kulturell kontingentes Ergebnis patriarchaler Vergesellschaftung. Sie sind nach Meyer nicht Teile einer ontologischen Geschlechterdifferenz.

Sie stellt eine zweite These auf, nämlich dass die im Polaritätenprofil gegenübergestellten Merkmale keine Wertungen darüber enthalten, ob sie besser oder schlechter dazu geeignet sind, in der Politik die gesellschaftlichen Probleme besser zu lösen. Sicher sei aber, so Meyer weiter, dass komplexe Probleme auch komplexe Sichtweisen erfordern. Diese nun seien eher bei einem überinstitutionellen Politikverständnis und bei variablen Verhaltensmodi zu finden. Ein flexibler Bezug auf unterschiedliche, situationsadäquate Verhaltensweisen scheint ihr in hochkomplexen Situationen, wie sie in politischen Entscheidungsprozessen

üblich seien, angemessen. So sei es nicht grundsätzlich schlecht, sich sach- und zielorientiert zu verhalten und nicht grundsätzlich gut, sich personen- und situationsorientiert zu verhalten. Beide Orientierungen können angemessen sein. Vor dem Hintergrund eines so erweiterten Politikverständnisses müssten die Überlegungen zu einer Erhöhung der Partizipation und Repräsentanz von Frauen in der Politik neu diskutiert werden. Durch die Strategien einer numerischen Gleichstellung würde langfristig auch eine qualitative Veränderung in der politischen Sphäre der Macht als Ziel verfolgt. Eine Erhöhung des Frauenanteils in der Politik werde nicht als Anpassungsleistung an das Vorfindbare konzipiert, sondern als Einzug einer bisher aus der traditionellen Politik verdrängten Kultur. Nach Meyers Auffassung verfehle die Kritik an einer ‚bloß mechanischen‘ Gleichstellung den Kern (vgl. ebd., S. 38).

Meyer verdeutlicht ihren Standpunkt durch kritische Anmerkungen zum Stand und zu Herangehensweisen in der Frauenforschung. Es gäbe ein theoretisches und methodisches Problem von wissenschaftlichen Beschreibungen: einerseits könne man nicht behaupten, das Patriarchat beherrsche total („in einer Totalität“) die Geschlechterverhältnisse. Ebenso wenig wäre ein nachpatriarchales Zeitalter bereits erreicht. Wie die Befunde über die Partizipation von Frauen aus empirischen Untersuchungen gewertet würden, hinge von Deutungsmustern ab, „*die ihrerseits kaum jemals reflexiver Gegenstand der wissenschaftlichen oder politischen Situationsbeschreibungen sind*“ (ebd., S. 360). Im Folgenden ist es für Meyer wichtig, diese Deutungslogik zu beleuchten.

Es gäbe in der Frauenforschung zwei unterschiedliche Interpretationsweisen: eine optimistische und eine pessimistische, die entweder als „angepasst“ oder als „utopisch“ benannt werden könnten. Im autonomen Spektrum werde für eine kritische Distanz gegenüber patriarchalen Vereinnahmungs- und Annäherungsversuchen plädiert. Partei- und Gewerkschaftsfrauen werfen die Frage auf, ob mit zunehmender Akzeptanz von Frauenförderung nicht neue Zwänge und Anpassungsforderungen und subtilere Benachteiligungen auf Frauen zukommen könnten. Einen langfristig bemerkenswerten Rückschritt sehen viele Feministinnen in der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Frauenforscherinnen warnen darüber hinaus vor dem affirmativen Charakter und unkritischen Gebrauch von, in emanzipatorischer Absicht entworfenen, feministischen Weiblichkeitskonzepten durch männliche Wissenschaft, Medien und Politik (vgl. ebd., S. 360f). Andere wiederum setzen auf die Politik der Einmischung (kleine Schritte - so wie Meyer selbst auch) und prognostizieren damit einen Fortschritt. Meyer stellt die Frage, ob die Frauenbewegung zu Veränderung der politischen Landschaft beigetragen hat oder ob das Patriarchat nachgerüstet bzw. geschickt vereinnahmt hat und so den Stachel des

Feminismus gezogen habe. Meyer fragt weiter, ob die bisherigen Ergebnisse feministischer Forderungen lediglich eine oberflächliche Kosmetik am Patriarchat seien und ob jede Frauenleitstelle ein arglistiger Schachzug des Patriarchats sei.

Ein dualistisches Emanzipationskonzept sieht feministische Forderungen immer wieder an Grenzen stoßen. In dieser Logik wird durch eine höhere quantitative Präsenz von Frauen in politischen Spitzenpositionen mögliches Subversionspotential verschenkt. Sie würden in den politischen Strukturen zum Schweigen gebracht, würden darüber hinaus benutzt und ausgebeutet. *„Geschlechtsspezifische Zuweisungen und Polarisierungen hätten nicht aufgehört zu existieren, indem z.B. von Politikerinnen erwartet würde, daß sie sog. „weibliche“ Themen besetzten und „weiche“ Positionen einbrächten ... Das Potential von Frauen in der Politik werde evtl. auch genutzt zur Stabilisierung der Mängel, die das bürokratisch-technische Handeln notwendig mit sich bringen würde.“* (ebd., S. 362)

Ohne es zu wollen, wirkten Frauen in der Politik systemstabilisierend, trotz der z.T. sehr kritischen Einstellung gegenüber politischen Strukturen. Sie müssten sich notwendigerweise anpassen und adaptieren die politischen Regeln. Auch Frauen seien die Akteurinnen in dieser pessimistischen Perspektive, nicht nur die Strukturen, die sie als „Fremde“ reproduzieren oder die Männer darin.

In der optimistischen Perspektive würden die Argumente umgekehrt: Von Teilen der Frauenforschung würde auf der theoretischen Ebene wie auf der praktisch-politischen ein egalitäres Emanzipationskonzept vertreten (GERHARD 1990). Dieses sei trotz aller historischen Gegenbewegung an Versprechungen der Aufklärung und an Werten von Freiheit und Gleichheit orientiert. Grundlage hierzu sei ein optimistisches Menschenbild und eine optimistische Sichtweise auf die gesellschaftlichen Entwicklungen sowie das Festhalten an der klassisch-aufklärerischen Hoffnung auf die Verwirklichung eines fairen Verhältnisses der Geschlechter (vgl. ebd., S. 362).

Auch wenn dieses Prinzip lange dauerte (etwa 1000 Jahre bis zum Ziel), würden sich Perspektiven und Erfahrungen von Frauen früher oder später durchsetzen (vgl. ebd., S. 363). Unter dieser Sicht würden die Zeichen positiver Veränderung durch eine erhöhte Partizipation von Frauen sehr stark betont und in die Zukunft extrapoliert. Diese optimistische Sichtweise wird von Seiten der Pessimistinnen gern mit dem Vorwurf blauäugiger Herrschaftsblindheit oder „nahtloser Anpassung an männlich geprägte Verhaltensweisen und Lebensperspektiven“ bedacht (vgl. FREVERT 1986, S. 295).

Jedoch ist dieser Vorwurf nach Meyers Meinung unzutreffend, denn: *„der Vision einer Begrenzung oder Zivilisierung patriarchaler Herrschaft liegt nämlich eine evolutionäre Gesellschaftstheorie zugrunde, in deren Zentrum verantwortliche Subjekte stehen, die nicht nur Opfer, sondern KonstrukteurInnen sein können. Die Deutungslogik, die hinter solch optimistischer Interpretation der Verlaufsgeschichte der Frauenbewegung und den Chancen von Frauenpolitik steht, ist die einer Emanzipation als ständiger Leistung von Frauen (und einiger Männer), die auf Befreiung von sexistischer Bevormundung hoffen, sie anstreben, ohne sie je als völlig durchsetzbar anzunehmen.“* (MEYER 1997, S. 363)

Festzuhalten bleibt hier, Meyer geht davon aus, dass die Vorstellung von Politik und das Agieren in der politischen Sphäre historisch kontingent ist und sich als diskursiver Prozess entwickelt. Vor diesem Hintergrund ist auch das Verhältnis zwischen *Öffentlich* und *Privat* ein permanenter Aushandlungsprozess, der zu gestalten ist. Meyer erkennt keine eindeutig geschlechtsspezifisch zuschreibbaren und polarisierenden Politikstile. Sie möchte letztlich mehr Frauen in der Politik sehen und plädiert für eine „Politik der kleinen Schritte“: Aufklärungs- und Einmischungspolitik auch um den Preis der Anpassung.

Diese vorsichtigen und realistischen Einschätzungen und Empfehlungen von Meyer sind nachvollziehbar. Da sie keine generellen „Handlungsempfehlungen“ ausspricht, sondern für situationsbezogenes Agieren plädiert, bleibt sie gleichzeitig vage und lässt Raum auch für subversives Handeln und punktuelle Entscheidungen, die eben nicht durch geschlechtsspezifische Zuschreibungen festgezurr sind. Damit wird tendenziell eine Aufhebung der geschlechterbezogenen Polarisierungen in der Politik denkbar. Zusammen mit den Forderungen und Instrumenten (Quoten) zur paritätischen Beteiligung von Frauen ist das ein Schritt zur Gleichheit von Mann und Frau in der politischen Öffentlichkeit. Unter Einbezug der unterschiedlichen pluralen Sichtweisen auf gesellschaftliche Themen und Entscheidungsprozesse werden dann öffentliche (also politische) Diskussionen jenseits der Geschlechterkontroversen möglich. An dieser Stelle bleibt nun die eigentlich entscheidende, spannende Frage offen: Was wäre dann damit gesellschaftlich gewonnen - außer einer formalen Gleichheit?

In dem Band “Die ganze Demokratie” soll es in Teilprojekten mit unterschiedlichen Autorinnen um das Ziel einer Geschlechterdemokratie¹ gehen. Die Geschlechterdemokratie

¹ Die Studie basiert auf den politischen Voraussetzungen der Forderung zu einer Geschlechterdemokratie. Das ist zum einen wiederholt explizit so genannt und zum anderen hat sich eine tragende Mitautorin der Studie in einer Veröffentlichung ausführlich mit diesem Begriff und dessen Inhalten auseinandergesetzt (LUKOSCHAT 1999).

meint nach Claudia Neusüß, der Leiterin des feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung, die den Begriff analysiert und definiert, folgendes: *„Demokratie ist ein gesellschaftspolitisches Gestaltungsprinzip: Die Voraussetzung für die freie Selbstbestimmung der Einzelnen sind durch die Mittel staatlicher Gewalt erst herzustellen und dann ständig zu vervollkommen. Dazu gehöre insbesondere die Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheiten und die Herstellung gleicher Partizipationschancen. Demokratie in diesem Sinne ist also eine Politik, die durch die ‚Demokratisierung‘ aller Lebensbereiche gesellschaftliche Machtdifferenzen abbaut, damit alle Menschen in gleicher Weise über sich selbst bestimmen können. Ohne auf die Formen der Demokratie – von der formalen über die parlamentarische bis zur direkten oder partizipatorischen – eingehen zu wollen, lässt sich sagen, dass Geschlechterdemokratie die Verwirklichung des theoretischen Anspruchs der demokratischen Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern verfolgt.“* (NEUSÜSS 1998, S. 7). Soweit der Anspruch innerhalb einer Geschlechterdemokratie. Die Praxis zeigt, dass eine Realisierung fern ist.

Die Mitherausgeberin von „Die ganze Demokratie“, Barbara Schaeffer-Hegel, schreibt im Vorwort zur Studie, dass Frauen zur Zeit nur sehr unzureichend in der Lage seien, politische Strukturveränderungen zu bewirken, die dazu beitragen könnten, Männer anteilig an der Familienarbeit zu beteiligen. Es fehle nicht an Konzepten, diese Forderung umzusetzen, jedoch an politischem Willen hierzu. Wenn sich an den ungleichen Verhältnissen etwas verändern sollte, dann bräuchte es mehr *“... anteilige Familienarbeit für Männer, mehr und bessere Arbeitsplätze, mehr Einkommen und Aufstiegschancen und daher mehr politische Macht für Frauen, (dann, d. Verf.) werden mehr Frauen sich stärker einmischen und mehr Machtbereitschaft aufbringen müssen“* (SCHAEFFER-HEGEL 1998, S. XI).

Eine langfristige gesellschaftliche Vision und klare frauenpolitische Zielsetzungen allein reichen jedoch nicht aus, um auf Dauer erfolgreich zu sein. Frauen bräuchten zeitgemäße und wirksame Strategien zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Der von Männern dominierte Staat würde - solange er glaubt, sich dies leisten zu können - Frauen lieber mit einigen durchaus zu verschmerzenden frauenpolitischen Zugeständnissen beruhigen als grundlegende Strukturveränderungen zu riskieren, die tief greifende Verhaltens- und Verfahrensänderungen nach sich ziehen würden.

Schaeffer-Hegel sieht das Veränderungspotential von Frauen eher schwach ausgeprägt, wenn sie nicht mehr Willen zur Machtbereitschaft aufbringen würden. Jedoch auch dann seien Strukturveränderungen wenig wahrscheinlich. Die Strategie des Staates (dessen Akteure) absorbiere Widerstände durch kleine, unbedeutende Zugeständnisse.

Ulla Weber geht in der Einleitung zu ihrer Studie davon aus, dass es für Frauen schwierig sei, an politische Macht zu gelangen. Die Zeit- und Organisationsstrukturen in der Politik, die nicht frauengerecht sind, verwiesen implizit auf die Strukturen im privaten Bereich, die durch Frauen mitgedacht und geregelt und die anders geordnet sind als der öffentliche Bereich. Denn die Handlungsmuster und Anforderungen in der Politik seien an einer männlichen Lebenswelt orientiert, woraus ebenfalls eine Fremdheit in der Politik für Frauen erwachse. Frauen würden eher einen kooperativen, kontext- und personenbezogenen und weniger ressort-egoistischen oder karriereorientierten Politikstil bevorzugen (WEBER 1998, ebd. S. 14).

Diese differenztheoretische Konzeption werde in der feministischen Diskussion durchaus kontrovers diskutiert. So sei ein Kritikpunkt, dass die meisten Partizipationsstudien derart angelegt sind, dass sie die Differenz zwischen einem ‚weiblichen‘ und einem ‚männlichen‘ Politikverständnis voraussetzen und aufgrund ihrer Untersuchungsanordnung diese Voraussetzung auch als Forschungsergebnisse produzieren. Über den wissenschaftlichen Zweifel hinaus würde vor allem vor den Konsequenzen gewarnt, die solche Forschungsergebnisse in der Praxis haben können. Befürchtet würde, dass die Distanz von Frauen zur Politik auf diesem Wege eher festgeschrieben wird, als dass aus den Ergebnissen z.B. ein Veränderungsbedarf des politischen Apparates abgeleitet werden könne (vgl. ebd.).

In einigen Teilen der feministischen Politikwissenschaft wird der Professionalisierungsbedarf von Frauen für den öffentlichen Raum formuliert: *“Um auch in den bestehenden Strukturen erfolgreich zu sein, müssten sich Frauen entsprechend den aktuellen Anforderungen für den politischen Bereich qualifizieren und sich die Kompetenzen aneignen, die sie benötigen, um den Anforderungen der öffentlichen Kommunikation gerecht zu werden.”* (ebd., S. 14).

Den Wissenschaftlerinnen ging es darum zu erfahren, wie die (damals gut 18%) politischen Führungspositionen auf der Bundesebene von Frauen erreicht wurden bzw. welche Erfahrungen sie gemacht haben. Es ging um *“das Erfahrungswissen von Frauen in politischen Führungspositionen, denen es trotz männerbündischer Kultur und ‚weiblicher‘ Disposition gelungen ist, sich in der Politik zu behaupten und politische Karriere zu machen”* (ebd., S. 14 f). Es interessierte die Wissenschaftlerinnen *“welche Bedingungen, Kompetenzen und Strategien diesen Politikerinnen dazu verholfen haben, sich im politischen Alltag durchzusetzen”* (ebd., S. 15). Daraus könnten sie dann schließen, welche politischen und bildungspolitischen Maßnahmen geeignet sind, um mehr Frauen darin zu unterstützen, politischen Einfluss zu erhalten.

Zusammengefasst: Die Studie stellt ihre Untersuchungen in einen theoretischen Kontext, der aktuelle Strömungen innerhalb der feministischen Politikwissenschaft aufnimmt. Dabei geht es jedoch nicht um einen politiktheoretischen Entwurf, sondern darum, dass Frauen in der Öffentlichkeit offenbar noch einiges zu lernen haben, weil sie eben aufgrund jahrtausendelangen und immer noch greifenden Ausschlusspraktiken auf den Gebieten des Öffentlichen defizitär bzw. einfach anders sind. Die Strukturen müssten sich zwar verändern, zunächst gehe es aber darum zu erkennen, wie Frauen in der Öffentlichkeit erfolgreich agieren können.

Die Studie richtet vor allem an Frauen und Politikerinnen die Aufforderung, mehr Verantwortung in der Öffentlichkeit zur Gestaltung von Gesellschaft zu übernehmen und bereit und willens zu sein, mehr Macht zu erlangen. Dazu bedarf es bestimmter Strategien, die es zu erlernen gilt. Ziel ist die Umsetzung von frauenpolitischen Forderungen (vgl. oben zur Geschlechterdemokratie). Das Plädoyer mündet damit in der politischen Vorstellung, dass die gesellschaftliche Verteilung von Arbeit (Erwerbs- und Reproduktionsarbeit) gleichmäßiger auf die männlichen und weiblichen Gesellschaftsmitglieder verteilt werden soll. Dadurch sollen wiederum die Partizipationschancen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen erhöht und die Erlangung der gerechten Verteilung von Einkommensmöglichkeiten gefördert werden.

Damit wird eine Trennung der Sphären von *Öffentlich* und *Privat* vorgenommen. Die Verteilung der Aufgaben und Zugangsmöglichkeiten zu diesen Sphären solle jedoch "gerechter" geregelt sein. Dies sei ein frauenpolitisches Ziel und es müsse zunächst von Frauen durchgesetzt werden. Darum müssen mehr Frauen in die Politik. Dazu kann und soll das Auftreten in der Öffentlichkeit erlernt und trainiert werden.

4.2.3 Resümee der politikwissenschaftlichen Studien

Es bleibt festzuhalten, dass die Wissenschaftlerinnen in den Studien Vorstellungen und Strategien zur Veränderung politischen Strukturen verfolgen, die vor allem darauf hinauslaufen, eine paritätische Beteiligung von Frauen in und an der Politik zu erreichen. Wie das konkret umsetzbar wäre, dazu werden unterschiedliche Vorschläge gemacht. Schöler-Macher und Penrose wenden sich gegen einen tradierten Machtbegriff und gegen Politikvorstellungen, die das Private vom Öffentlichen strikt trennen. Diese Vorstellungen schließen Frauen aus der Politik nicht zwingend aber tendenziell aus und würden darüber hinaus die Lebenszusammenhänge von Frauen und Differenzen unter Frauen nicht berücksichtigen. Es gelte hingegen ein Anders-sein in der Politik zu etablieren, den

Zusammenhalt der Frauen untereinander zu stärken und einer Fremdheit von Frauen in der Politik so zu begegnen. Das Ziel ist, die Geschlechterungleichheiten wirksam abzubauen (Schöler-Macher).

Penrose möchte ihre Vorstellungen von Macht und Politik in einem moraltheoretischen Kontext diskutieren und will darauf hinaus, dass Frauen nicht als defizitäre Mängelwesen zu begreifen sind, sondern als zwar „anders“, aber als gleichberechtigt neben dem Mann stehend. Sie betont das Anders-sein ebenso wie Schöler-Macher und stellt damit an die Stelle einer Anpassung an politisch-männliche Strukturen eine Qualität des Miteinander in der Politik zur Verbesserung der politischen Kultur.

Für Hoecker scheint Politik eine polarisierte Interessenvertretung von Mann und Frau zu sein. Sie wünscht sich eine paritätische Besetzung der Ämter von Frauen und Männern in der Politik. Dabei lenkt sie ebenso wie Penrose und Schöler-Macher die Aufmerksamkeit auf die Anerkennung der Differenzen der Geschlechter und der Frauen untereinander. Das Ziel ist Emanzipation.

Geissel empfiehlt, mit Blick auf strukturelle Veränderungen innerhalb der Politik, eine Dreifachorientierung (Privat, Beruf, Politik) der AkteurInnen. Voraussetzung dafür ist eine Verschmelzung der tradierten Grenzziehungen von *Öffentlich* und *Privat*. Sie möchte eine quantitative Steigerung des Frauenanteils in der Politik (Quote) und eine qualitative Veränderung der Politikstrukturen durch grundsätzliche Parteienreformen und den Ausbau einer Direktdemokratie. Das Ziel ist die Beteiligung vieler unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an demokratischen Entscheidungsprozessen.

Meyer erkennt die Definition von Politik und das Agieren in der politischen Sphäre als historisch kontingent. Dementsprechend sind die Fragen, was *Öffentlich* und was *Privat* ist, ein permanent gestaltbarer Aushandlungsprozess. Auch für Meyer ist die paritätische Beteiligung von Frauen in der Politik ein Ziel. Sie verbindet aber damit nicht zwangsläufig eine qualitative Veränderung der politischen Strukturen und der Kultur. Um eine „Politik der kleinen Schritte“ komme man nicht herum. Meyer ist entschieden für eine Aufklärungs- und Einmischungspolitik - auch um den Preis der Anpassung.

Das Wissenschaftlerteam um Lukoschat und Schaeffer-Hegel verfolgt das Ziel einer Geschlechterdemokratie. Um diese zu verwirklichen und die Partizipationschancen von Frauen in Politik und Gesellschaft zu erhöhen, müssen bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden. Diese stellen zunächst ebenfalls tradierte Vorstellungen von *Öffentlich* und *Privat* in Frage. Sie möchten eine Trennung der Sphären, jedoch eine gerechtere

Verteilung der Aufgaben und Zugangsmöglichkeiten. Das zu fordern und zu gestalten sei zunächst Sache der Frauen. Beide plädieren für eine verstärkte Übernahme von Verantwortung und Gestaltungswillen von Frauen in der Öffentlichkeit.

4.3 Vergleichendes Resümee zur Positionierung der Kategorien im analysierten Material

Im herrschenden Politikverständnis und in den Vorstellungen vom Beruf zur Politik dominiert nach wie vor ein androzentrishes Politikverständnis, das Frauen ausgrenzt. Frauen, die Politik als Beruf erleben, passen sich an dieses Verständnis von Politik an, ohne die Strukturen zu verändern. Die Untersuchungen der Selbstaussagen der Frauen (Kapitel 4.1) haben ergeben, dass diese Anpassungen differenziert betrachtet werden müssen. Die Analyse wurde entlang der Dichotomien *Körper* | *Geist, Rational* | *Irrational, Öffentlich* | *Privat* durchgeführt. Diese Kategorien sind nicht statisch zu sehen. Die beiden ersten Dichotomien münden in der politischen Praxis und der feministischen Theorie letztlich in die Auseinandersetzung um *Privat* und *Öffentlich*. Ein Ziel in dieser Arbeit war es zu zeigen, wie tief verwurzelt die androzentrishes Strukturen in unserer Gesellschaft wirken. Darüber hinaus wurde verfolgt, ob und wie sich diese Strukturen durch die Präsenz von Frauen in der Politik verändern (können).

Im Folgenden werden die Ergebnisse der in dieser Arbeit analysierten Materialien gegenübergestellt und an den theoretisch entwickelten Rahmen rückgekoppelt. Dabei stehen insbesondere die folgenden Fragen im Zentrum:

- Verändern Frauen in ihrem Beruf der Politik männlich geprägte Strukturen?
- Sind die Empfehlungen der feministischen Politikwissenschaftlerinnen dazu geeignet, diese möglichen Änderungen zu fördern?
- Was wäre stattdessen oder zusätzlich zu berücksichtigen?

4.3.1 *Körper* | *Geist*

Wie in dem Kapitel 3 mit Foucault und Haug vorgestellt, hat in den männlichen Politikstrukturen der Körper kaum einen Raum. Das entspricht den tradierten Vorstellungen, dass der Körper ein Problem des Privaten ist und damit der Sorge der Frau anheim steht. Gleichzeitig ist der Körper immer wieder Thema in der politischen Öffentlichkeit. Etwa dann, wenn beispielsweise die Erscheinungsbilder der Politikerinnen thematisiert

werden. Anders als bei Männern, die diese Wahrnehmungen zur Kenntnis nehmen, ihr Verhalten jedoch nicht ändern müssen, passen sich Frauen weitgehend diesen (oft diffusen) Forderungen an. Insofern ist der Körper tatsächlich ein Thema und damit im öffentlichen Raum. Wenn jedoch die Politikerinnen mit Diskussionen um ihre körperlichen Erscheinungsweisen konfrontiert sind, passen sie sich den Forderungen innerhalb der Strukturen an.

In diesem Sinne wird der Körper zwar thematisiert, der Umgang mit ihm ist jedoch ambivalent. Während Simonis und Merkel sich an das männliche Verständnis anpassen und sich „verhüllen“, macht Antje Radcke es zum Thema, versucht eine weibliche Kultur (Mode) einzuführen, scheitert aber und passt sich letztlich auch an. Hamm-Brücher erwähnt dieses Problem nicht, sie ist damit offensichtlich kaum konfrontiert. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass sich die politische Kultur dahingehend verändert hat, dass der Körper und seine Erscheinungsweisen stärker ins Zentrum gerückt sind, als es noch vor 20 Jahren der Fall war. Folglich wäre dies ein Vorgang, der sich erschwerend für die Frauen in der Politik auswirkt – über die herkömmlichen Strukturen hinaus.

Das geistige Wohlbefinden hingegen findet sehr wohl positiven Eingang und kumuliert in einer positiven Sichtweise von Macht. Trotz einiger Kritik am politischen Geschäft, betonen die Politikerinnen ihre Zufriedenheit. Hamm-Brücher sagt, dass ihr der Beruf zur Politik Zufriedenheit bringen würde, Merkel bringe er Spaß und sie empfinde ihn als Herausforderung im ausdrücklich positiven Sinn, Simonis bringt er „Lustgefühle“ und Radcke gefällt die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, die sie genießt.

Die Politikerinnen finden sich also durchaus widersprüchlich in den Strukturen wieder. Sie bestätigen jedoch das herrschende Politikverständnis, in dem der Geist allemal mehr Aufmerksamkeit und Gewicht hat als der Körper, auf deren Thematisierung sie eher reagieren als agieren. Während sie den Geist (Macht) als Gestaltungsspielraum erleben, fühlen sie sich an den Körper in eher lästiger Weise gebunden („gesund und fit bleiben“ heißt die Devise).

4.3.2 *Rational | Irrational*

Feministischen Theorien zufolge ist Rationalität nicht objektiv, sondern subjektiv bestimmt und entwickelt sich historisch. Damit wäre der Rationalitätsbegriff grundsätzlich veränderbar.

In dem hier referierten Kontext geht es um die Frage, ob die Politikerinnen Rationalität als objektiv, geschlechtneutral und autonom erleben oder überhaupt wahrnehmen. Die Analysen ergaben, dass sie Rationalität durchaus als androzentrisch geprägt erkennen und damit als subjektiv begreifen. Sie wählen zwei Wege, sie passen sich an und sind damit erfolgreich oder sie begehren auf und sind damit erfolglos. Sie wünschten sich jedoch eine androzentrische Rationalität mit „irrationalen“ Gefühlsanteilen wie Empathie, Vertrauen, Intuition und Verbundenheit.

Ausgesprochen irrationale Verhaltensweisen entdecken die Politikerinnen in der Politik, wenn es etwa um die Bewältigung von Krisen geht. Sie müssen in der Regel sehr schnell entscheiden, ohne Fakten ausreichend prüfen zu können. Simonis lässt dabei ausdrücklich „Kopf und Bauch“ mitentscheiden, wobei dem Gefühl scheinbar das Vetorecht zukommt. So genannte typisch weibliche Eigenschaften sind dann Teil ihrer Rationalität. Es ist nicht überraschend, dass Süßmuth und Merkel, die beide aus der Wissenschaft kommen, der Rationalität, die in der Politik herrscht, wenig Logik bescheinigen. Die Rationalität ist für sie dann gerade nicht das, was ihr tradierter Weise zugeschrieben wird.

4.3.3 Privat | Öffentlich

In der feministischen Theorie wird - mit Rekurs auf Hannah Arendt - die Trennung von *Privat* und *Öffentlich* diskutiert. In der Wahrnehmung der Politikerinnen besteht diese Trennung nicht und dies hat differierende Gründe. Zum einen haben sie eine diffuse Vorstellung von Öffentlichkeit und Politik, zum anderen lassen sich in den analysierten Selbstaussagen keine expliziten Aussagen zum Demokratieverständnis finden (Merkel, Radcke, Simonis). Dies wurde aus dem Verständnis der Politikerinnen heraus (Selbstaussagen) an zentralen Begriffen wie Macht, Demokratie, Emanzipation, Partizipation des Öffentlichen demonstriert. Können sie überhaupt etwas verändern, wenn sie über diese Themen so denken wie sie denken? Haben sie überhaupt eine Vorstellung über Politik oder agieren sie nur? Rita Süßmuth thematisiert die notwendige Trennung von ‚*Öffentlich*‘ und ‚*Privat*‘ und dokumentiert damit ihren feministischen Theoriehintergrund. Im Bewusstsein der anderen Politikerinnen scheinen die theoretischen Diskussionen nicht verankert zu sein. Trotzdem verschieben sie - wahrscheinlich unbewusst - die Grenzen zwischen ‚*Privat*‘ und ‚*Öffentlich*‘ bzw. sie heben sie auf, indem sie dem Zeitgeist folgen. Damit passen sie sich an.

In diesem Kontext war es sinnvoll, die Vorstellungen der Politikerinnen von Macht zu untersuchen. Sie erleben Macht zwar als positiv gestaltende Möglichkeit, aber Macht schreckt sie auch ab - dann nämlich, wenn sie den herkömmlichen Machtumgang, den sie

bei Männern beobachten, zugrunde legen. Machtstreben geht jedenfalls auf Kosten des Privaten (Familie); davor schrecken die Frauen eher zurück. So bleibt die Vorstellung von Macht, die sie mit der Politik verbinden, eine Konkurrenz zum Privaten. Letzterem wird dann im Zweifelsfalle der Vorzug gegeben (lt. Radcke und ihren Erfahrungen).

Hervorzuheben ist jedoch an dieser Stelle, dass die negativen Machtvorstellungen der Politikerinnen sich deutlich hin zu positiv-gestaltenden Perspektiven wandeln bzw. sich schon gewandelt haben. Ob dies auch auf Einflüsse aus der feministischen Theorie zurückzuführen ist, die ja deutlich den positiven Machtbegriff Foucaults perpetuieren, wäre unter anderen Fragestellungen an die Politikerinnen zu untersuchen.

In ihren Selbstaussagen trennen die Politikerinnen nicht explizit zwischen „Demokratie“, „Emanzipation“ und „Partizipation“. Emanzipation umfasst für Hamm-Brücher beide Geschlechter („Menschwerdung“). Damit handelt es sich für sie nicht um ein spezifisches Frauenthema, sondern Emanzipation/Partizipation gehört für sie in den öffentlichen Raum. Hamm-Brücher agiert in einem tradierten Demokratiebegriff (im Sinne der Aufklärung). Süssmuth stellt ihre Aussagen zur Demokratie und Öffentlichkeit in spezielle Kontexte wie der ‚Rolle der Kunst in der Öffentlichkeit‘ oder ‚die parlamentarische Kommunikationskultur‘. Auch bei ihr ist Emanzipation und Demokratie ein gesamtgesellschaftliches Thema - darin lägen jedoch frauenspezifische Aspekte.

Merkel macht - genauso wenig wie Simonis und Radcke - in den untersuchten Texten und Interviews zwar Statements zu speziellen politischen Inhalten und Themen, jedoch keine grundsätzlichen Aussagen zu ihren Emanzipations- oder Demokratievorstellungen.

Fazit: Es wurden differenzierte Sichtweisen der Politikerinnen deutlich. Sie sind zum Teil sehr widersprüchlich in ihren Erfahrungen und Strategien, aber grundsätzliche Veränderungen finden nicht statt. Mit den Anpassungen bleiben sie in den alten Strukturen. Damit bleiben Frauen und ihre Lebensweisen tendenziell ausgeschlossen, und sie perpetuieren diese Strukturen. Im Ergebnis bleibt so dann auch die veränderte positive und produktive Sichtweise auf Macht, ein positiver Machtbegriff also, eine Anpassungsleistung.

4.3.4 Die Studien

In den untersuchten politiksoziologischen Studien wurden von den Wissenschaftlerinnen unterschiedliche Strategien für Frauen in der Politik entwickelt. Gefragt wurde danach, ob die Empfehlungen der Theoretikerinnen in ihren Studien über die Politikerinnen geeignet sind, politische Strukturen zu verändern.

Die Studien der Autorinnen verfolgen unterschiedliche Forschungsinteressen, dem entsprechend werden die Empfehlungen aus differenzierten Sichtweisen gegeben. Sie schlagen demzufolge unterschiedliche Instrumente zur Verbesserung der Situationen von Frauen in der Politik vor. Im Zentrum Ihrer Forderungen steht einhellig und eindeutig das Ziel, mehr Frauen in die Politik zu bringen. Ob nun dieses Ziel auch eine nachhaltige Veränderung der politischen Strukturen im Sinne der postulierten Förderung von Emanzipation und Partizipation mit sich bringen kann, sollte hier geprüft werden.

Es können die folgenden zentralen Empfehlungen der Wissenschaftlerinnen zusammengefasst werden: Neben eine androzentrische Politikstruktur sollte eine weibliche „andere“ Politikkultur in den Strukturen verankert werden. Argumentiert wird dabei aus einer differenztheoretischen bzw. aus einer moraltheoretischen Sichtweise (Schöler-Macher, Penrose, Hoecker). Macht im Kontext mit Moral zu diskutieren ist darum problematisch, weil Polarisierungen um „gut“ und „böse“ in den Vordergrund treten und damit jedes vernünftige Argument relativiert und mit Beliebigkeiten ausgehebelt werden kann. Eine Moraldebatte um die Machtausübung und die Machtverhältnisse (Penrose) scheinen in diesem Zusammenhang daher auch wenig zielführend. Zu diskutieren wäre allerdings, ob durch moralische Rechtfertigungen aus der Ohnmacht heraus Machtverhältnisse (subversiv) aufgebrochen werden könnten.¹

Empfohlen wird von den Wissenschaftlerinnen darüber hinaus eine dreifache Orientierung (Privat, Beruf, Politik) der Akteurinnen, bei gleichzeitiger Verschmelzung der tradierten Grenzziehung von ‚Öffentlich‘ und ‚Privat‘ (Geissel). Beide Empfehlungen sind problematisch. Zum einen, weil die Dreifachorientierung ein potentielle Überforderung beinhaltet und weil gleichzeitig eine Verschmelzung der politischen und der privaten Sphäre gefordert wird, die hier aus schon diskutierten Gründen abgelehnt wird.

Die Beibehaltung der Quote allerdings ist ein hilfreiches Instrument. Sie garantiert eine quantitative Unterstützung von Frauen in der Politik. Eine Veränderung der Politikstrukturen wird bei Geissel durch grundsätzliche Parteireformen und dem Ausbau der Direktdemokratie erreicht. Das Ziel ist für sie die Beteiligung vieler unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an Entscheidungsprozessen. Der Vorschlag, eine Direktdemokratie auszubauen, wäre anhand der konkreten Ausgestaltung zu prüfen.

¹ Vgl. u.a. KREISSL 2000.

Plädiert wird darüber hinaus für eine verstärkte Übernahme von Verantwortung und Gestaltungswillen von Frauen in der Öffentlichkeit (Schaeffer-Hegel). Ziel dabei ist eine Geschlechterdemokratie, die die Partizipationschancen von Frauen in der Politik und Gesellschaft erhöhen soll. Letzteres allerdings hat wiederum die Annahme zur Voraussetzung, dass viele Frauen ausreichen, um die Strukturen zu verändern. Dies widerspricht jedoch den Erfahrungen, die eher einen steigenden Anpassungsdruck dokumentieren.¹

Eine „Politik der kleinen Schritte“ (Meyer), die nicht zwangsläufig eine qualitative Änderung der politischen Strukturen und Kultur zur Folge hat, wäre für Meyer ebenfalls sinnvoll und geeignet, eine paritätische Beteiligung von Frauen zu fördern. Die Instrumente zur Umsetzung einer paritätischen Beteiligung von Frauen müssten in einem diskursiven Prozess (Meyer, Penrose) und in einer konsequenten Umsetzung gesetzter Leitlinien und Ziele (Ausschlussmechanismen erkennen und aushebeln, Gender Mainstreaming, Quoten) gefunden werden. Meyer plädiert für eine Aufklärungs- und Einmischungspolitik, auch um den Preis der Anpassung.

Der mögliche Einwand, dass bei der Diskussion um das Für und Wider einer Anpassung an institutionelle Strukturen die Frage der ‚1968er‘ und der Feministinnen der 1970er Jahre (nämlich ob der ‚Gang durch die Institutionen‘ einer ‚außerparlamentarischen Opposition‘ vorzuziehen sei) wieder aufgenommen wird und damit ein ‚alter Hut‘ ist, ist verständlich aber unberechtigt. Diejenigen (Männer), die sich für eine Veränderung der Strukturen von innen heraus entschieden haben, sind in den Institutionen angekommen und hatten viel Zeit und Macht, strukturelle Veränderungen zu bewirken oder zu unterstützen. Das Ergebnis ist - im Grundsätzlichen - gleich Null. Die ‚Revolutionäre‘ haben sich arrangiert - genauso wie die Frauen es jetzt tun. Die Frage der Veränderung von Strukturen ist nach diesen Erfahrungen beantwortet. Dahingehend, dass eine Anpassung oder auch das Gestalten in der Art, wie sie in der Vergangenheit wurde und in der Gegenwart praktiziert wird, nicht dazu geeignet sind, Macht- und Einflussverhältnisse und damit Gestaltungsmöglichkeiten in der Politik zu verändern. Daraus folgt die Notwendigkeit einer erneuten Diskussion der Fragen nach Eingreifpotenzialen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten, die in einen radikal-demokratiethoretischen Zusammenhang zu stellen sind.

¹ Zur Kritik der „Geschlechterdemokratie“ vgl. THÜRMER-ROHR 2001.

Wenn sich Politikerinnen hauptsächlich anpassen, verpufft das Widerstands- und Veränderungspotenzial, das sich die Autorinnen der Studien durch „mehr Frauen in der Politik“ erhoffen. Stattdessen ist ein Strategiebündel zu verfolgen, das z.B. situativ vorgeht, indem so genannte „policy windows“ genutzt werden, in denen kreativ und flexibel eingehakt wird. Dies kann durchaus auch „subversiven“ Charakter annehmen (vgl. Süsmuth und Meyer). Damit ist gemeint, dass günstige Gelegenheiten als Chancen genutzt werden, z. B. um „Irrationales“ oder einfach die jeweils eigenen Vorstellungen und Interessen in die androzentrische Rationalität zu bringen.¹ Wünschenswert wären subversive, rebellische und feminine Frauen in der Politik. An die Politikerinnen wäre damit die Anforderung gestellt, die politische Strukturen zu durchschauen und zu durchdringen, um mit hohem Bewusstsein ob der Notwendigkeit veränderungswirksamer Strategien und großer Wachheit die Gestaltungschancen zu nutzen, die ihnen ihre Macht in den politischen Spitzenpositionen verleiht.

Mit Blick auf die Erfahrungen der Politikerinnen in der politischen Öffentlichkeit und unter Berücksichtigung der politiksoziologischen Erhebungen und Einschätzungen wurde hier deutlich, dass die komplexen Anforderungen an Frauen in der Politik ihnen wenig Raum gibt, um über die tagespolitischen Anforderungen hinaus in demokratietheoretischen oder philosophisch-praktischen Zusammenhängen zu denken. Die Diskussionen innerhalb feministischer Theorien zu ausgewählten Kategorien, die als Analyseinstrumente in dieser Arbeit herangezogen wurden, lassen hier die folgenden Positionen hilfreich zur Berücksichtigung politischen Handelns erscheinen:

Eine strikte Trennung der privaten und der öffentlichen Sphäre, im Sinne Hannah Arendts. Zugunsten von explizit inhaltlich-thematischen Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum, die unter radikal demokratietheoretisch orientierten Prämissen stattfinden, wie sie

¹ Wie z.B. von Kreissl empfohlen: Als widerständige Strategie gegen die herrschenden Machtverhältnisse schlägt er vor, nicht etwa gegen die Macht aufzubegehren, sondern sie ins Leere laufen zu lassen und ihre Zumutungen mit kreativen Ideen und Handlungen zu umgehen. Er findet Beispiele aus der Vergangenheit, etwa im Volkszählungsgeschehen oder in der Antike (Diogenes: „Geh mir aus der Sonne“). Auch im Verhalten der Dänen gegen den Erlass der deutschen Besetzer, sieht er subversiven Widerstand. In diesem Erlass sollten Juden sich wegen der Unterscheidbarkeit einen Judenstern annähen. Die Wirkung wurde aufgehoben, in dem viele sich einen Stern anhefteten und so einer sichtbaren Differenzierung entgegenwirkten. Als Widerstandsform wird eine Inflationierung, eine Übererfüllung der machtvollen Zumutungen gewählt (auch aus der DDR-Ära gibt es viele Beispiele die beschreiben, wie in vielen Alltags-Situationen ein Unterlaufen von Anordnungen möglich ist). Solche Strategien seien kreativ zu entwickeln. Sie könnten nicht näher beschrieben werden, weil sie mit der Beschreibung ihre Wirksamkeit verlieren würden. Diese Strategien wirken durch ihren Überraschungseffekt, denn Macht ist an „Gewöhnung“ und „Vertrautes“ gebunden.

von Barbara Holland-Cunz vorgeschlagen werden. Dabei ist allerdings genauer zu prüfen, in wie weit der Vorschlag von Holland-Cunz sich im Ergebnis über die Erkenntnisse von Arendt hinwegsetzt. Darüber hinaus sind Strategien hilfreich, die eine Berücksichtigung gesellschaftsdurchdringender Praktiken innerhalb gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse berücksichtigen, wie sie von Frigga Haug im Anschluss an Michel Foucault gefordert werden. Dazu sind permanente, systematischen (Diskurs)Analysen der Machtmechanismen, wie sie in westlichen Kulturen strukturell verankert sind, sinnvoll.

In den Machtanalysen Foucaults sind allerdings keine Widerstandsmöglichkeiten außerhalb von Macht und Herrschaft zu finden. Hannah Arendt jedoch lässt „Revolution“ denken (sie bezieht auch ihre Beispiele daher). Macht entwickelt sich im Binnenraum der Öffentlichkeit. Sie entsteht durch die Menschen, die dort zusammen kommen, und sie zerfällt in dem Moment, in dem sie auseinander gehen.

Aus diesem Grund ist die Arendt'sche Definition von Macht weiterführend. Sie erreicht dies durch ihren Vorschlag einer Abgrenzung von Macht und Gewalt („Macht entsteht wenn Menschen gemeinsam handeln...“, Arendt). So entsteht ein sozialer, politischer und handlungsorientierter Machtbegriff, der im politischen Raum verankert ist. Dort ist kooperatives Handeln und gegenseitige Anerkennung von Differenzen, also Pluralität, möglich. Macht erscheint dann als positive und nicht mehr destruktive Kraft des Gestaltens.

5 SCHLUSSBEMERKUNGEN UND AUSBLICK

Politik ist der Bereich, in dem Frauen (im Vergleich zu anderen, männlich dominierten gesellschaftlichen Bereichen) schon am meisten erreicht haben. Aber das bedeutet nicht, dass sich an und in den politischen Strukturen etwas Neues täte. Diese Stagnation kann vielmehr als Indiz dafür genommen werden, dass sich Grundsätzlicheres in den Strukturen der Politik ereignen muss, um die herkömmlich definierten lebensfeindlichen Herrschafts- und Politikverhältnisse zu verändern.

Aus den vorliegenden Untersuchungsergebnissen ergeben sich weitere Fragen und Forderungen an die Politik, die nicht bei dem Wunsch „mehr Frauen in die Politik“ stehen bleiben können. Diese Forderung beruhte dann allein auf der Hoffnung, dass sich die

gewünschten Veränderungen unter der Berücksichtigung bestimmter Reformen und Strategien (z.B. „Politik der kleinen Schritte“) quasi von selbst ergeben. Diese, wie Meyer sie nennt, „optimistische Perspektive“ (MEYER 1997, S. 362), der ein egalitäres Emanzipationskonzept zugrunde liegt, das an den klassischen Hoffnungen der Aufklärung festhält, strebt zumindest auf der politischen Ebene die Gleichheit aller Akteure an.¹

Handelt es sich also bei den Erfolgen von Frauen in der Politik in erster Linie um gelungene Anpassungsleistungen? Oder sollen Frauen jetzt, wie THÜRMER-ROHR titelt, durch eine „Feminisierung der Gesellschaft – Weiblichkeit als Putz und Entseuchungsmittel“ gar die Welt retten? Die Männer, so Thürmer-Rohr weiter, versuchten sich aus der Geschichte herauszustehlen. *„Sie wollen den Einblick in ihre eigene Tätergeschichte, diese lange Arbeit überspringen, in dem sie sich mit dem - von ihnen selbst ausgegrenzten - ‚Andersartigen‘ zu ergänzen trachten ... um ihre gefährlichen Defekte zu übertünchen“* (THÜRMER-ROHR 1999 bzw. 1987, S. 141).

Politik verlöre seit Jahren generell an Macht und Einfluss innerhalb der Gesellschaft, so konstatieren Beobachter (vgl. u.a. KREISSL 2000). Deshalb gelangen die Frauen zunehmend als „Trümmerfrauen“ (THÜRMER-ROHR 1987), Krisenmanagerinnen oder bloße Moderatorinnen gesellschaftlicher Interessenvertretungen in politische Spitzenpositionen - so die Behauptungen. Die Feminisierung eines gesellschaftlichen Bereiches sei der sichere Hinweis dafür, dass dieser Bereich an Bedeutung, Prestige und Macht verliere (vgl. Kreissl, S. 14). Entsprechend sei ein steigender Frauenanteil der beste Beleg für die sinkende Bedeutung des gesellschaftlichen Bereiches (vgl. ebd., S. 10). Mit anderen Worten, dort wo Frauen auftauchen, verschwindet die Macht. Wenn es nichts mehr zu gewinnen gibt, räumen Männer das Feld und suchen sich Lohnenderes. Demzufolge verliert die Politik in dem Maße an Einfluss, wie sich Männer von ihr abwenden und sich z.B. auf ökonomische (neue) Märkte konzentrieren.

Solange Frauen eine Teilhabe an der Macht anstreben, müssen sie zu den gängigen Methoden der Macht greifen. Indem sie das tun, stärken sie die bestehenden Machtstrukturen. Es ändert sich damit nichts. So konstatiert Kreissl (KREISSL 2000, S. 162).

¹ Die pessimistische Perspektive geht von einem dualistischen Emanzipationskonzept aus, der eine Eigenwilligkeit und einer Eigenwertigkeit von Frauen zugrunde liegt. Sie wird getragen von der Hoffnung, diese irgendwann einmal ausleben zu können und sich damit den herrschenden männlichen Werten entgegenstellt. Vertreten wird diese Auffassung exponiert etwa von den Frauen um den „italienischen Buchladen“ (Libreria delle donne di Milano). Diese Konzeption sieht keine Veränderungsmöglichkeit innerhalb hierarchischer männlicher Strukturen (vgl. MEYER 1997, S. 360ff).

Und dies liege nun daran, dass Frauen, wenn sie Macht übernehmen, einerseits in männlich geprägten Strukturen agieren müssten und andererseits nicht wie Männer sein wollten. Macht entstünde aber in unserer Gesellschaft nur unter den Bedingungen einer männlichen Ordnung. Wenn Frauen dort antreten, dann kommen sie mit dieser Ordnung in Konflikt.

Ob an diesen Einschätzungen Wahres ist oder nicht: Eine Akzeptanz dieser apologetischen Sichtweisen wäre für die feministische Perspektive nicht akzeptabel. Sie legen den Schluss nahe, dass Frauen - gleich was sie machen - immer entweder zu spät kommen, an der falschen Stelle sitzen oder als Retterinnen missbraucht werden und damit - auf dieser Linie in die Zukunft extrapoliert - zu den Schuldigen werden am Elend oder gar Untergang der Menschheit. Unabhängig davon, ob diese Szenarien tatsächlich so sind (oder sein werden), bleiben sie zunächst Gedankenspiele, denen implizit ist, dass Frauen auf eine politische Beteiligung verzichten (sollen). Das ist keine sinnvolle Option.

Die Anpassung hingegen und die Politik der kleinen Schritte führen ebenfalls in nicht gewollte Entwicklungen. Die Strategie der Anpassung führt nicht zu Veränderungen; die anderen Strategien der kleinen Schritte sind so langfristig angelegt, dass auch unsere Nachkommen vermutlich keine emanzipatorischen Erfolge mehr erleben werden.

Gefragt sind radikalere Maßnahmen, um die Machtverhältnisse mit den bekannten Auswirkungen mit Blick auf emanzipatorische Ziele zu verändern. Aber warum sollten Frauen dafür allein kämpfen? Mit Frigga Haug wurde sichtbar, dass es nur wenige (eingeweihte) Männer und inzwischen wenige Frauen sind, die die „herrschende Klasse“ vertreten. Das Eintreten für feministische Interessen einerseits und eine Allianz zwischen Frauenbewegung/feministischen und anderen sozialen Bewegungen (etwa die Organisation von Globalisierungsgegnern ‚attac‘) andererseits wären eine gute Ausgangsbasis zum gemeinsamen, machtvollen Handeln.

Zu prüfen wären Vorgehensweisen, die sich gegen bestimmte (postmoderne) Auffassungen des „Ich“ und gegen damit einhergehende Individualisierungstendenzen wenden und die „Gemeinschaft als Prozeß“¹ in den Mittelpunkt reflexiver Überlegungen gemeinschaftlichen Handelns stellt.

Und zu prüfen wären weitere Schritte und das Ausloten von Möglichkeiten, damit dieser lange und historische Weg von Männern und Frauen zum grundsätzlichen Ziel, zur

1 Vgl. die Ausführungen zum ‚Deliberativen Politikmodell‘ bei Amy Gutmann in: TAYLOR 1993.

Emanzipation, kürzer wird. Vielleicht auch unterstützt durch „kleine Revolutionen“, wie sie etwa durch die Wahl der ersten Kanzlerin in der BRD denkbar werden. Ob es sich hier allerdings wirklich um etwas Neues handelt, sollte genau beobachtet werden.

Die Tagespresse ist sich nach 100 Tagen Amtszeit der ersten bundesdeutschen Kanzlerin einig in ihrem Loblied auf Merkel, ihren Führungsstil betreffend. Demnach scheinen sich die Strukturen in der Politik tatsächlich hin zu einem ‚weiblichen Führungsstil‘ zu verändern. Merkel sei „pragmatisch und unideologisch“ bescheinigt ihr *DER SPIEGEL* (45/2005). In der Regierung herrsche, seit Merkel Kanzlerin ist, ein neuer Stil, berichtet *DIE ZEIT* (HILDEBRANDT/NIEJAHR am 23.02.2006). Innerhalb des Kabinetts gehe man ‚respektvoller‘ miteinander um. Man halte sich an die Regeln, „weil es keine Rituale gibt, die sich in jahrzehntelangen Erfahrungen und Kleinkriegen herausgebildet haben“ (ebd.), und Merkel frage in Sitzungen ihre Minister, „weil sie wirklich etwas von ihnen wissen will - und die antworten nicht nur, weil sie sich selbst gern reden hören“ (ebd.). Ein Regierungsmitglied stellt fest, dass das Kabinett nun seine Bedeutung zurückgewinne. Männlichkeitsrituale seien sinnlos geworden, einfach weil der Chef eine Frau ist (vgl. ebd.). Gleichzeitig werden diejenigen Stimmen lauter, die neben den strukturellen Veränderungen auch nach Inhalten fragen. Dass Angela Merkel sich durchsetzen und führen könne, habe sie ja nun bewiesen. Wohin sie aber führe und für welche Inhalte sie stehe, sei allen Beteiligten noch nicht so klar, bemerkt Maybritt Illner in einer Talkshow.¹

Merkel sei „gelassen“, „fröhlich“ und „tatendurstig“ beschreibt *Der Tagesspiegel* die Kanzlerin (am 25.11.2005). Das sind auch Adjektive, wie sie wiederholt von Merkel in Interviews und (Auto-)Biographien als Selbstbeschreibungen und als Wunsch zur Selbstveränderung/Persönlichkeitsentwicklung geäußert werden (wie auch andere Elemente aus den Biographien Merkels in jüngster Zeit in den Medien immerzu wiederholt werden). Das wirft Fragen in neue Richtungen auf: Zum einen die Tatsache der boomenden Autobiographien (nicht nur) von PolitikerInnen. Zum anderen die Rolle der Medien in diesem Kontext.

Worauf verweist die seit dem Jahr 2000 auffällig steigende Flut von Autobiographien? Welchen Bedürfnissen trägt dieses Phänomen Rechnung? Mögliche Antworten könnten im Bedürfnis der Leser nach Orientierung in einer immer unübersichtlicher werdenden Umwelt liegen und darin die Sehnsucht nach Struktur und Vorbildern. Auf Seiten der Autoren und Biographiegebern stehen möglicherweise zunächst die sich immer weiter

¹ Maybritt Illner stellte am 12.3.2006 ihr Buch „Frauen an der Macht“ vor, in: Literatur im Foyer, 3sat.

entwickelnden Individualisierungstendenzen mit dem dazugehörigen Ausblenden von gesellschaftlichen Zusammenhängen im Hintergrund.

Für das hier interessierende Verhältnis von Frauen und Politik ergeben sich daraus neue Forschungsfragen und Thesen, die zunächst geschlechtsneutral scheinen:

1. Es gibt einen Zwang zur Selbstinszenierung und zur Selbstdarstellung, gespeist durch einen hohen Konkurrenzdruck. Dabei handelt es sich um branchenübergreifende Phänomene aus Sport, Politik und Film (auch die ICH-AG gehört zu diesen Erscheinungen). Bei diesen Selbstdarstellungen handelt es sich um eine Konstruktion des eigenen Lebens und ist damit lediglich ein Surrogat des Eigenen.¹ Dieses Surrogat muss medienwirksam und möglichst spektakulär sein, sonst ist es kein Thema für die Redakteure.

2. Politik mutiert zu reinen Medienereignissen. (Auto-)Biographien sind die perfekte Recherche für die Interviewer, also die Medienvertreter. Sie ersparen sich eigene Nachforschungen und brauchen den Protagonisten nur noch darauf anzusprechen, was er oder sie z.B. auf Seite 13 der Biographie geschrieben hat. So werden die Individuen von den Medien benutzt: Die Bedürfnisse der Verbraucher auf der Suche nach Orientierung, die Autobiographien als Mittel zur Selbstinszenierung für die Autoren und die Interessen der Medienvertreter auf der Suche nach Informationen, die unterhalten, ergänzen sich und allen ist damit gedient. Wirklich?

Einerseits haben Biographien von Frauen in der Politik Vorbildcharakter und tragen dazu bei, die Normalität von Frauen in der Politik zu verankern. Andererseits bleibt zu hinterfragen, ob diese Art von Selbstdarstellungen die Grenzen von ‚Privat‘ und ‚Öffentlich‘ derart missachten und verschleiern, dass diese Darstellungen frei von politischen Ansprüchen und Zielen bleiben. Die in dieser Arbeit dargestellten und analysierten Selbstaussagen der Politikerinnen sprechen dafür. Sind nicht so gesehen die Frauenbiographien aus der Politik genau das Gegenteil von dem, was politisch gewollt ist? Frauen in die Politik und Frauen in die Medien? In den Medien sitzen dann ebenfalls wieder weitgehend Männer in den entscheidenden Machtpositionen und Frauen werden zu Medienereignissen und zu Schauobjekten stilisiert. Sie nutzen diese Selbstinszenierungen, um die eigene Popularität und Macht zu vergrößern, vielleicht auch um zu gestalten.

¹ Insofern wäre auch ein „Missbrauch der medialen Öffentlichkeit“ zu prüfen.

Jedenfalls machen sie dann keine Politik mehr, sondern entsprechen den Wünschen der Macht und der „Eventveranstalter“.¹

Selbst wenn also mehr Frauen verstärkt auch in politische, ökonomische oder mediale Spitzenpositionen kämen, was wäre damit erreicht und wem ist damit grundsätzlich geholfen? Perspektivisch werden existenzielle Fragen dringlich, die einer Beantwortung bedürfen - in der Gegenwart, nicht in tausend Jahren. Ist die folgende Vermutung von Goldschmidt richtig und werden Töchter und Söhne auf lang gewusste Perspektiven wie die Folgenden hinweisen? *„Wenn es in absehbarer Zeit auch in Europa wieder zu einem [politischen] Erwachen kommt, wird man sehen, daß keines der akuten Menschheitsprobleme wirklich gelöst oder auch nur ernsthaft in Angriff genommen worden ist. Ein neues Verständnis von Politik kann sich aber nur herausbilden, wenn und insoweit sich Politik als die große Aufgabe der Menschheit begreift, das humane Überleben der Gattung in allen Teilen der Welt sicherzustellen.“* (GOLDSCHMIDT 1990).

¹ Und tanzen bis zum Umfallen für „die gute Sache“ (UNICEF), wie es Heide Simonis im Frühjahr 2006 in einem Privatsender (RTL) buchstäblich praktizierte.

Verzeichnis der verwendeten Literatur

- Andresen, Sünne**, 2001: Der Preis der Anerkennung. Frauenforscherinnen im Konkurrenzfeld Hochschule. Münster
- Angerer, Marie-Luise; Appelt, Erna; Bell, Anni; Rosenberger, Sieglinde und Hadwig Seidl** (Hrsg.), 1991: Auf glattem Parkett. Feministinnen in Institutionen. Wien
- Appelt, Erna**, 1994: Bürgerrechte - Feministische Revisionen eines politischen Projekts. In: dies. und Neyer, Gerda (Hrsg.): Feministische Politikwissenschaft. Wien, S. 97-117
- Archer, Dene** u.a., 1985: Männer-Köpfe, Frauen-Köpfe. Studien aus unterschiedlichen Abbildungen von Frauen und Männern auf Pressefotos. In: Schmerl, Christiane: a.a.O., S. 53-75
- Arendt, Hannah**, 1989/1967: Vita activa oder vom tätigen Leben. München
Arendt, Hannah, 1994: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. München
Arendt, Hannah, 1993/1970: Macht und Gewalt. München
Arendt, Hannah, 1993: Was ist Politik? - Fragmente aus dem Nachlaß. Ursula Ludz (Hrsg.), München
- Bake, Rita und Inge Grolle**, 1995: "Ich habe jonglieren mit drei Bällen gelernt...". Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft. 1946 bis 1993. Hamburg
- Ballhausen, Anne; Brandes, Uta; Karrer, Marva und Robert Schreiber**, 1986: Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis - weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung zur politischen und sozialen Partizipation von Frauen. Hrsg. vom Bundesinstitut für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und dem Institut Frauen und Gesellschaft. Bielefeld
- Baumgarten, Silke**, 1984: Immer auf dem Prüfstand - Hamburger Studie zur Situation weiblicher Abgeordneter. In: Korrespondenz "die Frau" 6/84 Bd. 1, 6. Auflage. Frankfurt am Main
- Becker-Schmidt, Regina; Knapp, Gudrun-Axeli**, 2000: Feministische Theorien zur Einführung. Hamburg
- Becker-Schmidt, Regina**, 1992: Gesellschaft, Geschlechterverhältnisse und Staat. In: Biester, Elke, Brigitte Geißel, Sabine Lang, Birgit Sauer, Petra Schäfer, Brigitte Young (Hrsg.): Staat aus feministischer Sicht. Berlin, S. 75 - 85
- Benhabib, Seyla; Nicholson, Linda**, 1987: Politische Philosophie und die Frauenfrage. In: Fetscher, Iring; Münkler, Herfried (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen, Band 5. München, S. 513 - 526
- Benhabib, Seyla**, 1992: Modelle des öffentlichen Raums. Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas. In: "Selbst im Kontext". Gender Studies. Frankfurt am Main, S. 96 -139
- Benjamin, Jessica**, 1993 (1988): Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht. Frankfurt am Main
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas**, 1990: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt am Main
- Bernadoni, Claudia; Werner, Verena**, 1987: Der vergessene Reichtum. Über die Partizipation von Frauen am öffentlichen Leben. München, London, New York, Oxford, Paris

- Birnbaum, Robert**, 25.11.2005: Merkels Machtproben. In: Der Tagesspiegel. Berlin, S. 3
- Beyme, Klaus von**, 1991: Feministische Theorie der Politik zwischen Moderne und Postmoderne. In: Leviathan, Heft 2/1991, S. 208 -228
- Blazek, Helmut**, 2001: Männerbünde. Eine Geschichte von Faszination und Macht. Berlin
- Bock, Gisela**, 1987: Historische Frauenforschung; Fragestellungen und Perspektiven. In: Frauen suchen ihre Geschichte. Karin Hausen (Hrsg.), München, S.24-62
- Bourdieu, Pierre**, 2001: Das politische Feld. Konstanz
- Bourdieu, Pierre**, 1998: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Konstanz.
- Boysen, Jacqueline**, 2001: Angela Merkel. Eine deutsch-deutsche Biographie, München
- Bremme, Gabriele**, 1956: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen (Vandenhoeck und Ruprecht)
- Breuer, Stefan**, 1991: Max Webers Herrschaftssoziologie, Band 18 „Theorie und Gesellschaft“. Axel Honneth, Hans Joas und Claus Offe (Hrsg.), Frankfurt
- Breuer, Stefan**, 1987: Foucaults Theorie der Disziplinargesellschaft. Eine Zwischenbilanz. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaften, 3/87
- Brückner Margit und Birgit Meyer** (Hrsg.), 1994: "Die sichtbare Frau". Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume. Freiburg
- Bude, Heinz**, 1989: Typen von Skandalpolitikern. In: Ebbighausen, Rolf und Sighard Neckel (Hrsg.): Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt, S. 396-413
- Bührmann, Andrea**, 1995: Das authentische Geschlecht. Die Sexualitätsdebatte der neuen Frauenbewegung und die Foucaultsche Machtanalyse. Münster
- Bürklin, Wilhelm P.**, 1988: Wählerverhalten und Wertewandel. Opladen
- Butler, Judith**, 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main
- Cavarero, Adriana**, 1990: Die Perspektive der Geschlechterdifferenz. In: Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht. Ute Gerhard u.a. (Hrsg.), Frankfurt am Main
- Choderow, Nancy**, 1985: Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Mütterlichkeit. München
- Connell, Robert W.**, 1999: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeit. Opladen
- Cornelißen, Waltraud** (unter Mitarbeit von Renate Engbers), 1994: Klischee oder Leitbild? Geschlechtsspezifische Rezeption von Frauen- und Männerbildern im Fernsehen. Studien zur Sozialwissenschaft Bd. 134, Opladen
- Cornelißen, Waltraud**, 1993: Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. In: Helwig, Gisela und Maria Nickel (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992. Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung. Bonn

- Cornell, Drucilla**, 1996: Geschlechterhierarchie, Gleichheit und die Möglichkeit von Demokratie. In: Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Herta Nagl-Docekal, Herlinde Pauer-Studer (Hrsg.). Gender Studies. Frankfurt am Main, S. 397-414
- Dausien, Bettina**, 1996: Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten. Bremen
- Dausien, Bettina**, 1994: Biographieforschung als Königinnenweg? In: Erfahrung mit Methode. Angelika Dietzinger u.a. (Hrsg.) Freiburg, S. 129-153
- Deleuze, Gilles**, 1977: Michel Foucault. Der Faden ist gerissen. Berlin
- Der Spiegel**, 45/2005, Das Experiment, S. 24
- Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages** (Hrsg.), 1989: Frauen und Politik. Entwicklungen, Barrieren und Strategien in der Bundesrepublik Deutschland und in skandinavischen Ländern. Landtagsforum Nov. 89, Kiel
- Dietzinger, Angelika** u.a.(Hrsg.), 1994: Perspektiven der Biographieforschung. Frauenforschung als empirisches Projekt. In: dies., Erfahrung mit Methode. Freiburg
- Doormann, Lottemi**, 1980: Wartet nicht auf bess're Zeiten. Frauenpolitik aus Bonn und Alternativen der Frauenbewegung. Köln
- Dreyfus, Hubert L.; Rabinow, Paul**, 1994 (1983): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, 2. Auflage, Frankfurt am Main
- Ebbighausen, Rolf und Neckel, Sieghard** (Hrsg.), 1989: Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt am Main
- Eberle, Friedrich**, 1980: Theorie des Wählerverhaltens und empirische Wahlsoziologie. In: Politische Vierteljahresschrift, Band 21, Erfahrungen von Frauen in Parlamenten. Münster, S. 248-266
- Eckart, Christel**, 1995: Feministische Politik gegen institutionelles Vergessen. In: Feministische Studien, Heft 1 / Mai 1995, S. 82-90
- Eribon, Didier**, 1993 (1989): Michel Foucault. Eine Biographie. Essay in: Die Ordnung des Diskurses, vgl. unter Foucault, Frankfurt am Main
- Fetscher, Iring und Münkler, Herfried**, 1987: Pipers Handbuch der politischen Ideen. Band 5, Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen. München
- Fink-Eitel, Hinrich**, 1992 (1989): Foucault zur Einführung. 2. Auflage, Hamburg
- Flessner, Heike; Erner-Knake, Heidi**, 1985: Frauen in Bewegung - neue Wertorientierungen und Politikzugänge. In: IMSF Informationsbericht 43, Frankfurt am Main
- Flick, Uwe**, 2000: Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendungen in Psychologie und Sozialwissenschaften, Hamburg

- Foster, Helga; Lukoschat, Helga; Schaeffer-Hegel, Barbara** (Hrsg.), 1998: Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik. Pfaffenweiler
- Foucault, Michel**, 2004: Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am College de France 1978-1979, hrsg. von M. Sennelart, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel**, 1999: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am College de France (1975-76). Aus dem Französischen von Michaela Ott, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel**, 1994 (1983): Das Subjekt und die Macht, in: Dreyfus/Rabinow s.o.
- Foucault, Michel**, 1994 (1966): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, 12. Aufl., Frankfurt am Main
- Foucault, Michel**, 1992 (1976): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. 6. Auflage, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel**, 1992 (1975): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. 10. Auflage, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel**, 1992: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main
- Foucault, Michel**, 1985: Freiheit und Selbstsorge. Frankfurt am Main
- Foucault, Michel**, 1978: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin
- Foucault, Michel**, 1976: Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie. Berlin
- Frank, Karsta**, 1992: Sprachgewalt: Die sprachliche Reproduktion der Geschlechterhierarchie. Elemente einer feministischen Linguistik im Kontext sozialwissenschaftlicher Frauenforschung. Tübingen
- Franz, Gerhard und Herbert Willi**, 1986: Werte, Bedürfnisse, Handeln: Ansatzpunkte politischer Verhaltenssteuerung. Frankfurt am Main
- Fraser, Nancy**, 1997: Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt am Main
- Fraser, Nancy**, 1995: Der Streit um Differenz, Frankfurt am Main
- Fraser, Nancy u.a.**, 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt am Main, S. 86-103
- Fraser, Nancy**, 1994: Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt am Main
- Frauenanstiftung e.V.** (Hrsg.), 1994: Feministische Politik und die Frage der Identität. Demokratie und Differenz. Feministische Bündnispolitik auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft. Kongressdokumentation
- Frevert, Ute**, 1986: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit. Frankfurt am Main
- Fülles, Mechthild**, 1969: Die Frau in der Politik. Köln
- Funcke, Lieselotte** (Hrsg.), 1984: Frauen in der Politik. Die Liberalen - Frei sein, um andere frei zu machen. Stuttgart
- Gabler, Monika**, 1972: Wie sie wählen würden. Das Wahlverhalten der Frau im Sommer 1972. In: Die Frau in der offenen Gesellschaft, S.21-28
- Gdaniec, Glaudia**, 1986: Frauensprechen und Politik. Eine Untersuchung über politische Diskurse von Frauen. In: Haug, Frigga und Cornelia Hauser (Hrsg.): Der Widerspenstigen Lähmung. Kritische Psychologie der Frauen Band 2, Berlin

- Geißel, Brigitte**, 1999: Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen
- Gerhard, Ute**, 1990: Gleichheit ohne Angleichung. Frauen im Recht, München
- Gilligan, Carol**, 1984: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München
- Glaser, Barney G. und Strauss, Anselm**, 1967: The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. New York
- Glaser, Barney G. und Strauss, Anselm**, 1979: Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie: Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung. In: Hopf, Christel und Weingarten, Elmar (Hrsg.), Qualitative Sozialforschung. Stuttgart, S. 91-111
- Goldschmidt, Werner**, 1990: Politik. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Band 3, Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.). Hamburg, S. 737-793
- Gould, Carol C**, 1989: Private Rechte und öffentliche Tugenden: Frauen, Familie und Demokratie. In: Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Elisabeth List, Herlinde Studer (Hrsg.). Frankfurt am Main, S. 66-85
- Grolle, Inge und Rita Bake**, 1995: "Ich habe jonglieren mit drei Bällen geübt". Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft. 1946 bis 1993. Hamburg
- Gruneberg, Nina**, 22. Dezember 1998: In DIE ZEIT Nr. 53. Hamburg
- Habermas, Jürgen**, 1999: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen**, 1993 (1985): Der philosophische Diskurs in der Moderne. Zwölf Vorlesungen. 4. Auflage, Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen**, 1990 [1962]: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen**, 1973: Erkenntnis und Interesse. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen**, 1968: Technik und Wissenschaft als Ideologie. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen**, 1961: Über den Begriff der politischen Beteiligung. In: Habermas, Friedeburg, Gehlen, Wetz: Der Student und Politik. Neuwied und Berlin
- Hagemann-White, Carol**, 1989: Hat die neue Frauenbewegung die politischen Partizipationsformen in Wirkungsmöglichkeiten von Frauen verändert? Zeitschrift für Frauenforschung, hrsg. vom Institut Frau und Gesellschaft, 4, S. 38-50
- Hamm-Brücher, Hildegard**, (Hrsg.), 1999 : „Ungehaltene Reden" mündiger Bürgerinnen und Bürger. München
- Hamm-Brücher, Hildegard**, 1997: Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz, 1. Auflage 1997, 2. Auflage 1999. München
- Hamm-Brücher, Hildegard**, 1978: Weil ich das Leben liebe. In: Schmid-Burgk, Sonja (Hrsg.): Mut zur Öffentlichkeit: Briefe an junge Frauen.
- Handbuch für Frauen**, 1988: Zur Stellung der Frau in der Gegenwart. Informationen – Analysen - Anregungen. Bonn aktuell. Stuttgart

- Haraway, Donna**, 1996: Anspruchsvoller Zeuge@Zweites Jahrtausend. Frau/Mann trifft OncoMouse TM. Leviathan und die vier Jots. Die Tatsachen verdrehen, in: Scheich, Elvira (Hrsg.), Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie
- Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia**, 2005: Forschungsfeld Politik. Geschlechterkritische Einführung in die Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- Harding, Sandra**, 1991: Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht. Hamburg-Berlin
- Harding, Sandra**, 1989: Geschlechtsidentität und Rationalitätskonzeptionen. Eine Übersicht. In: Elisabeth List/Herlinde Studer (Hrsg.), Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt am Main, S. 425-453
- Haug, Frigga**, 1999: Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit. Hamburg - Berlin
- Haug, Frigga**, 1996: Frauen-Politiken. Hamburg - Berlin
- Haug, Frigga**, 1993: Knabenspiele und Menschheitsarbeit - Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse. In: Ethik und Sozialwissenschaften, Streitforum für Erwägungskultur. EuS 42, S. 215-224
- Haug, Frigga** (Hrsg.), 1991 (1983): Sexualisierung der Körper. Hamburg – Berlin
- Haug, Frigga**, 1990: Erinnerungsarbeit. Hamburg – Berlin
- Haug, Frigga**, 1985: Gilligan, Carol. Die andere Stimme. (Buchbesprechung) In: Das Argument. H. 149, 1985, S. 113f. Hamburg – Berlin
- Haug, Frigga**, 1994: Alltagsforschung als Zivilgesellschaftliches Projekt. Vorüberlegungen. In: Das Argument 206, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Hamburg - Berlin, S. 639 - 657
- Hausen, Karin**, 1987: Einleitung in: Dies. (Hrsg.), Frauen suchen ihre Geschichte. München, S.9-23
- Hausen, Karin**, 1986: Warum Männer Frauen zur Wissenschaft nicht zulassen wollten, in: Hausen K.; Nowotny H. (Hrsg.), Wie männlich ist die Wissenschaft? Frankfurt am Main, S. 31-40
- Hauser, Kornelia**, 1991 (1983): Sexualität und Macht. In: Sexualisierung der Körper. Frigga Haug und dies., Hamburg - Berlin
- Heinz, Margarete**, 1971: Politisches Bewußtsein bei Frauen. München
- Hellwig, Renate** (Hrsg.), 1984: Frauen in der Politik. Die Christdemokratinnen - Unterwegs zur Partnerschaft. Stuttgart
- Hennig, Margret; Jardim, Anne**, 1987: Frau und Karriere. Erwartungen, Vorstellungen, Verhaltensweisen. Reinbek
- Hildebrandt, Tina; Niejahr, Elisabeth**, 2006: Hundert Tage Zweisamkeit, in: Die Zeit 9/2006, S. 4
- Hoecker, Beate; Fuchs, Gesine** (Hrsg.) 2003: Handbuch: Politische Partizipation von Frauen in Europa, Band 2, Die Beitrittsstaaten. Opladen
- Hoecker, Beate**, 1999: Frauen, Männer und die Politik. Lern- und Arbeitsbuch. Bonn
- Hoecker, Beate** (Hrsg.), 1998: Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa, Band 1., Opladen
- Hoecker, Beate**, 1995: Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes

- Studienbuch. Opladen **Hoecker, Beate**, 1987: Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen
- Hoffmann-Riem, Christa**, 1994: Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie - Der Datengewinn. In: Elementare Phänomene des Arbeitens. Hrsg. von Wolfgang Hoffmann-Riem, Marianne Pieper und Gerhard Riemann. Weinheim, 1994
- Holland-Cunz, Barbara**, 1998: Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen
- Holland-Cunz, Barbara**, 1994: Öffentlichkeit und Intimität. Demokratietheoretische Überlegungen. In: Das Argument, s.o., Nr. 206, S. 659-674
- Hölzl, Erik**, 1994a: Methodenüberblick der qualitativen Sozialforschung, in: Arbeitskreis Qualitative Sozialforschung (Hrsg.): Verführung zum qualitativen Forschen - Eine Methodenauswahl. Wien, S. 51-60
- Hölzl, Erik**, 1994b: Qualitatives Interview. In: Arbeitskreis Qualitative Sozialforschung (Hrsg.): Verführung zum qualitativen Forschen - Eine Methodenauswahl. Wien, S. 61-68
- Honegger, Claudia**, 1991: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib. Frankfurt am Main
- Honig, Bonnie**, 1994: Agonaler Feminismus: Hannah Arendt und die Identitätspolitik. In: Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt am Main
- Honneth, Axel**, 1983: Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie, 392ff. Frankfurt am Main
- Höyng, Stephan; Puchert, Ralf**, 1998: Die Verhinderung der beruflichen Gleichstellung. Bielefeld
- Huber, Antje** (Hrsg.), 1984: Frauen in der Politik. Die Sozialdemokratinnen - Verdient die Nachtigall Lob, wenn sie singt? Stuttgart
- Hüffel, Karin**, 1994: Inhaltsanalyse, in: Arbeitskreis Qualitative Sozialforschung (Hrsg.): Verführung zum qualitativen Forschen - Eine Methodenauswahl. Wien, S. 135-148
- Huhnke, Brigitta**, 1997: Macht, Medien und Geschlecht. Eine Fallstudie zur Berichterstattungspraxis der "dpa", der "taz" sowie der Wochenzeitungen "Die Zeit" und "Der Spiegel" von 1980-1995. Opladen
- Illner, Maybritt** (Hrsg.), 2005: Frauen an der Macht. 21 einflußreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit. München
- Jansen, Mechthild**, 1997: Das Claudia-Nolte-Phänomen. Bonn
- Jansen, Mechthild M.**, 19.10.1998, Am Ideal des Gebundensein ansetzen. In: Tageszeitung (*taz*), Berlin
- John, Peter**, 1979: Bedingungen und Grenzen politischer Partizipation in der BRD am Beispiel von Bürgerinitiativen. München

- Kahlert, Heike und Delia Schindler**, 1997: Feministische Politikwissenschaft, Grounded Theory und problemzentriertes Interview. Methodologische und hochschuldidaktische Reflexionen. In: femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft. Erfahrung(en) mit Methode(n). Heft 1/97, Berlin, S. 61-71
- Kahlert, Heike**, 1988: "Die eigene Persönlichkeit bringst du sowieso immer 'rein...' - Biographische Interviews mit Kandidatinnen der GAL-Frauenliste für die Wahl der Hamburger Bürgerschaft am 9. November 1986, Hamburg, unveröffentlicht
- Kahlweit, Cathrin**, 1994: Damenwahl. Politikerinnen in Deutschland. München
- Käsler, Dirk**, 1987: Max Weber. In: Pipers Handbuch der Politischen Ideen. Hrsg. I. Fetscher und H. Münkler. Band 5. Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen. München. S. 150-156
- Kaufmann, Jean-Claude**, 1995: Frauenkörper - Männerblicke. Konstanz
- Kelle, Udo**, 1992: Empirisch begründete Theoriebildung. Ein Beitrag zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung, Bremen
- Kern, Horst**, 1982: Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien. München
- Klages, Helmut**, 1988: Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Zürich
- Klaus, Elisabeth**, 1994: Von der heimlichen Öffentlichkeit der Frauen. In: Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt am Main
- Klinger, Cornelia**, 1986: Das Bild der Frau in der Philosophie und die Reflexion der Frauen auf die Philosophie, in: Hausen, Karin/Nowotny, Helga (Hrsg.), Wie männlich ist die Wissenschaft? Frankfurt am Main, S. 62-84
- Knapp, Gudrun-Axeli; Becker-Schmidt, Regina**, 2000: Feministische Theorien zur Einführung. Hamburg
- Knapp, Gudrun-Axeli**, 1992: Neuere Entwicklung in der feministischen Machtdiskussion. In: Elke Biester u.a. (Hrsg.): Staat aus feministischer Sicht. Berlin, S. 19-36
- Koelbl, Herlinde**, 1999, Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch die Macht. Eine Langzeitstudie. München
- Kohlberg, Lawrence**, 1974: Analyse der Geschlechtsrollenkonzepte und -attitüden bei Kindern. In: ders.: Zur kognitiven Entwicklung des Kindes. Frankfurt am Main
- Kohli, Martin; Fischer, Wolfgang**, 1987: Biographieforschung. In: Wolfgang Voges (Hrsg.) Methoden der Biographie- und Lebensverlaufforschung. Opladen
- Kreisky, Eva und Sauer, Birgit** (Hrsg.), 1997: Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechterkritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/New York
- Kreisky, Eva und Sauer, Birgit** (Hrsg.), 1997: Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformationen. Wiesbaden
- Kreisky, Eva und Sauer, Birgit**, 1995: Gegen "geschlechtshalbierte Wahrheiten". Feministische Kritik an der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum.

- In: dies.: Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Frankfurt am Main
- Kreisky, Eva**, 1992: Der Staat als Männerbund. Der Versuch einer feministischen Staatssicht. In: Biester, Elke; Brigitte Geißel; Sabine Lang; Birgit Sauer, Petra Schäfer und Brigitte Young (Hrsg.): Staat aus feministischer Sicht. Dokumentation. Berlin
- Kreissl, Reinhard**, 2000: Die ewige Zweite. Warum die Macht den Frauen immer eine Nasenlänge voraus ist. München
- Krieger, Verena**, 1987: Feministische Utopien im Bundestag. Das Antidiskriminierungsgesetz der Grünen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 3/1987
- Kurz-Scherf, Ingrid**, 1992: Nur noch Utopien sind realistisch. Feministische Perspektiven in Deutschland, Die Grünen (Hrsg.). Bonn
- Kurz-Scherf, Ingrid**, 1987: Der 6-Stunden-Tag - Skizze eines phantastischen Tarifvertragsentwurfs. In: Kurz-Scherf, Ingrid und Gisela Breil (Hrsg.): Wem gehört die Zeit? Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag. Hamburg
- Kuwalik, Teresa und Birgit Sauer** (Hrsg.) 1996: Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft. Frankfurt am Main
- Lambrecht, Lars** (Hrsg.), 1996: Philosophie, Literatur und Politik vor den Revolutionen von 1848. Zur Herausbildung der demokratischen Bewegungen in Europa. Forschungen zum Junghegelianismus, Quellenkunde, Umkreisforschung, Theorie, Wirkungsgeschichte 1, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main
- Lambrecht, Lars**, 1990: Demokratie. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.). Hamburg, S. 483-533
- Lamnek, Siegfried**, 1995: Qualitative Sozialforschung, Band 2: Methoden und Techniken. Weinheim
- Lang, Sabine**, 1998: Mediale politische Kommunikation und Demokratie. Überlegungen zu Selektivität und Maskulinität der elektronischen Mediendemokratie. In: Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hrsg.): PVS, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 28/1997. Wiesbaden, S. 98 -119
- Lepsius, Renate**, 1987: Frauenpolitik und Beruf. Gespräche mit SPD-Parlamentarierinnen. Hamburg
- Lerner, Gerda**, 1995: Frauen finden ihre Vergangenheit. Grundlagen der Frauengeschichte. Frankfurt/New York
- Lerner, Gerda**, 1989: Welchen Platz nehmen Frauen in der Geschichte ein? Alte Definitionen und neue Aufgaben. In: Elisabeth List und Herlinde Studer (Hrsg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt am Main, S. 334-352
- Levy, René**, 1977: Der Lebenslauf als Statusbiographie. Die weibliche Normalbiographie in makrosoziologischer Perspektive. Stuttgart
- Ley, Katharina**, 1984: Von der Normal- zur Wahlbiographie? Interpretationen erzählter Lebensgeschichte von Frauen. In: Martin Kohli/Günther

Robert (Hrsg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Neue Beiträge und Forschungsperspektiven. Stuttgart, 1984, S. 239-260)

- List, Elisabeth**, 1993: Die Präsenz des Anderen. Theorie und Geschlechterpolitik. Frankfurt am Main
- List, Elisabeth**, 1989: Denkverhältnisse. Feminismus als Kritik. In: dies. und H. Studer (Hrsg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt am Main, S.7-34
- Lukoschat, Helga**, 1999: Das Konzept der Geschlechterdemokratie und seine Umsetzung in Organisationen, in: Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.): Chancen und Risiken der Verwaltungsreform für Frauen, Dokumentation -auch digital)
- Mabry, Hannelore**, 1970: Unkraut ins Parlament. Die Bedeutung weiblicher parlamentarischer Arbeit für die Emanzipation der Frau. München
- Maihofer, Andrea**, 1995: Geschlecht als Existenzweise. Frankfurt am Main
- Marcuse, Herbert**, 1990 (1955): Triebstruktur und Gesellschaft. 16. Auflage, Frankfurt am Main
- Martiny, Anke**, 1986: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Frauen und der Mut zur Macht. Reinbek
- Martiny, Anke**, 1991: Kühle Gefühle zur Lage der Nation. Reinbek
- Mayring, Philipp**, 1988: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim
- McNay, Lois**, 1996: Die Ethik des Selbst. In: Politische Theorie: Differenz und Lebensqualität, von Herta Nagl-Docekal und Herlinde Pauer-Studer (Hrsg.). Frankfurt am Main, S. 350 - 396
- Merkel, Angela**, 2004: Mein Weg. Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg. Hamburg (vgl. auch Müller-Vogg)
- Meyer, Birgit**, 1997: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt/New York
- Meyer, Birgit; Brückner, Margit** (Hrsg.), 1994: "Die sichtbare Frau". Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume. Freiburg
- Meyer, Birgit**, 1992a: Über das schwierige aber notwendige Verhältnis von Feminismus und Demokratie. In: Biester, Elke u.a. (s.o.) (Hrsg.): Staat aus feministischer Sicht. Berlin
- Meyer, Birgit**, 1992b: Die "unpolitische" Frau. Politische Partizipation von Frauen oder Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26-26/92
- Meyer, Birgit**, 1990: Frauenpolitiken und Frauenleitbilder der Parteien in der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34-35/90
- Meyer, Birgit**, 1989: Politik als Beruf- auch für Frauen? Oder: Die Schwierigkeit sich an die ersten Politikerinnen der Nachkriegszeit zu erinnern. In: Institut Frau und Gesellschaft (Hrsg.): Frauenforschung, Bd. 1, Hannover
- Meyer, Birgit**, 1987: Frauen an die Macht? Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10, S.15-28
- Michalik, Regina**, 1987: Politik: das Leid mit einer Leidenschaft. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. Heft 19: Politik. Zeit zum Streit.

- Milz, Helga**, 1989: "Blick zurück nach vorn!". Empirische Untersuchungen zum gesellschaftlichen und politischen Frauenbewußtsein. In: FrauenMachtPolitik. Opladen, S. 129 -166
- Molitor, Ute**, 1992: Wählen Frauen anders?: Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung. Mannheim
- Muckli, Martina**, 1990: Einbruch in die Männerwelt? Hamburg
- Müller-Vogg, Hugo**, 2004: Mein Weg. Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg. Hamburg
- Nagl-Docekal, Herta und Herlinde Studer** (Hrsg.), 1996: Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Gender Studies. Frankfurt am Main
- Nerge, Sonja, Stahmann Marina**, 1991: Mit Seidentuch und ohne Schlips. Frauen im Management. Frankfurt am Main
- Neuenhaus, Petra**, 1993: Max Weber und Michel Foucault. Über Macht und Herrschaft in der Moderne. Pfaffenweiler
- Neusüß, Claudia**, 1998: Geschlechterdemokratie ist... In: Nachrichten der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
- Neyer, Gerda**, 1991: Frauen in der Politik. Parlamentarische Strukturen und ihre geschlechtsdifferenzierenden Wirkungen. In: Angerer, Marie Luise u.a. (Hrsg.): Auf glattem Parkett. Feministinnen in Institutionen. Wien
- Note, Gisela**, 1991: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Bonn
- Nunner-Winkler, Gertrud** (Hrsg.), 1995: Weibliche Moral. Die Kontroverse um eine geschlechtsspezifische Ethik. München
- Nussbaum, Martha C.**, 2002: Eine moderne Interpretation der sozialdemokratischen Idee in Zeiten der Globalisierung, www.fr-aktuell.de/fr/160/i60004/.htm (in gekürzter Form als Dokumentation erschienen in: Frankfurter Rundschau vom 16.02.2002)
- Nussbaum, Martha C.**, 1999: Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt am Main, S. 24-85
- Pauer-Studer, Herlinde** (Hrsg.), 2000: Konstruktionen praktischer Vernunft. Philosophie im Gespräch. Frankfurt am Main
- Penrose, Virginia und Clarissa Rudolph** (Hrsg.), 1996: Zwischen Machtkritik und Machtgewinn. Feministische Konzepte und politische Realität. Frankfurt/New York
- Penrose, Virginia**, 1993: Orientierungsmuster des Karriere-Verhaltens deutscher Politikerinnen. Ein Ost-West-Vergleich. Bielefeld
- Pfannes, Petra**, 2004: Powerfrau, Quotenfrau, Ausnahmefrau...?: Die Darstellung von Politikerinnen in der deutschen Tagespresse. Marburg
- Piaget, Jean**, 1954 [1932]: Zum moralischen Urteil beim Kinde. Zürich
- Prokop, Ulrike**, 1976: Weiblicher Lebenszusammenhang. Frankfurt am Main

- Pühl, Katharina**, 1994: Geschlechterverhältnisse und Politik, Institut für Sozialforschung (Hrsg.). Frankfurt am Main
- Radcke, Antje**, 2001: Das Ideal und die Macht. Das Dilemma der Grünen. Berlin
- Raschke, Joachim**, 1992: Das Unbehagen an den Parteien. Ein Blick auf die dauerhaften Ursachen. In Gewerkschaftliche Monatshefte 9/1992
- Raschke, Joachim**, 1987: Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth, Roland und Dieter Rucht (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 252. Bonn, S. 19-2
- Raulf, Ulrich**, 1977: Das normale Leben. Michel Foucaults Theorie der Normalisierungsmacht. Inaugural-Dissertation, Marburg
- Rawls, John**, 1992: Die Grundstruktur als Gegenstand. In: Ders., Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989, hrsg. von Wilfried Hinsch, Frankfurt am Main
- Rawls, John**, 1975: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main
- Rebensdorf, Hilke**, 1990: Frauen im Bundestag - anders als Männer? In: Der Bürger im Staat. Heft 1/1990, Stuttgart
- Reitzig, Jörg**, 2005: Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit. Eine hegemonietheoretische Analyse zur Debatte um einen ‚Neuen‘ Gesellschaftsvertrag im postfordistischen Kapitalismus. Münster
- Richter, Regina**, 1999: Mehr Demokratie? In: femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft 1999/2, Berlin, S. 165-168
- Richter, Regina**, 1997: Kritik in der feministischen Biographieforschung. Diplomarbeit, Hamburg
- Richter Regina; Rietze Monika**, 1997: Die Stunde der Entscheidung. Fernsehanalyse. In: Lustmolche und Köderfrauen. Politik um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Haug, Frigga; Wittich-Neven, Silke (Hrsg.). Hamburg, S. 82-98
- Richter, Regina**, 1994: Zur Analytik der Macht bei Michel Foucault - unter besonderer Berücksichtigung des "Sexualitätsdispositivs". Diplomarbeit, Hamburg
- Roemheld, Regina** (Hrsg.), 1994: Fraueninteressen Frauenpolitik. Definitionen und Initiativen. Weinheim
- Roll, Evelyn**, 2001: Das Mädchen und die Macht. Angela Merkels demokratischer Aufbruch. Frankfurt am Main
- Rommelspacher, Birgit**, 1995: Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht. Berlin
- Rommelspacher, Birgit**, 1992: Der weibliche Masochismus - ein Mythos ? In: Leiden Macht keine Lust, Burgard/Rommelspacher (Hrsg.), Frankfurt am Main (1989 unter "Leideunlust")
- Rosenberger Sieglinde**, 1991: Geschlechterarrangements in der politischen Öffentlichkeit. In: Angerer, Marie Luise u.a.: Auf glattem Parkett... (s.o.)

- Rossanda, Rossana**, 1983: Einmischung. Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand. Staat, Partei, Revolution. Frankfurt am Main
- Roth, Günther**, 1989: Marianne Weber und ihr Kreis. In: Marianne Weber: Max Weber ein Lebensbild, München-Zürich, S. IX - LVIII
- Rühmkorf, Eva**, 1996: Hinter Mauern und Fassaden. Erinnerungen einer engagierten Frau. Stuttgart
- Sandkühler, Hans Jörg** (Hrsg.), 1990: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Band 1-4, Hamburg
- Sauer, Birgit und Kuwalik** (Hrsg.), 1996: Der halbierte Staat. Frankfurt am Main
- Sauer, Birgit; Holland-Cunz, Barbara; Biester, Elke** (Hrsg.), 1994: Demokratie oder Androkratie? Frankfurt am Main
- Schaeffer-Hegel, Barbara; Foster, Helga; Lukoschat, Helga** (Hrsg.). 1998: Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, Pfaffenweiler
- Schaeffer-Hegel, Barbara** (Hrsg.), 1997: Zur Situation und Zukunft von Frauen in der Politik als Aufgabe der politischen Bildung. Bonn - Studie siehe unten: Die ganze Demokratie.
- Schaeffer-Hegel, Barbara** (Hrsg.), 1990: Vater Staat und seine Frauen. Beiträge zur politischen Theorie, Band 1, Pfaffenweiler
- Schaeffer-Hegel, Barbara** (Hrsg.), 1984: Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats. Pfaffenweiler
- Scheuch, Erwin K.; Scheuch, Ute**, 1992: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien - eine Studie. Reinbek
- Schirmer, Carola**, 1996: Hannah Arendts Konzept des Politischen in feministischer Theorie. In: Die Welt des Politischen. Hannah Arendts Anstöße zur gegenwärtigen Politischen Theorie. Loccum, S. 191 -199
- Schmerl, Christiane** (Hrsg.), 1985: In die Presse geraten. Darstellung von Frauen in der Presse und Frauenarbeit in den Medien. Köln/Wien
- Schmerl, Christiane** 1984: Das Frauen- und Mädchenbild in den Medien. Opladen
- Schmidt-Burgk, Sonja**; Mut zur Öffentlichkeit. Freiburg, S.65ff
- Schmidtchen, Gerhard**, 1984: Die Situation der Frau. Trendbeobachtungen über Rollen- und Bewußtseinsveränderungen der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin
- Schmuckli, Lisa**, 1996: Differenzen und Dissonanzen. Zugänge zu feministischen Erkenntnistheorien in der Postmodernen. Königstein/Taunus
- Schöler-Macher, Bärbel**, 1994: Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten. Weinheim
- Schöler-Macher, Bärbel**, 1992: Auf den Spuren einer möglichen Fremdheit von Frauen in der Politik. In: Wetterer, Angelika (Hrsg.): Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. New York, Frankfurt, S.257-276

- Schöler-Macher, Bärbel**, 1991: Fremd(körper) in der Politik. Die Normalität des politischen Alltags in Parteien und Parlamenten aus der Sicht von Frauen. In: Institut Frau und Gesellschaft (Hrsg.):Frauenforschung Bd. 1 u. 2, Hannover
- Schütze, Fritz**, 1977: Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien - dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen. In: Fakultät der Universität Bielefeld (Hrsg.): Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien Nr.I. Bielefeld
- Schütze, Fritz**, 1981: Prozeßstrukturen des Lebenslaufs. In: Matthes, Joachim u.a.(Hrsg.): Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive. Nürnberg
- Schütze, Fritz**, 1987: Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien I. In: Studienbrief der Fernuniversität Hagen. Hagen
- Schuster, Gudrun** 1994: Die objektive Hermeneutik nach Oevermann. In: Arbeitskreis Qualitative Sozialforschung (Hrsg.): Verführung zum qualitativen Forschen - Eine Methodenauswahl. Wien, S. 101-115
- Schwan, Gesine**, 1997: Entgrenzungen des Politischen? Die liberale Demokratietheorie und -praxis muß feministisch erweitert werden. In: Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.). Opladen/Wiesbaden, S. 69-82)
- Schwarting, Frauke**, 1995: "Manchmal hast du das Gefühl, du stimmst nicht ganz". Münster
- Searle, John R.**, 1997: Die Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Zur Ontologie der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Reinbek
- Seemann, Birgit**, 1996: Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung. Opladen
- Sichter mann, Barbara**, 1983: Weiblichkeit und Politik des Privaten. Berlin
- Siever, Ursel; Ulrich, Bernd**, 1990: Männer denken über die Quote nach. Interviews mit Wolfgang Schomburg, Joschka Fischer und Tom Burau. Auszüge aus drei Gesprächen. In: dies.: Der quotierte Mann. Berlin, S. 7-16
- Simonis, Heide**, 2004: Unter Männern. Mein Leben in der Politik. München
- Simonis, Heide**, 1997: Kein Blatt vorm Mund. Für eine aktive Bürgergesellschaft, Hamburg
- Soilan, Tove**, 2005: Dekonstruktion als Selbstzweck? Ein Aufruf zur theoretischen Reflexion. In: Forum Wissenschaft 3/2003; www.linksnet.de/artikel.phpPid-i676
- Soilan, Tove**, 2003: Gender - und dann? Das Unbehagen der Theorien. In: Freitag 29/2003
- Stein, Otti**, 1988: Frust und Lust in der Gleichstellungspolitik. Eine Umfrage bei Gleichstellungsbeauftragten. In: Weg, Marianne und Stein, Otti (Hrsg.): Macht macht Frauen stark. Frauenpolitik für die 90er Jahre. Hamburg
- Steinhäuser, Heinke**, 1992: "Das ist genauso wie bei Kindern." Zur kulturellen

Integrationsstrategien von Frauen in Männerberufen. In: Verein für Automations- und Arbeiterkulturforchung (Hrsg.): Arbeit soll auch Selbstverwirklichung sein. Mikroelektronik und Lebensweisen. Hamburg

Strauss, Anselm, 1991: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. München.

Studer, Herlinde und **List, Elisabeth** (Hrsg.), 1989: Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt am Main.

Sturm, Gabriele 1994: Wie forschen Frauen? In: Erfahrung mit Methode. Angelika Dietzinger u.a. (Hrsg.). Freiburg, S. 85 -104

Süssmuth, Rita, 2000: Wer nicht kämpft hat schon verloren. München

Süssmuth, Rita, 1998: Über die Zukunft von Frauen und Männern in der Politik. In: Die ganze Demokratie, Foster, Lukoschat, Schaeffer-Hegel (Hrsg.), Pfaffenweiler, S. 1-6

Süssmuth, Rita, 1986: Die gleichberechtigte Teilhabe an der öffentlichen Macht - für Frauen eine Utopie? Frauenforschung, Heft 4, Sonderdruck

Süssmuth, Rita, 1985: Frauen - der Resignation keine Chance! Sammlung wissenschaftlicher und politischer Texte 1980-1985. Düsseldorf

Taylor, Charles, 1993: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Mit Kommentaren von Amy Gutmann (Hrsg.), Steven C. Rockefeller, Michael Walzer, Susan Wolf. Mit einem Beitrag von Jürgen Habermas. Frankfurt am Main

Thünner-Rohr, Christina, 1999 [1987]: Feminisierung der Gesellschaft - Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel. In: Dies., Vagabundinnen. Feministische Essays. Berlin

Toulmin, Stephen, 1994: Kosmopolis. Die unerkannten Aufgaben der Moderne. Frankfurt am Main

Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung e.V., Bitzan, Maria; Funk, Heide; Stauber, Barbara, (Hrsg.), 1998: Den Wechsel im Blick. Methodologische Ansichten feministischer Sozialforschung. Pfaffenweiler

Urban, Ulf, 2001: Rita Süssmuth. Affären und Skandale. Österreich, keine Ortsangabe

Vollmer, Antje, 1984: "...und wehrt euch täglich!". Gütersloh

Weber, Doris, 1984: Frauen an die Macht! Über Politik und Weiblichkeit. In: Korrespondenz "die Frau" 6/84

Weber, Marianne, 1989: Max Weber. Ein Lebensbild. München-Zürich

Weber, Max, 1973: Soziologie - Universalgeschichtliche Analysen - Politik. 5. Auflage, Stuttgart

Weber, Max, 1956: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen

Weber, Max, 1924: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Marianne Weber (Hrsg.). Tübingen

Weber, Max, 1921: Gesammelte Politische Schriften. München

- Weber, Ulla** (Hrsg.), 1998: Mehr Frauen für mehr Demokratie. Festschrift zu Ehren von Professor Dr. Barbara Schaeffer-Hegel. Pfaffenweiler
- Weber-Nau, Monika**, 1995: Frauen machen Politik. Düsseldorf
- Weg, Marianne** und **Stein, Otti** (Hrsg.) 1988: Macht macht Frauen stark. Frauenpolitik für die 90er Jahre. Hamburg
- Werner, Fritjof**, 1987: Männliche Widerstände: die Seite der Männer bei der beruflichen Partizipation qualifizierter Frauen. In: Bernadoni, Claudia und Werner, Vera (Hrsg.): Ohne Seil und Haken. Frauen auf dem Weg nach oben. Bonn
- Wickert, Christi**, 1983: Zwischen Familie und Parlament. Kassel
- Wickert, Christi**, 1982: Weiblicher Lebenszusammenhang und politische Arbeit. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 7/82
- Witzel, Andreas**, 1989: Problemzentrierte Interviews. In: Gerd Jütemann (Hrsg.), Qualitative Forschung in der Psychologie. Heidelberg, S.227-256
- Witzel, Andreas**, 1982: Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt am Main

Lebenslauf

Persönliche Angaben

Name: Regina Richter, geb. Wirsching
Geburtsdatum: 03.09.1955
Geburtsort: Itzehoe
Familienstand: unverheiratet, keine Kinder

Schule/Ausbildung

Grund- und Hauptschule, Itzehoe 1963 - 1971
Jugendaufbauwerk, Kellinghusen 1971 - 1972
Ausbildung zur Groß- und Außenhandelskauffrau
A. Beneke KG, Baustoffgroßhandel, Itzehoe 1972 - 1975

Berufserfahrungen

Sachbearbeiterin
Kurt Scheffer GmbH, Chemische Fabrik, Itzehoe 1976 - 1978
Sachbearbeiterin
Bau - und Betreuungsgesellschaft
Lorenz u. Co. GmbH und Co KG, Itzehoe 1978 - 1980
Selbständige Geschäftsgründung der PCS Copy - Shop GmbH 1981 - 1986
Kopie und Offsetdruck, Handel mit Schreibwaren, Itzehoe
Geschäftsleitung und Einkäuferin 1986 - 1994
Rödgröd Warenhandel GmbH, Pinneberg

Studium und weitere Berufserfahrungen

Wirtschaftswissenschaften und Soziologie
Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg 1991 - 1997
Abschluss als **Diplom-Sozialökonomin**

Als **freiberufliche Dozentin und Lehrbeauftragte**
aktiv in der Erwachsenenbildung seit 1995

Aufbaustudium
„Lehrqualifikation für Wissenschaft und Weiterbildung“
An der Universität Hamburg (IZHD, Leitung der Qualifikation:
Friedemann Schulz von Thun, Peter Faulstich, Rolf Schulmeister) 1998 - 2000

Gründung und Leitung des Agil - Büro, Hamburg
Projekt- und Organisationsberatung 2001 - 2006

Kontaktstudium
„Coaching“ nach Leitung und Richtlinien des
International Association for Consulting Competence e.V. (IACC),
Universität Hannover 2005 - 2007

Promotion zur Doktorin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Thema: „Frauen in politischen Machtpositionen“ 2006

Gründung und Leitung
des Instituts für Personalentwicklung und Coaching (ipecc), Hamburg 2006